

Mit der Ampel in den Abgrund Deutschland 2023: Fakten statt Fake News

„Und ich hab ja auch ein ganz ordentliches Einkommen, deshalb gehöre ich ja nicht zu den Leuten, die jetzt immer auf den letzten... die also ganz genau bei jedem Preis hingucken.“

Bundeskanzler Scholz

„Was sind die Folgen für ein Land, das Hunderttausende Kilometer entfernt liegt?“

Außenministerin Baerbock

„Warum reagieren Ureinheimische so empfindlich, wenn sie ‚Kartoffel‘ genannt werden?“

Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung Ataman

„Dann sind die nicht insolvent automatisch, aber sie hören vielleicht auf zu verkaufen.“

Wirtschaftsminister Habeck

„Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf.“

Vizepräsidentin des Bundestags Göring-Eckardt



Landesverband
Hessen

Liebe Leser,

zum fünften Mal in Folge liegt Ihnen die Faktensammlung in den Händen, in der Sie ein breites Lagebild über die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Situation Deutschlands erhalten. Bereits als die Faktensammlung im November 2019 zum ersten Mal publiziert wurde, löste sie ein breites mediales Echo aus, vor allem in den sozialen Medien. Jedes Jahr kommen weitere Einzelbetrachtungen hinzu, die den Blick über die aktuelle Lage Deutschlands vertiefen.

Die Faktensammlung beruht auf Zahlen und Daten, die überwiegend aus Statistiken und Studien bekannter Institute (u. a. Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Eurostat, OECD, Statista, Vereinte Nationen) sowie aus Veröffentlichungen der Bundes- und Landesministerien, Antworten aus parlamentarischen Initiativen sowie einzelner Medien stammen. Die Quellenangaben finden Sie u. a. auf den jeweiligen Seiten.

Da die Faktensammlung einen hohen Anspruch erfährt, wird diese auch weiterhin kontinuierlich aktualisiert. Diese ist abrufbar unter: <https://afd-hessen.de/>

Der AfD-Landesverband Hessen möchte Ihnen keine Meinung vorgeben, sondern diese Faktensammlung lediglich zur Information zur Verfügung stellen, damit Sie sich eine eigene Meinung bilden können. Dennoch haben wir nach jedem Kapitel unsere Forderungen für ein besseres Deutschland aufgestellt. Seien Sie weiter kritisch und prüfen Sie gerne die Angaben anhand der aufgeführten Quellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Frank Grobe, Mitglied des Hessischen Landtages

1.	Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	32
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	74
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	101
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	120
7.	Innere Sicherheit und Justiz	157
8.	Medien	173
9.	Verteidigung	187
10.	Fazit	197

Die Finnen sind am glücklichsten – Deutschland nur auf Rang 16 (- 2)

NEU

Rangfolge mit der glücklichsten Bevölkerung im Jahr 2023

Rang	Herkunftsland	Auf-/Abstieg (2020)
1.		↔ (1.)
2.		↔ (2.)
3.		↔ (3.)
4.		↑ (9.)
5.		↔ (5.)
6.		↑ (7.)
7.		↑ (8.)
8.		↓ (4.)
9.		↓ (6.)
10.		↔ (10.)
16.		↓ (14.)

1

- Finland ist zum sechsten Mal hintereinander das Land mit der glücklichsten Bevölkerung in der Welt. Und das, obwohl Finnland eine verschlechterte Sicherheitslage zu Russland hat. Deutschland dagegen ist um zwei Ränge auf Platz 16 abgerutscht.

2

- Das Institut Gallup macht sechs Schlüsselfaktoren für das Glücklichein aus. Neben dem Einkommen, der Gesundheit, der Freiheit, der sozialen Unterstützung wird auch die Großzügigkeit und das Vertrauen in die Regierung bewertet.

3

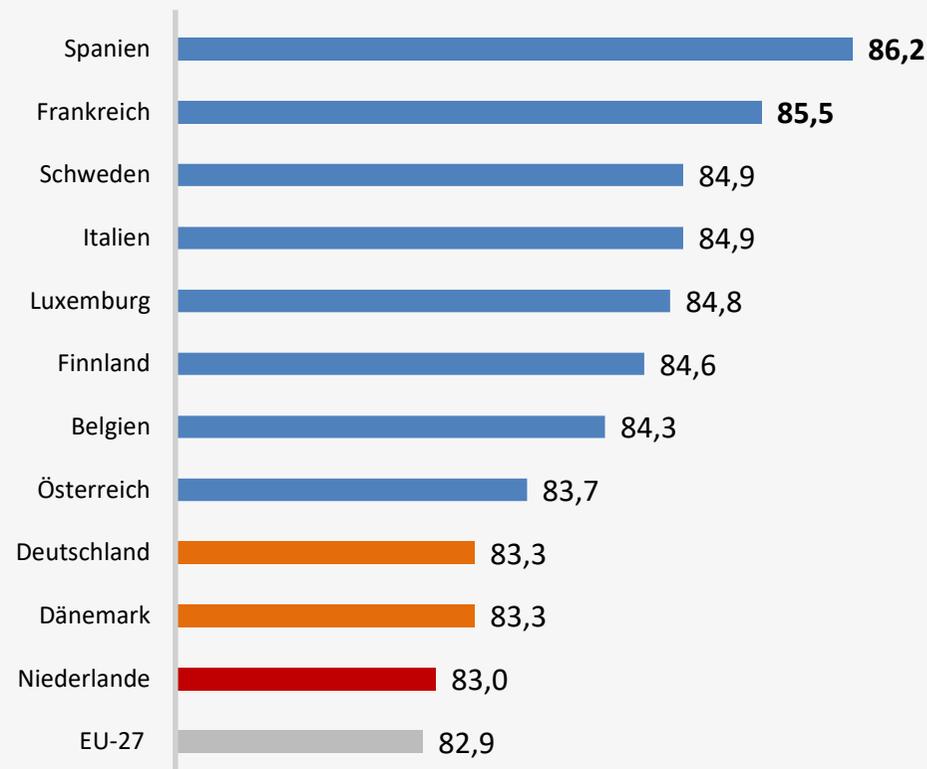
- Dass alle sechs Punkte nicht gerade für Deutschland sprechen, zeigt die anliegende Faktensammlung deutlich.

Quelle:
1) [World Happiness Report 2023](#) 2) [World Happiness Report 2022](#)

Deutschland liegt bei der Lebenserwartung am unteren Ende in der EU

NEU

Lebenserwartung bei Frauen
in % im Jahr 2021



Quellen:

1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: [Deutsche Altersarmut und Armutsgefährdung im europäischen Vergleich](#), Drs. 20/6386, 08.04.2023 2) AfD-Landesverband Thüringen: „René Aust: Anhebung des Renteneintrittsalters nach CDU-Vorstellungen bedroht Lebensqualität im Alter“, 22.04.2023

1 Die Lebenserwartung von Frauen liegt innerhalb der EU bei Ländern wie Deutschland und Dänemark im EU-Durchschnitt. Ganz anders sieht es in Spanien, Frankreich, Italien und Belgien aus. In diesen Staaten ist die Lebenserwartung deutlich höher. Dies liegt u. a. daran, dass diese früher in Rente gehen.

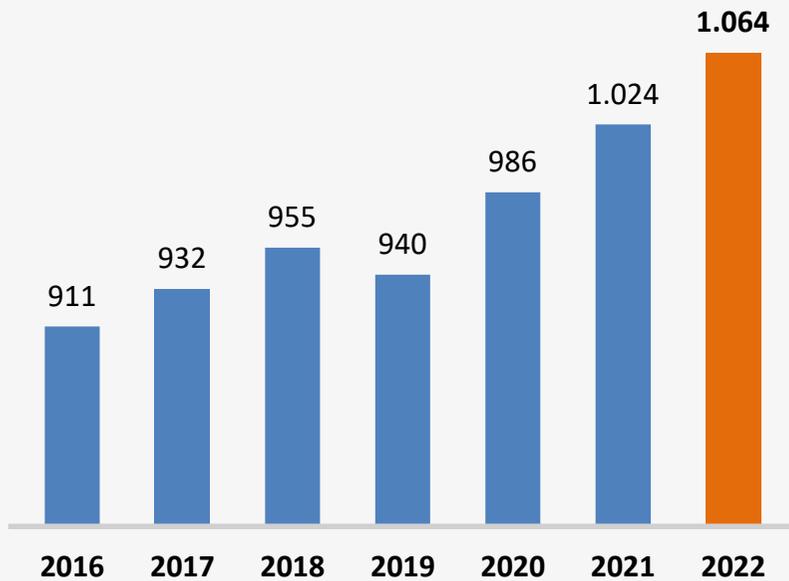
2 Bei den Männern sieht es ähnlich aus. Liegt die Lebenserwartung in Deutschland bei 78,4 Jahren, ist diese in Frankreich bei 79,3, in Spanien bei 80,4 und in Italien bei 80,5 Jahren. Am längsten leben schwedische Männer mit im Durchschnitt 81,3 Jahren.

3 Das eine „Anhebung des Rentenalters nach CDU-Vorstellungen die Lebensqualität im Alter bedroht“ und auch die im Mittel bereits niedrige Lebenserwartung der Deutschen noch stärker reduziert, ist abzusehen.

Die Übersterblichkeit hat stark zugenommen – was sind die Ursachen?

NEU

Sterbefälle in Deutschland in Tausend nach Jahren



Quellen: 1) Destatis: Sterbefälle – Fallzahlen nach Tagen, Wochen, Monaten, Altersgruppen, Geschlecht und Bundesländern für Deutschland 2016 – 2023, 28.03.2023 2) Statista: Sterberate in Deutschland in den Jahren von 1950 bis 2021, 28.11.2022 3) ZDF: „Übersterblichkeit in der EU. War Schwedens Corona-Sonderweg doch richtig?“, 09.03.2023 4) ifo Institut: „In den Corona-Jahren starben 180.000 Menschen mehr als unter normalen Umständen erwartet“, 20.01.2023 5) Berliner Morgenpost: „Übersterblichkeit: Rätsel um Rekord-Todeszahlen im Dezember“, 22.01.2023 6) AfD-Bundestagsfraktion: „Martin Sichert: KBV-Daten zu Impfnebenwirkungen liefern erschreckende Erkenntnisse“, 12.12.2022 7) Eurostat: „Excess mortality rose sharply to 19% in December 2022“, 17.02.2023 8) Deutscher Bundestag: „Titel: Obduktionen nach impfbezogenen Todesfällen“, 12.12.2022

1

- Die Sterblichkeit hat in Deutschland im Jahr 2022 den höchsten Wert seit 1950 erreicht. Auffällig ist, dass gerade in den Jahren 2020 bis Anfang 2022 der überwiegende Teil der Menschen in Deutschland geimpft war, aber sich dennoch eine Übersterblichkeit ergab. Sie lag laut Eurostat um 37 % über dem mittleren Wert der Vorjahre 2016 bis 2019. Und dieser Trend setzte sich in 2023 fort.

2

- In allen EU-Staaten, in denen die staatlichen Corona-Maßnahmen durchgeführt wurden, gab es eine Rekord-Übersterblichkeit. Diese kletterte im Dezember 2022 auf + 19 % gegenüber den durchschnittlichen Zahlen der Vergleichsmonate aus den Jahren 2016–2019. Demgegenüber weist Schweden, welches in den Jahren 2020 bis 2022 auf staatliche Corona-Maßnahmen verzichtete, die niedrigste Übersterblichkeitsrate der EU auf.

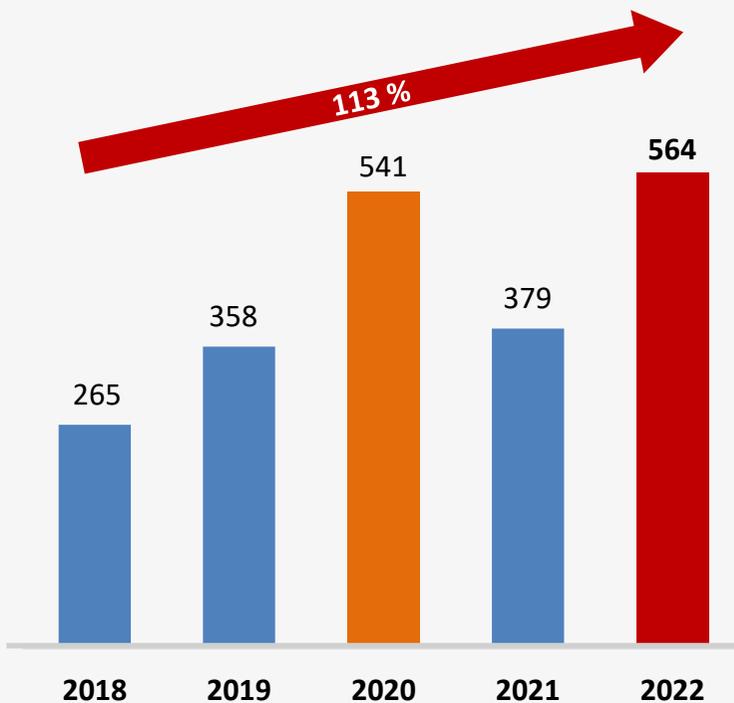
3

- Die AfD-Bundestagsfraktion forderte daraufhin eine „Obduktion aller plötzlich und unerwartet Verstorbenen, verpflichtende Erfassung des Impfstatus bei allen Verstorbenen, umgehende Auswertung der KBV-Daten durch Paul-Ehrlich- und Robert-Koch-Institut.“ Doch dies wurde abgelehnt. Laut dem Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages „fehlt nach einem Forschungsbericht in Deutschland eine flächendeckende Dokumentation der Obduktionsquote.“

Apotheke der Welt war einmal – nun herrscht Notstand in Deutschland

NEU

Erstmeldungen von Medikamenten-Lieferengpässen in Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen:

- 1) Bundesministerium für Gesundheit: Veröffentlichte Lieferengpassmeldungen, 27.04.2023
- 2) Deutschlandfunk: „Medikamentenmangel in Deutschland“, 10.01.2023
- 3) Statista: Anzahl der Lieferengpassmeldungen bei Arzneimitteln in Deutschland nach Gründen im Februar 2023, 20.02.2023
- 4) Bild: „Antibiotika-Notstand!“, 27.04.2023
- 5) Neue Zürcher Zeitung: „In Deutschland steigen die Krankenkassenbeiträge – und die Medikamente werden knapp“, 13.06.2023

1

- Wurde Deutschland vom Kaiserreich bis Ende des 20. Jahrhunderts noch als Apotheke der Welt bezeichnet, ist Deutschland selbst nicht mehr in der Lage, für die eigene Bevölkerung ausreichend Medikamente bereitzustellen. „Insbesondere im Bereich der Kinderarzneimittel herrschte zuletzt Knappheit. Medikamente mit den Wirkstoffen Paracetamol und Ibuprofen sind vielerorts nicht zu bekommen. Auch bei Krebsmedikamenten kommen vermehrt Lieferengpässe vor.“

2

- „Zu den wichtigsten Gründen gehören die erhöhten Nachfrage, unzureichende Produktionskapazitäten und Probleme bei der Herstellung.“ „Die Lieferengpässe halten schon seit langem an und haben sich wegen der fragilen Lieferketten während der Corona-Pandemie deutlich verschärft. Denn nur ein Teil der Medikamente wird noch in Deutschland oder der EU gefertigt.“

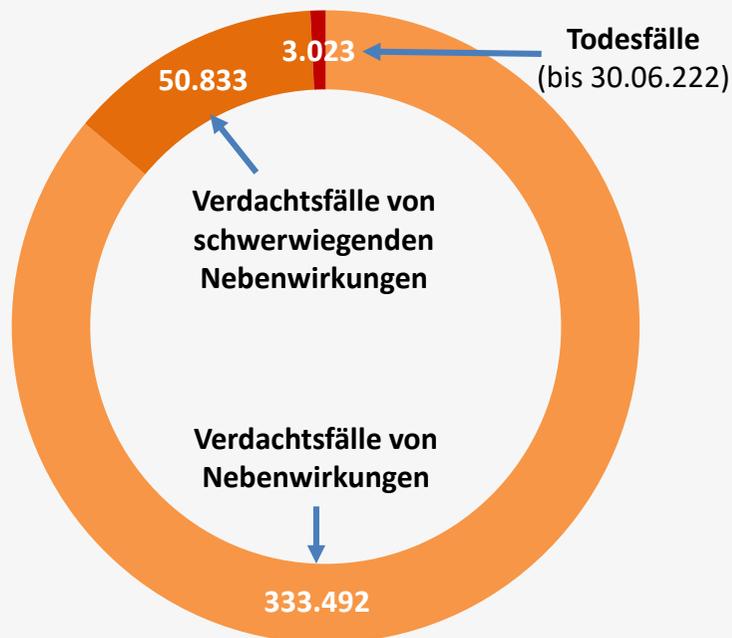
3

- „Wann welche Arzneimittel knapp werden, liegt weitgehend im Dunkeln. Krankenkassen schließen Rabattverträge mit den Arzneimittelherstellern. Damit sparen die Kassen Milliardenbeträge.“ Laut der Präsidentin der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände Gabriele Regina Overwiening ist die „Lage katastrophal.“ Es werde immer schwieriger, Patienten zu versorgen – „und das in einem Land, das mal die Apotheke der Welt war.“

3.023 Todesfälle nach COVID-Impfung – EMA löscht Verdachtsmeldungen

aktualisiert

Ausgang der Nebenwirkung-Verdachtsfallmeldungen nach Impfung mit COVID-19-Impfstoffen
in % (27.12.2020 bis 31.10.2022)

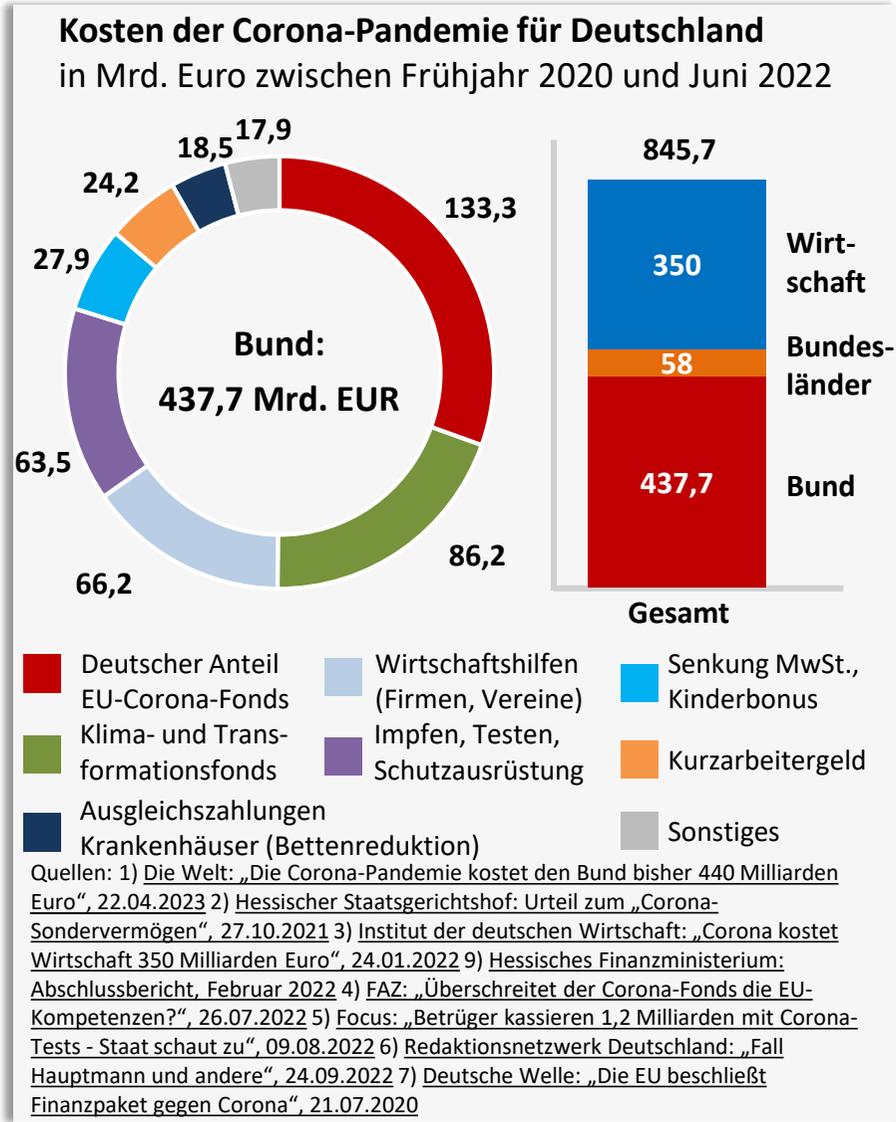


Quellen: 1) Paul-Ehrlich-Institut, Sicherheitsbericht: „Verdachtsfälle von Nebenwirkungen oder Impfkomplicationen nach Impfung mit den Omikron-adaptierten bivalenten COVID-19-Impfstoffen“, Dezember 2022 2) Ärzteblatt: „COVID-19-Impfungen: PEI legt neuen Sicherheitsbericht vor“, 07.09.2022 3) T-Online: „Chef der BKK Provita ist gefeuert worden“, 02.03.2022 4) Transparenztest: „EMA löscht auffallend viele Reports zu schweren Covid Impfnebenwirkungen“, 27.03.2023

- 1
 - Das Paul-Ehrlich-Institut stellte in seinem Sicherheitsbericht fest, dass es bis zum 31. Oktober 2022 fast 333.500 Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und knapp 51.000 Verdachtsfälle schwerwiegender Nebenwirkungen gab, die ursächlich auf eine COVID-19-Impfung zurückzuführen waren.
- 2
 - Laut Ärzteblatt wurde zudem bis Ende Juni 2022 „in circa einem Prozent der berichteten Verdachtsfallmeldungen (n = 3.023 Fälle) ein tödlicher Verlauf in zeitlich unterschiedlichem Abstand zur COVID-19-Impfung mitgeteilt.“
- 3
 - Die Kassenärztliche Bundesvereinigung geht nach einer Auswertung sogar von 2,5 Mio. Impfnebenwirkungen in Deutschland aus. Nachdem der BKK ProVita-Chef darauf hingewiesen hatte, wurde er aufgrund politischen Drucks fristlos entlassen.
- 4
 - Im März 2023 wurde festgestellt, dass „die Europäische Arzneimittel Agentur EMA bisher eine hohe Zahl an Verdachtsfall-Reports zu Covid-Impfnebenwirkungen offensichtlich gelöscht hat.“ Danach lag der „Anteil gelöschter Reports in Prozent wie folgt: 34 % Todesfälle, 30 % lebensbedrohliche Fälle.“ „Man wird den Eindruck nicht los, dass die Löschungen womöglich der Beschönigung der Daten dienen sollen.“

Corona-Pandemie kostete Deutschland 846 Mrd. Euro – Betrug inklusive

NEU



1

- Für die angebliche Corona-Pandemie sind dem Bund Kosten von fast 440 Mrd. Euro entstanden. Neben Impfdosen, Impfungen, (PCR-)Tests, Masken, Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser, Kurzarbeitergeld, pandemiebedingtes Arbeitslosengeld und Kinderbonus zahlte Deutschland für den EU-Corona-Fonds (133 Mrd. Euro). Hinzu kamen Zuweisungen an den Klima- und Transformationsfonds (KTF) i. H. v. 88,2 Mrd. Euro.

2

- Am KTF-Beispiel zeigt sich, dass es nicht um die angebliche Bekämpfung von Corona ging, sondern um eine Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft. Hinzu kamen noch die Schäden für die Wirtschaft. Diese belaufen sich auf über 350 Mrd. Euro. Zudem kam es im Zusammenhang mit Corona-Tests zu unzähligen Betrugsfällen, u.a. durch CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete. Der gesamte entstandene Schaden wird auf mindestens 1,2 Mrd. Euro geschätzt.

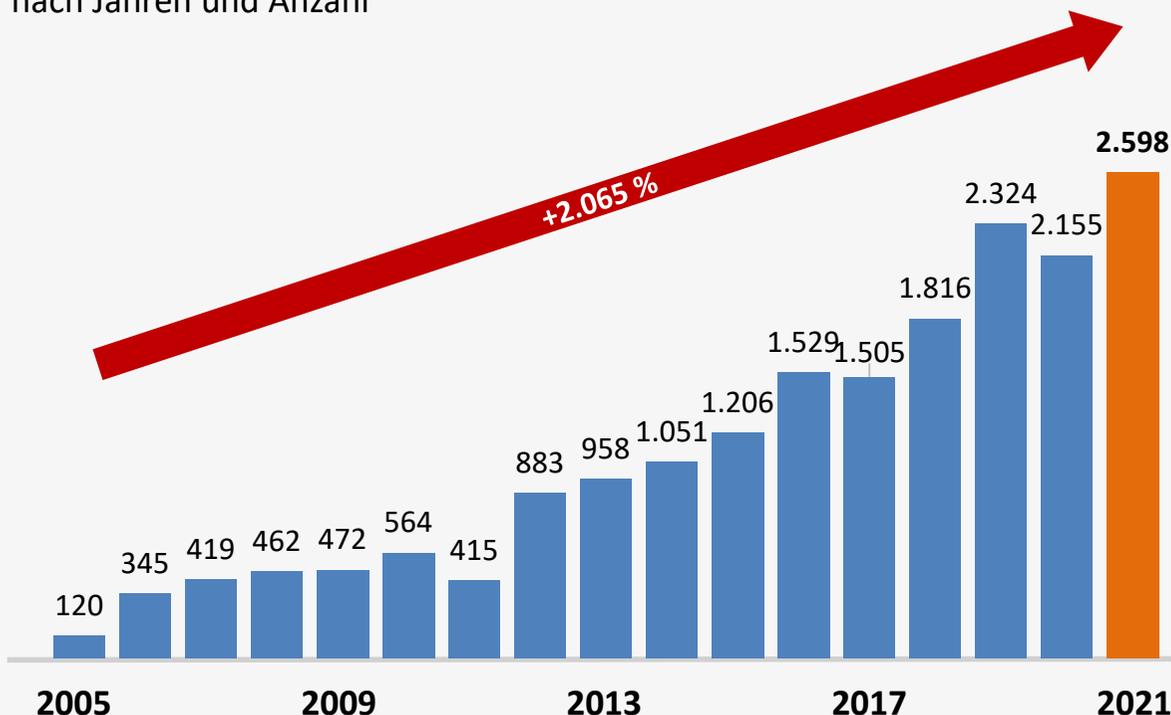
3

- Auch die Bundesländer beteiligten sich an den Ausgaben und schufen sich „Corona-Sondervermögen“ von etwa 58 Mrd. Euro. U. a. wurde in Hessen ein Sondervermögen von 12 Mrd. Euro aufgelegt. Die AfD zog dagegen vor den Hessischen Staatsgerichtshof. Das Gericht gab dem Normenkontrollantrag der AfD in allen Punkten Recht und die Landesregierung musste das Sondervermögen auflösen. Dennoch wurden bis Ende 2021 fast 3,8 Mrd. Euro ausgegeben, u. a. für beleuchtete Fahrradwege.

Seit 2005: 18.812 Geschlechtsumwandlungen – auch Kinder betroffen

NEU

Geschlechtsumwandlungen in Deutschland nach Jahren und Anzahl



Quellen:

- 1) Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: [Einzelfragen zu geschlechtsangleichenden Operationen, 17.10.2022](#)
- 2) Statista: [Anzahl von Operationen zur Geschlechtsumwandlung in Deutschland in den Jahren 2012 bis 2021, 24.10.2022](#)
- 3) Statista: [Transmenschen. Der letzte Schritt zum richtigen Geschlecht, 30.03.2023](#)
- 4) Deutscher Bundestag: [Einzelfragen zu geschlechtsangleichenden Operationen, 17.10.2022](#)
- 5) Die Tagespost: [„Soziologe kritisiert Geschlechtsumwandlungen bei Kindern“, 19.05.2022](#)
- 6) Focus: [„Frau oder Mann? „Ich bin nach der OP aufgewacht und dachte: Das war ein Fehler““, 15.07.2022](#)
- 7) <https://www.bild.de/lgbt/2023/lgbt/transgender-rechte-neues-gesetz-dauert-noch-bis-sommer-2023-82420304.bild.html>

1

- In Deutschland gibt es immer mehr Geschlechtsumwandlungen. Seit 2005 hat diese um 2.065 % zugenommen. Auf Teenager zwischen 15 und unter 20 Jahren entfielen seit 2012 über 7 % der Operationen.

2

- Kritiker bemängeln, dass „eine Geschlechtsumwandlung in so einem jungen Alter, bei dem teils vorpubertäre Kinder chemisch oder operativ sterilisiert würden, unethisch sei.“

3

- „Es gibt Druck von LGBTQ-Aktivisten, junge Menschen mit Gender-Dysphorie in ihrer Wahrnehmung zu bestätigen, und den Weg zur Geschlechtsumwandlung so leicht wie möglich zu machen.“ „Auch Eltern würden massiv unter Druck gesetzt.“

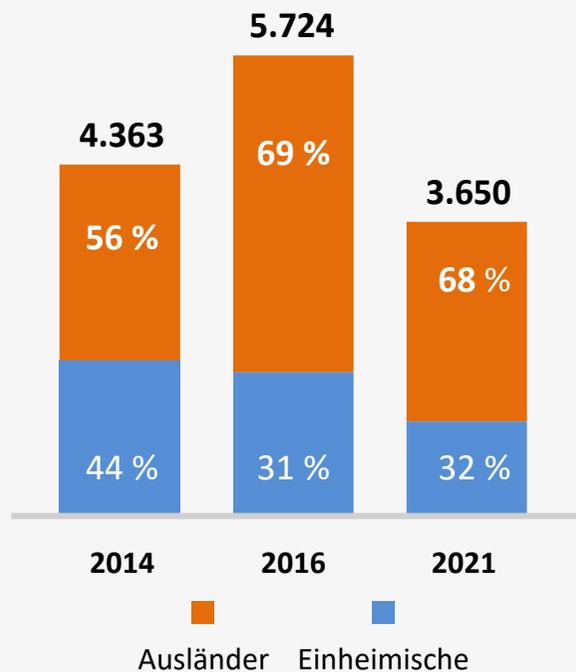
4

- Um eine angebliche „Queerfeindlichkeit entgegenzuwirken“ sollen „die Kosten geschlechtsangleichender GKV übernommen werden.“ Zudem soll es im Sommer 2023 ein neues Transsexuellengesetz geben, das auch 14-Jährige sich leichter umoperieren lassen können.

Tuberkulose ist vor allem unter Ausländern deutlich stärker verbreitet

aktualisiert

Tuberkulose-Fälle nach Staatsangehörigkeit in Deutschland in % und Anzahl nach Jahren



Quellen:

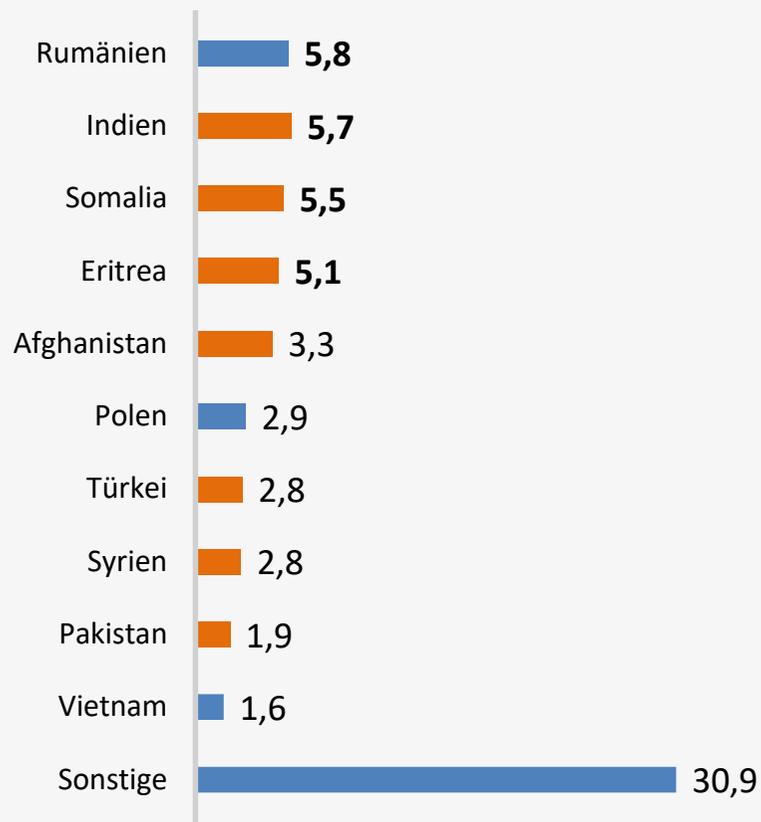
1) RKI: Bericht zur Epidemiologie der Tuberkulose in Deutschland für 2021, Berlin 2022
 Der Spiegel: „Tickende Bombe Tuberkulose“, 16.08.2013

- 1
 - Die Migrationskrise hat dazu geführt, dass immer mehr Zuwanderer mit Tuberkuloseerkrankungen nach Deutschland kommen. So entfielen im Jahr 2021 68,2 % aller neuen TBC-Fälle auf Ausländer, während deren Anteil im Jahr 2002 noch bei 31,6 % gelegen hatte.
- 2
 - „Bei ausländischen Staatsangehörigen betrug die Inzidenz 23,5 pro 100.000 Einwohner. Sie war damit fast 15-mal so hoch wie in der deutschen Bevölkerung.“
- 3
 - In Bremen ist „die Inzidenz mit 8,4 auf vergleichsweise hohem Niveau.“ „Zusammen mit den Stadtstaaten Hamburg (8,2) und Berlin (7,9) finden sich hier bundesweit die höchsten Inzidenzen. Auch die Bundesländer Hessen (6,8) und das Saarland (6,3) lagen 2021 deutlich über der bundesweiten Inzidenz von 4,7.“
- 4
 - Die Bevölkerung ist nicht nur einem erheblichen Gesundheitsrisiko ausgesetzt, sondern auch einer gewaltigen finanziellen Belastung. Denn die medizinischen Kosten können sich pro Patient auf über 100.000 Euro belaufen.

Viele Asylbewerber reisen mit einer TBC-Erkrankung nach Deutschland

aktualisiert

Anteil der Tuberkulosefälle nach ausländischem Geburtsland in % im Jahr 2021



Quellen:

1) RKI: Bericht zur Epidemiologie der Tuberkulose in Deutschland für 2021, Berlin 2022 2) RKI: Bericht zur Epidemiologie der Tuberkulose in Deutschland für 2015, Berlin 2016 3) Ärzteblatt: „Neue multiresistente Tuberkulose unter Migranten aus Ostafrika entdeckt, 09.01.2018

1

- Im Jahr 2021 waren 2.782 Personen mit dem Geburtsland „Ausland“ (d.h. nicht nach Staatsangehörigkeit) an Tuberkulose (TBC) erkrankt. Das waren 71,4 % aller TBC-Fälle.

2

- Fast 29 % aller ausländischen TBC-Fälle entfallen inzwischen auf Inder, Afghanen, Somalier, Eritreer, Afghanen, Türken, Syrer und Pakistaner. 2011 machten sie nur 13 % der TBC-Erkrankten aus.

3

- Gerade Migranten aus Ostafrika (Eritrea, Somalia) und Indien sowie Afghanistan schleppen viele multiresistente Tuberkulose-Erreger ein.

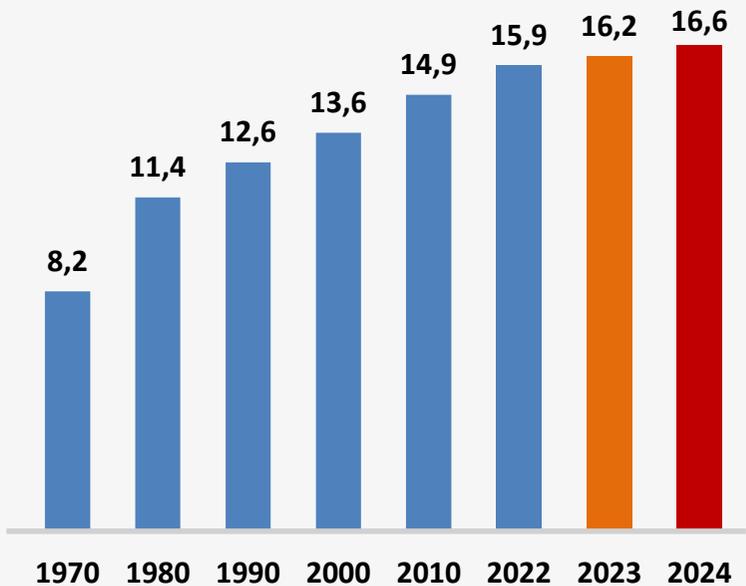
4

- Noch vor wenigen Jahren galt TBC in Deutschland als so gut wie besiegt. Diese Leistung wurde durch die Einschleppung von TBC durch Flüchtlinge zunichte gemacht.

U. a. aus diesen Gründen steigen die Krankenkassenbeiträge deutlich

aktualisiert

Beitragsentwicklung in der Krankenversicherung
(inkl. Zusatzbeiträge) in % nach Jahren



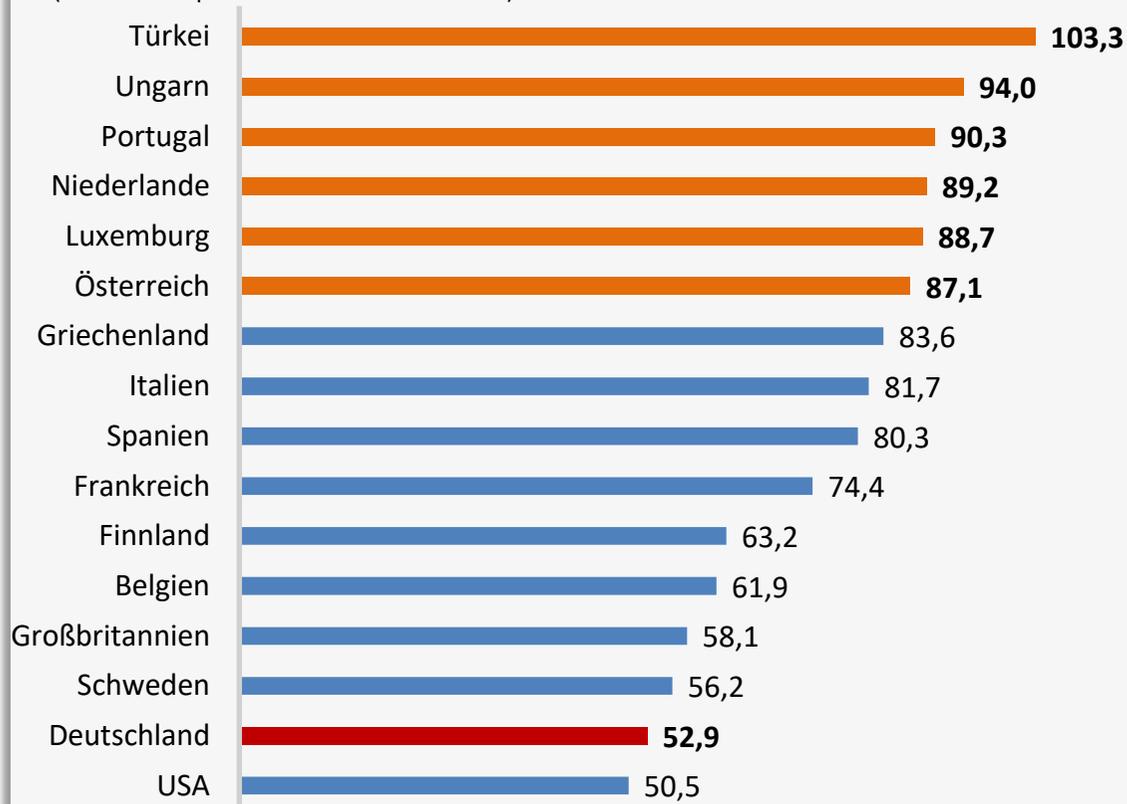
Quellen:

- 1) Sozialpolitik-aktuell: Beitragsentwicklung in der Sozialversicherung 1970-2023
- 2) Bundesministerium der Gesundheit: Finanzentwicklung der GKV im 1. Quartal 2022, 24.06.2022
- 3) Bild: „Beiträge sollen um bis zu 87 Euro rauf!“, 28.06.2022
- 4) Krankenkassen Direkt: „Defizit der Krankenkassen klettert auf knapp 300 Millionen Euro“, 09.09.2022
- 5) Haufe.de: „Vorläufige Finanzergebnisse 2022 der GKV“, 13.03.2023
- 6) Tagesschau: „Milliarden-Defizit in der Pflegeversicherung“, 05.01.2023
- 7) PKV: „Bundeszuschüsse zur GKV sind keine Lösung“, 2023
- 8) Tagesschau: „Lauterbach kündigt höhere Beitragssätze an“, 13.06.2023

- 1
 - Zur Rettung der Gesetzlichen Krankenkassen gewährte der Bund im Jahr 2022 einen Zuschuss in Höhe von 14 Mrd. Euro. Für das Jahr 2023 sind sogar Bundeszuschüsse von 16,5 Mrd. Euro (+ 2 Mrd. zum Vorjahr) vorgesehen, u.a. um die Kosten der Krankenversicherungen durch die verstärkte Migration zu bewältigen. Da auch für 2024 ein hohes Defizit erwartet wird, ist mit einem Zusatzbeitrag von bis zu 0,4 % auf 16,6 % zu rechnen.
- 2
 - Bei der Pflegeversicherung verzeichneten die Kassen ein Minus von 2,2 Mrd. Euro. Das Darlehen der Bundesregierung von einer Mrd. Euro ist noch nicht einberechnet. „Die Liquiditätsreserve lag zum Jahresende bei rund 5,7 Mrd. Euro und damit 1,2 Mrd. Euro unter der gesetzlich vorgesehenen Höhe.“
- 3
 - Laut Bild-Zeitung fehlen der Gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2023 mindestens 17 Mrd. Euro. Indem der Zusatzbeitrag um 0,3 Prozentpunkte erhöht werden soll (+ 87 Euro), erhofft sich die Bundesregierung zusätzliche Einnahmen von 4,8 Mrd. Euro. Steuerzuschüsse des Bundes, Bundesdarlehen, Sonderabgaben durch Pharmaunternehmen sowie Effizienzverbesserungen der GKV sollen das Ausgabenloch stopfen. Zudem sollen die Reserven der Krankenkassen um 4 Mrd. Euro nahe an das gesetzliche Minimum schrumpfen.

Deutschland liegt bei der Rente im Vergleich zu anderen Staaten weit zurück ...

OECD-Studie: Männlicher Durchschnittsverdiener, der in Rente geht
in % (Median) des individuellen Arbeitsentgelts im Jahr 2021 (September)
(Nettoersatzquoten nach Verdienstniveau)



Quellen:

- 1) OECD: „Pensions at a Glance 2021“
- 2) Handelsblatt: „Was Deutschland vom Rentensystem in anderen EU-Ländern lernen kann“, 06.06.2018
- 3) Destatis: „Relatives Armutsrisiko in Deutschland 2021 bei 15,8%“, 04.08.2022
- 4) Deutsche Rentenversicherung: Rentenversicherung in Zahlen, Aktuelle Daten 2023, 02.12.2022

1

- Deutschland liegt beim Rentenniveau deutlich unter dem vieler EU-Staaten, u. a. auch der Krisenstaaten und Profiteuren von EU-Subventionen wie Italien, Spanien und Portugal.

2

- Im Durchschnitt werden seit dem 1. Juli 2022 pro Monat 1.244 Euro für Männer bzw. 853 Euro für Frauen an Rente in Deutschland ausgezahlt, also Beträge jeweils unterhalb des Schwellenwerts der Armutsgefährdung (2021: 1.251 Euro).

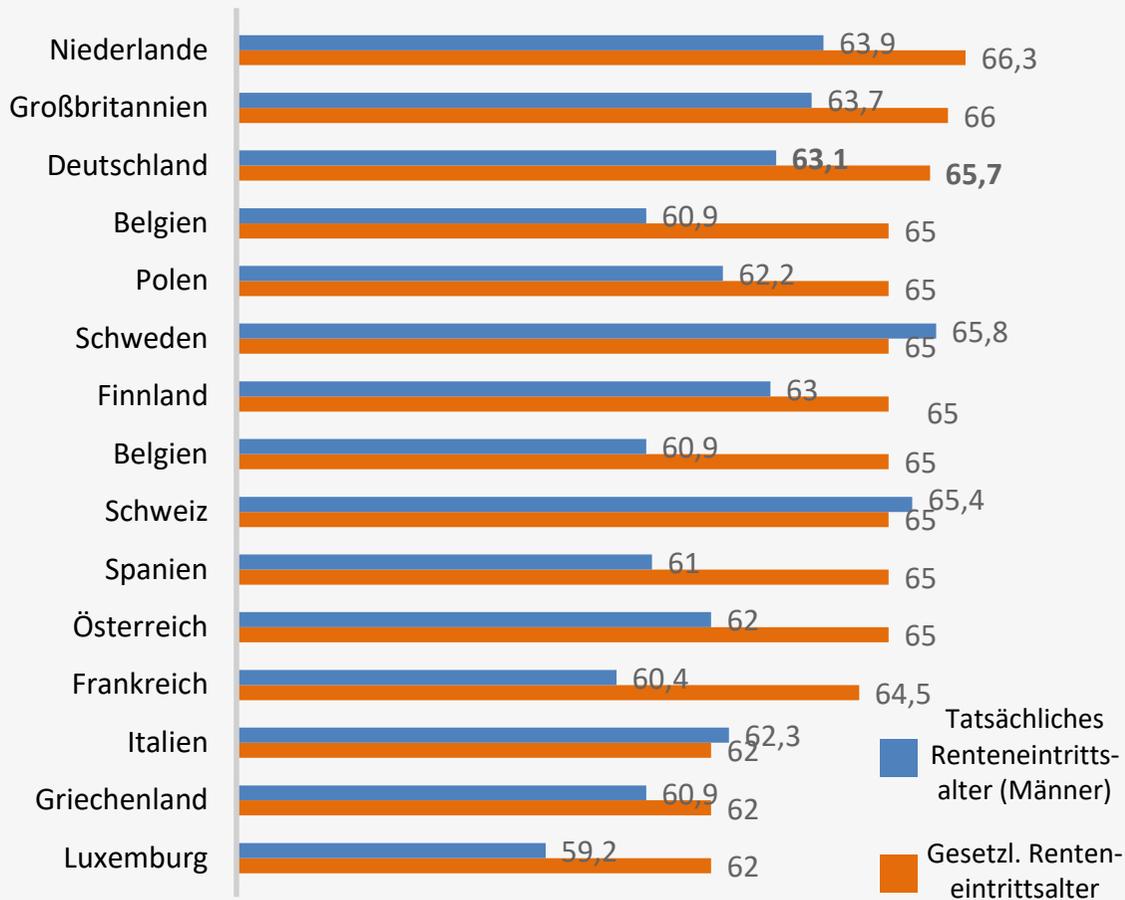
3

- Wer weniger als 60 % des mittleren Einkommens (Median) verdient, gilt in der EU als armutsgefährdet. In Deutschland lag der Anteil der armutsgefährdeten Rentnern im Jahr 2021 insgesamt bei 19,3 %.

... und das Renteneintrittsalter soll in Deutschland auf 70 erhöht werden

aktualisiert

Gesetzliches und tatsächliches Renteneintrittsalter (Auswahl)
im Durchschnitt im Jahr 2020



Quellen:

1) OECD: „Pensions at a Glance 2021“

2) Merkur: „Wie lange bis zur Rente? Wie lange Deutsche im Vergleich zu anderen Ländern arbeiten“, 25.03.2023

1

- Die Deutschen müssen nicht nur länger arbeiten, sondern beziehen auch eine geringere Rente.

2

- Um den angeblichen Fachkräftemangel zu mindern, werden bereits in Deutschland Forderungen aufgestellt, das Rentenalter auf 70 Jahre zu erhöhen, u. a. vom grünen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck.

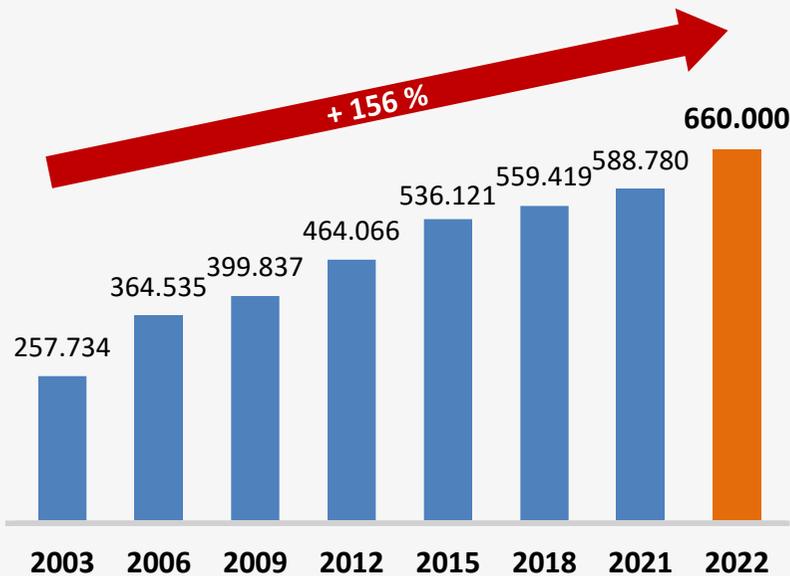
3

- In den meisten Staaten weicht das gesetzliche Renteneintrittsalter von dem tatsächlichen stark ab. So gehen Franzosen bereits im Durchschnitt mit 60,2 Jahren und nicht wie vorgesehen mit 64,5 Jahren in Rente.

Bereits heute erhalten 660.000 Rentner Grundsicherung

aktualisiert

Empfänger von Grundsicherung im Alter mit und ohne Rentenbezug nach Anzahl und Jahren



Quellen:

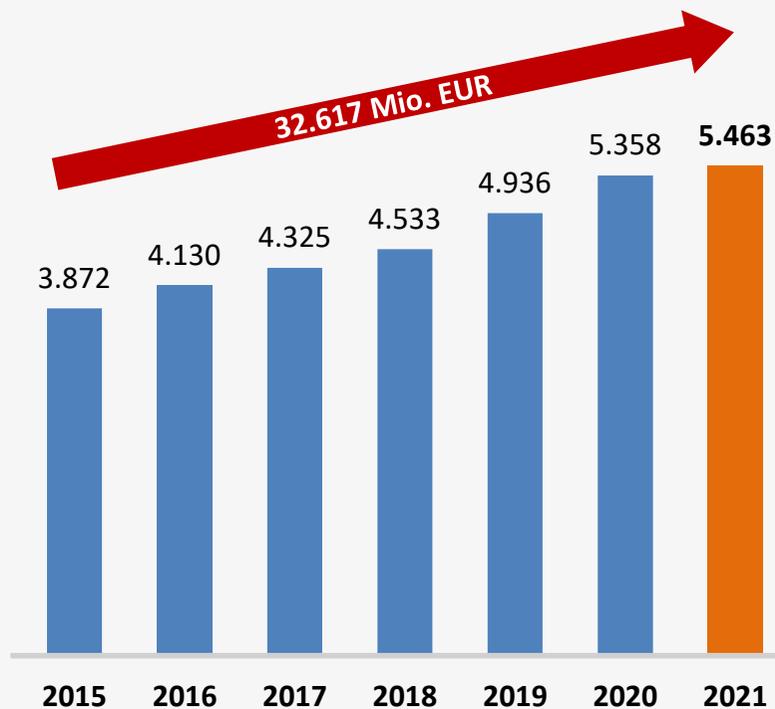
- 1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Deutsche Altersarmut und Armutsgefährdung im europäischen Vergleich, Drs. 20/6386, 06.04.2023
- 2) Gerrit Huy (AfD): „Immer mehr Menschen über 65 armutsgefährdet“, 24.04.2023
- 3) Destatis: „Mehr als ein Viertel der Rentnerinnen und Rentner haben ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1 000 Euro“, 29.09.2022
- 4) AfD-Bundestagsfraktion: Eckpunktepapier Alterssicherung, 2022
- 5) Deutsche Rentenversicherung: „Rentenversicherung in Zahlen 2022“, Oktober 2022
- 4) Der Paritätische Gesamtverband: „Der Paritätische Armutsbericht 2022: „Zwischen Pandemie und Inflation“, März 2023.

- 1
 - Mit der Grundrente sollen Rentner eigentlich vor Altersarmut und bei Erwerbsminderung geschützt werden. Doch von 2010 bis 2022 ist die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter von 258.000 auf 660.000 gestiegen. Das ist eine Steigerung um 156 %.
- 2
 - Bei Rentnererhöhungen gehen über eine Million Grundrentenbezieher leer aus. Wie die AfD-Bundestagsfraktion erfuhr, verdienen bereits heute mehr als zehn Millionen Vollzeit-Beschäftigte nicht genug, um im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten.
- 3
 - „Die Armutsgefährdungsquote von alleinstehenden Personen über 65 Jahre betrug im Jahr 2021 alarmierende 28,1 %, was einen kontinuierlichen Anstieg um über 60 % seit 2006 bedeutet. Von insgesamt etwa 18 Mio. Menschen über 65 Jahren lebt immerhin ein Drittel allein. Von diesen 6 Mio. alleinstehenden Personen waren 1,7 Mio. im Jahr 2021 armutsgefährdet. Das entspricht fast der Einwohnerzahl Hamburgs.“
- 4
 - Vor allem die unkontrollierte Einwanderung und die daraus resultierenden lohnmindernden Beeinträchtigungen, wie Lohndrückerei, Leiharbeit und befristete Beschäftigungsverhältnisse bewirken das Nicht-Erreichen eines auskömmlichen Rentenniveaus im Alter. Die Automatisierung wird diese verschärfen.

Staat plündert Witwenrenten – seit 2015: 32 Mrd. Euro Minderausgaben

NEU

Jährliche Minderausgaben durch Einkommens-Anrechnung bei Witwen-, Witwer- und Erziehungsrenten in Mio. Euro nach Jahren



Quellen:

1) Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Finanzielle Situation von Witwen und Entwicklung bei den Witwenrenten, Drs. 20/5114, 27.12.2022 2) AfD-MdB Gerrit Huy: „Plünderung der Witwenrenten ist sozialpolitischer Skandal“, 16.01.2023

1

- Von 2015 bis 2021 belastete die Bundesregierung Witwenrenten mit Abzügen in Höhe von über 32,6 Mrd. Euro, „indem diese mit zusätzlichen Einnahmen wie anderen Renten oder Erwerbseinkommen im Alter verrechnet wurden.“

2

- „Durch die Praxis der Einkommensanrechnung werden insbesondere Ehepartner von Verstorbenen, die sich aufgrund erdrückender Altersarmut zu ihrer Rente etwas dazuverdienen müssen, gleich doppelt bestraft.“ „Die Plünderung der – im internationalen Vergleich – viel zu geringen Renten ist durch steigende Abzüge mehr als ungerecht.“

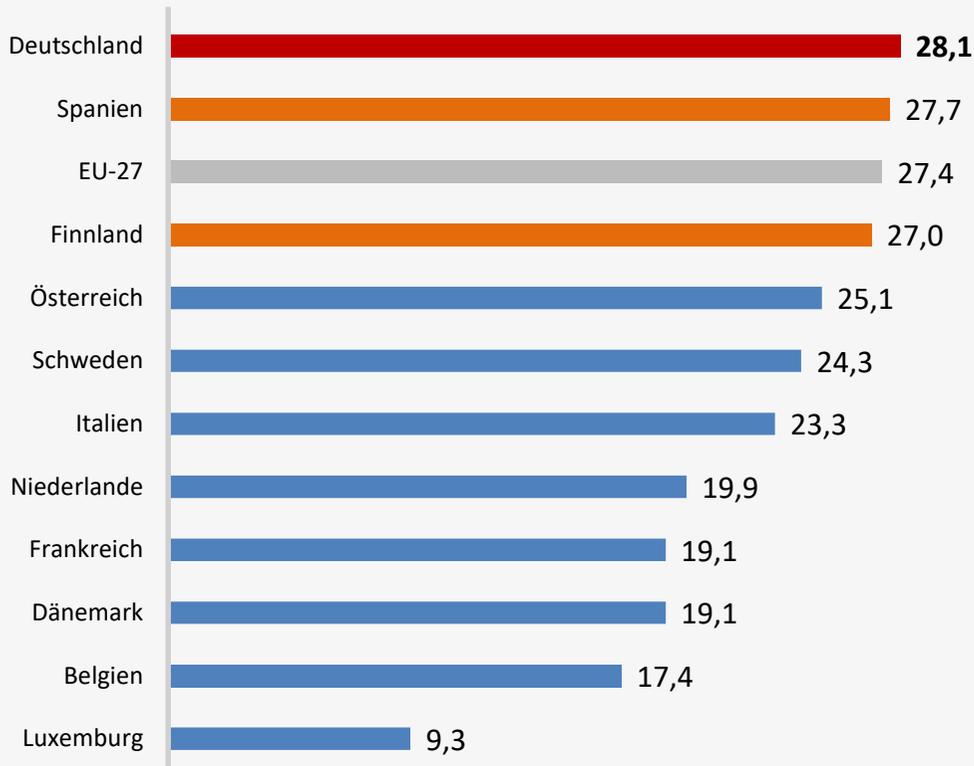
3

- „Anstatt den Versicherten und ihren hinterbliebenen Ehepartnern nach einem langen Arbeitsleben auskömmliche Renten zu garantieren, versucht das Bundessozialministerium einmal mehr, die finanzielle Schieflage der Rentenkasse auf Kosten der Betroffenen zu sanieren.“

Das Armutsrisiko ist in Deutschland höher als in vielen anderen EU-Staaten

NEU

Armutsrisikoquote*¹⁾ von alleinstehenden Personen ab 65 Jahren in ausgewählten EU-Ländern in % im Jahr 2021



*Anteil mit einem Einkommen unterhalb von 60 % des Medianes der Nettoäquivalenzeinkommen (nach Sozialleistungen); EU-27: geschätzt

Quellen: 1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Deutsche Altersarmut und Armutsgefährdung im europäischen Vergleich, Drs. 20/6386, 08.04.2023 2) Die Welt: „Vier von fünf Senioren fühlen sich von Politik vernachlässigt“, 26.02.2023 3) Bundestag: AfD-Antrag zu Sofortmaßnahmen gegen Armut bei Rentnern abgelehnt, 14.05.2020

1

- Das Armutsrisiko ist in Deutschland innerhalb der EU am höchsten bei alleinstehenden Personen ab 65 Jahren. Danach sind über 28 % der Bürger in Deutschland armutsgefährdet. In Italien nur 23 %, in Dänemark, den Niederlanden und Frankreich nur 19 %. Belgien liegt bei 17 % und Luxemburg sogar nur bei 9 %.

2

- Dies bestätigt auch eine Insa-Umfrage. Danach fühlen sich „vier von fünf Seniorinnen und Senioren von der Politik im Stich gelassen. Viele von ihnen haben bereits Mitte des Monats nicht genug Geld übrig, um das Lebensnotwendige zu besorgen.“

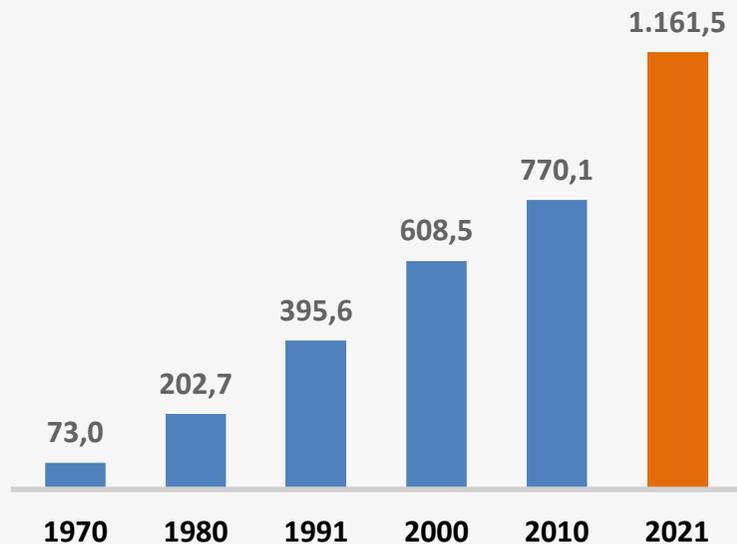
3

- Der Antrag der AfD mit dem Titel „Sofortmaßnahme Armutsbekämpfung bei Rentnern“ wurde seitens aller anderen im Bundestag vertretenen Fraktionen abgelehnt.

Sozialausgaben beanspruchen über 1/3 unserer Wirtschaftsleistung

aktualisiert

Sozialbudget in Deutschland von 1970 bis 2021
in Mrd. Euro



Quellen:

- 1) Statista: „Sozialbudget in Deutschland von 1970 bis 2021“, 02.08.2022
- 2) Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, 30.03.2023
- 3) Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Sozialbudget 2021, Juni 2022

1

- Deutschland gab 2021 mehr als 32 % seines Bruttoinlandsprodukts (3,6 Billionen Euro) im Bereich Soziales aus (u. a. Rentenversicherung, Sozialhilfe, Grundsicherung/Bürgergeld).

2

- Infolge der verstärkten Einwanderung in die deutschen Sozialversicherungssysteme, ist in nächster Zeit mit dramatisch steigenden Beitragssätzen zu rechnen.

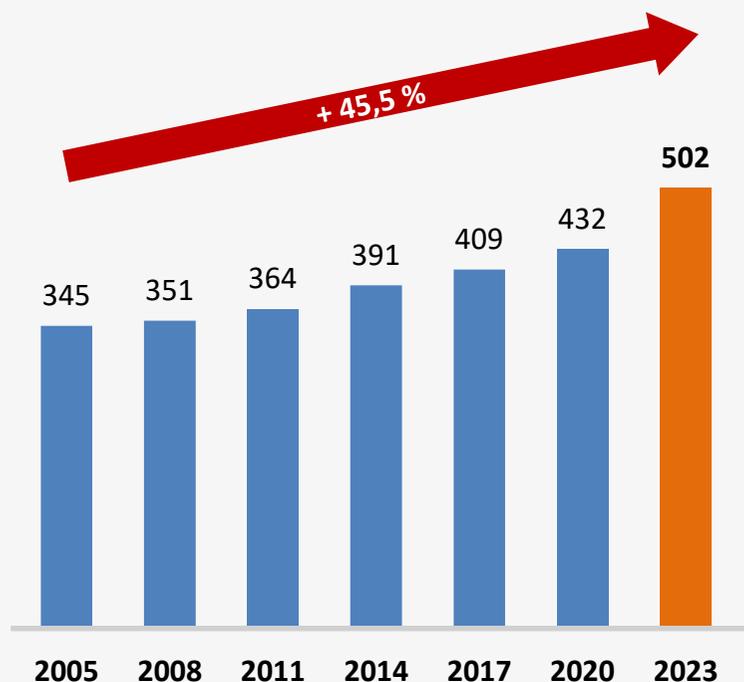
3

- Des Weiteren verteuern die höheren Sozialabgaben die Arbeitsplätze. Und das, obwohl Deutschland bereits heute unter den OECD-Staaten die zweithöchsten Abgaben hat.

Das neue Bürgergeld wird dem Steuerzahler teuer zu stehen kommen

NEU

Höhe des Hartz-IV-Regelsatzes bzw. des Bürgergelds in den Jahren von 2005 bis 2023 in Euro



Quellen:

1) Statista: „Höhe des Bürgergelds bzw. des Hartz-IV-Regelsatzes in den Jahren von 2005 bis 2023“, 22.12.2022 2) Merkur: „Hohe Kosten, Renten-Probleme und Sorge um den Zeitplan: Kommt das Bürgergeld doch später?“, 09.11.2022

- 1
 - Im Januar 2023 wurde Hartz IV (Arbeitslosengeld II) durch das so genannte Bürgergeld abgelöst. Der Regelsatz erhöhte sich zum Jahr 2022 um 11,8 % auf 502 Euro.
- 2
 - „Anspruch auf diesen vollen Regelbedarf haben Alleinstehende, Alleinerziehende sowie Volljährige, deren Partner minderjährig ist.“ Anspruchsberechtigte erhalten zudem die Kosten für die Unterkunft (Kaltmiete plus Heizkosten) und die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung erstattet.“ Arbeitslose dürfen zudem „zwei Jahre lang 60.000 Euro eigenes Vermögen und 30.000 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied behalten.“
- 3
 - Durch das neue Bürgergeld drohen dem Staat Mehrkosten, da „wegen der großzügigeren Vermögensregeln mehr Personen die neue Leistung in Anspruch nehmen werden. Dem Arbeitgeberverband zufolge könnten die Zusatzkosten bereits 2024 auf 5,1 Milliarden Euro, 2026 sogar auf über 5,8 Milliarden Euro steigen.“

Bürgergeld: Arbeiten lohnt sich für Geringverdiener nicht mehr

NEU

Rechenbeispiel: Alleinstehender Arbeitnehmer, Stundenlohn 14,54 Euro

Bürgergeldempfänger		Arbeitnehmer	
502 EUR	Regelsatz	2.520 EUR	Bruttolohn
- 0 EUR	Steuern und Sozialabgaben	- 772 EUR	Steuern und Sozialabgaben
- 0 EUR	Miete	- 745 EUR	Miete
- 0 EUR	Energiekosten	- 500 EUR	Energiekosten
- 200 EUR	Essen	- 200 EUR	Essen
- 100 EUR	Verkehr	- 100 EUR	Verkehr
202 EUR	Rest	203 EUR	Rest

Quellen:

1) Junge Freiheit: „Kein Auge für Arbeiter. Streit ums Bürgergeld“, 30.09.2022

2) Destatis: „0,5 Millionen weniger Niedriglohnjobs im April 2022 gegenüber April 2018“, 25.11.2022

1

- Das am 1. Januar 2023 eingeführte Bürgergeld übersteigt den Nettolohn im Niedriglohnsektor.

2

- Im Jahr 2022 bezogen 19 % der Arbeitnehmer Niedriglöhne. Es ist damit zu rechnen, dass für viele Arbeitnehmer sich Arbeiten nicht mehr lohnen wird. Zumal der Staat für Bürgergeldbezieher auch weiterhin die (weiter steigenden) Mieten und die Energiekosten übernimmt.

3

- Insbesondere für Langzeitarbeitslose wie auch für Zugewanderte wirkt das Bürgergeld attraktiver. Denn es ist damit zu rechnen, dass das Bürgergeld eine Sogwirkung für den weiteren Zuzug von Ukrainern und anderen Zuwanderern entfalten wird.

Fast 46 % der Bürgergeld-Bezieher sind Ausländer – Tendenz steigend

aktualisiert

1

- Insgesamt lebten im November 2022 fast 5,4 Mio. Regelleistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Allein von den 3,8 Mio. erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind 45,6 % Ausländer. Die Ampelkoalition hat den Leistungsbezug unter der Bezeichnung „Bürgergeld“ durch eine Anhebung der Regelbedarfsätze, der Schonbeträge und der Karenzzeiten erleichtert bzw. ausgeweitet.

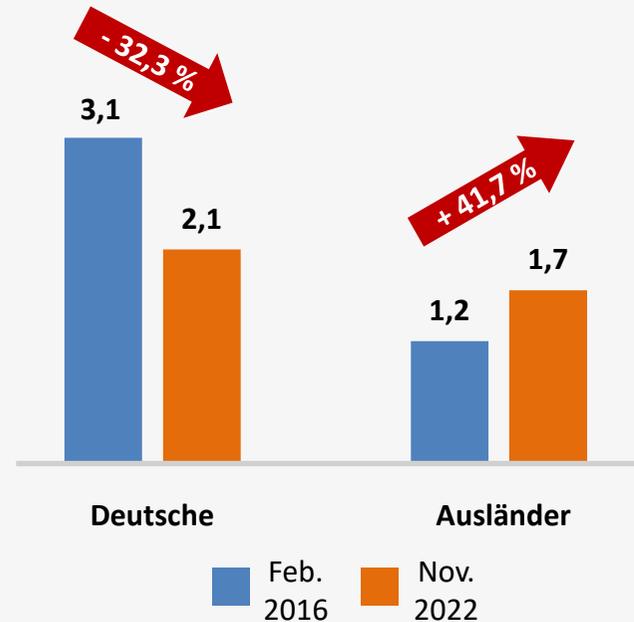
2

- Seit dem 1. Juni 2022 erhielten 662.854 ukrainische Kriegsflüchtlinge laut der Bundesagentur für Arbeit die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II. Der DGB fordert zudem, dass künftig auch Asylbewerber einen Anspruch auf Grundsicherung erhalten.

3

- Immer noch leben 884.787 der im Zuge der Flüchtlingswelle seit 2015/16 nach Deutschland gekommenen Migranten von Bürgergeld (Nov. 2022). Im Februar 2023 waren 255.198 arbeitslos, weitere 449.999 waren arbeitssuchend. Selbst von den 523.257 (Dez. 2022), die Arbeit gefunden hatten, waren 352.731 Migranten (67,4 %) in unterqualifizierten Jobs beschäftigt.

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte in der Grundsicherung im Vergleich in Mio. nach Jahren

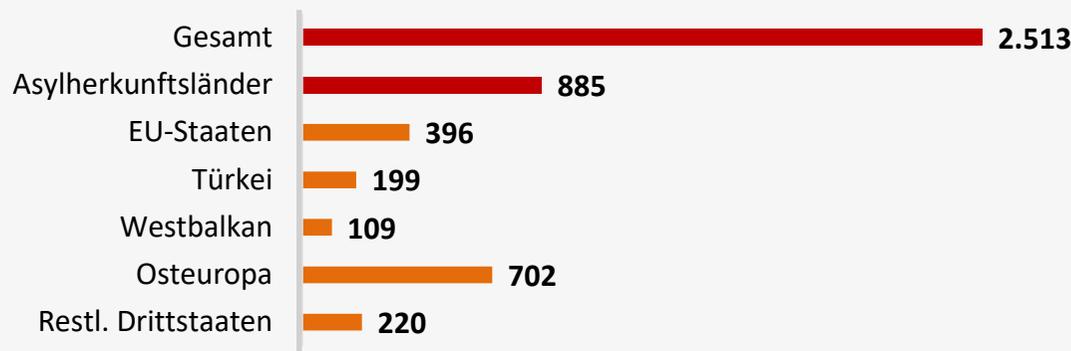


Quellen:
 1) Bundesagentur für Arbeit: Migrationsmonitor, Juni 2016 und Februar 2023
 2) Der Westen: „Hartz 4: Ukrainer bekommen seit Juni 82 Euro mehr – Jobcenter überlaufen“, 04.06.2022
 3) AfD-Bundestagsfraktion: „René Springer: Bis zu 750.000 neue Hartz-IV-Empfänger 2022 – Regierung wiederholt Fehler von 2015“, 07.06.2022
 4) Junge Freiheit: „Flüchtlingswelle: Es kamen keine Fachkräfte“, 25.05.2022
 5) AfD-Bundestagsfraktion: „René Springer: DGB-Chefin fordert Grundeinkommen für Asylbewerber“, 23.05.2022

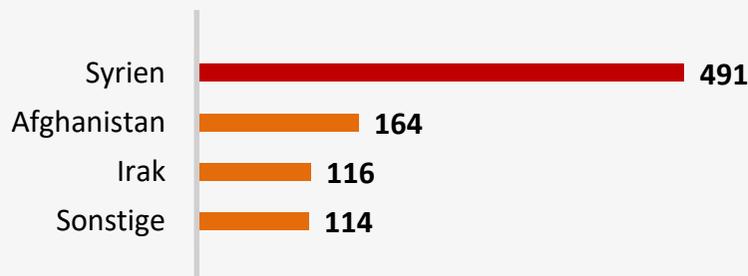
Über 2,5 Mio. Ausländer erhalten Bürgergeld, v.a. Syrer und Ukrainer

aktualisiert

Regelleistungsberechtigte Ausländer im Vergleich in Tausend nach Herkunft (Stand: November 2022)



Regelleistungsberechtigte Ausländer nach Asylherkunftsländern in Tausend nach Herkunft (Stand: November 2022)



Quellen:

1) Bundesagentur für Arbeit: Migrationsmonitor, Februar 2023 2) Die Welt: „40 Prozent der ausländischen Minderjährigen auf Hilfe vom Staat angewiesen“, 15.06.2023 3) René Springer (AfD-MdB): „Schockierende Zahlen – Weniger Deutsche, aber immer mehr Ausländer beziehen Bürgergeld“, 28.03.2023

1

- Von den über 2,5 Mio. Ausländern, die im November 2022 eine Grundsicherung für Arbeitssuchende bezogen, erhielten über 1,3 Mio. Nicht-EU-Europäer Hartz-IV. Während 2011 noch lediglich 19 % der Hartz-IV-Empfänger eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten, sind es heute bereits heute fast 47 % Ausländer.

2

- Die Anzahl der Hartz-IV-Empfänger aus den acht Hauptherkunftsländern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien) stieg von 2013 bis November 2022 von 163.000 auf 884.787. Das entspricht einer Zunahme von 443 %. Die Syrer stellen mit fast 20 % die größte Gruppe unter den ausländischen Hartz-IV-Empfängern.

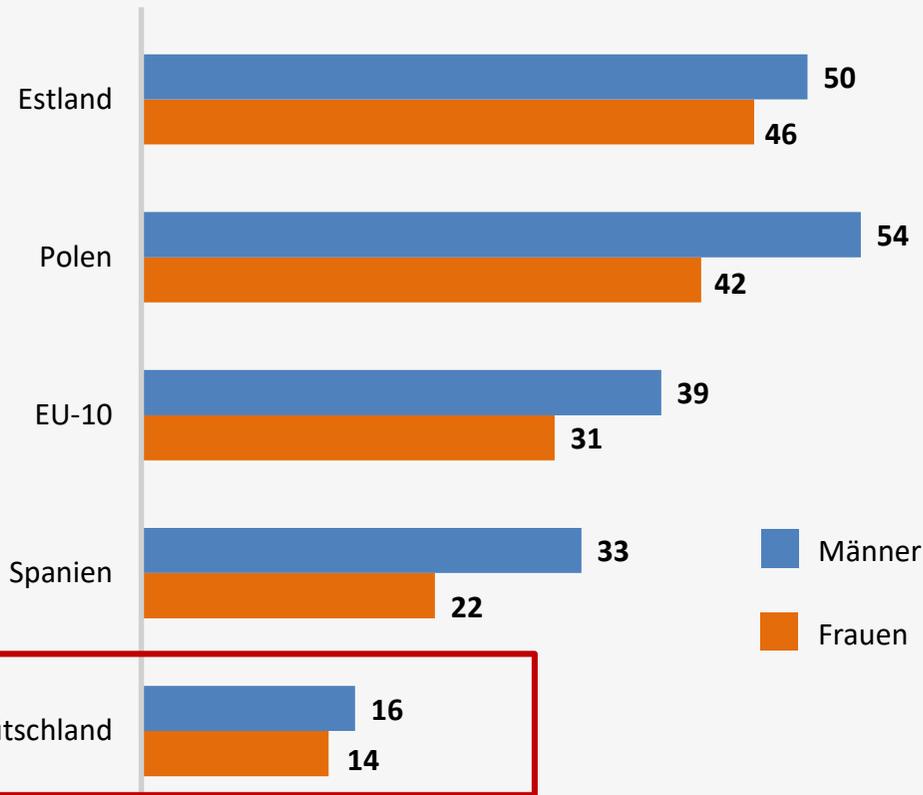
3

- Laut Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD-Fraktion wurden „im Jahr 2010 rund 6,9 Mrd. Euro für ausländische Sozialleistungsbezieher aufgewendet, 2022 waren es 15,4 Mrd. Euro. Seit dem Jahr 2010 wurden insgesamt 132,8 Mrd. Euro an ausländische Hartz-IV-Empfänger ausbezahlt.“

Ukrainer integrieren sich in Deutschland nur gering in den Arbeitsmarkt

NEU

Anteil der geflüchteten Ukrainer, die einer bezahlten Arbeit nachgehen, nach Geschlecht in % im Jahr 2022



Quellen:
 1) FAZ: „Studien in zehn Ländern. Viele Ukrainer wollen in Deutschland bleiben“, 28.02.2023 2) Statista: „Anzahl der registrierten Flüchtlinge aus der Ukraine in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“, 01.03.2023 3) ZDF: „Nahles: Ukrainer sehr integrationsbereit“, 10.12.2022 4) Bundesregierung: „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland. Gut angekommen auf dem Arbeitsmarkt“, 24.02.2023 5) Tagesschau: „Knapp die Hälfte der Ukraine-Flüchtlinge will bleiben“, 12.07.2023

1

- Obwohl die Bundesregierung medial die angebliche Integrationsbereitschaft der Ukrainer auf dem Arbeitsmarkt überaus lobt, sieht die Realität anders aus.

2

- Denn nach einer Studie der „Agentur der Europäischen Union für Grundrechte“ gehen in Deutschland nur 16 % der Ukrainer und 14 % der Ukrainerinnen einer bezahlten Arbeit nach. Ganz anders sieht es in Estland (50 %/46 %) oder Polen (54 %/42 %) aus.

3

- Laut der Bundesagentur für Arbeit waren im November 2022 nur rund 67.000 der geflüchteten Ukrainer beschäftigt. Bis Mai 2023 sind 1,06 Mio. Ukrainer nach Deutschland gekommen.

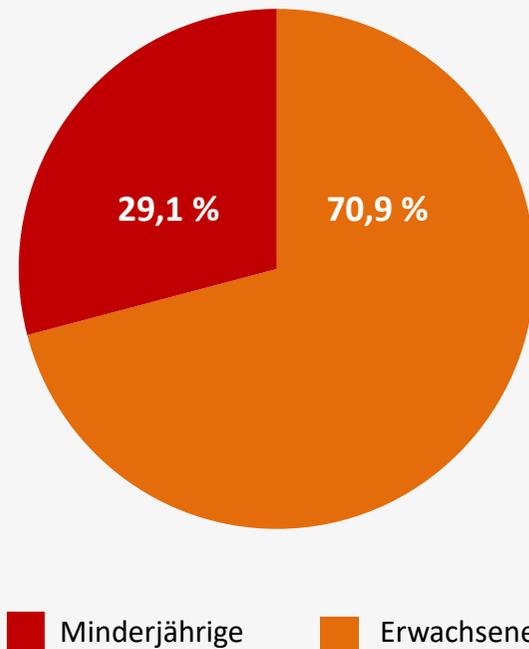
4

- Grund ist das hohe Bürgergeld, welches Geringverdienern die Lust zur Arbeit nimmt. Nicht von ungefähr will fast die Hälfte langfristig in Deutschland bleiben.

Über 29 % aller Asylbewerber sind angeblich minderjährig

aktualisiert

Asylanträge nach Altersgruppe in % im Jahr 2023



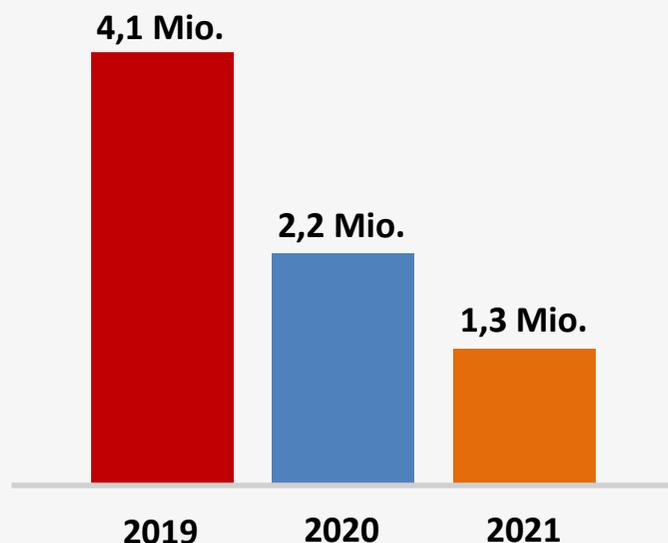
Quellen:
 1) Statista: [Verteilung der Asylbewerber in Deutschland nach Altersgruppen im Jahr 2023, 07.03.2023](#)
 2) Die Linke: [Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2020, Drs. 19/26738, 18.02.2021](#)
 3) Focus: [„Zweifel an Minderjährigkeit: 40 Prozent der überprüften Flüchtlinge gaben Alter falsch an“, 17.09.2019](#)

- 1
 - In den letzten Jahren wanderten immer mehr minderjährige Migranten unter 18 Jahren nach Deutschland illegal ein bzw. wurden hier geboren. Anfang 2023 waren 29,1 % der Asylbewerber unter 18 Jahre alt. Im Jahr 2020 wurden 51,4 % aller Asylanträge von Minderjährigen unter 18 Jahren gestellt.
- 2
 - Das Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Münster stellte fest, dass fast 40 % der untersuchten minderjährigen Migranten ihr Alter falsch angaben. Die Bundesregierung behauptet jedoch, dass im Jahr 2020 nur 2,4 % (4.488) ein falsches Alter mitteilten. Röntgenuntersuchungen, die das Alter nachweisen können, werden nur selten angewendet.
- 3
 - Auch von Datenträgern (Mobilfunkgeräte) lassen sich Erkenntnisse über das Alter herauslesen. Dennoch wurden im Jahr 2020 nur 2.581 Auswertungsanträge gestellt. Davon wurden 1.779 Datenträger-Auswertungen freigegeben.
- 4
 - Nach Auswertung von 1.270 Ergebnisdokumentationen bestätigten 29,5 % die Identität der Antragsteller, 1,8 % wurden widerlegt und bei 68,7 % (872) waren keine Erkenntnisse verwertbar.

Hessen zahlte 4,1 Mio. Euro pro unbegleitetem minderjährigem Migrant

NEU

Kosten pro unbegleitetem minderjährigem Flüchtling (UMA) in Hessen in Euro nach Jahren



Quellen:

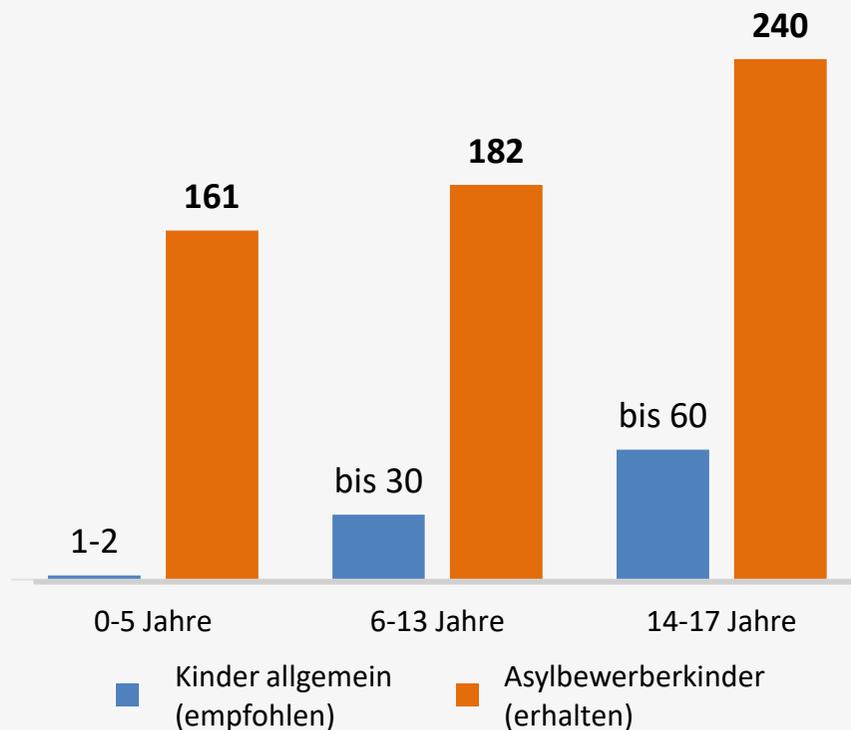
- 1) [Antwort auf Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Unterbringung unbegleiteter, minderjähriger Ausländer in Hessen in den Jahren 2019 – 2022, Drs. 20/9433, 09.12.2022](#)
- 2) [Antwort auf Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Gunnar Lindemann \(AfD\): „Unbegleitete Minderjährige“, Drs. 19/14781, 17.02.2023](#)
- 3) [AfD-Fraktion Hamburg: „AfD-Anfrage zeigt: Senat verschleudert eine halbe Milliarde Euro für unbegleitete minderjährige Ausländer“, 31.01.2023](#)
- 4) [Kindergeld, Tabelle 2022](#)

- 1
 - Wie aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der hessischen AfD-Landtagsfraktion hervorging, gab die Landesregierung u.a. für die Unterbringung und Verpflegung für jeden einzelnen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling (UMA) in den Jahren 2019 bis 2021 zwischen 4,1 Mio. und 1,3 Mio. Euro aus.
- 2
 - Im Jahr 2019 wurden in Hessen insgesamt 654 Millionen Euro für 159 UMAs (über 80 % männlich), im Jahr 2020 insgesamt 528 Millionen Euro für 239 UMAs (über 82 % männlich) und im Jahr 2021 insgesamt 508 Millionen Euro für 402 UMAs (über 89 % männlich) ausgegeben.
- 3
 - Vergleicht man dies mit den Kindergeldzahlungen, so hat der hessische Staat für einen einzigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling fast das 480-fache dessen ausgegeben, was die Bundesregierung für deutsche Kinder auszugeben bereit ist. Denn eine Familie erhielt für das erste Kind im Jahr 2021 Kindergeld in Höhe von 2.628 Euro.
- 4
 - Der Berliner Senat gab im Jahr 2021 pro unbegleiteten minderjährigen Flüchtling 87.000 Euro aus. Ähnlich der Hamburger Senat. Dieser gab von 2015 bis 2021 fast 500 Mio. Euro für die Versorgung von 6.119 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus.

Sind dem Staat Asylbewerberkinder mehr wert als Kinder allgemein?

aktualisiert

Taschengeldzahlungen an minderjährige Asylbewerber versus empfohlenes Taschengeld für Kinder
in Euro pro Monat im Jahr 2023



Quellen:
1) Taschengeldtabelle 2023
2) Anpassung der AsylbLG-Regelsätze zum 1. Januar 2023

1

- Das Taschengeld an minderjährige Asylbewerber wird als sogenannter notwendiger persönlicher Bedarf vom Staat bezahlt. Dagegen handelt es sich bei der Höhe des Taschengeldes für Kinder allgemein lediglich um eine Empfehlung des Jugendamtes.

2

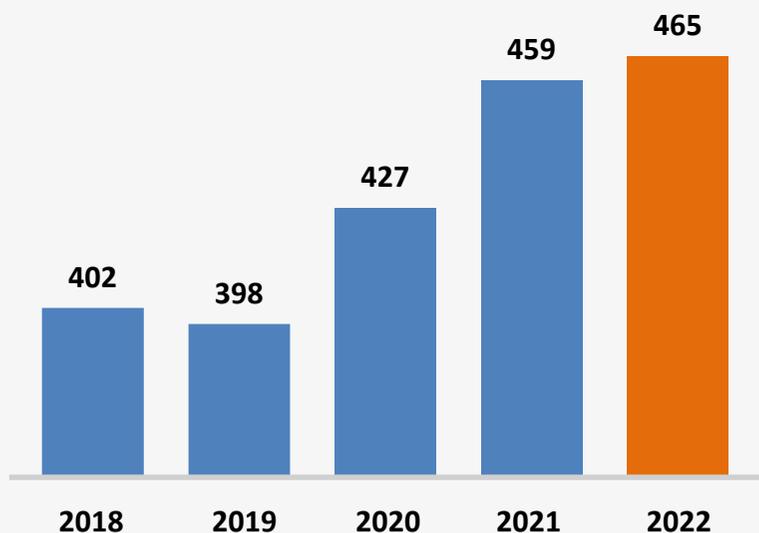
- Das Taschengeld (Leistungen für den notwendigen persönlichen Bedarf) wird in bar ausgezahlt. Minderjährige Asylbewerberkinder bis sechs Jahre erhalten 161 Euro (2022: 105 Euro), bis 13 Jahre 182 Euro (2022: 109 Euro) und bis 17 Jahre 240 Euro (2022: 111 Euro) monatlich vom Staat. Dagegen sollen Eltern ihren Kindern – aus dem eigenen Portemonnaie – deutlich weniger Taschengeld geben.

Seit 2018 flossen 2,2 Milliarden Euro Kindergeld ins Ausland

aktualisiert

Kindergeld an Konten im Ausland

in Mio. Euro nach Jahren



Quellen: 1) Schriftliche Fragen, René Springer (AfD-MdB), Drs. 19/25900, 12.01.2021
 2) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Kindergeldstatistik – Entwicklungen im Zeitverlauf, Drs. 19/11307, 02.07.2019 3) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Zahlung von Kindergeld an ausländische Kindergeldberechtigte, Drs. 19/1275, 20.03.2018 4) Bundestag: „Bundestag lehnt Kindergeld-Anpassung für im EU-Ausland lebende Kinder ab“, 18.10.2018. 5) René Springer, MdB, 29.03.2023 6) Bundesagentur für Arbeit: Kindergeld - Deutschland und Länder (Monatszahlen der Familienkasse der BA), Jahre 2018-2022 7) Junge Freiheit: „Deutschland überweist 459 Millionen Euro Kindergeld ins Ausland“, 01.05.2022

1

- Die Bundesagentur für Arbeit überwies allein in den Jahren 2018 bis 2022 fast 2,2 Milliarden Euro Kindergeld ins Ausland (nach Einkommensteuergesetz und Bundeskindergeldgesetz). Vergleicht man dies zum Jahr 2010, in dem nur 36 Mio. Euro ins Ausland überwiesen wurde, hat sich die Zahlung zum Jahr 2022 um fast 1.300 % erhöht.

2

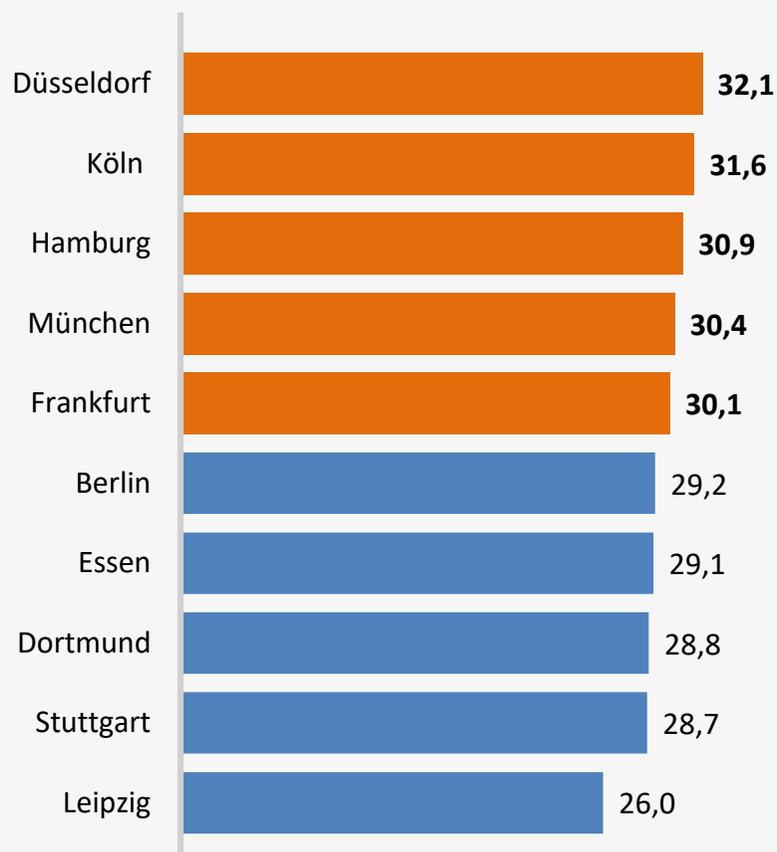
- „Auch Leistungen wie der Kinderbonus 2020 (300 Euro pro Kind), der Kinderbonus 2021 (150 Euro pro Kind) sowie der Kinderbonus 2022 (100 Euro pro Kind) werden aufgrund der bestehenden EU-Verordnung (EG) Nr. 883/2004 an im Ausland lebende Kinder gezahlt.“

3

- „In einigen osteuropäischen Ländern entspricht das Kindergeld für zwei Kinder bereits einem Monatslohn. Dem deutschen Steuerzahler, der aufgrund der Inflation hier kaum noch seine Miete zahlen kann, ist das nicht mehr vermittelbar“, kritisierte der AfD-Politiker René Springer. Der Antrag der AfD-Bundestagsfraktion, die Kindergeldzahlungen ins Ausland zu reduzieren, wird seit Jahren nicht beraten.

Mieten werden immer mehr zur Belastung für einheimische Bürger

Durchschnittlicher Anteil der Bruttowarmmiete am Nettoeinkommen in %



Quellen:

1) Böckler Impuls: „Mehr als zwei Millionen Mieter in prekärer Lage“, 13/2021

2) Bayernkurier: „Hohe Mieten durch Flüchtlingskrise“, 17.02.2016

1

- Laut der Hans-Böckler-Stiftung haben „fast 13 % der Miethaushalte in deutschen Großstädten nach Abzug der Miete weniger als das Existenzminimum zur Verfügung. Besonders für Menschen mit geringen Einkommen gibt es viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum.“

2

- Dies „bringt knapp 1,1 Mio. aller Miethaushalte in deutschen Großstädten in eine sehr prekäre Lage. Diesen Haushalten mit rund 2,1 Mio. Menschen bleibt weniger als das im Sozialrecht festgelegte Existenzminimum übrig, nachdem sie Miete und Nebenkosten bezahlt haben. Dabei sind eventuelle Sozialtransfers und Wohngeld bereits berücksichtigt.“

3

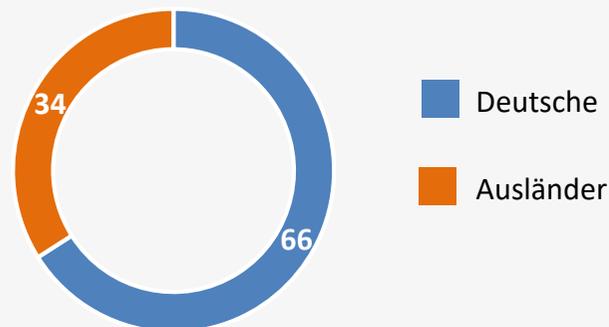
- Vor allem durch die Massenmigration verschärft sich seit 2015 die Situation. Denn der Staat zahlt für die Unterbringung von Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine immer höhere Mieten. Dies führt dazu, dass kaum noch günstige Wohnungen am Markt zu finden sind und einheimische Bürger sich diese nicht mehr leisten können.

Wohnungsnot in Deutschland durch Migration so hoch wie nie

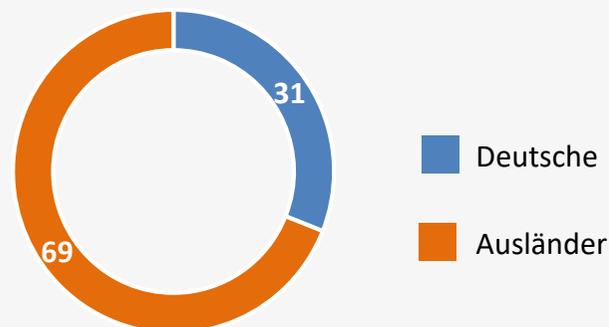
NEU

- 1 Die Zahl der Wohnungslosen hat sich vor allem durch die Migrationskrise deutlich erhöht. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat erstmals einen Bericht zur Wohnungslosigkeit veröffentlicht. Danach sind 262.600 Menschen ohne Wohnung, 38.500 leben auf der Straße.
- 2 Von den wohnungslosen Personen ohne Unterkunft sind 66 % Deutsche und 34 % Nichtdeutsche (inkl. 1 % Staatenlose) betroffen. Dagegen drehen sich die Zahlen bei untergebrachten wohnungslosen Personen um.
- 3 „Von den insgesamt rund 178.100 untergebrachten wohnungslosen Menschen (Stand: Januar 2022) haben 31 % die deutsche Staatsangehörigkeit, 69 % eine ausländische (inkl. 5 % Nationalität ungeklärt bzw. staatenlose Personen).
- 4 Durch den weiteren Zuzug von Migranten wird sich die Lage noch zuspitzen. Insbesondere gibt es laut einer Studie von Empirica Regio einen Bedarf von 600.000 Wohnungen allein für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine.
- 5 Die Wohnraumknappheit stellt ein Problem für sämtliche Bevölkerungsschichten dar, da knapper Wohnraum den Mietzins nach oben treibt. Insgesamt fehlen laut dem Deutschen Mieterbund bundesweit 700.000 Wohnungen.

Wohnungslose Personen ohne Unterkunft nach Nationalität in %



Untergebrachte wohnungslose Personen nach Nationalität in %



Quellen:

- 1) Bundesministerium für Arbeit und Soziales: „Ausmaß und Struktur von Wohnungslosigkeit. Der Wohnungslosenbericht 2022“, Dezember 2022
- 2) BAG Wohnungslosenhilfe, 21.12.2021
- 3) Verbändebündnis „Soziales Wohnen“: Bauen und Wohnen in der Krise, Januar 2023
- 4) Haufe: „Geflüchtete aus der Ukraine: 600.000 Wohnungen extra nötig“, 07.02.2023

Unsere AfD-Forderungen zu Gesundheit, Rente und Soziales

aktualisiert

1	<ul style="list-style-type: none"> Das deutsche Rentensystem benachteiligt die Menschen massiv, die mit ihrem Berufsleben zu unserem derzeitigen Wohlstand beigetragen haben. Rentner müssen von ihrer Rente gut leben können, ohne Pfandflaschen sammeln zu müssen.
2	<ul style="list-style-type: none"> Die Bevölkerung darf ihre Bürgerrechte nicht durch eine panikgetriebene und hoch ideologisierte Politik, ohne notwendige Evaluierung der Maßnahmen zu Corona und anderen Krankheitsbildern verlieren.
3	<ul style="list-style-type: none"> Nebenwirkungen und Spätfolgen durch die sogenannte Corona-Schutzimpfungen müssen enttabuisiert und von der Politik anerkannt werden. Nur dadurch können Geschädigte auch ihr Recht auf Schadenersatz erhalten. Die verantwortlichen Politiker, welche die Impfungen als nebenwirkungsfrei und bedenkenlos öffentlich darstellen, müssen dafür rechtlich zur Verantwortung gezogen werden.
4	<ul style="list-style-type: none"> Um eine Senkung der Sozialleistungen zu erreichen, müssen Bezieher von Sozialleistungen die Möglichkeit erhalten, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Sozialsysteme, die dauerhaft arbeitsfähige Bürger versorgen müssen, sind mit einer sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar. Sozialsysteme als Pull-Faktoren für Migration führen zu einer völligen Überlastung und damit zu einer erheblichen gesamtgesellschaftlichen Belastung.

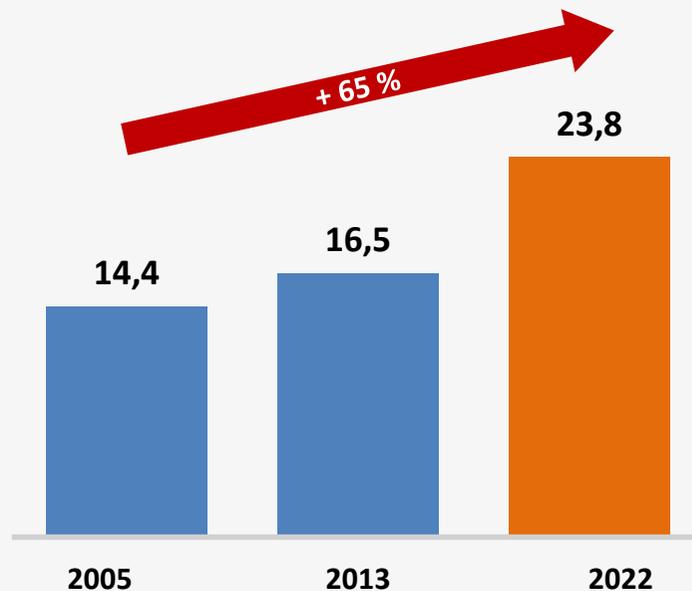
5	<ul style="list-style-type: none"> Über 46 % der Bürgergeld-Bezieher sind Ausländer. Dies ist ein Beleg für eine gescheiterte Migrations- und Integrationspolitik. Die Bundesregierung hat die Kontrolle über die Einwanderung in die Sozialsysteme und die daraus resultierenden finanziellen Lasten verloren. Diese Einwanderung muss gestoppt werden.
6	<ul style="list-style-type: none"> Eine Altersfeststellung minderjähriger Asylbewerber muss ebenso stattfinden, wie eine erhebliche Absenkung der Betreuungskosten. Zugleich müssen Fluchtursachen beseitigt werden, damit Menschen gar nicht erst in Not kommen.
7	<ul style="list-style-type: none"> Kindergeld darf nur für Kinder gezahlt werden, wenn diese einen Wohnsitz in Deutschland haben. Sollte dies nicht der Fall sein, muss das Kindergeld nach dem Vorbild Österreichs an das Kindergeld des jeweiligen Landes angepasst werden.
8	<ul style="list-style-type: none"> Die Inflation verschärft ebenso wie die starke Migration seit 2015 die Situation auf dem Wohnungsmarkt deutlich. Der Staat darf für die Unterbringen von Asylanten keine höheren Mieten als die marktüblichen zahlen.

1.	Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	32
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	74
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	101
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	120
7.	Innere Sicherheit und Justiz	157
8.	Medien	173
9.	Verteidigung	187
10.	Fazit	197

23,8 Mio. Menschen haben in Deutschland einen Migrationshintergrund

NEU

Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn in Mio. nach Jahren



Quellen:

1) Destatis: [Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, 20.04.2023](#) 2) Destatis: [Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2016 bis 2022, 31.01.2023](#) 3) Deutsche Welle: [„Doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland“, 07.12.2022](#) 4) Destatis: [„Bevölkerung im Jahr 2022 auf 84,3 Millionen gewachsen“, 19.01.2023](#)

1

- Ende Dezember 2022 hatten 23,8 Mio. (2005: 14,4 Mio.) von insgesamt 84,3 Mio. Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Innerhalb von 17 Jahren hat sich die Zahl um 65 % erhöht.

2

- Insgesamt leben 13,4 Mio. Ausländer in Deutschland. Seit der von der ehemaligen Bundeskanzlerin Merkel verfügten Grenzöffnung 2015 stieg die Ausländerzahl um über 63 % (2014: 8,2 Mio.) und seit ihrer Amtsübernahme im Jahr 2006 um über 97 %.

3

- Damit leben in Deutschland so viele Personen mit einem Migrationshintergrund wie noch nie zuvor. Insgesamt weisen 28,2 % aller Personen in Deutschland einen Migrationshintergrund auf.

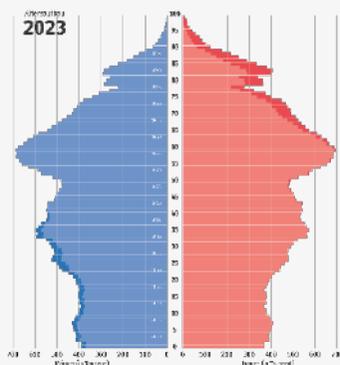
4

- Im Jahre 2021 lebten in Deutschland 2,9 Mio. Deutsche mit einer zweiten Staatsangehörigkeit. Diese werden nicht zur ausländischen Bevölkerung gerechnet.

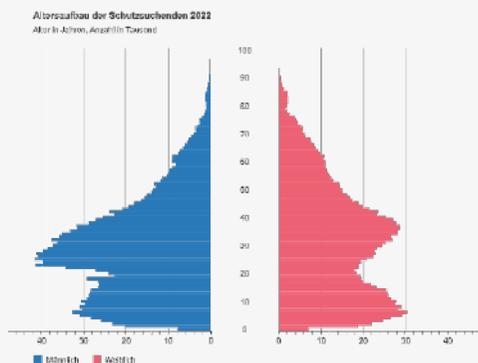
Deutsche ohne Migrationshintergrund werden zur Minderheit

aktualisiert

Bevölkerung in Deutschland nach Geschlecht, Alter in Jahren, Anzahl in Tausend im Jahr 2023



Altersaufbau der Schutzsuchenden, Alter in Jahren, Anzahl in Tausend im Jahr 2022



Quellen:
 1) Destatis: [14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung 2023](#) 2) Destatis: [Altersaufbau der Schutzsuchenden 2022](#) 3) Die Welt: „Höchstes Geburtendefizit in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges“, 11.05.2022

1 ■ Bei den 45- bis 60-Jährigen ist der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung heute noch vergleichsweise gering. Im Jahr 2060 wird es aber eine deutliche Veränderung geben. Dann werden voraussichtlich überwiegend Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland leben.

2 ■ Der überwältigende Anteil der Steuerzahler im Jahr 2022 besteht aus Personen ohne Migrationshintergrund, die für die Transferleistungen, Infrastruktur, soziale Dienste usw. des Staates aufkommen.

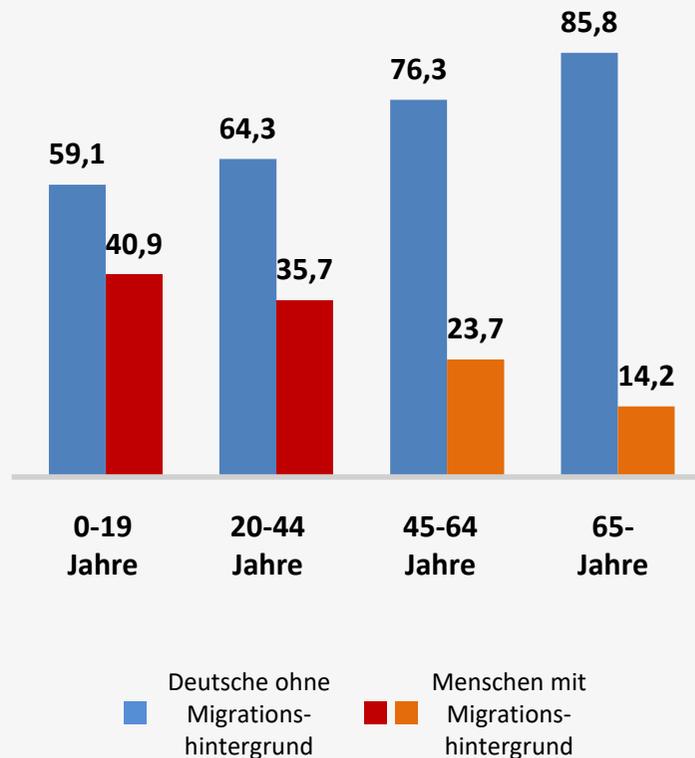
3 ■ Problematisch ist die Altersgruppe von 0 bis 44 Jahren. Dort stellen die Personen mit Migrationshintergrund bereits heute etwa 30 % der Bevölkerung. Im 51. Jahr in Folge verzeichnet Deutschland ein Geburtendefizit. „Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2021 sank die Geborenenzahl insgesamt um 5,5 % (gegenüber dem geburtenreichen Jahr 2021 sank sie um 7,1 %).“

4 ■ Durch die fortschreitende Migration und die hohe Geburtenrate v. a. muslimischer Frauen werden die Deutschen ohne Migrationshintergrund in wenigen Jahrzehnten zur Minderheit im eigenen Land.

Die Bevölkerungszusammensetzung wird sich künftig stark verändern

aktualisiert

Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus und Alter in % im Jahr 2022



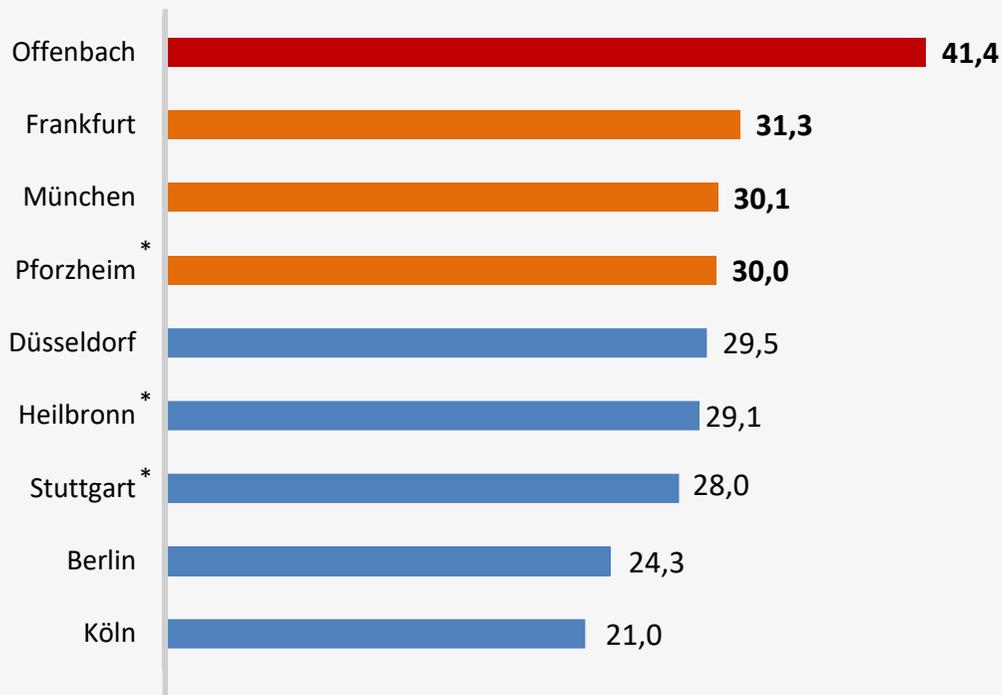
Quelle:
1) Destatis: Bevölkerung mit Migrationshintergrund, 2022

- 1
 - Während Personen mit Migrationshintergrund bereits 40,9 % der Altersgruppe der bis zu 19-Jährigen in Deutschland ausmachen (6,5 Mio.), ist der Anteil dieser Gruppe unter den über 65-Jährigen verhältnismäßig gering (2,5 Mio.). Deutsche ohne Migrationshintergrund machen in diesen Alterskohorten derzeit 9,34 Mio. (0-19 Jahre) bzw. 15,3 Mio. (über 65 Jahre) aus.
- 2
 - Bei Fortschreiten dieser Tendenz ist davon auszugehen, dass Menschen mit Migrationshintergrund nach Ablauf der kommenden 20 bis 30 Jahre die Bevölkerungsmehrheit bei den bis zu 40-Jährigen Personen in Deutschland stellen werden.
- 3
 - Einer zunehmend vergreisenden einheimischen Bevölkerung steht dann eine junge Generation mit Migrationshintergrund gegenüber.

Menschen ohne Migrationshintergrund in Städten bald in der Minderheit

aktualisiert

Ausländische Bevölkerung in ausgewählten Städten
in % im Jahr 2022



* Stand: 31.10.2022

Quellen:

- 1) Information und Technik NRW: „Ausländische Bevölkerung 2021 und 2022 in NRW“, 27.04.2023
- 2) Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: „Zwei Millionen Ausländerinnen und Ausländer leben in Baden-Württemberg“, 19.05.2023
- 3) Stadt Offenbach am Main: Migrationshintergrund aktuell, 25.06.2023
- 4) Stadt Frankfurt am Main: Statistik aktuell, 04/2023
- 5) Statistisches Amt München: Statistik Bevölkerung, 25.06.2023
- 6) Statistik Berlin Brandenburg: Einwohnerregisterstatistik 31.12.2022 Berlin, 14.02.2023
- 7) Bremen: Bevölkerung und Migranten, 25.06.2023

1

- Spätestens seit 2016 gibt es in Offenbach am Main und in Frankfurt am Main mehr Menschen mit Migrationshintergrund als ohne. Allein die Zahlen nur der ausländischen Bevölkerung (siehe links) verdeutlichen dies. In Offenbach hatten Ende 2022 fast 66 % der Einwohner einen Migrationshintergrund. Tendenz – wie in allen deutschen Städten – steigend.

2

- In wenigen Jahren werden sich weitere Großstädte radikal verändern. Menschen ohne Migrationshintergrund werden überwiegend noch in ostdeutschen Städten und im Umland von Städten leben.

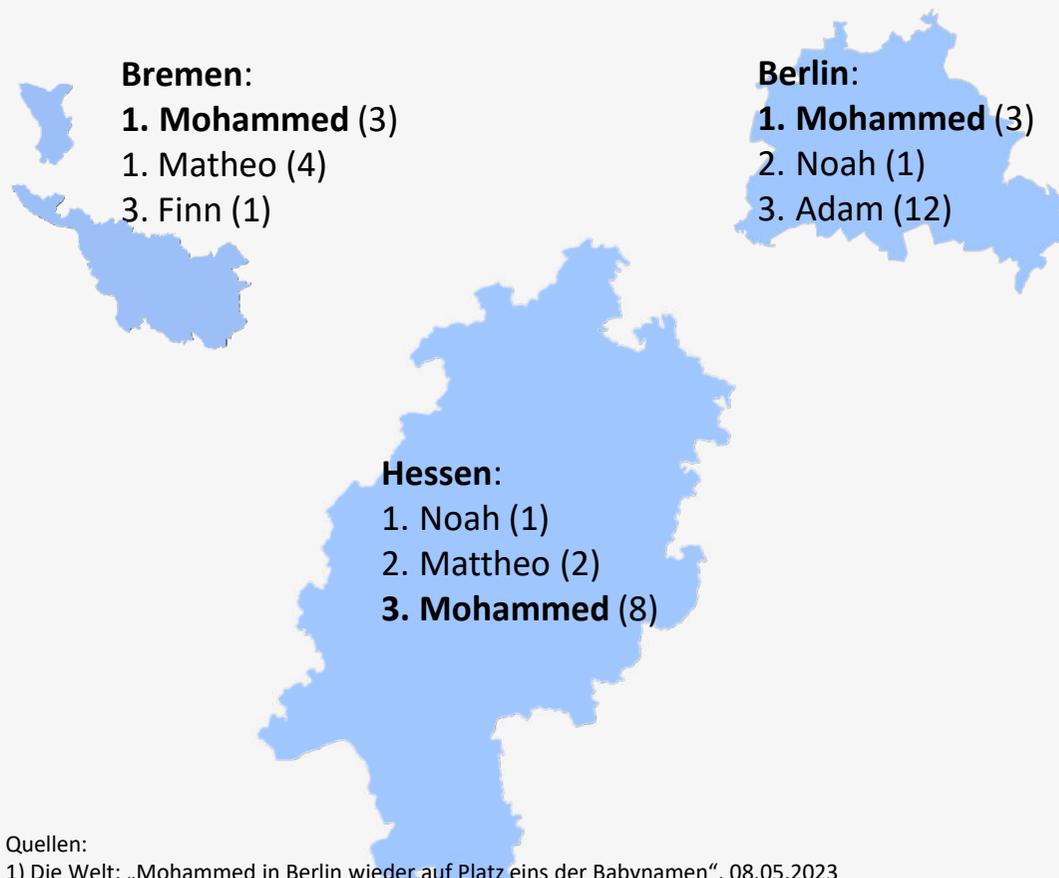
3

- Vor allem der Islam wird sich durch die hohe Anzahl unter den Einwohnern mit Migrationshintergrund weiter in den deutschen Großstädten ausbreiten. Durch die hohe Geburtenrate muslimischer Frauen wird sich die Zahl der Muslime in Deutschland deutlich erhöhen.

Der beliebteste Vorname in Berlin und Bremen ist Mohammed

NEU

Die beliebtesten Vornamen bei Jungen
im Jahr 2022 (in Klammer: Vorjahr)



Quellen:

- 1) Die Welt: „Mohammed in Berlin wieder auf Platz eins der Babynamen“, 08.05.2023
- 2) Gesellschaft für deutsche Sprache e.V.: „Ausführliche Auswertung: Vornamen 2022“, 08.05.2023
- 3) Zukunft CH. „Niederlande: Mohammed zweithäufigster Vorname“, 18.01.2023

1

„Mohammed ist in Berlin wieder der beliebteste Vorname für neugeborene Jungs - so wie in vier der fünf vergangenen Jahre.“ Auch in Bremen wurde der Jungennamen Mohammed – zusammen mit Matheo – als beliebtester Vorname im Jahr 2022 gewählt. In Hessen belegt er Rang drei.

2

„So lag der Name Mohammed bundesweit auf Platz 20, wie GfDS-Geschäftsführerin Andrea-Eva Ewels erläuterte. Das bedeute, dass von den rund eine Million übermittelten Namen 2.758 Mal Mohammed vergeben wurde. Von den Neugeborenen 2022 trugen bundesweit 0,78 % diesen Namen.“

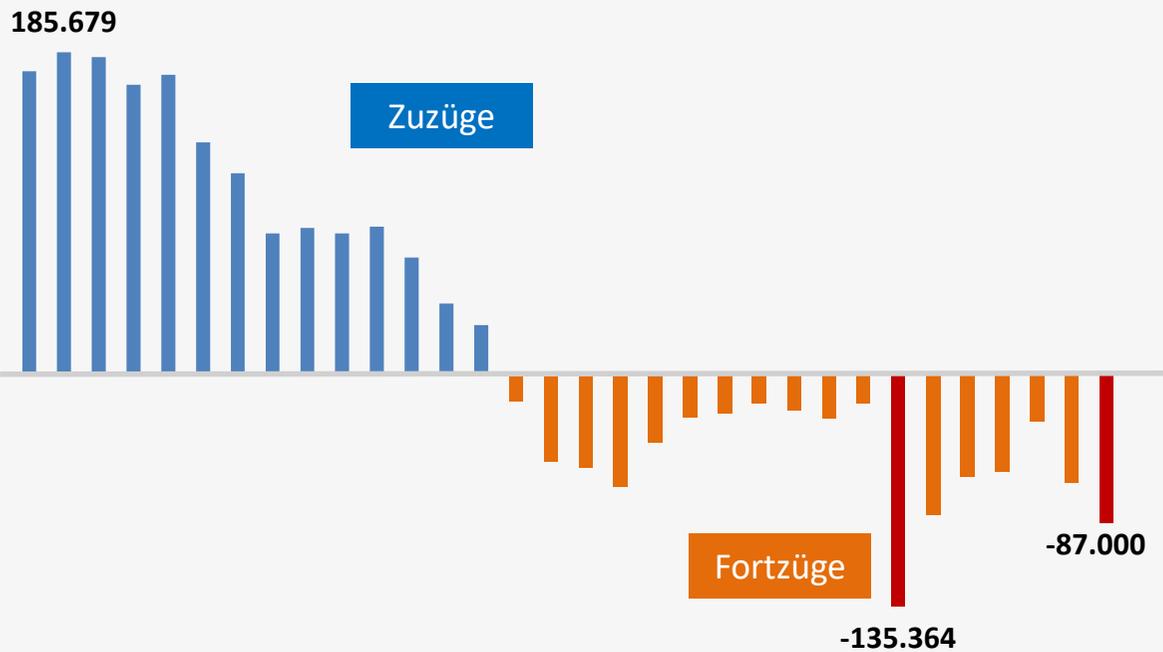
3

„Auch in vielen anderen europäischen Ländern oder Regionen gehört Mohammed zu den häufigsten Babyvornamen. So hält er bspw. seit vielen Jahren mit den unterschiedlichen Schreibweisen die Spitzenposition in Brüssel und Großbritannien. In Wien landet er letztes Jahr auf Platz sechs.“ In den Niederlanden belegte er den zweiten Platz.

Seit 2006 sind fast 900.000 deutsche Fachkräfte netto ausgewandert

aktualisiert

Fort- und Zuzüge Deutscher aus Deutschland nach Jahren und Anzahl insgesamt



Jahr						
1991	1996	2001	2006	2011	2016	2022

Quellen:

1) Destatis: „Nettozuwanderung von knapp 1,5 Millionen Personen im Jahr 2022“, 27.06.2023

2) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Spätaussiedler in Hessen – Teil I, Drs. 20/5566, 10.08.2021

1

- Von 2005 bis 2022 wanderten über 879.000 Deutsche für immer aus (Fortzug abzüglich Zuzug). Der sich anbahnende Niedergang der Wirtschaft führt weiter zu einer größeren Nettoabwanderung.

2

- „Die deutschen Auswanderer waren mehrheitlich männlich (60 %) und vergleichsweise jung mit durchschnittlich 35 Jahren.“ Vor 2005 gab es noch eine Nettozuwanderung von Deutschen, v. a. Spätaussiedler (1,6 Millionen).

3

- Es sind v. a. Fachkräfte, die aus Deutschland auswandern. Dies ist u. a. den im internationalen Vergleich ungünstigen Arbeitsbedingungen (geringe Löhne bei relativ hohen Abgaben) geschuldet.

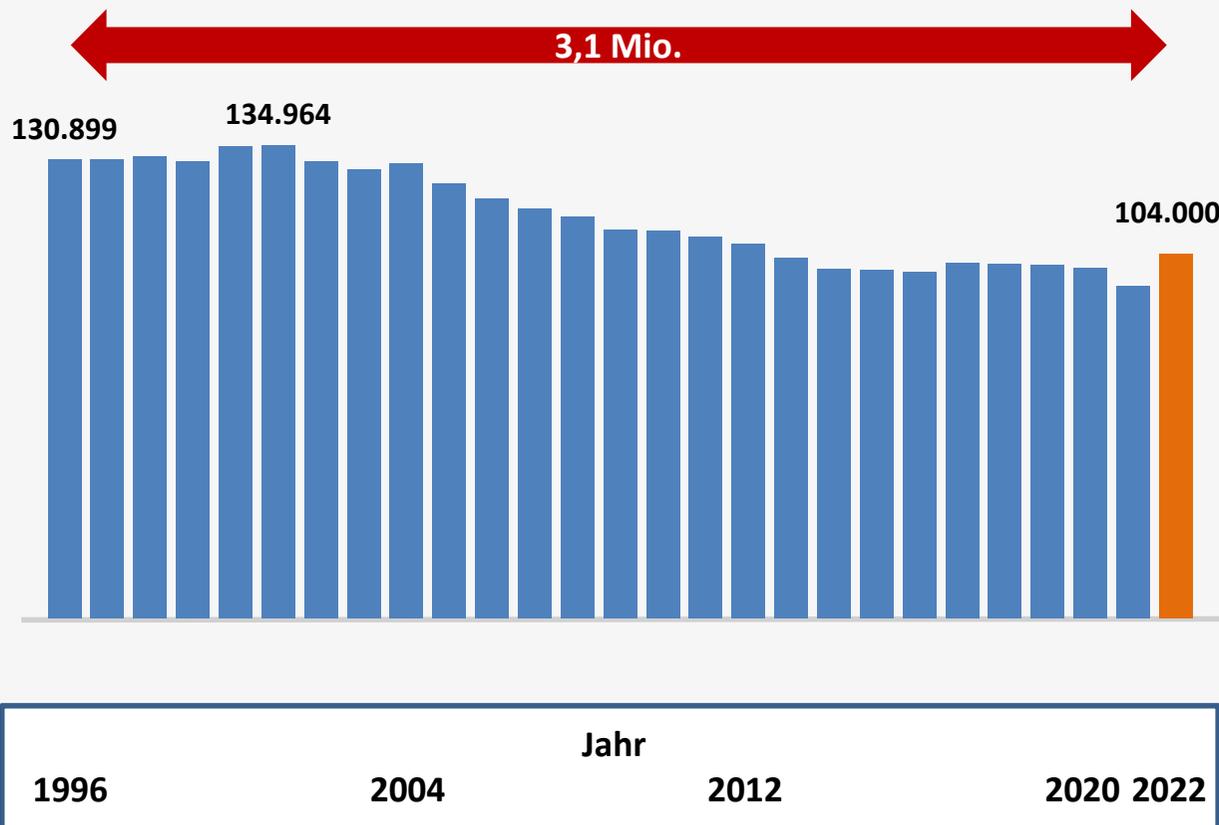
4

- Am liebsten ziehen Deutsche in die Schweiz, nach Österreich und in die USA.

In 26 Jahren wurden 3,1 Millionen Babys im Mutterleib getötet ...

aktualisiert

Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland
nach Jahren und Anzahl



1

- Im Jahr 2022 wurden in Deutschland rund 104.000 (+ 9,9 % zum Jahr 2021) Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Insgesamt wurden seit 1996 über 3 Millionen Föten abgetrieben.

2

- Gerade die hohe Abtreibungszahl ist unbestreitbar ein wesentlicher Grund für das Geburtendefizit in Deutschland.

3

- Die Folgen sind gravierend. Die Bevölkerung schrumpft und ist überaltert. Dies führt zu einem Erwerbstätigenmangel gegenüber immer mehr Rentnern.

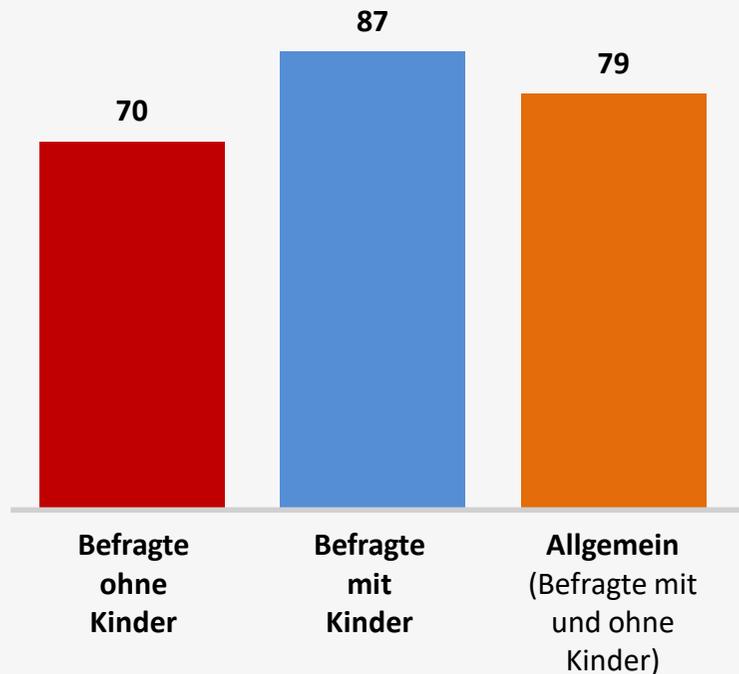
4

- Eine Einwanderung bzw. ein Familiennachzug insbesondere von Muslimen mit hoher Geburtenrate, aber geringerer Qualifikation, wird die Probleme nicht lösen, sondern verstärken.

Quelle:
1) Destatis: 9,9 % mehr Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2022, 27.03.2023

... dabei fördert gerade die Familie das Glücklichein

Einfluss der Familie auf das Glücklichein
in % im Jahr 2022



Quelle:

1) Bild: „Familie macht glücklich!“, Insa-Umfrage, 14.05.2022

1

- „Die Familie wird von jedem Einzelnen, aber auch von der Gesellschaft insgesamt mehrheitlich als das stabile Fundament angesehen, ist Quelle von Glück und Zufriedenheit und schützt sogar vor Einsamkeit und Drogen.“

2

- Gibt es Kinder in Familien, steigt auch das Glücklichein (87 %). Ohne Kinder sind nur 70 % zufrieden.

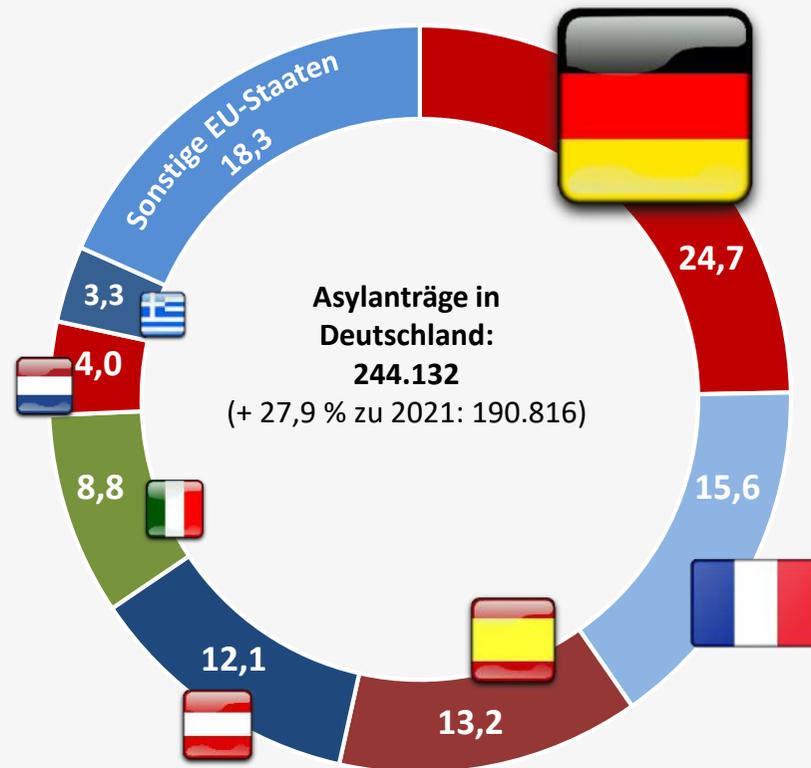
3

- „Zwei Drittel der minderjährigen Kinder (62 %) wachsen nach [der] Befragung bei ihren miteinander verheirateten Eltern auf. Die traditionelle Familie aus Vater, Mutter, Kind/er ist das am häufigsten praktizierte Modell.“

Deutschland trägt seit Jahrzehnten die Hauptlast der Migration

aktualisiert

**Anzahl der Asylbewerber in der EU
in % im Jahr 2022**



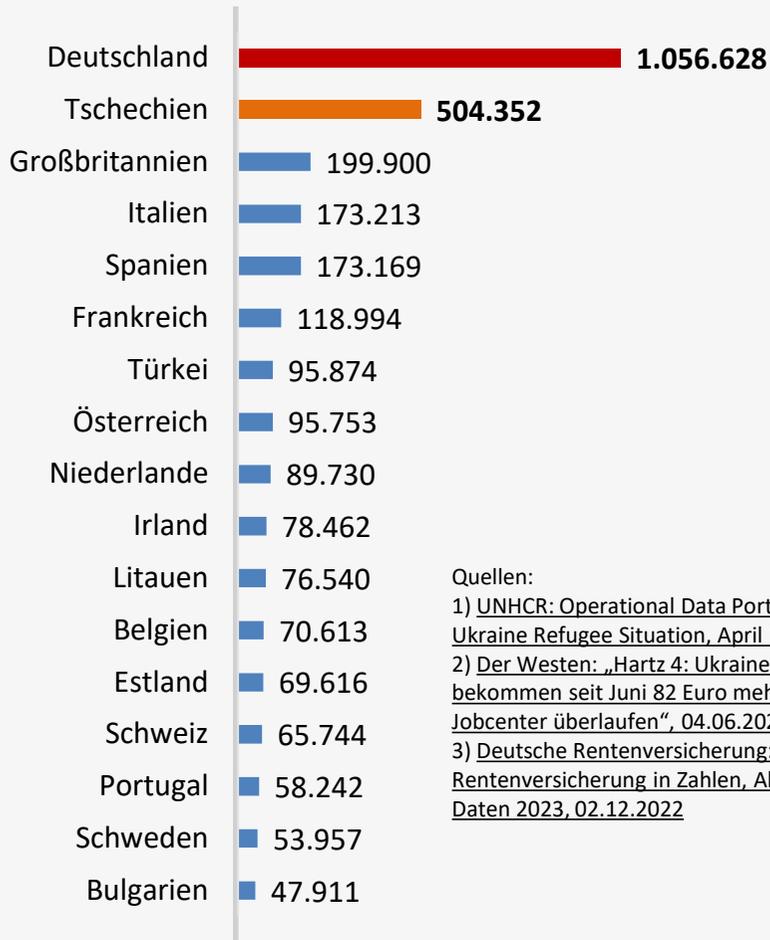
Quellen:
 1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2022 - Modul Asyl, 17.03.2023
 2) Statista: Anzahl der Asylanträge (insgesamt) in Deutschland von 1995 bis 2023, 04.04.2023
 3) Die Welt: „Deutschland hat die meisten Asylbewerber in der EU“, 23.01.2023
 4) Eurostat: Asylbewerber nach Art des Bewerbers, Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht - jährliche aggregierte Daten, 23.03.2023

- 1
 - Deutschland trug mit 217.735 erstmaligen Asylanträgen im Jahr 2022 erneut den Großteil der Migration in Europa. Das waren fast 25 % aller in diesem Zeitraum in die Europäische Union gekommenen Migranten (881.220).
- 2
 - Insgesamt wurden im Jahr 2022 in Deutschland 244.132 Asylanträge gestellt. Darin enthalten sind 26.397 Folgeanträge.
- 3
 - Vergleicht man die Asylbewerberzahlen von Deutschland mit anderen Staaten, zeigt sich, dass das flächenmäßig etwa gleich große Italien nur 77.200 und das deutlich größere Frankreich nur 137.510 Migranten aufgenommen hatten.
- 4
 - Deutschland hat im Jahr 2022 mehr Migranten aufgenommen als Italien, die Niederlande, Belgien, Griechenland, Schweden, Irland und Polen zusammen.
- 5
 - Die Niederlande (35.495), Belgien (32.100), Griechenland (29.125), Schweden (14.045), Irland (13.645), Polen (7.780), Dänemark (4.475), Norwegen (4.650), Finnland (4.815) oder Portugal (1.975) nahmen im Jahr 2022 vergleichsweise wenige Migranten auf.

Auch bei den ukrainischen Kriegsflüchtlingen ist Deutschland vorne

aktualisiert

Erfasste Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine (ohne Anrainerstaaten) am 16. April 2023



Quellen:
 1) [UNHCR: Operational Data Portal, Ukraine Refugee Situation, April 2023](#)
 2) [Der Westen: „Hartz 4: Ukrainer bekommen seit Juni 82 Euro mehr – Jobcenter überlaufen“, 04.06.2022](#)
 3) [Deutsche Rentenversicherung: Rentenversicherung in Zahlen, Aktuelle Daten 2023, 02.12.2022](#)

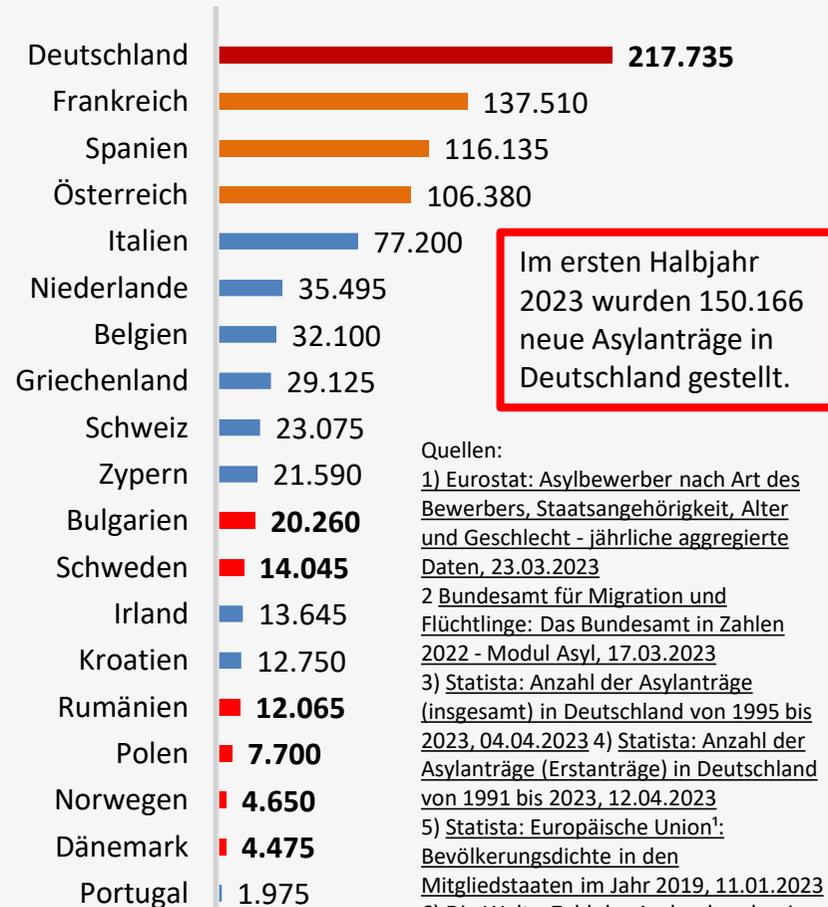
- 1
 - Neben den im 2022 illegal nach Deutschland eingereisten 217.735 Migranten nahm Deutschland vom 24.02.2022 bis 16.04.2023 zusätzlich noch 1,06 Mio. ukrainische Kriegsflüchtlinge auf.
- 2
 - Dagegen haben Italien, Spanien, Großbritannien und Frankreich nur zwischen 16 bis 19 % des deutschen Anteils an Ukrainern aufgenommen. Ein Grund, warum Ukrainer besonders gerne nach Deutschland fliehen, sind die höheren Sozialleistungen.
- 3
 - Denn seit dem 1. Juni 2022 können ukrainische Kriegsflüchtlinge 2022 Bürgergeld (Hartz-IV) beantragen. Ein Ukrainer hat damit Anspruch auf 502 Euro Regelsatz, plus Kosten der Unterkunft, plus Mehrbedarfe. Ein Ukrainer kostet daher pro Monat mehr als 1.000 Euro. Demgegenüber erhalten Rentner, die 45 Jahre in das Sozialsystem eingezahlt haben, im Durchschnitt 1.244 Euro im Monat (Männer, Frauen = 853).
- 4
 - Für die betroffenen Ukrainer bedeutet die neue Regelung, dass sie deutlich mehr Geld erhalten als der Regelsatz aus dem Asylbewerberleistungsgesetz.
- 5
 - Viele Ukrainer sind zudem in die Anrainerstaaten geflohen. u. a. nach Russland (2,85 Mio.), Polen (1,6 Mio.), Moldawien (106.485), Slowakei (113.024), Rumänien (104.823) und Ungarn (34.248).

Nordische und osteuropäische Länder nehmen kaum Migranten auf

aktualisiert

Hauptziel der Asylanten

nach ausgewählten Staaten im Jahr 2022



Im ersten Halbjahr 2023 wurden 150.166 neue Asylanträge in Deutschland gestellt.

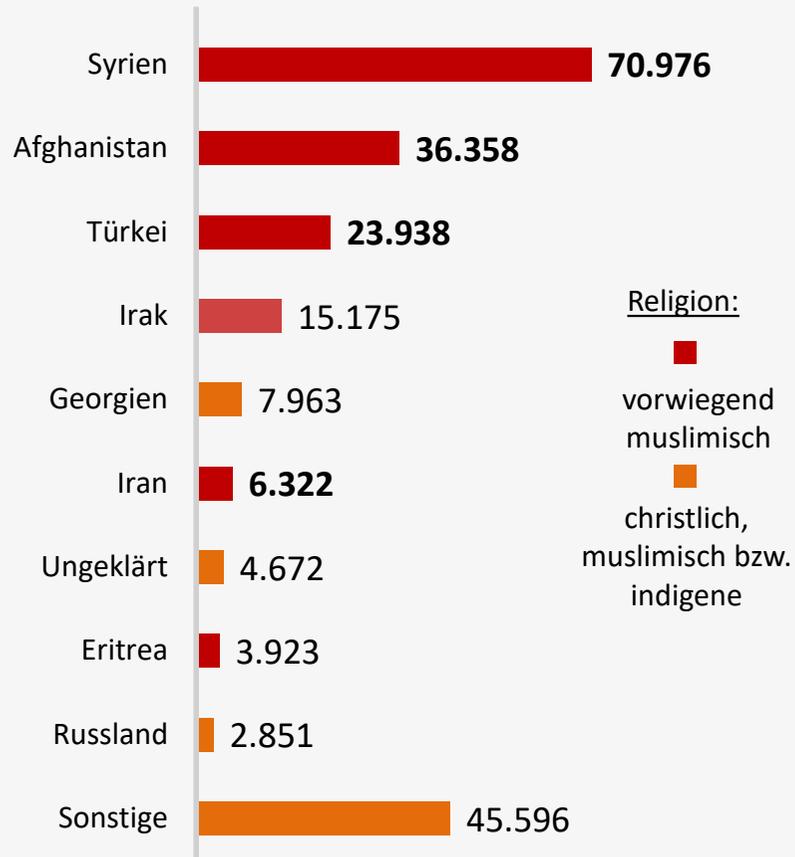
Quellen:
 1) Eurostat: Asylbewerber nach Art des Bewerbers, Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht - jährliche aggregierte Daten, 23.03.2023
 2) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2022 - Modul Asyl, 17.03.2023
 3) Statista: Anzahl der Asylanträge (insgesamt) in Deutschland von 1995 bis 2023, 04.04.2023
 4) Statista: Anzahl der Asylanträge (Erstanträge) in Deutschland von 1991 bis 2023, 12.04.2023
 5) Statista: Europäische Union: Bevölkerungsdichte in den Mitgliedstaaten im Jahr 2019, 11.01.2023
 6) Die Welt: „Zahl der Asylsuchenden im ersten Halbjahr deutlich gestiegen“, 11.07.2023

- 1
 - Die Asylbewerberzahlen schnellten im Jahr 2022 deutlich nach oben. So beantragten fast 218.000 Migranten erstmalig in Deutschland Asyl (2021: 148.000). Allein von Januar bis Juni 2023 wurden weitere 150.166 Asylanträge in Deutschland gestellt.
- 2
 - Nicht nur die osteuropäischen EU-Staaten verhalten sich restriktiv gegenüber Asylanten, sondern auch die Niederlande, Portugal und Irland. Die sozialdemokratische Regierung Dänemarks setzt auf eine Null-Asylbewerber-Politik. Schweden, Norwegen und Finnland ziehen nach.
- 3
 - In Österreich gingen von Ende 2016 bis Ende 2019 die Asylbewerberzahlen um 40 % zurück. Dies war eine Folge der Politik der Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ. Seitdem die ÖVP mit den Grünen koalitiert, stiegen die Zahlen deutlich an. Im Jahr 2022 lagen diese bereits bei über 106.000.
- 4
 - Erhalten jedes Jahr in Deutschland so viele Asylanten eine positive Entscheidung wie im Jahr 2022, müsste jeweils eine neue Stadt in der Größe von Mainz oder Lübeck in Deutschland errichtet werden.
- 5
 - Gemessen an ihrer Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km²) könnten Frankreich (106), Irland (72), oder Spanien (94) im Vergleich zu Deutschland (235) deutlich mehr Migranten aufnehmen.

76 % der nach Deutschland einwandernden Asylanten sind Muslime

aktualisiert

Gesamtzahl der Erstanträge auf Asyl (Top 10) nach Hauptstaatsangehörigkeiten im Jahr 2022 (217.774)



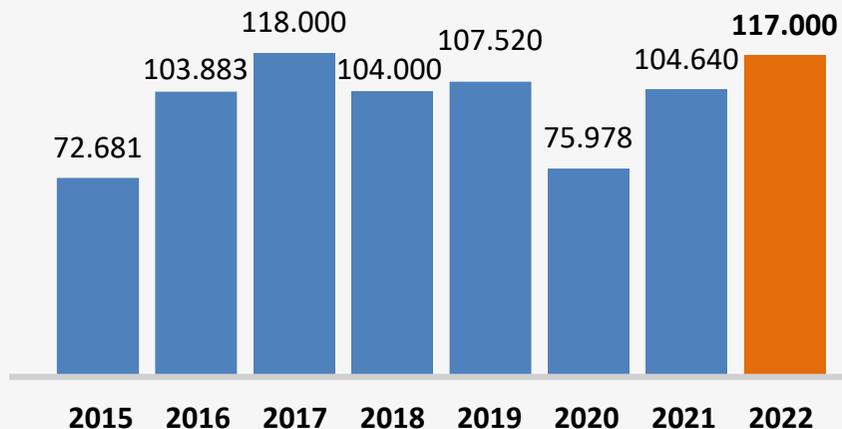
Quelle:
1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2022 - Modul Asyl, 17.03.2023

- 1
 - Nach Syrern und Afghanen stellten im Jahr 2022 die Türken und Iraker als größte Migrantengruppen in Deutschland Erstanträge auf Asyl.
- 2
 - Betrachtet man die Asylerstanträge im Jahr 2022 unter dem Aspekt der Religionszugehörigkeit, zeigt sich, dass fast 76 % Angehörige des Islam sind und nur 12,8 % dem christlichen Glauben angehören.
- 3
 - Von den Asylanten waren im Jahr 2022 über 37 % (81.232) jünger als 18 Jahre. „Fast drei Viertel (159.147 Personen) waren jünger als 30 Jahre.“ Zudem waren 67,8% aller Asylbewerber männlich, 32,2 % weiblich
- 4
 - Aufgrund des Königsteiner Schlüssels (Quote) muss Nordrhein-Westfalen 21,1 % (42.859 Asylbewerber), Bayern 15,6 % (28.944), Baden-Württemberg 13,0 % (25.348), Niedersachsen 9,4 % (21.281), Hessen 7,44 % (20.732) aller Asylanten aufnehmen.

807.702 Visa für Familiennachzug – Ministerium akzeptiert Passbetrug

aktualisiert

Visaerteilung für Familiennachzug nach Anzahl und Jahren



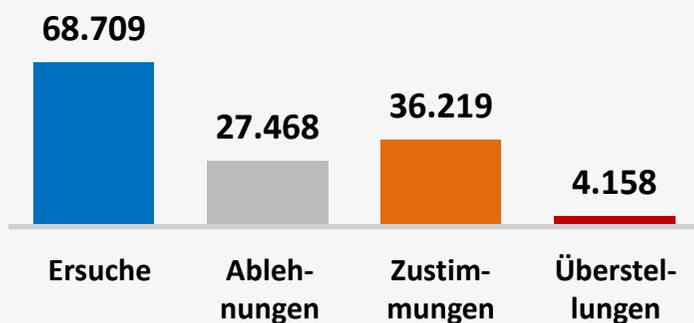
Quellen:
 1) Bundestag, Mündliche Frage 37, Clara Bünger (Die Linke): Anzahl der im Jahr 2022 erteilten Visa zum Familiennachzug, 08.02.2023 2) Die Welt: „322.000 Visa für Familiennachzug seit 2015 erteilt“, 09.07.2018 3) Bild: „55.000 Visa für Familiennachzug“, 01.08.2018 4) AfD Kompakt: „Durch Familiennachzug steigt die Zahl von Migranten ohne Bleiberecht jeden Tag“, 20.08.2019 5) Auswärtiges Amt: Erteilte Visa, 2019 6) Auswärtiges Amt: Erteilte Visa, 2020 7) Destatis: Einwohnerzahl der größten Städte in Deutschland, 2019 8) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Familienasyl und Familiennachzug, 14.11.2019 9) Bundesministerium des Innern: „Bundesregierung beschließt erstes Migrationspaket“, 06.07.2022 10) Neue Osnabrücker Zeitung: „Familiennachzug hat 2021 zugenommen - wieder mehr Visa“, 10.03.2022 11) Die Welt: „Warum Deutschland den Familiennachzug von Flüchtlingen großzügiger auslegen muss“, 01.08.2022 12) Bild: „Visa-Skandal im Auswärtigen Amt. Ministerium akzeptiert gefälschtes Papier“, 25.04.2023 13) Petr Bystron/Stefan Keuter: „AfD-Fraktion stellt Strafanzeige gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes“, 08.05.2023

- 1
 - Der Familiennachzug hat im Jahr 2022 weiter Fahrt aufgenommen und sich dem Höchststand aus dem Jahr 2017 angenähert. Durch den Familiennachzug steigt jeden Tag die Zahl von Migranten, obwohl viele kein dauerhaftes Bleiberecht haben.
- 2
 - Allein von 2015 bis 2022 wurden 807.702 Visa zur Familienzusammenführung erteilt. Damit sind weit mehr Personen eingewandert, als Frankfurt/Main Einwohner hat. Die größte Gruppe bilden syrische, afghanische und irakische Staatsangehörige. Das heißt, es wandern immer mehr Muslime nach Deutschland ein.
- 3
 - Die Ampelregierung hat den „Familiennachzug zu drittstaatsangehörigen Fachkräften erleichtert, indem für nachziehende Angehörige das Erfordernis eines Sprachnachweises entfällt.“ Laut einem Urteil des EUGH muss Deutschland den Familiennachzug von Flüchtlingen großzügiger auslegen. Damit wird es Eltern von minderjährigen Migranten erleichtert, ein Einreisevisum zu erhalten und Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen.
- 4
 - Obwohl die deutsche Botschaft in Pakistan festgestellt hatte, dass ein angeblicher Afghane einen falschen Pass vorlegte und die Visa-Gebühren mit Falschgeld bezahlte, forderte das Auswärtige Amt die Visa-Stelle auf, das gefälschte Papier zu akzeptieren und ihm ein Visum auszustellen. Die AfD-Bundestagsfraktion hat Strafanzeige gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes gestellt.

Fast keine Abschiebungen von illegalen Migranten an EU-Mitglieder

aktualisiert

Übernahme-Ersuche und Überstellungen von Migranten an die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2022



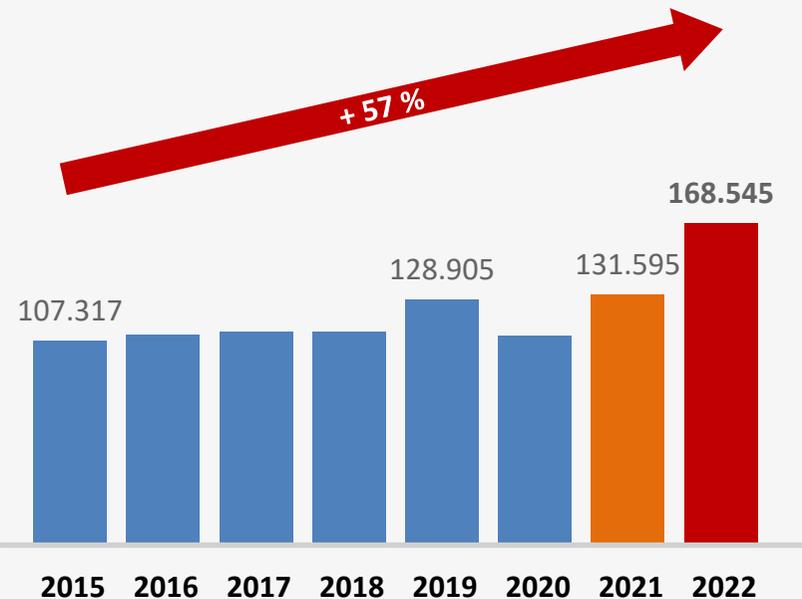
Quelle:
1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2022 - Modul Asyl, 17.03.2023

- 1
 - Über 99 % aller Migranten reisen über einen Drittstaat illegal nach Deutschland ein. Diese müssten aufgrund der Dublin-III-Verordnung wieder in den EU-Staat abgeschoben werden, über den sie nach Deutschland eingereist sind.
- 2
 - Für das Jahr 2022 wären das fast 242.000 Menschen gewesen. Doch die Bundesregierung stellte nur 68.709 Übernahme-Ersuche an die EU-Staaten. Von diesen Übernahme-Ersuchen wurden nur 36.219 akzeptiert. Überstellt wurden letztlich aber nur 4.185 (11,5 %).
- 3
 - Die Regierungen anderer EU-Mitgliedstaaten brechen permanent das EU-Recht, indem sie die Rücknahme der aufzunehmenden Migranten ihrerseits regelmäßig verweigern. Deutschland hält sich überwiegend daran. So nahm Deutschland sogar von den anderen EU-Staaten 3.700 Migranten zurück Dies entspricht 43 % der Gesuche.
- 4
 - Einige EU-Staaten weigern sich, Dublin-III anzuerkennen. Beispielsweise hat Griechenland keinen einzigen Migranten im Jahr 2022 aus Deutschland zurückgenommen. Gleichzeitig überstellte Griechenland an Deutschland aber 212 Migranten. Frankreich überstellte 1.378 Migranten an Deutschland, nahm aber nur 598 zurück.

Seit 2002 wurden noch nie so viele Ausländer eingebürgert wie 2022

NEU

Einbürgerung von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quelle:
 1) Destatis: „28 % mehr Einbürgerungen im Jahr 2022“, 30.05.2023
 2) Statista: Einbürgerung von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland von 1981 bis 2021, 05.05.2023

1

- „Im Jahr 2022 wurden rund 168.500 Menschen in Deutschland eingebürgert. Seit 2002 wurden innerhalb eines Jahres nicht mehr so viele Einbürgerungen registriert.“ Insgesamt erhielten seit 2015 fast eine Million Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft.

2

- „Den mit Abstand deutlichsten Anstieg gab es bei Einbürgerungen von Syrerinnen und Syrern (+ 29.200), gefolgt von ukrainischen (+ 3.700), irakischen (+ 2.400) und türkischen (+ 2.000) Staatsangehörigen. Im Jahr 2022 wurden insgesamt Menschen mit 171 unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten in Deutschland eingebürgert.“

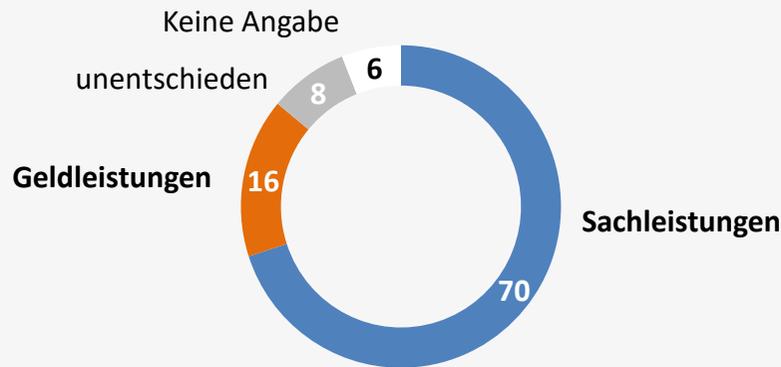
3

- „Die hohe Zahl der Einbürgerungen von Syrerinnen und Syrern steht im Zusammenhang mit der Zuwanderung von syrischen Schutzsuchenden in den Jahren 2014 bis 2016, die mittlerweile immer häufiger die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen.“

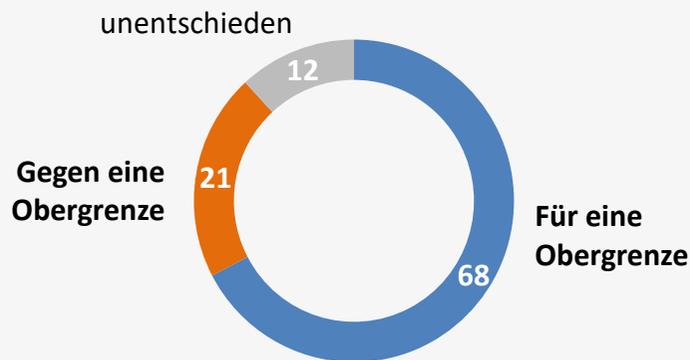
Bürger fordern Sachleistungen und Obergrenzen für Migranten

NEU

„Sollen Migranten (eher) Sach- statt Geldleistungen erhalten?“ in %



„Sind Sie (eher) für oder gegen die Einführung einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland?“ in %



1

- „Eine absolute Mehrheit von 70 % ist (eher) dafür, dass Flüchtlinge zukünftig statt Geld Sachleistungen erhalten. Nur 16 % sind (eher) gegenteiliger Ansicht, acht % ist es egal.“

2

- 68 % der befragten Bürger fordern eine Obergrenze für Migranten pro Jahr. Dabei gaben 55 % an, dass diese bei 100.000 oder weniger liegen soll.

3

- Über 83 % der AfD-Wähler fordern eine Obergrenze; CDU/CSU-Wähler zu 73 %, FDP-, SPD- und Linken Wähler zu 68 %. „Einzig Wähler der Grünen sind knapp relativ-mehrheitlich gegen eine solche Obergrenze (46 %).“

Quelle:
1) Bild: „Herr Bundeskanzler, schauen Sie auf diese Zahlen!“, 10.05.2023

Christen werden vornehmlich in muslimischen Staaten verfolgt

aktualisiert

Weltverfolgungsindex: Wo Christen am stärksten verfolgt werden, 2023



- Rang:
1. Nordkorea
 2. Somalia
 3. Jemen
 4. Eritrea
 5. Libyen
 6. Nigeria
 7. Pakistan
 8. Iran
 9. Afghanistan
 10. Sudan
 11. Indien
 12. Syrien
 13. Saudi-Arabien
 14. Myanmar
 15. Malediven

1

- Neben den beiden kommunistischen Staaten Nordkorea und China sind es v. a. muslimische Staaten, in denen Christen verfolgt werden (grün markiert).

2

- Nach Schätzung von Open Doors werden derzeit in 50 Ländern mehr als 360 Mio. Christen verfolgt.

3

- Bislang haben sich weder CDU/CSU noch SPD, Grüne FDP und Linke gegen die Christenverfolgung in der Welt gewandt! Nur die AfD setzt sich gegen Christenfeindlichkeit ein.

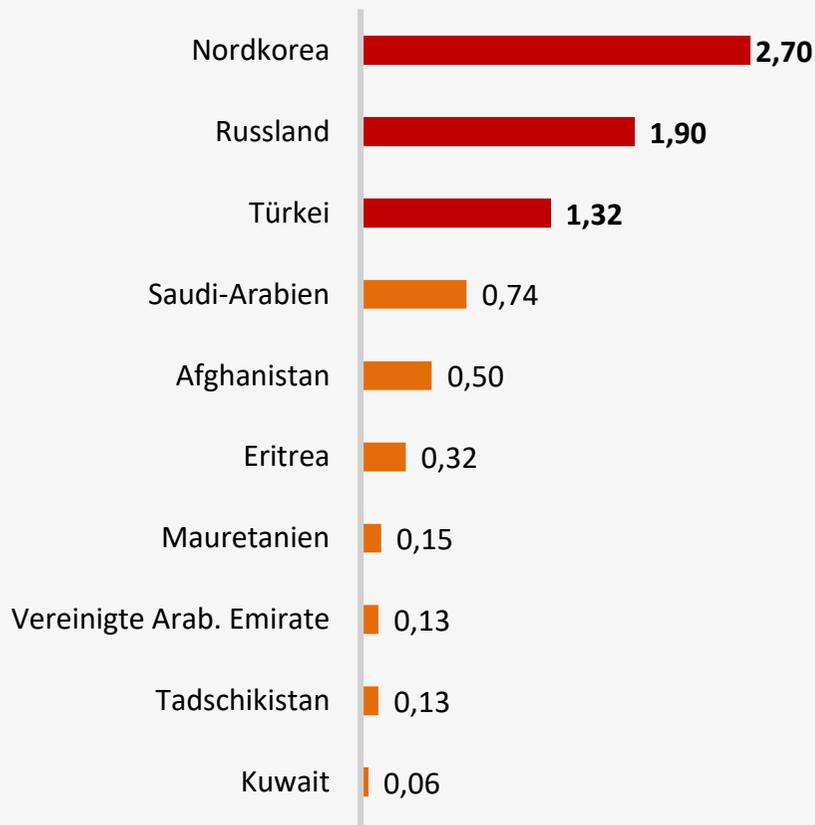
Quellen:

1) [Open Doors: Weltverfolgungsindex 2023](#) 2 [Bundestag: AfD will Christenverfolgung in Pakistan stoppen, 17.12.2020](#) 3) [Katholisch.de: Bundestag lehnt Beauftragten für Christenverfolgung in Deutschland ab, 17.12.2020](#)

50 Millionen Menschen leben weltweit in moderner Sklaverei

NEU

Länder, in denen moderne Sklaverei schätzungsweise am häufigsten vorkommt in Mio. Menschen



Quellen:

1) Walk Free: Global Slavery Index, Mai 2023

2) Der Spiegel: „Weltweit 50 Millionen Menschen in moderner Sklaverei gefangen“, 24.05.2023

- 1
 - Laut einer Studie der „Walk Free Foundation“ leben weltweit 50 Mio. Menschen in einer modernen Sklaverei, indem sie zur Arbeit oder zur Heirat gezwungen werden. Das sind zehn Mio. Menschen mehr als noch vor fünf Jahren. Und dass, obwohl es angeblich keinen Staat mehr gibt, in dem Sklaverei und Sklavenhandel gesetzlich erlaubt sind.
- 2
 - Obwohl Saudi-Arabien 1962 und Mauretanien 1980 die Sklaverei offiziell verboten hatten, leben dort auch weiterhin Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen. Insbesondere in islamischen Staaten (orange Balken) ist die moderne Sklaverei noch in vollem Gang. Spitzenreiter ist aber weiterhin das kommunistische Nordkorea.
- 3
 - So leben in Nordkorea etwa 2,7 Mio. Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen, in Russland 1,9 Mio. und in der Türkei 1,3 Mio., in Afghanistan sind es über 500.000, in Eritrea 320.000 und in Mauretanien fast 150.000 Menschen.
- 4
 - „Doch auch in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern der G20 gibt es viele Menschen, die ausgebeutet werden.“ Allein in Indien sind 11 Mio., in China 5 Mio., in Russland 1,9 Mio. und in den USA 1,1 Mio. Menschen davon betroffen.

Unsere AfD-Forderungen zu Demographie und Migration

aktualisiert

- 1
 - Wie jede andere Volksgruppe auch haben die Deutschstämmigen in der Bevölkerung ebenfalls das Recht auf den Erhalt der eigenen Identität.
- 2
 - Wenn die Grenzen nicht geschlossen werden und die Deutschen nicht mehr Kinder bekommen, werden Menschen mit Migrationshintergrund in den kommenden 20 bis 30 Jahre die Bevölkerungsmehrheit in Deutschland stellen.
- 3
 - Keine öffentliche Werbung für Schwangerschaftsabbrüche. Abtreibung ist kein Verhütungsmittel, und der Schutz des ungeborenen Lebens muss rechtlich gewährleistet sein.
- 4
 - Familien müssen sich endlich wieder ohne Nachteile für das Kinderkriegen entscheiden können. Familie muss wieder bezahlbar sein.

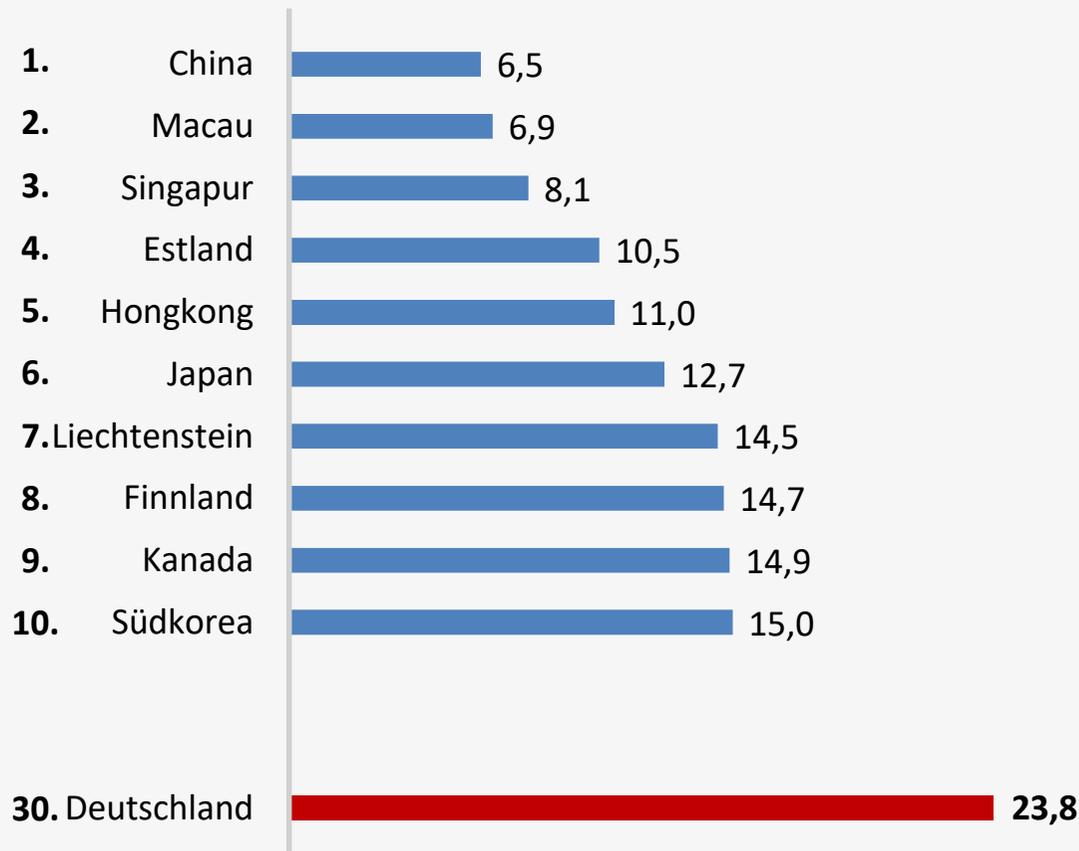
- 5
 - Deutschland ist als Industrienation auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Der stärker werdenden Nettoabwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften muss entgegengesteuert werden.
- 6
 - Die Migration von schlecht ausgebildeten Einwanderern in unser Sozialsystem muss gestoppt werden. Deutschland darf nicht das Asylheim der EU werden.
- 7
 - Der Familiennachzug, besonders von afrikanischen und arabischen Großfamilien, muss endlich gestoppt werden. Junge Männer vorschicken, damit der Rest nachgeholt werden kann, darf kein Geschäftsmodell werden.
- 8
 - Die weltweite Christenverfolgung darf nicht durch den Import fremder Werte und Kulturen nach Deutschland akzeptiert werden.

1.	Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	32
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	74
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	101
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	120
7.	Innere Sicherheit und Justiz	157
8.	Medien	173
9.	Verteidigung	187
10.	Fazit	197

Deutsche Schulen abgeschlagen auf Rang 30 – große Bildungslücken ...

NEU

Anteil Jugendlicher ohne grundlegende schulische Fähigkeiten nach weltweiten Rang in %



Quellen:

1) Institut für Wirtschaftsforschung: Global Universal Basic Skills: Current Deficits and Implications for World Development, October 2022 2) Bild: „Warum sind deutsche Schulen so schlecht?“, 22.11.2022

1

- Laut einer Studie des „Instituts für Wirtschaftsforschung“ erreichen 23,8 % aller Schüler in Deutschland „keine grundlegenden Fähigkeiten, die in der Schule vermittelt werden sollen“. Damit liegt Deutschland weltweit nur noch auf Rang 30.

2

- Neben den Schulschließungen während der Corona-Zeit, haben die Reformversuche wie „Schreiben nach Gehör“, die Rechtschreibreform und der Teilverzicht auf Schulnoten zu dem Bildungsabsturz Deutschlands deutlich beigetragen.

3

- Heutzutage zählt bei vielen Kindern und Jugendlichen nicht mehr der Erfolg in der Schule. Viele glauben, dass sie in den sozialen Medien und Talentshows mit einem minimalen Aufwand leichter erfolgreich sein können.

... dennoch immer bessere Abiturnoten bei stagnierenden Leistungen

aktualisiert

Abiturnoten im Ländervergleich im Notenmittel in % nach Jahren

Jahr	Baden-W.	Bayern	Berlin	Bran- denb.	Bremen	Hamb- urg	Hessen	Meckl.- Vorp.	Nieder- sachsen	NRW	Rheinl.- Pfalz	Saar- land	Sachsen	Sachs.- Anhalt	Schles.- Holst.	Thürin- gen
2006	2,38	2,43	2,68	2,48	2,49	2,57	2,49	2,40	2,71	2,66	2,63	2,51	2,44	2,41	2,63	2,33
2010	2,44	2,40	2,48	2,40	2,45	2,49	2,44	2,43	2,62	2,56	2,60	2,46	2,45	2,52	2,60	2,30
2014	2,46	2,33	2,42	2,31	2,46	2,43	2,43	2,37	2,61	2,50	2,54	2,44	2,34	2,42	2,54	2,16
2018	2,44	2,31	2,42	2,29	2,41	2,41	2,39	2,33	2,57	2,45	2,48	2,38	2,25	2,32	2,55	2,16
2022	2,23	2,20	2,22	2,15	2,32	2,28	2,23	2,21	2,38	2,36	2,38	2,26	2,11	2,24	2,42	2,04

1 Laut dem Deutschen Lehrerverband ist es zu einer Noteninflation gekommen. Das heißt, es wurden „bessere Noten trotz stagnierender Leistungen“ vergeben. Gerade die „Corona-Jahre 2021 und 2022 haben zu einer Inflation der Einserabiture geführt.“

2 Die Qualität des Abiturs sinkt kontinuierlich. Hatte 2006 bundesweit ein Absolvent eine durchschnittliche Note von 2,52, lag dieser 16 Jahre später im Durchschnitt bei 2,25.

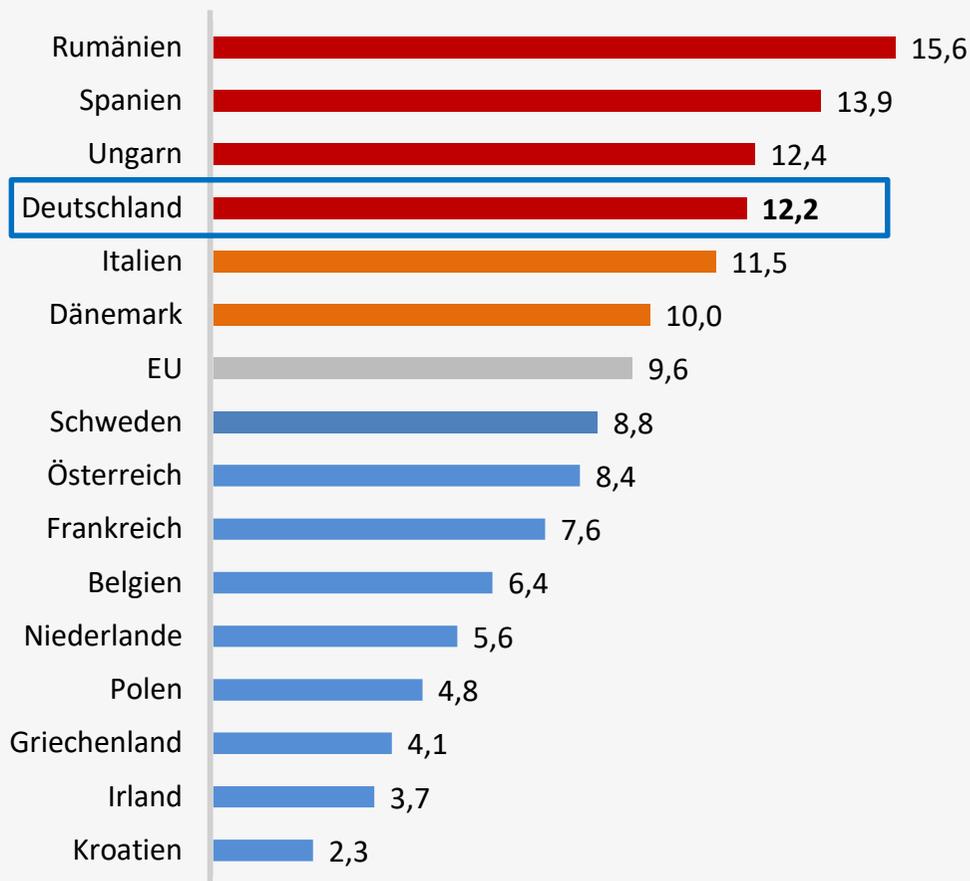
3 Der Deutsche Lehrerverband kritisierte zudem das „nachträgliche Notenlifting beim Mathematikabitur.“ Dies „scheine in Deutschland mittlerweile regelmäßige Praxis in einigen Bundesländern zu werden.“

Quellen: 1) Kultusminister-Konferenz: Abiturnoten im Ländervergleich 2006 bis 2022 (Stand: 08.03.2023) 2) Deutscher Lehrerverband: Schulnoten, Abiturzeugnisse zwischen Noteninflation und mangelnder Vergleichbarkeit, 12.02.2019 3) Deutscher Lehrerverband: Mathematik-Abitur 2020, 30.06.2020 4) FAZ: „Abiturnoten besser als vor der Pandemie“, 28.07.2022 5) FAZ: „Inflation der Einserabiture“, 08.02.2023

Deutschland verzeichnet in der EU den vierhöchsten Schulabbruch

NEU

Von den 18- bis 24-jährigen haben frühzeitig die Schule oder Ausbildung **abgebrochen** in % im Jahr 2022



Quellen:

1) Hans-Böckler-Stiftung: Böckler Impuls, 8/23 2) Handelsblatt: „50.000 Schüler jährlich ohne Schulabschluss – und keine Besserung in Sicht“, 06.03.2023 4) Bertelsmann Stiftung: „Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss seit zehn Jahren auf hohem Niveau“, 06.03.2023

1

- In der EU verzeichnet Deutschland mit 12,2 % den viertschlechtesten Wert bei den Schulabbrechern. Vor Deutschland liegen nur noch Rumänien, Spanien und Ungarn.

2

- „Seit zehn Jahren ist die Quote der Schulabbrecher in Deutschland unverändert hoch.“

3

- Laut einer „Studie der Bertelsmann Stiftung schafften 2021 fast 50.000 Schüler keinen Hauptschulabschluss. Das sei eine inakzeptable Vergeu-dung von Ressourcen, warnt der Studienautor und Bildungsforscher Klaus Klemm.“

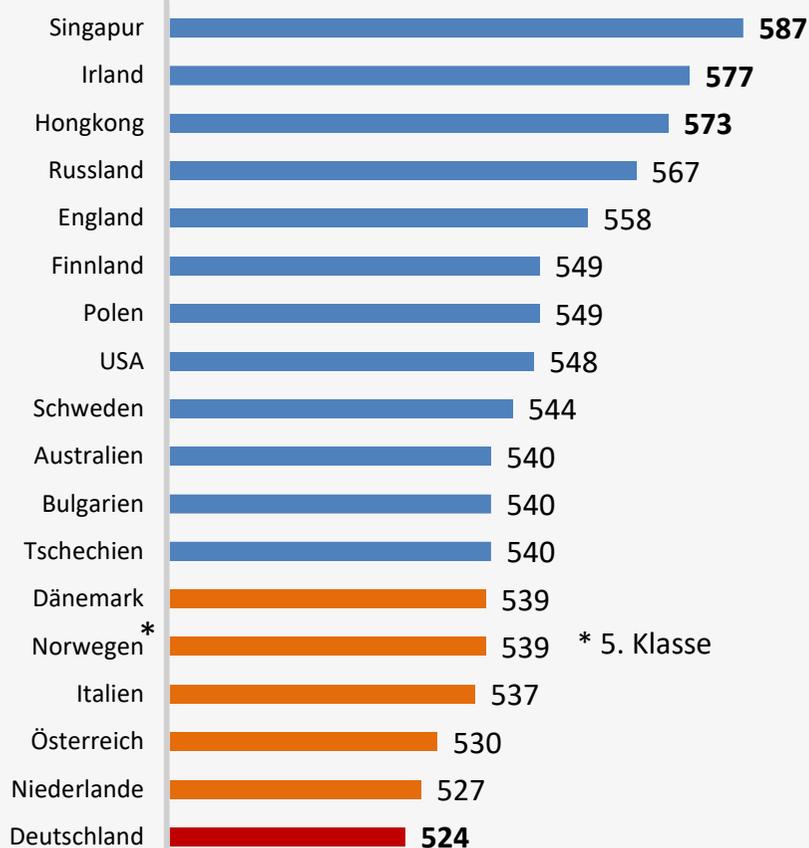
4

- „Unter ausländischen Schülern ist der Anteil der Schulabbrecher mit 13,4 % fast dreimal so hoch wie unter deutschen (4,6 %).“

25 % der Kinder erreichen beim Lesen nicht den internationalen Anspruch

NEU

Lesekompetenz der Schüler im internationalen Vergleich nach Punkten



Quellen:

1) IGLU 2021: Lesekompetenz von Grundschulkindern im internationalen Vergleich und im Trend über 20 Jahre, 16.05.2023 2) Deutsches Schulportal der Robert Bosch-Stiftung: „Internationale IGLU-Studie – die wichtigsten Ergebnisse“, 16.05.2023

1

▪ Laut der internationalen IGLU-Studie „lesen Schüler der vierten Klasse (in Deutschland) schlechter als noch vor fünf Jahren. Ein Viertel der Kinder erreicht beim Lesen nicht den international festgelegten Mindeststandard, der für das weitere erfolgreiche Lernen nötig wäre.“

2

▪ Schüler der vierten Klasse „liegen mit durchschnittlich 524 erreichten Punkten in der Lesekompetenz im Mittelfeld der Teilnehmerstaaten und -regionen. Singapur erreicht mit 587 Punkten den Spitzenwert, gefolgt von Irland, Hongkong und der Russischen Föderation. Unter den EU-Ländern liegen England, Finnland und Polen weit vorn.“

3

▪ „Im Vergleich zum Beginn der IGLU-Untersuchungen im Jahr 2001 ist die Lesekompetenz in Deutschland um 15 Punkte gesunken. Besonders deutlich ist der Leistungsrückgang zwischen 2016 und 2021. Ein Viertel der getesteten Kinder in Deutschland erreicht nicht den international festgelegten Mindeststandard beim Lesen. Dieser Anteil (25,4 %) ist im Vergleich zu 2016 (18,9 %) stark gestiegen. 2001 waren es 17 %.“

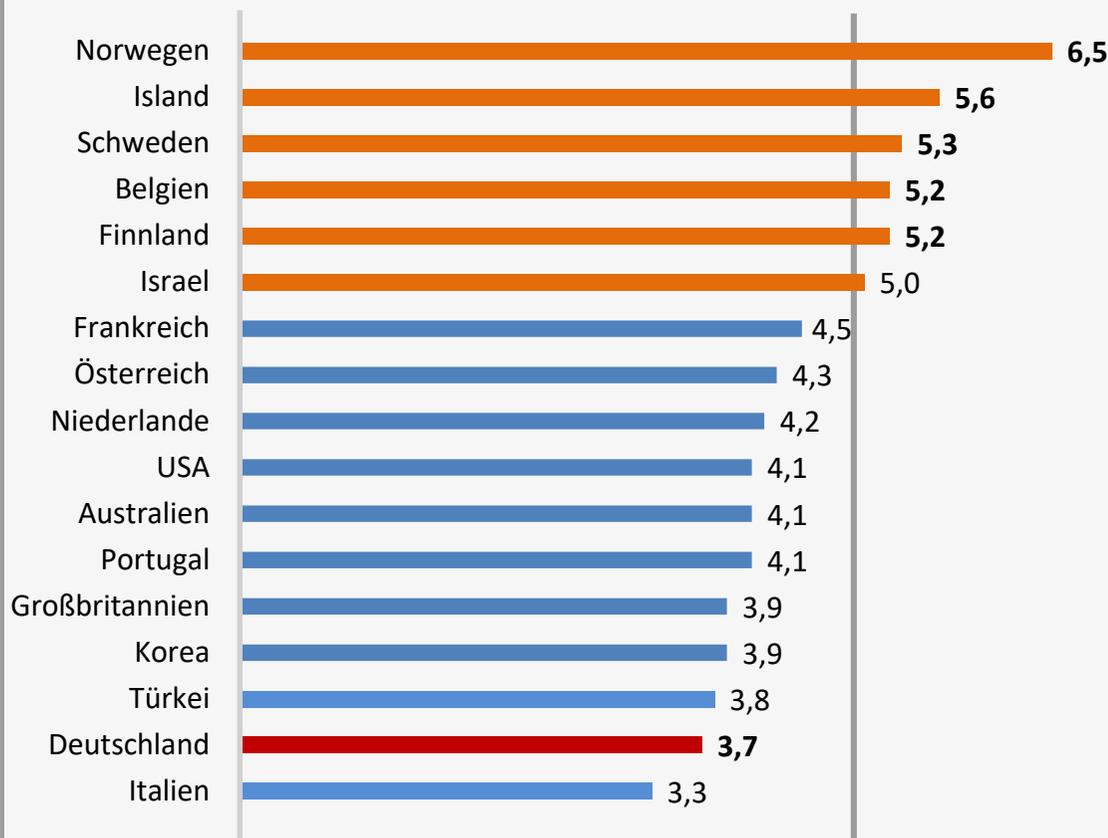
4

▪ „Vor allem der Anteil der Schüler, die nur ein rudimentäres Leseverständnis (Kompetenzstufe I) aufweisen, hat sich von 2001 bis 2021 mehr als verdoppelt – von 3 % auf 6,4 %.“ „Rund ein Drittel des Leistungsabfalls erklärt sich durch die veränderte Zusammensetzung der Schülerschaft.“

Der deutsche Staat investiert von Jahr zu Jahr weniger in Bildung

aktualisiert

Öffentliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen (Primar- bis Tertiärbereich) im Ländervergleich in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt in % im Jahr 2019



OECD-Durchschnitt = 4,9 %

Quelle: Destatis: Bildungs-Finanzbericht 2022, 08.12.2022

1

- Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) am unteren Ende bei den Bildungsausgaben (OECD-Durchschnitt: 4,9 %). Im Jahr 2018 hat Deutschland noch 4,3 % des BIP ausgegeben.

2

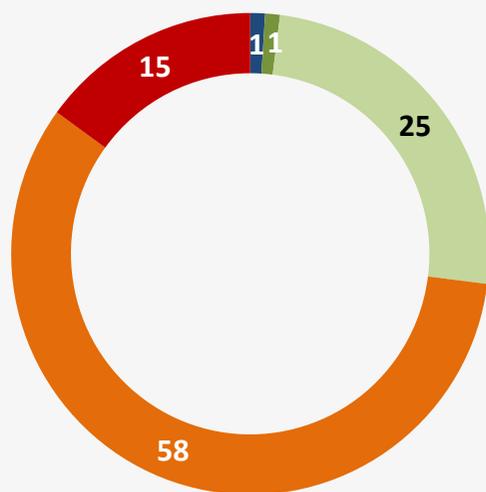
- Die Türkei und Portugal – beide hoch verschuldet – investieren prozentual mehr in Bildung als Deutschland. Da Bildung zum wichtigsten „Rohstoff“ Deutschlands zählt, verspielen wir langfristig unsere Zukunft.

3

- Glücklicherweise gibt der private Bereich weitere 0,6 % des BIP für Bildungseinrichtungen zusätzlich aus, so dass in Deutschland insgesamt 4,3 % des BIP in Bildung investiert werden. „In Chile, dem Vereinigten Königreich, Australien, Kolumbien und den USA ist der private Anteil der Ausgaben für Bildungseinrichtungen mit rund einem Drittel deutlich höher als in Deutschland.“

73 % der Lehrer schätzen die Lernrückstände der Schüler als groß ein

Umfrage: Wie groß schätzen Lehrer in ihren Klassen die aktuellen Lernrückstände ein, die in den beiden Schuljahren durch Corona entstanden sind? in %



■ es gibt keine ■ sehr gering ■ gering ■ groß ■ sehr groß

Quellen:

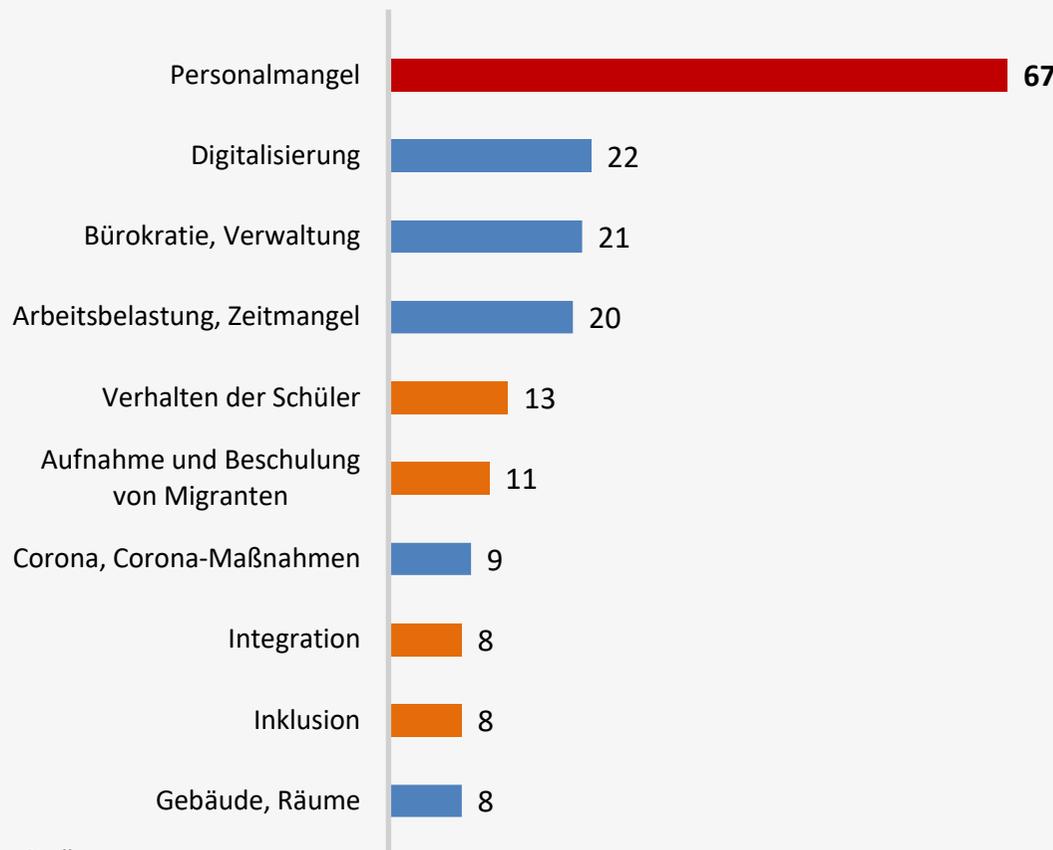
1) Bayerischer Philologenverband, Umfrage: „Psychosoziale Probleme der Schüler endlich ernst nehmen“, 08.02.2022 2) Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: „Corona-Bildungshilfen haben förderbedürftige Schülerinnen und Schüler kaum erreicht“, 06.09.2022

- 1
 - Laut dem Bayerischen Philologenverband schätzen 73 % der Lehrer die coronabedingten schulischen Defizite als groß oder sehr groß ein. Die durch Corona entstandenen Lernrückstände wurden laut dem Wissenschaftszentrum Berlin nicht aufgearbeitet.
- 2
 - Zudem hat die Corona-Pandemie zu einer Verschlechterung der psychosozialen Situation von Schülern beigetragen. Dies gaben 63 % der befragten Lehrer an.
- 3
 - Dies führt auch dazu, dass 40 % der befragten Lehrer die Stimmung an ihren Schulen als schlecht bis sehr schlecht bewerten.
- 4
 - Für die „Aufarbeitung der pandemisch bedingten Lern- und Leistungsrückstände (...) brauchen Schulen die Rückkehr zu einer echten Normalität, doch dazu benötigen sie Zeit, Personal und Geduld: (...) insbesondere für die vorhandenen Beratungslehrkräfte und Schulpsychologen.“

Herausforderungen: Lehrermangel und Integration von Migranten

NEU

Was sind im November 2022 die größten Herausforderungen für Schulleitungen in %



Quellen:

1) Robert Bosch Stiftung: Repräsentative Umfrage. Deutschlands Schulen leiden unter Fachkräftemangel, 2023

2) Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: „Corona-Bildungshilfen haben förderbedürftige Schülerinnen und Schüler kaum erreicht“, 06.09.2022

1

- „Für zwei Drittel der Schulleiter ist das fehlende pädagogische Personal die größte Herausforderung. An sozial benachteiligten Standorten sagen dies sogar 80 %.“

2

- „Seit März 2022 hat das deutsche Schulsystem eine sehr hohe Zahl an geflüchteten Kindern aus der Ukraine aufgenommen.“ „Im selben Zeitraum sind noch einmal fast genauso viele Schüler aus anderen Ländern an die Schulen gekommen.“ „Rund die Hälfte der Schulen sieht derzeit keine Kapazitäten mehr für die Aufnahme weiterer Schüler.“

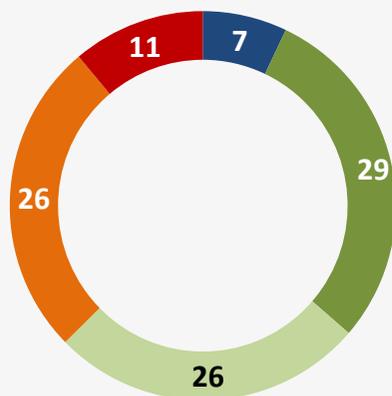
3

- Zwei Drittel der Schulleiter bezeichnen die Corona-Aufholprogramme als wirkungslos. „Corona-Bildungshilfen haben förderbedürftige Schülerinnen und Schüler kaum erreicht.“

260.000 Lehrer gehen bald in Pension – 50.000 fehlen bereits heute

aktualisiert

Altersverteilung der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in % (gerundet) im Jahr 2020/21



- unter 30 Jahre
- 30-40 Jahre
- 40-50 Jahre
- 50 bis 60 Jahre
- 60 Jahre und älter

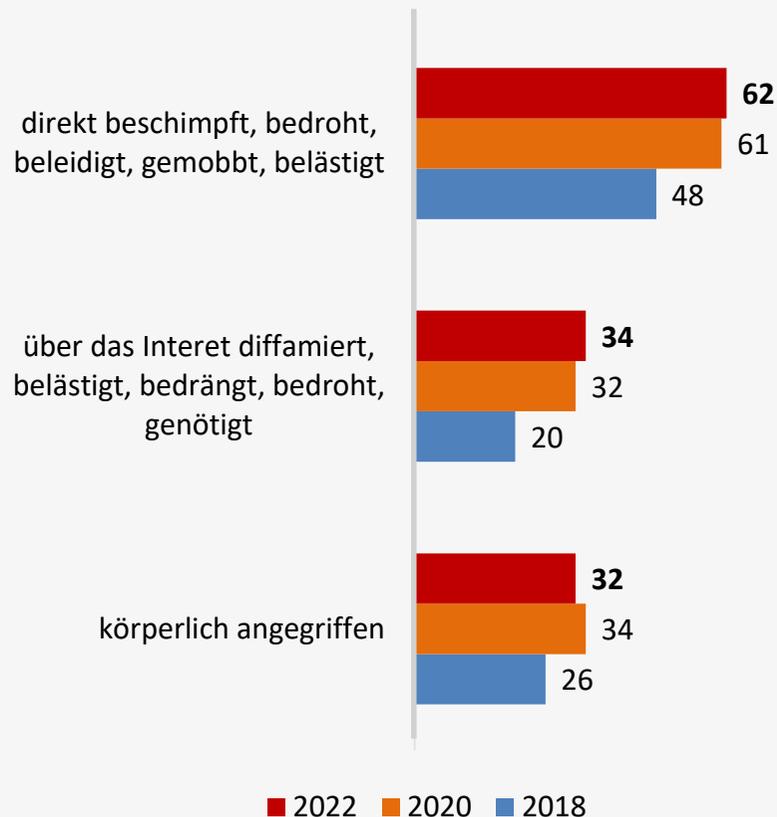
Quellen: 1) Destatis: Altersverteilung der Lehrkräfte 2020/21, 2023
 2) Statistik Hessen: Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hessen seit 1980/1981 bis 2020/2021 3) Handelsblatt: „Kinder mit Migrationshintergrund brauchen mehr Hilfe in der Schule“, 20.12.2018 4) Die Zeit: „An deutschen Schulen fehlen mindestens mehr als 12.000 Lehrer, 25.01.2023 5) Verband Bildung und Erziehung: Forsa-Studie. Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter. Lehrkräftemangel und Seiteneinstieg, 06.03.2023 6) News4Teachers: „Schulen in Not! VBE-Umfrage: Hochgerechnet mehr als 50.000 Lehrerstellen sind vakant“, 07.03.2023

- 1
 - Laut den Kultusministerien der Länder sind derzeit mehr als 12.000 Lehrerstellen in Deutschland unbesetzt. Der „Deutscher Lehrerverband“ geht davon aus, dass sogar 32.000 bis 40.000 Lehrer fehlen würden. Der „Verband Bildung und Erziehung“ geht sogar von mehr als 50.000 Stellen ohne Besetzung aus.
- 2
 - Bereits heute sind 37 % der fast 702.000 Lehrer in Deutschland über 50 Jahre alt, 11 % sogar über 60 Jahre. In zehn Jahren müssten dann fast 260.000 Lehrerstellen ersetzt werden.
- 3
 - Da eine Lehrerausbildung im Normalfall mindestens sieben Jahre dauert (Regelstudienzeit und Referendariat), wird sich die Lehrerunterversorgung weiter verschärfen.
- 4
 - Hinzu kommt, dass die Beschulung von Zuwanderer- und Inklusionskindern zu einem erhöhten Lehrer-, Förder- und Finanzbedarf führt.

Gewalt gegen Lehrer nimmt zu – Lehrerberuf immer unattraktiver

NEU

Fälle von Gewalt gegen Lehrer an Schulen
in % und Jahren



Quellen:
1) [Verband Bildung und Erziehung: Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter, November 2022](#) 2) [News4Teacher: „Nach Silvester-Krawallen: Deutscher Lehrerverband fordert Höchstquoten für Migrantenkinder an Schulen“, 05.01.2023](#)

1

- Laut einer Untersuchung des „Verbandes Bildung und Erziehung“ hat sich die Gewalt gegen Lehrer seit 2018 um 29 % erhöht. Danach wurden im Jahr 2022 62 % aller Lehrer beschimpft, bedroht, beleidigt, gemobbt oder belästigt.

2

- Die direkte psychische und körperliche Gewalt ging dabei überwiegend von Schülern, aber auch von Eltern aus. Vor allem in der Corona-Pandemie hat die Gewalt deutlich zugenommen.

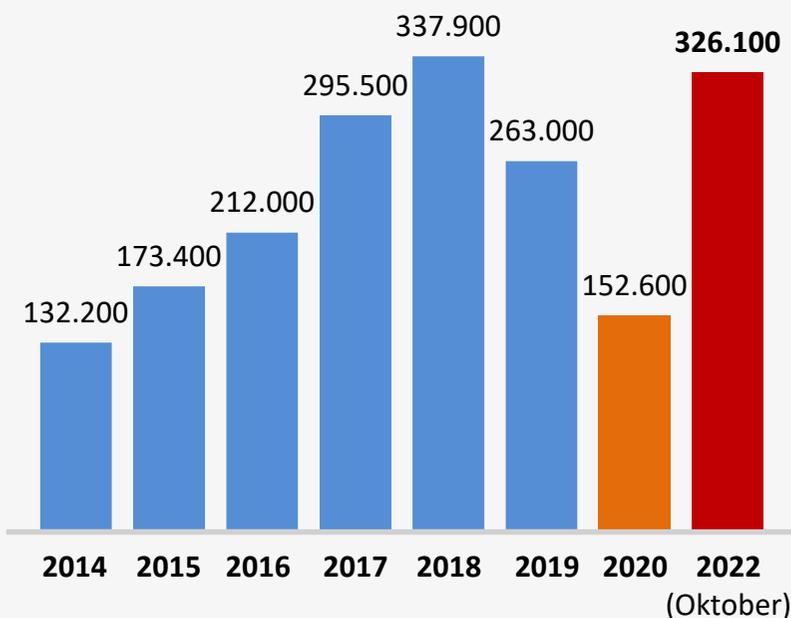
3

- Die Studie hat zudem offengelegt, dass das Thema „Gewalt gegen Lehrer mit einem Tabu belegt ist. Hatten 2018 noch 46 % der Lehrer gemeint, dass man über das Thema offen reden kann, ist dies im Jahr 2022 auf 32 % zurückgegangen. Hier zeigt sich, dass der Meinungskorridor auch bei Lehrern immer mehr eingeschränkt wird. Gründe liegen wohl darin, dass immer mehr Gewalttaten von Kindern und Eltern mit Migrationshintergrund begangen werden.

Im technischen Bereich (MINT) fehlen Deutschland 326.100 Fachkräfte

aktualisiert

Offene MINT-Stellen in Deutschland
nach Anzahl und Jahren



Quellen:

- 1) Statista: Offene MINT-Stellen in Deutschland nach Bundesländern und Berufsaggregaten 2022, 08.07.2022
- 2) Institut der Deutschen Wirtschaft Köln: MINT-Herbstreport 2022, 23.11.2022
- 3) AfD-Fraktion Berlin: Blue Deal 2030. Businessplan für eine neue Gründerzeit des ‚Unternehmens Berlin‘, 2021
- 4) Haufe: „Historischer Rückgang bei den unbesetzten MINT-Stellen“, 16.06.2020
- 5) Statista: MINT mangelt es an Frauen, 13.07.2022
- 6) Junge Freiheit: „Keine Mathe-Asse“, 02.12.2022
- 7) Destatis: „6,5 % weniger Studienanfängerinnen und -anfänger in MINT-Fächern im Studienjahr 202“1, 23.01.2023

1

- Das Fehlen von fast 326.100 MINT-Fachkräften führt dazu, dass die Innovationsstärke der deutschen Wirtschaft gefährdet ist. Im Jahr 2020 waren die offenen MINT-Stellen durch den Corona-bedingten Wirtschaftseinbruch rückläufig gewesen. Die Energiekrise und der Ukraine-Krieg erhöhen nun aber den Bedarf an Innovationen und MINT-Kräften.

2

- Laut Michael Stahl (Arbeitgeberverband Gesamtmetall) ist „MINT die Grundlage unserer Forschungs- und Innovationsfähigkeit. Deshalb brauchen wir auch noch mehr MINT-Kräfte, wenn wir die Forschungsausgaben in Deutschland auf 3,5 % des Bruttoinlandsproduktes steigern wollen. Genauer gesagt: Die Zahl der MINT-Erwerbstätigen in den Forschungsabteilungen müsste von heute rund 1,1 Mio. um etwa 220.000 auf 1,3 Mio. zunehmen.“

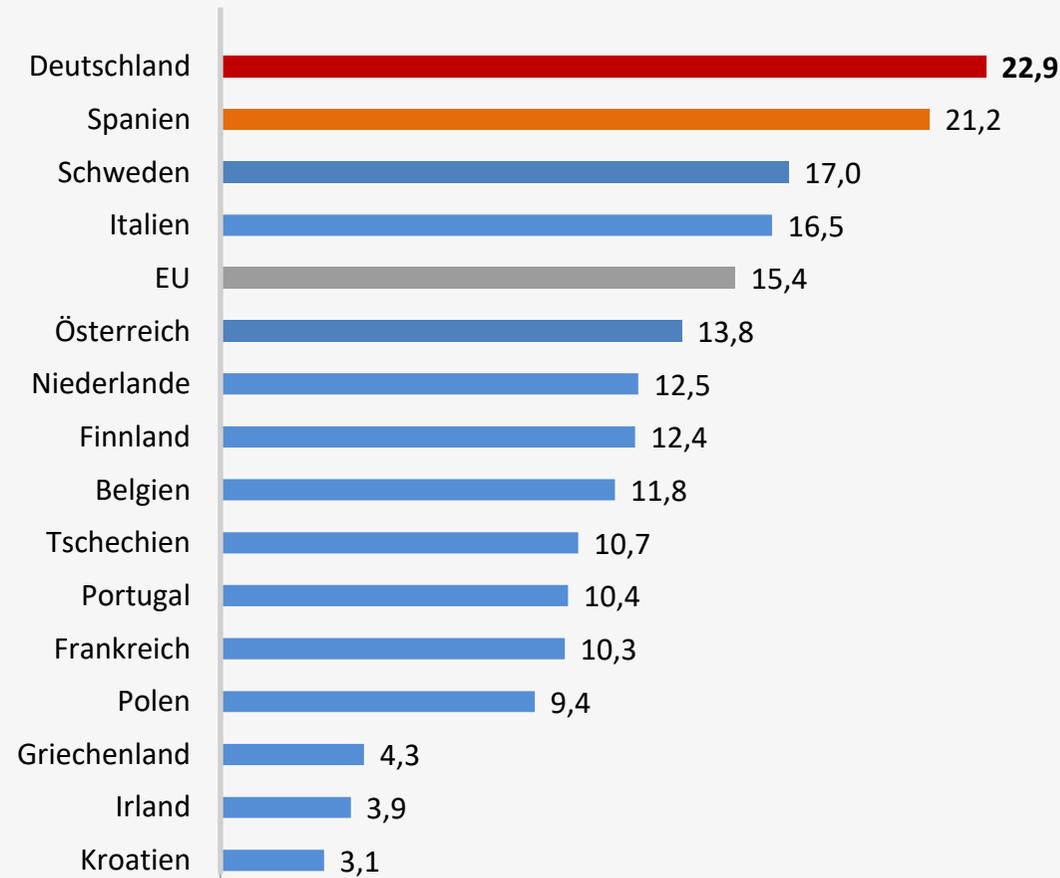
3

- Laut dem Statistischen Bundesamt gingen im Jahr 2021 die Studienanfänger in MINT-Bereichen um 6,5 % zurück. Nun rächt es sich, dass die deutsche Bildungspolitik sich einen „Wasserkopf an Politologen, Kulturwissenschaftlern, Genderforschern & Co heranzüchtet, aber die naturwissenschaftlichen Fächer sträflich vernachlässigt hat.“

Immer mehr Niedrigqualifizierte durch starke Migration in Deutschland

NEU

Niedrigqualifizierte im Alter zwischen 20 und 24 Jahren im europäischen Vergleich in % der Gesamtbevölkerung im Jahr 2021



Quellen:

- 1) Institut der deutschen Wirtschaft: Bildungsstand im europäischen Vergleich, 21.01.2023
- 2) Die Zeit: „Deutschland droht laut Studie bei Bildung international zurückzufallen“, 21.01.2023

1

- In Deutschland gab es noch nie so viele Niedrigqualifizierte, wie das „Institut der deutschen Wirtschaft“ herausfand. Für ein Industrieland, das gut ausgebildete Menschen benötigt, ist das ein kontraproduktiv. Deutschland droht international zurückzufallen.

2

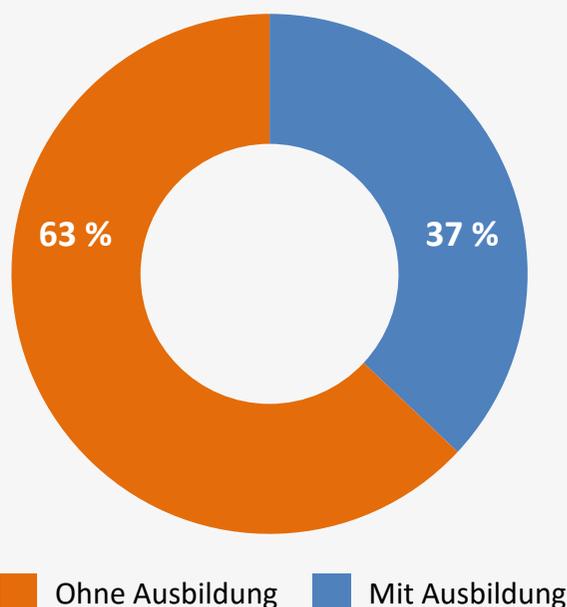
- „Auch hat sich die Zuwanderung insgesamt in den letzten Jahren in Deutschland, wie auch in den meisten anderen nord-, west- und südeuropäischen Ländern negativ auf die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausgewirkt.“

3

- „Die Ursachen für diese ungünstige Entwicklung liegen (...) auch bei den Wanderungsbewegungen. So waren die zugewanderten Personen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren im Jahr 2021 mit einem Anteil von 29,9 % weit häufiger niedrigqualifiziert als die im Inland Geborenen mit 10,0 %.“

2015 lässt grüßen: bis zu 63 % der Ukrainer haben keine Ausbildung

Berufliche Qualifikation von ukrainischen Flüchtlingen in Deutschland in % im Juni 2022



Quellen:

- 1) Business Insider: „Interner Bericht zeigt: Geflüchtete aus Ukraine offenbar schlechter qualifiziert als angenommen“, 11.07.2022
- 2) Deutschlandfunk: „Ukraine-Krieg. Schon über 140.000 Integrationskurse genehmigt“, 11.07.2022
- 3) Wirtschaftswoche: „Kosten pro Flüchtling 4000 Euro – Erstattung: 875 Euro“, 01.04.2022
- 4) Kleine Anfrage Dr. Dr. Rainer Rahn: Kosten für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine, Drs. 20/8229, 04.04.2022

1 Anders als öffentlich verlautbart, verfügen 63 % der Ukrainer, die nach Deutschland geflüchtet sind, über keine berufliche Qualifikation – oder sie sind nicht erfasst worden. In der Zeit vom 24. Februar bis zum 3. Juli 2022 sind 876.461 Ukrainer in Deutschland angekommen.

2 87 % der Ukrainer sprechen kein Deutsch. Damit wird eine Integration und eine zeitnahe berufliche Beschäftigung schwierig. Zumal „etwa 265.000“ Ukrainer „im erwerbsfähigen Alter, also zwischen 15 und 67 Jahren alt“ sind.

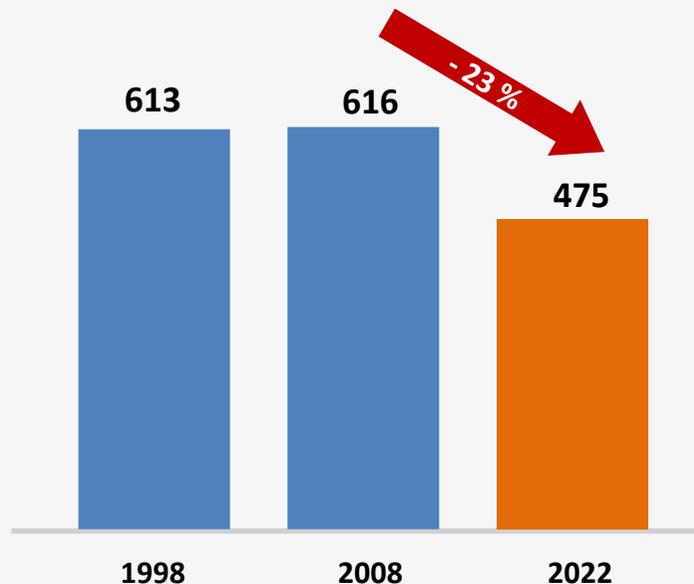
3 Laut Bundesagentur für Arbeit sind „bisher schon rund 144.000 Integrationskurse für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer genehmigt“ worden. Seit dem 1. Juni 2022 haben Ukrainer zudem Anspruch auf Hartz-IV/ Bürgergeld-Leistungen.

4 Für die Unterbringung und Verpflegung von ukrainischen Flüchtlingen geben die Kommunen bis zu 4.000 Euro pro Monat und Person aus (Baden-Württemberg). Aufgrund des geringen Bildungsniveaus ist mit einer langfristigen Kostenbelastung des Staates zu rechnen. Hessen rechnet mit 665 Mio. Euro für 2022.

Immer weniger Auszubildende – Flüchtlinge haben kaum Interesse

aktualisiert

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge
in Tausend nach Jahren



Quellen:

- 1) Bundesagentur für Arbeit: Situation am Ausbildungsmarkt, Oktober 2022
- 2) Bundesinstitut für Berufsbildung: „Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2022“, 14.12.2022
- 3) Berufsbildungsbericht 2022

1

- Im Jahr 2022 begannen nur noch 475.100 Personen eine Ausbildung. Das ist im Vergleich zum Jahr 2008 ein Rückgang von fast 23 %.

2

- Laut Bundesagentur für Arbeit lag der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen 2021 bei 12 % und 2022 bei 13 %. Die Anzahl unbesetzter Ausbildungsstellen stieg von 63.200 im Jahr 2021 auf 68.900 im Jahr 2023. Das ist ein Zuwachs von 9 %.

3

- Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden. Dies gilt vor allem in den Bereichen Lebensmittelhandwerk, Gaststättengewerbe, Gerüst-, Beton- und Stahlbau.

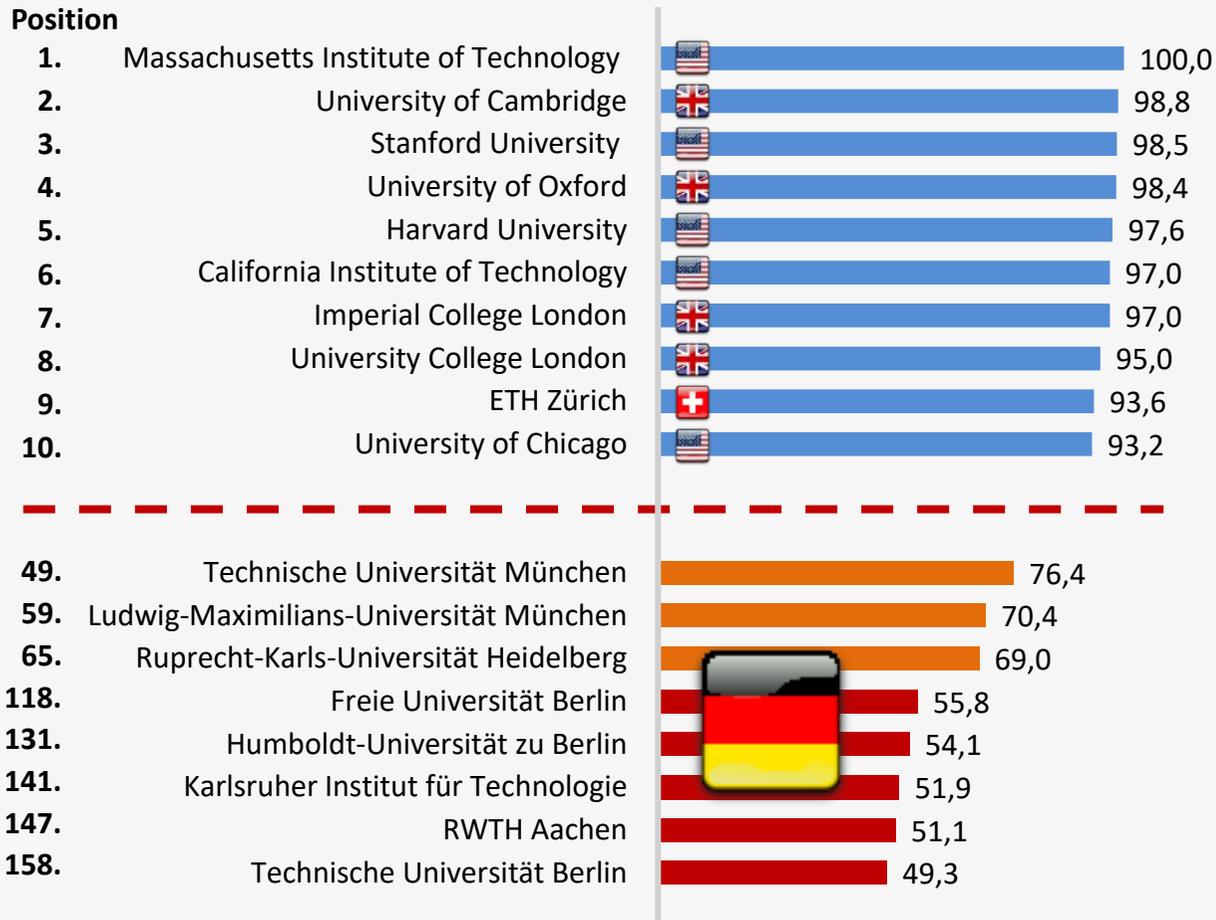
4

- Die Zahl junger Menschen mit Fluchthintergrund, die sich für eine Ausbildungsstelle interessierten, hat im vergangenen Jahr weiter abgenommen. So haben im Jahr 2022 nur 9.900 Bewerber mit Fluchthintergrund eine Berufsausbildung begonnen (- 3 % zu 2021).

Weiterhin nur drei deutsche Universitäten unter den Top 100 weltweit

aktualisiert

Rangfolge der Universitäten weltweit im Jahr 2023 nach Gesamtpunktzahl



Quelle:
1) [QS World University Rankings 2023](#)

1

- Nur drei deutsche Universitäten finden sich laut dem „QS World University Ranking“ weltweit unter den besten 100 Hochschulen wieder: Neben den beiden Münchener Universitäten hat es auch die älteste bundesdeutsche Universität in Heidelberg geschafft.

2

- Unter den Top 200-Universitäten befinden sich nur elf deutsche. Auf Rang 169 folgt die Eberhard Karls Universität Tübingen, Platz 189 nimmt die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg ein und auf 200 folgt die TU Dresden.

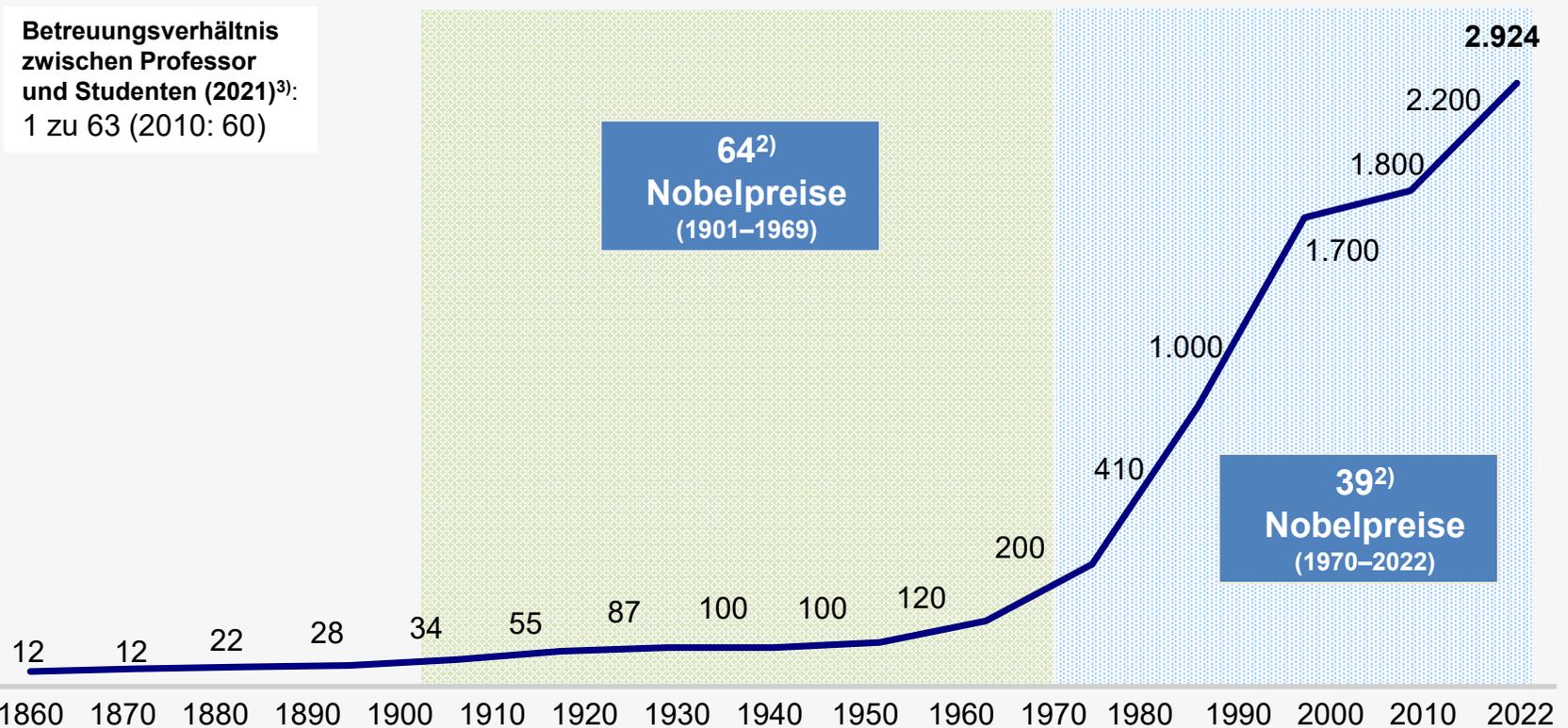
3

- Um erfolgreich zu sein, bedarf es eines freiheitlichen Bildungssystems. Derzeit ist in Deutschland die Wissenschaftsfreiheit bedroht, da die Hochschulangehörigen immer mehr ihrer Eigeninitiative beraubt werden. Ein weiterer Punkt ist die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch die Cancel Culture.

Vermassung der Hochschulen führt zum Niedergang der Qualität

aktualisiert

Zeitraum 1860 bis 2022, Studenten (in Tsd.) versus Nobelpreise¹⁾ nach Jahren



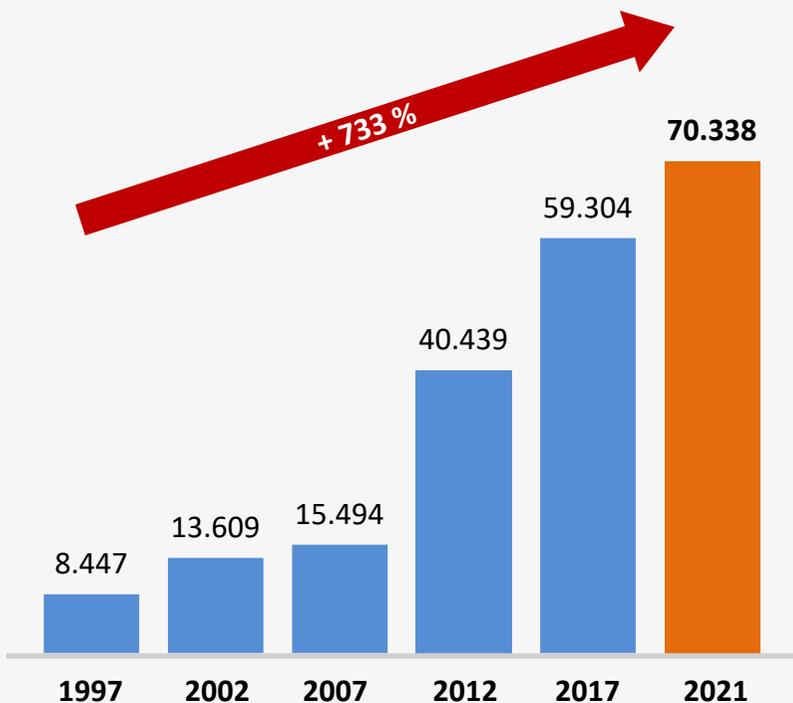
Quellen:

- 1) Das akademische Deutschland, Band III, S. 317-348, Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, S. 28 ff 2) Wikipedia: [Liste der deutschen Nobelpreisträger](#), 10.04.2023
 3) [Forschung und Lehre: „Betreuungsverhältnis leicht verbessert“](#), 1/23 4) Destatis: [Studierende nach Bundesländern](#), 10.03.2023

Höchststand beim Studieren ohne Abitur – Studium verliert an Wert

NEU

Studienanfänger ohne schulische Hochschulzulassungsberechtigung nach Anzahl und Jahren



Quellen:

1) CHE Gemeinnützige Centrum für Hochschulentwicklung: Neuer Höchststand beim Studieren ohne Abitur, 2022

2) Destatis: „Zahl der Studienberechtigten 2022 um 2,1 % gesunken“, 27.02.2023

1

- Seit Jahren studieren immer mehr Personen, ohne dass sie eine Hochschulzulassungsberechtigung (Abitur, Fachabitur) besitzen. Waren es im Jahr 1997 erst 8.447 Personen, stieg diese Zahl im Jahr 2021 auf 70.338 Personen. Das ist eine Zunahme um fast 733 %.

2

- Laut dem „Centrum für Hochschulentwicklung“ studierten im Jahr 2021 bereits 3,4 % aller Studenten ohne Abitur.

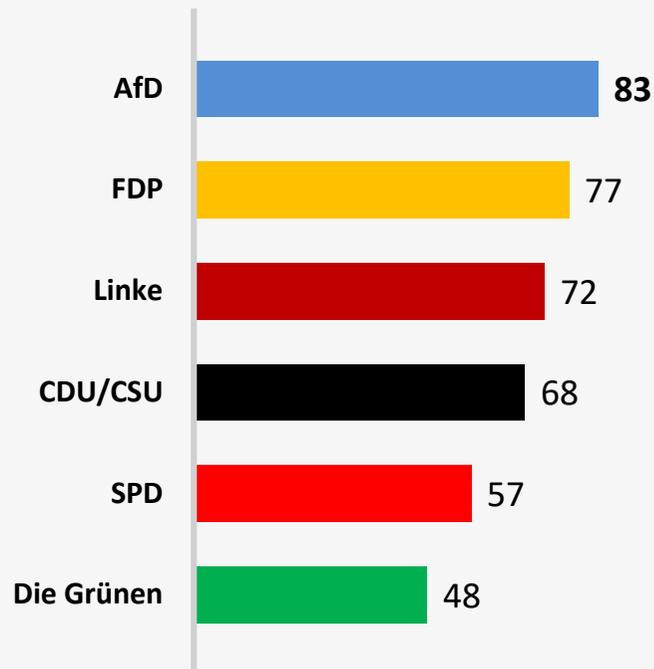
3

- Mit der zunehmenden Zahl von Studenten ohne Abitur wird das ohnehin stark gesunkene Niveau der deutschen Hochschulen weiter reduziert. Zudem fehlen jene Studenten ohne Abitur der Wirtschaft als Fachkräfte, die im Vorfeld einen qualifizierten Berufsabschluss erworben haben.

67 % lehnen die Gender-Sprache ab – ARD und ZDF machen weiter

aktualisiert

Umfrage zur geschlechtergerechten Sprache, hier: Ablehnung in %



Quellen:

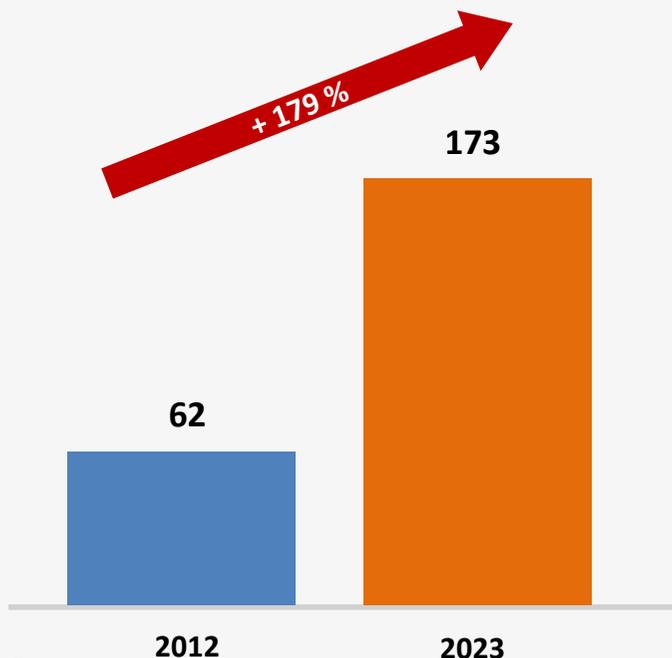
- 1) Berliner Zeitung: „Repräsentative WDR-Umfrage: Die Mehrheit der Deutschen will nicht mehr gendern“, 06.02.2023
- 2) FAZ: „Sprachkritik an ARD und ZDF. Gendersender“, 05.12.2022
- 3) Welt am Sonntag: „Die Gender-Sprache ist eine Top-down-Veranstaltung“, 26.05.2021
- 4) Bild: „ZDF-Politbarometer, Riesige Mehrheit gegen Gender-Sprache in Medien“, 20.07.2021

- 1
 - Laut einer Umfrage von Infratest Dimap im Oktober 2022 im Auftrag des „WDR“ lehnen 67 % der Deutschen die geschlechtergerechte Sprache ab. Damit hat sich die Zahl zum Jahr 2020 deutlich erhöht. Nur noch 16 % halten das Gendern für ein wichtiges Thema. Das ZDF-Politbarometer kommt sogar auf eine Ablehnung von 71 %.
- 2
 - Die Anhänger der AfD lehnen die gendergerechte Sprache mit 83 %, die der FDP mit 77 %, die der Linken mit 72 %, die der CDU/CSU mit 68 %, die der SPD mit 57 % und die der Grünen mit 48 % ab. Es kann jedoch gefolgert werden, dass (bemerkenswerterweise) mehr Grüne sich gegen das Gendern als dafür aussprechen.
- 3
 - Laut einer früheren Umfrage würde sogar über ein Drittel der Deutschen es begrüßen, wenn es zu einem Verbot der geschlechtergerechten Sprache in öffentlichen Einrichtungen per Gesetz – wie es in Frankreich der Fall ist – kommen würde.
- 4
 - „Kritik an ihrer belehrenden, ideologisch motivierten Sprachpraxis lassen ARD und ZDF ebenso trotzig wie selbstgerecht an sich abperlen. Man sieht sich auf der Seite des moralischen Fortschritts und inszeniert sich als Avantgarde sprachlicher Erneuerung, fälschlicherweise als ‚Sprachwandel‘ deklariert.“

173 Professuren für „Gender-Studies“: Wissenschaftlicher Wert = Null

aktualisiert

Professuren für „Gender-Studies“ in Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen:

- 1) Focus: „Das totalitäre System der Gender-Dogmatiker“, 13.06.2019
- 2) News4teacher: „Fast doppelt so viele Professuren in Gender Studies wie in Altphilologie“, 31.10.2014
- 3) Die Zeit: „Orchideenfächer: Wo gibt’s denn so was?“, 05.01.2012
- 4) Antrag der AfD-Bundestagsfraktion: Umgehend eine Evaluation sogenannter Agendawissenschaften durch den Wissenschaftsrat beantragen“, Drs. 20/7565, 04.07.2023
- 5) Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland, 07.07.2023
- 6) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Verpflichtende Verwendung von gendergerechter Sprache an der Universität Kassel, Drs. 20/5433, 18.05.2021
- 7) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Finanzielle Förderung und wissenschaftliche Signifikanz der „Gender-Studies“ in Hessen im Jahr 2022, Drs. 20/10773, 21.04.2023

- 1
 - Gender-Studien betreiben auf subtile Weise Sprachmanipulation. Die Denk- und Verhaltensweisen der Bevölkerung sollen verändert werden. Bereits heute existieren in Deutschland über 200 Professuren und Zentren für „Gender-Studies“.
- 2
 - Für die Gender-Professoren ist das biologische Geschlecht nicht mehr ausschlaggebend. Sie glauben, dass das Geschlecht v. a. ein soziales Konstrukt sei, das sich zeitlich ändern kann. Sie wollen das biologische Geschlecht überwinden.
- 3
 - Gender-Studien transportieren keine Wissenschaft, sondern eine politische Ideologie, wobei Sprache zur Neukonstruktion der Gesellschaft Verwendung findet.
- 4
 - An einigen hessischen Hochschulen „existieren Empfehlungen zur Verwendung von gendergerechter Sprache.“ (TU Darmstadt, Philipps-Universität Marburg). An der Universität Kassel wurden Studenten Punkte in ihren Prüfungsarbeiten abgezogen, weil diese ausschließlich das generische Maskulinum verwendeten. Nach der AfD-Anfrage wurde diese Maßnahme vorerst eingestellt.

Sind Gender-Studien nobelpreisträchtig? Einige Beispiele aus Hessen

aktualisiert

Kosten der Gender-Forschung in Hessen nach Forschungsprojekten und Höhe der Förderung im Jahr 2022 und 2023 (Auswahl)



Quellen:

- 1) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Finanzielle Förderung und wissenschaftliche Signifikanz der „Gender-Studies“ in Hessen im Jahr 2022, Drs. 20/10773, 21.04.2023
- 2) Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag, Drs. 19/10970, 18.06.2019
- 3) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Genderstrategie der Bundesregierung, Drs. 19/18259, 30.03.2020
- 4) Wikipedia: Divers (Stand 09.08.2021)
- 6) Bild: ZDF-Politbarometer, Riesige Mehrheit gegen Gender-Sprache in Medien, 20.07.2021

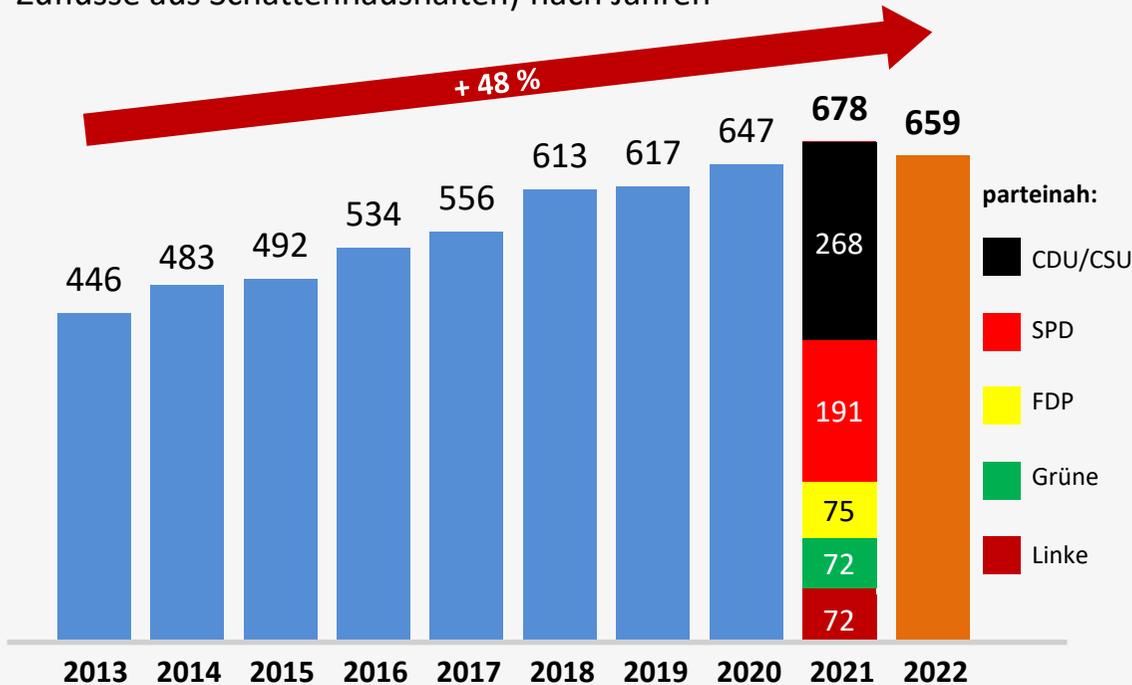
- 1
 - In Hessen gab und gibt das Wissenschaftsministerium in den Jahren 2022 und 2023 fast 1 Mio. Euro für Gender-Forschungsprojekte aus. Es werden bereits medizinische Forschungsanträge in Gendersprache geschrieben. Denn die Antragsteller gehen davon aus, dass andernfalls ihre Anträge abgelehnt würden.
- 2
 - Die Bundesregierung hat die Bezeichnung „d“ für das dritte Geschlecht „divers“ eingeführt; Unternehmen müssen dies z. B. in Stellenanzeigen berücksichtigen: (m, w, d). Im Rahmen von Gender-Forschung und Diversity-Programmen gibt der Bund mittlerweile 500 Mio. Euro aus.
- 3
 - Nach einer Umfrage des ZDF lehnen 71 % der Deutschen das „Gendern“ der deutschen Sprache in den Medien ab. Seit Einführung des dritten Geschlechts „divers“ im Dezember 2018 wurden in ganz Deutschland nur 394 Menschen als „divers“ erfasst (Oktober 2020).

659 Mio. Euro für parteinahe Stiftungen – AfD-Stiftung geht wieder leer aus

aktualisiert

Parteinahе Stiftungen

Staatliche Zuschüsse in Mio. Euro (ohne Landesstiftungen und ohne Zuflüsse aus Schattenhaushalten) nach Jahren



Quellen:

- 1) Die Welt. „Bund stellt 659 Millionen Euro zur Verfügung – und der AfD nichts“, 01.07.2022
- 2) Berechnungen durch die Desiderius-Erasmus-Stiftung, hier: Rechenschaftsberichte der Stiftungen
- 3) Süddeutsche Zeitung: „Eine Million Euro an politische Stiftungen und Bildungswerke“, 22.01.2022
- 4) Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages: „Finanzielle Förderung der parteinahen Stiftungen durch Bund und Länder, 16.02.2006
- 5) AfD-Bundestagsfraktion: „Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsstellung und die Finanzierung parteinaher Stiftungen“, Drs. 19/2674
- 6) Junge Freiheit: „AfD-nahe Erasmus-Stiftung erhält kein Geld aus Bundeshaushalt“, 19.05.2022
- 7) Bundesverfassungsgericht: „Die staatliche Förderung politischer Stiftungen bedarf eines gesonderten Parlamentsgesetzes“, 22.02.2023

1

- Im Jahr 2022 erhielten die sechs parteinahen Stiftungen von CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke einen Rekordbetrag von 659 Mio. Euro, u. a. für Studien, Journalistenprogramme und Fortbildungen. Die AfD-nahe Stiftung ging wieder leer aus.

2

- Damit die Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES; AfD-nah) weiter keine staatliche Förderung erhält, schafften die anderen 6 Parteien eine neue – rechtlich umstrittene – Regelung. Laut Die Welt „ist es quasi ein Beschluss der anderen im Bundestag vertretenen Parteien in eigener Sache.“

3

- „Mehrere juristische Experten haben einen politisch motivierten Ausschluss der DES kritisiert. Laut dem Berliner Staatsrechtler Christoph Möllers dürfe der Staat über die AfD-nahe Stiftung „nicht einfach nach Gusto im Einzelfall entscheiden“. Claus-Dieter Classen „(Greifswald)“, nannte es „nach jetziger Rechtslage schwer, die DES von einer Förderung auszuschließen“.

4

- Nach einer Klage der AfD gab das Bundesverfassungsgericht dieser im Februar 2023 teilweise Recht. Danach „bedarf die staatliche Förderung politischer Stiftungen eines gesonderten Parlamentsgesetzes.“

Unsere AfD-Forderungen zu Bildung und Wissenschaft

aktualisiert

1

- Deutschland muss endlich mehr Geld in Bildung investieren. Bildungssysteme wie in Norwegen, Schweden und Finnland müssen Vorbilder sein.

2

- Die IGLU-21-Studie zeigt, dass wir mehr Mut zur Disziplin, die Wiederherstellung der Autorität des Lehrers und ein nach Leistung differenzierendes Schulsystem benötigen. Wir brauchen kleinere Klassen. Und v. a. müssen Bildungsstand und Bildungsfähigkeit ein zentrales Kriterium einer zukünftigen, klugen Einwanderungspolitik sein.

3

- Kinder aus Migrantenfamilien müssen besonders gefordert und gefördert werden. Gute Schulabschlüsse verbessern die Zukunftsaussichten und tragen maßgeblich zur Integration bei. Daher sind Migrationsquoten an Schulen verbindlich umzusetzen.

4

- Die Abwanderung der eigenen Hochqualifizierten muss gestoppt und die Rückkehr von zuvor ausgewanderten Bürgern in den deutschen Arbeitsmarkt unterstützt werden. Fachkräftelücken sind durch Technisierung zu schließen, nicht durch den Import unqualifizierter Ausländer.

5

- Der deutsche Fachkräftemangel besteht überwiegend im Handwerk. Berufliche Ausbildung muss gegenüber akademischer Bildung gestärkt werden. Das deutsche Handwerk hat nach wie vor goldenen Boden.

6

- Um dem weiteren internationalen Abstieg der deutschen Hochschulen entgegenzuwirken, müssen die Hochschulen finanziell und personell besser ausgestattet werden. Zudem muss der Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit wieder Geltung verschafft werden.

7

- Sofortige Streichung aller Fördermittel für so genannte Gender-Studies an allen deutschen Hochschulen. Wir brauchen Qualität an unseren Hochschulen, keine links-grüne Ideologie.

8

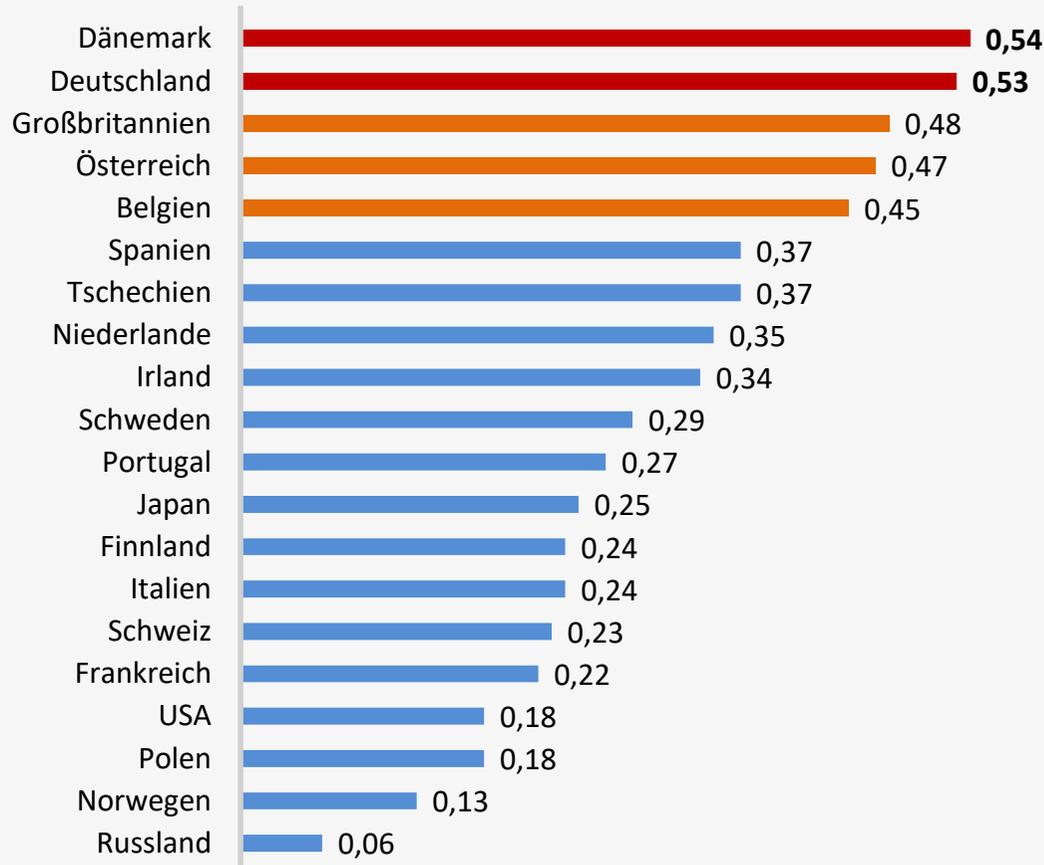
- Die Desiderius-Erasmus-Stiftung muss, wie alle anderen parteinahen Stiftungen, endlich Fördermittel erhalten.

1.	Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	32
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	74
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	101
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	120
7.	Innere Sicherheit und Justiz	157
8.	Medien	173
9.	Verteidigung	187
10.	Fazit	197

Seit 2006 ist der Strompreis in Deutschland um 178 % gestiegen

aktualisiert

Strompreise privater Haushalte in ausgewählten Ländern weltweit
in US-Dollar/kWh im Jahr 2022



Quellen:

1) Statista: Strompreise privater Haushalte in ausgewählten Ländern weltweit im Jahr 2022, 23.03.2023

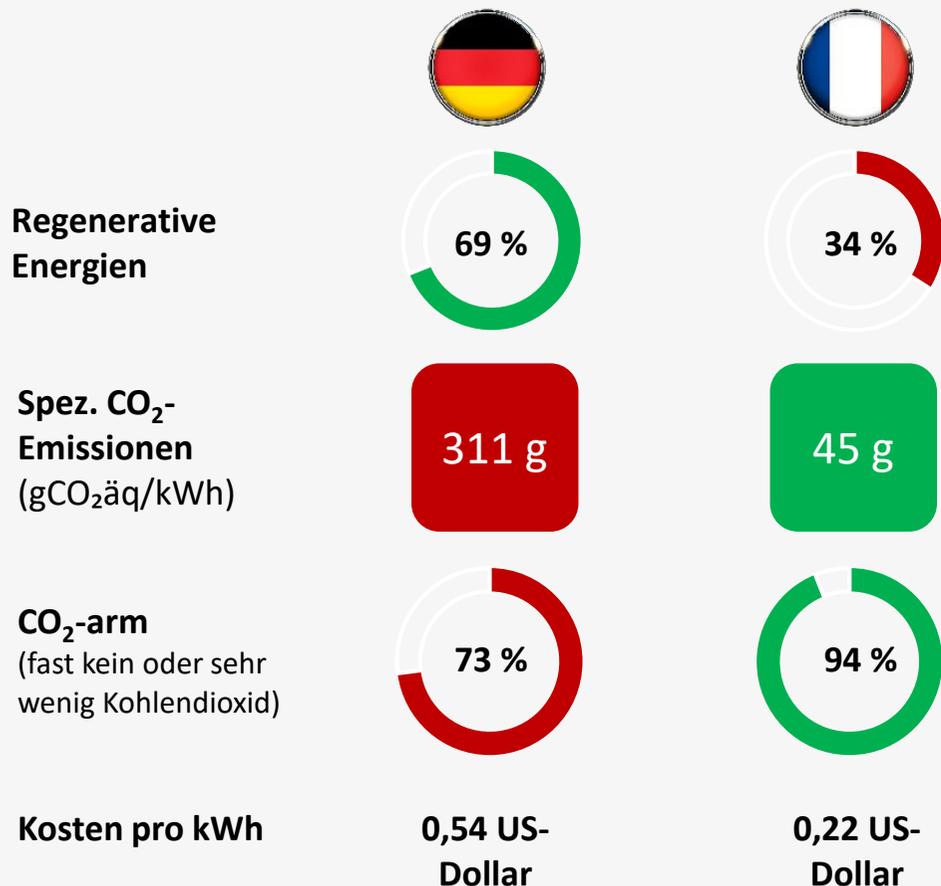
2) Entega: Strompreisentwicklung in Deutschland, 13.04.2023

- 1 Die Deutschen zahlten neben den Dänen im Jahr 2022 weltweit die höchsten Strompreise. Waren es noch im Jahr 2021 0,36 US-Dollar pro Kilowattstunde (kWh), mussten die Bürger 0,53 US-Dollar zahlen.
- 2 Demgegenüber zahlten Kunden in Russland nur 6 Cent, in den USA und Polen 18 Cent, in Frankreich nur 22 Cent, in Finnland und Italien 24 Cent, in den Niederlanden nur 34 Cent pro Kilowattstunde.
- 3 In der Zeit von 2006 bis 2022 ist der Strompreis in Deutschland um fast 178 % gestiegen! Grund ist die Merkelsche Energiewende, die EEG-Umlage und der deutsche Gasimportstopp aus Russland.
- 4 Die Strompreise folgen den Gaspreisen in extreme Höhen, weil Gaskraftwerke weiterhin zur Deckung des Bedarfes notwendig sind. Erst wenn durch Reaktivierung von Kohle- und Kernkraftwerken die Gasverstromung überflüssig wird, könnten die Strompreise auch bei hohen Gaspreisen nachhaltig sinken.

In Frankreich ist der Strom deutlich CO₂-ärmer und viel günstiger

aktualisiert

Vergleich Strom in Deutschland und Frankreich am 13.04.2023 um 9 Uhr



Quellen:

1) Electricitymap: Klimaeinfluss der Regionen. Sortiert nach CO₂-Intensität der verfügbaren Elektrizität (gCO₂äq/kWh), 13.04.2023 2) Destatis: „Stromerzeugung im 1. Quartal 2022: Kohle weiter wichtigster Energieträger“, 08.06.2022 3) Statista: Strompreise privater Haushalte in ausgewählten Ländern weltweit im Jahr 2022, 23.03.2023

1

- Frankreich bezieht seinen Strom zum überwiegenden Teil aus Kernkraftwerken. Dieser ist CO₂-neutral. Frankreich hat dadurch nur geringe CO₂-Emissionen.

2

- Im Gegensatz dazu sind in Deutschland die CO₂-Emissionen bis zu 7-mal so hoch. Und das, obwohl in Deutschland bereits am 13. April 2023 über 69 % des Energieverbrauchs aus regenerativen Quellen gedeckt werden (Wind, Biogas, Photovoltaik, Wasserkraft).

3

- Auch beim Preis zeigen sich gravierende Unterschiede. Kostet in Frankreich die Kilowattstunde Strom nur 22 US-Cent, müssen bei uns 54 US-Cent gezahlt werden. Die deutsche Energiewende ist gescheitert, weil sie keines ihrer Ziele erreicht hat.

4

- Der „kostenlose erneuerbare Strom“ hat den deutschen Letztverbraucherpreis explodieren lassen. Das wird weitergehen, denn Flatterstrom zu beherrschen, wird mit steigender Einspeiseleistung und mehr Anlagen immer aufwendiger. Ohne Stromspeicher lässt sich Deutschland nicht mit „Erneuerbaren“ versorgen.

4-Personen-Haushalt muss mit 8.366 Euro Energiekosten p.a. rechnen

aktualisiert

Strom- und Gaskosten für einen 4-Personen-Haushalt
(Einfamilienhaus, Neukunde, Jahresverbrauch) in Euro

Stadtwerke Düsseldorf (Tarifdetails)	Grundpreis pro Monat	kWh- Arbeitspreis	Gesamt- preis pro Monat	Jahrespreis
Düselgas Pur (Jahresverbrauch von 20.000 kWh)	16,50 EUR	0,31 EUR	539 EUR	6.475 EUR
Düselstrom Öko (Jahresverbrauch von 5.000 kWh)	9,92 EUR	0,35 EUR	158 EUR	1.891 EUR
Gesamtkosten			697 EUR	8.366 EUR

Quellen:

1) Stadtwerke Düsseldorf, Tarifdetails Düselstrom, 15.04.2023 2) Bild: „Bis zu 1152 Euro mehr!“, 15.08.2022

1

- Durch die von der aktuellen und der früheren Bundesregierung selbstverschuldete Energiekrise muss ein 4-Personen-Haushalt bei einem Neuvertrag mit fast 8.400 Euro im Jahr für Gas- und Strom rechnen.

2

- Das bedeutet, dass ein 4-Personen-Haushalt monatlich 697 Euro für Strom und Gas aufbringen muss.

3

- Im Oktober 2022 wurde in Deutschland eine Gas-Umlage eingeführt, die das Gas mit 2,4 Cent pro kWh verteuerte. Diese Umlage führte zu einer Mehrbelastung im Extremfall von bis zu 1.152 Euro!

4

- In 2023 ist mit hohen Nachzahlungen für Gas und Strom zu rechnen. Da viele Haushalte diese nicht mehr bezahlen können, ist mit vielen Abschaltungen zu rechnen.

Deutsche Industrie auf Gasimporte angewiesen – andere Staaten nicht

Energieeinsatz der Branchen in Gigawattstunde, Anteile in % im Jahr 2022
(Beispiele)

Bezeichnung	Gesamtverbrauch	davon Gas	davon Steinkohle	davon Öl	davon Strom
Chemische Erzeugnisse	304.229	41,7 %	0,9 %	0,9 %	16,7 %
Metallerzeugung/-bearb.	237.075	36,0 %	29,5 %	0,1 %	16,7 %
Kokerei/Mineralölverarb.	106.701	18,9 %	0	0,4 %	5,9 %
Papier, Pappe etc.	71.230	38,8 %	2,7 %	0,4 %	24,9 %
Kraftwagen u. -teile	39.896	33,0 %	0	0,8 %	38,9 %
Metallerzeugnisse	24.862	40,8 %	0	3,5 %	52,4 %

Quelle:

1) Stiftung Familienunternehmen: Die Energiekrise im Standortvergleich: Preiseffekte und Importrisiken, ZEW-Studie, 28.06.2022

1

- Die Sanktionen gegen Russland stellen die Energie- und Rohstoffversorgung der deutschen Volkswirtschaft vor große Herausforderungen, insbesondere den Maschinenbau, die Chemie- und Nahrungsmittelindustrie.

2

- Diese weisen „die mit Abstand höchsten Energieeinsätze auf. Der Großteil entfällt hierbei jeweils auf Gas, aber auch der Stromverbrauch dieser Branchen liegt deutlich über dem der anderen Wirtschaftszweige.“

3

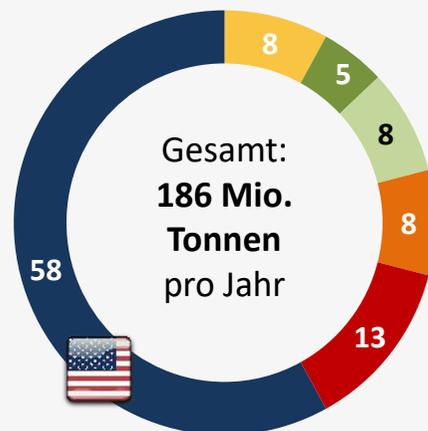
- Demgegenüber sind Staaten wie die USA, Kanada, Frankreich und Japan nur bedingt vom Gas abhängig. Nicht von ungefähr sind in diesen Staaten nur leichte Preisanstiege zu verzeichnen.

4

- Dies liegt am hohen Anteil von Kernkraft (USA, Frankreich, Japan). Die dortigen Unternehmen sind damit wettbewerbsfähiger und resilienter.

Vor allem die USA profitieren von einem Gasembargo gegen Russland

Geplante neue Gasverflüssigungsanlagen nach Ländern in % im Jahr 2022



Quellen:

1) [Wirtschaftswoche: „Wo das Flüssiggas ankommen soll – und wer wie viel daran verdient“](#), 20.05.2022 2) [Wirtschaftswoche: „Hier steckt das Gas, das Europa unabhängig von Putin machen soll“](#), 10.04.2022 3) [T-Online: „Preis der Freiheit“](#), 19.01.2022 4) [Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V.: „Erdgasreserven und Potenziale in Deutschland“](#), 21.04.2022

1

- Die EU will die Gasimporte aus Russland bis Ende 2022 um zwei Drittel reduzieren. Größter Profiteur sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese sind bereits heute der größte Fracking-Gas-Exporteur weltweit.

2

- Künftig wird das Flüssigerdgas (LNG = Flüssigerdgas) überwiegend per Schiff über die Weltmeere transportiert. Dies wird die Meere weiter durch Schiffsaltöl verschmutzen. Zudem hinterlässt das Fracking-Gas aus den USA einen größeren CO₂-Fußabdruck als die Lausitzer Braunkohle.

3

- In Deutschland gibt es derzeit noch kein betriebsfähiges LNG-Terminal, das die Flüssiggaslieferungen annehmen könnte. Bis 2025 sollen Terminals in Deutschland (2 in Wilhelmshaven, 1 in Brunsbüttel, 1 in Stade und 3 schwimmende Terminals), sowie einige in Belgien, Italien, Lettland und Polen errichtet werden.

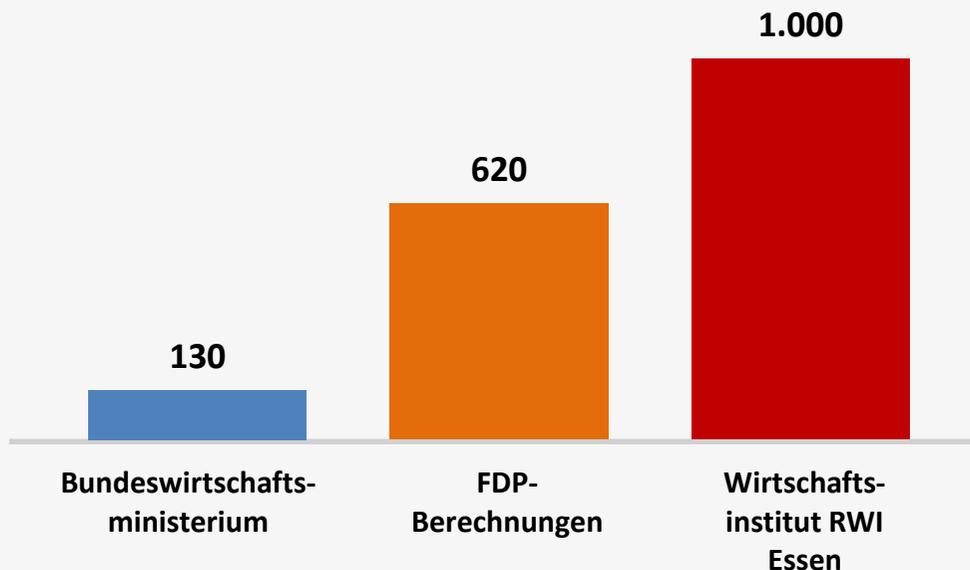
4

- Dabei könnte man auch in Deutschland die Gasvorkommen nutzen. Laut dem Erdgas-Bundesverband „verfügt Deutschland derzeit über rund 32 Mrd. Kubikmeter Erdgasreserven, die als sicher oder wahrscheinlich förderbar gelten. Tatsächlich machen diese Reserven aber nur einen geringen Teil des insgesamt vorhandenen Potenzials aus.“

Der grüne Heiz-Hammer kostet die Deutschen bis zu 1.000 Mrd. Euro

NEU

Kosten für die Installation von Wärmepumpen in Deutschland
Schätzungen in Mrd. Euro



Quellen:

1) Bild: „Flüsterte der Graichen-Clan Habeck den Heiz-Plan ein?“, 01.05.2023 2) Bild: „Heiz-Hammer wird fünfmal teurer als Habeck zugibt“, 30.04.2023 3) FAZ: „Was taugt die Wärmepumpe wirklich?“, 11.02.2023 4) Bundestag: „AfD gegen „einseitige Fokussierung“ auf Wärmepumpen“, 20.04.2023 5) Bild: „Das bedeutet der Heiz-Hammer jetzt für Sie“, 13.06.2023 6) Marc Bernhard (AfD-MdB): „Der Heizungshammer kommt mit voller Wucht“, 16.06.2023

1

- Die günstigste Heizung ist die Gasbrennwertheizung. Doch voraussichtlich ab 2024 „müssen neu eingebaute Heizungen zu 65 % mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Heißt: Dann ist Schluss mit (dem) Einbau von neuen, reinen Öl- und Gasheizungen – 2045 dann Komplett-Verbot!“

2

- Das Habeck-Ministerium geht nur von Kosten der Bürger von 130 Mrd. Euro aus. Die FDP, die selbst in der Regierung sitzt und das Gesetz mitträgt, geht für den Kauf und Einbau der Wärmepumpen vom Fünffachen aus. Dabei sind noch nicht die Dämmung und Fußbodenheizung einberechnet (200-300 Mrd. Euro). Das RWI rechnet daher mit bis zu 1.000 Mrd. Euro.

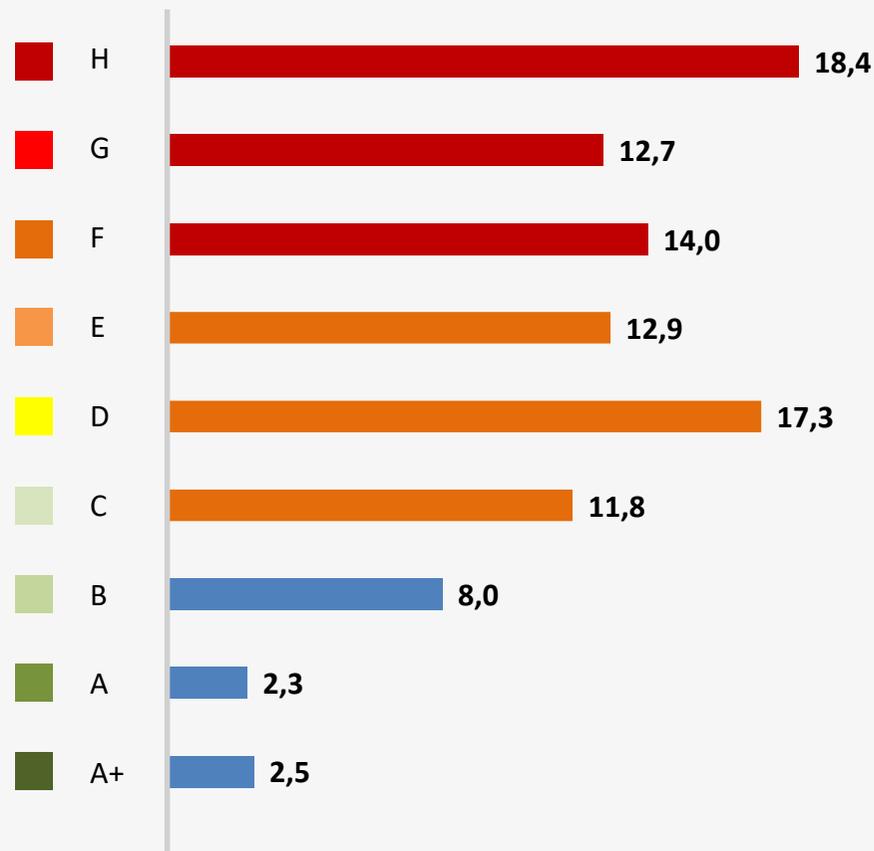
3

- Der Staat wird den Einbau von Wärmepumpen mit einer noch unbekanntenen Summe subventionieren. Doch dies bedeutet, dass die Subventionen wieder vom Steuerzahler getragen werden. Laut AfD stehen „die nötigen Fachkräfte zum Umbau von Millionen Heizungen jährlich nicht zur Verfügung.“ Zudem steigt der Energiebedarf deutlich, der durch die volatile grüne Energie nicht gedeckt ist.

87 % aller Häuser benötigen eine Dämmung – Bankrott auf Raten

NEU

Energieklasse in %



Quellen:

- 1) McMakler: „Energieeffizienz Gebäude: Schlechte Energiebilanz von Wohnhäusern“, 04.06.2023
- 2) Kostencheck: „Haus dämmen – welche Kosten fallen an?“, 09.06.2023
- 3) Tagesschau: „Habeck will 500.000 Wärmepumpen jährlich“, 29.06.2023
- 4) Statista: Anzahl der Wohngebäude in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2021, 14.04.2023

1

- „Die Bundesregierung plant bis 2045 einen klimaneutralen Gebäudebestand in Deutschland. Gebäude sollen bis dahin nur noch einen sehr geringen Energiebedarf aufweisen.“ Laut einer Studie von McMakler weisen derzeit nur 13 % der Immobilien die „besten Energiewerte A, A+ oder B auf.“

2

- Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass 87 % aller Häuser und Wohnungen neu gedämmt werden müssen. Bei einer Grundfläche von 70 m² und einer Fassadenfläche von 220 m² ist mit selbst tragenden Kosten von mindestens 41.050 Euro zu rechnen.

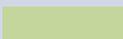
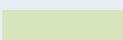
3

- Da alle Immobilieneigentümer voraussichtlich ab 2024 auch ihre Häuser und Wohnungen (2021: 19,4 Mio.) mit Wärmepumpen umrüsten müssen, kommen weitere zehntausende Euro an Kosten auf diese zu. Vermieter werden die Kosten auf die Mieter umlegen. Dies wird auch den Mietzins nach oben treiben.

Deutschland bei den Energieeffizienzklassen in der EU benachteiligt

NEU

Energieeffizienzklassen in Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr (kWh m²a) im Jahr 2023

Energieeffizienzklasse	Deutschland	Niederlande
 A+	unter 30	unter 105
 A	30 bis unter 50	105 bis 160
 B	50 bis unter 75	160 bis 190
 C	75 bis unter 100	190 bis 250
 D	100 bis unter 130	250 bis 290
 E	130 bis unter 160	290 bis 335
 F	160 bis unter 200	335 bis 380
 G	200 bis unter 250	über 380
 H	über 250	-

1

- „Die EU will Energieeffizienzklassen für Gebäude einführen. Viele werden ihre Immobilien dann sanieren müssen.“ Dies „würde bedeuten, dass bis 2030 alle Wohngebäude in der EU die Energieeffizienzklasse „E“ und bis 2033 die Klasse „D“ erreichen.

2

- So müssen Bürogebäude in den Niederlanden seit 2023 mindestens die Energieeffizienzklasse C erreichen. Doch die Energieeffizienzklassen unterscheiden sich in der EU deutlich.

3

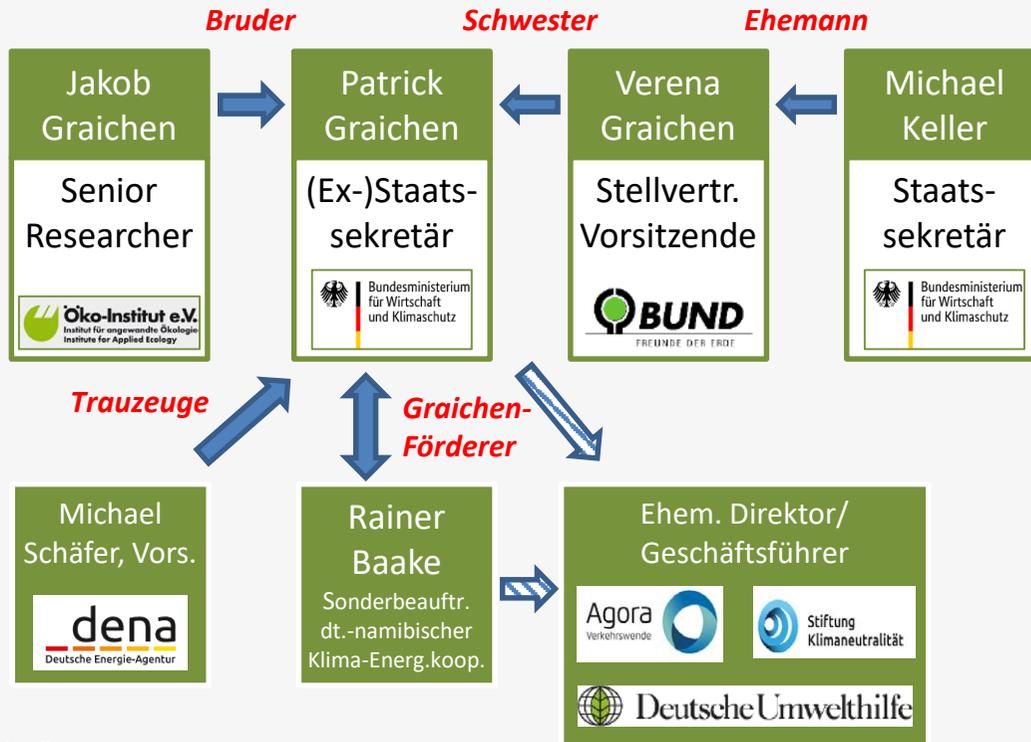
- Die deutsche Effizienzklasse A entspricht nicht der Effizienzklasse A in den Niederlanden. Die niederländische Effizienzklasse Klasse A entspricht der deutschen Klasse D bzw. E. Hier zeigt sich, dass die deutschen Einteilungen schärfer sind und letztlich zu stärkeren Einschränkungen und höheren Kosten führen.

Quellen: 1) Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle: Energieeffizienz von Gebäuden, Stand: 18.07.2023 2) NedTax: „Energieeinsparpflicht für Unternehmen in den Niederlanden, auch für Vermieter oder Unternehmer aus Deutschland“, 02.09.2021 3) FragdenStaat: „Gebäude Energieeffizienzklassen und Label innerhalb Deutschlands und der EU“, Antwort Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 05.05.2023 4) Business Leader: „Energistandard D die neue EU-Vorschrift“, Stand: 18.07.2023

Interessenkonflikte zwischen Bundesministerien und Öko-Vereinen

NEU

Vetternwirtschaft am Beispiel des Bundeswirtschaftsministeriums



Quellen:

- 1) Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: [Geschäftsverteilung der Beamteten Staatssekretärin und der Beamteten Staatssekretäre](#), 14.04.2023
- 2) Taz: [„Energiewende als Familienprojekt“](#), 19.12.2021
- 3) Tichys Einblick: [„Clan- und Lobbyklüngel sind in den Bundesministerien an der Tagesordnung“](#), 11.02.2022
- 4) Agora-Verkehrswende: [„Wie kann Deutschland bis 2050 klimaneutral werden“](#), 22.10.2020
- 5) BUND: [Verena Graichen](#), 14.04.2023
- 6) Die Welt: [„Familiäre Verflechtungen – Habecks Wirtschaftsministerium prüft Posten-Besetzung“](#), 28.04.2023
- 7) Bundestag: [Aktuelle Stunde auf Verlangen der AfD-Bundestagsfraktion zur unstrittenen Personalpolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz](#), 26.04.2023
- 8) Bild: [„Habecks Graichen-Gau“](#), 02.03.2023
- 8) Bild: [„Dieser US-Investor bezahlt Habecks Klima-Netzwerk“](#), 05.05.2023
- 9) Bild: [„Es ging um 600 000 Euro und Graichens Schwester“](#), 17.05.2023

1

- Die Bundesministerien sind durchsetzt mit Personen, bei denen Interessenkonflikte und Filz vorliegen. Denn es lassen sich nicht nur familiäre Beziehungen, sondern auch Vetternwirtschaft zu Lobbyorganisationen herstellen, die Einfluss auf Entscheidungen des Ministeriums nehmen. Staatssekretär Graichen musste zurücktreten.

2

- So haben „NGOs bereits große Teile der Exekutive und Legislative durchdrungen“, die zum Netzwerk der Agora Denkfabrik („Durchbruch mit der Wärmepumpe“), dem Öko-Institut, der Umwelthilfe und der Dena gehören. Alle erhalten Millionen Euro Fördermittel. Die Dena versteht sich als „Wegbegleiter der Energiewende.“

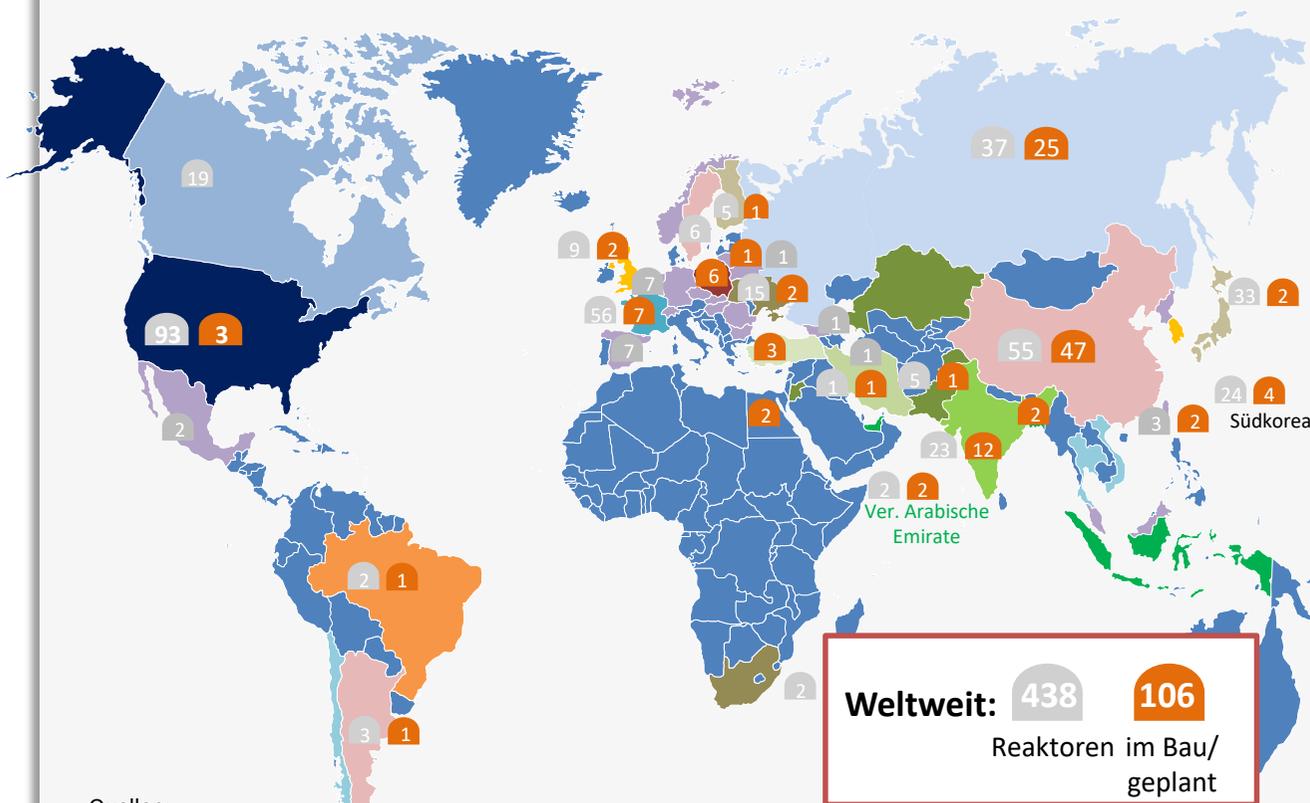
3

- Hinter diesen Lobbygruppen stehen milliardenschwere US- und UK-Hedgefonds und Investoren. Ihnen geht es um eine „fundamentale Transformation“, das Ende der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die Verlagerung auf ‚nachhaltige Verkehrsträger‘ und vieles mehr, das an einen planwirtschaftlichen Staatsplan zum großen mobilen Sprung nach vorn klingt.“

106 neue Kernkraftwerke werden gebaut – Deutschland ist ausgestiegen

aktualisiert

Anzahl der weltweiten Kernkraftwerke im April 2023



1 ■ Fast alle Industriestaaten und Schwellenländer setzen weiter auf die CO₂-freie Kernkraft. Deutschland ist ausgestiegen, baut aber eines über den verstaatlichten Energiekonzern Uniper in Schweden.

2 ■ Derzeit befinden sich 106 Kernkraftwerke im Bau bzw. sind geplant. In wenigen Jahren werden weit über 500 Kernkraftwerke auf der Erde betrieben. Allein China plant 47 neue Kernkraftwerke, und das, obwohl es bereits 55 betreibt.

3 ■ Auch viele europäische Staaten setzen weiter auf Kernkraft. So planen Frankreich (6), Bulgarien, Finnland und Weißrussland je ein Kraftwerk. Großbritannien, die Slowakei wollen jeweils zwei Kernkraftwerke und die Türkei drei bauen. Auch Polen will sechs AKWs bauen.

4 ■ Obwohl Deutschland aus der Kernkraft ausgestiegen ist, finanziert es die in der EU neu gebauten mit. Gerade in den auf der Weltkarte grün hinterlegten Staaten (mit besonders viel Sonnenenergie) wird v. a. auf Kernenergie gesetzt.

Weltweit: 438 **106**
Reaktoren im Bau/
geplant

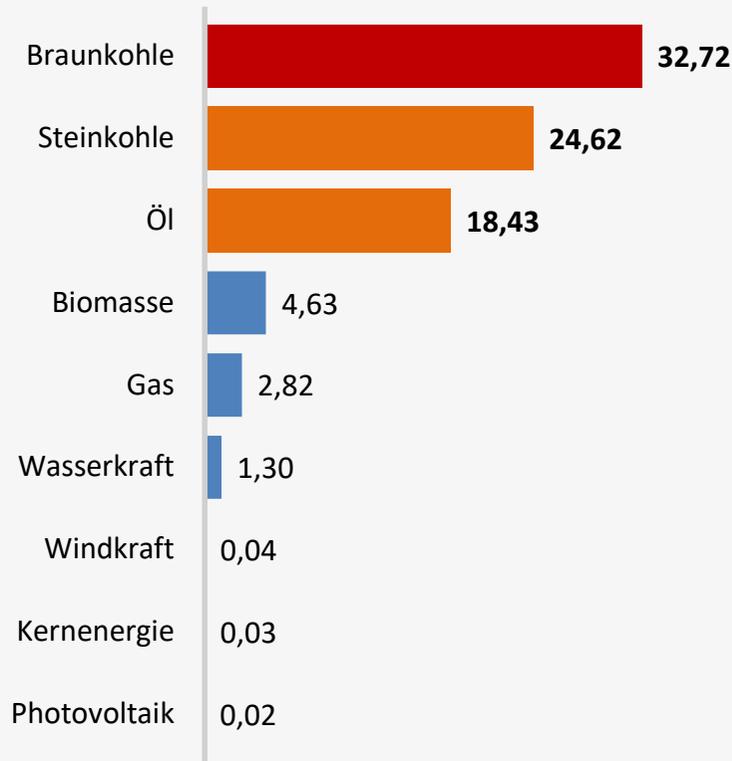
Quellen:
 1) Nuklearforum Schweiz: Kernenergie weltweit, Stand: 31.12.2022 2) Destatis: Anzahl der geplanten Atomreaktoren, 14.04.2023 3) Tagesschau: „Polen steigt in die Atomkraft ein“, 11.04.2023 3) Der Spiegel: „Französische Atomindustrie plant 100.000 Neueinstellungen“, 21.04.2023 4) Die Welt: „Deutschland muss Atomkraftwerke in der EU mitfinanzieren“, 30.03.2023 5) Bild: „Habecks Staatskonzern baut AKW in Schweden“, 03.11.2022

Sonstige Staaten mit Atomkraftwerken: Bulgarien (2) Niederlande (1), Rumänien (2) Schweiz (4), Slowakei (4), Slowenien (1), Tschechien (6), Ungarn (4).

Ausstieg aus Kernenergie führt zu mehr Krankheiten und Todesfällen

NEU

Todesraten pro Einheit der Stromerzeugung durch Unfälle und Luftverschmutzung pro Terrawattstunde (TWh) Strom



Quellen:

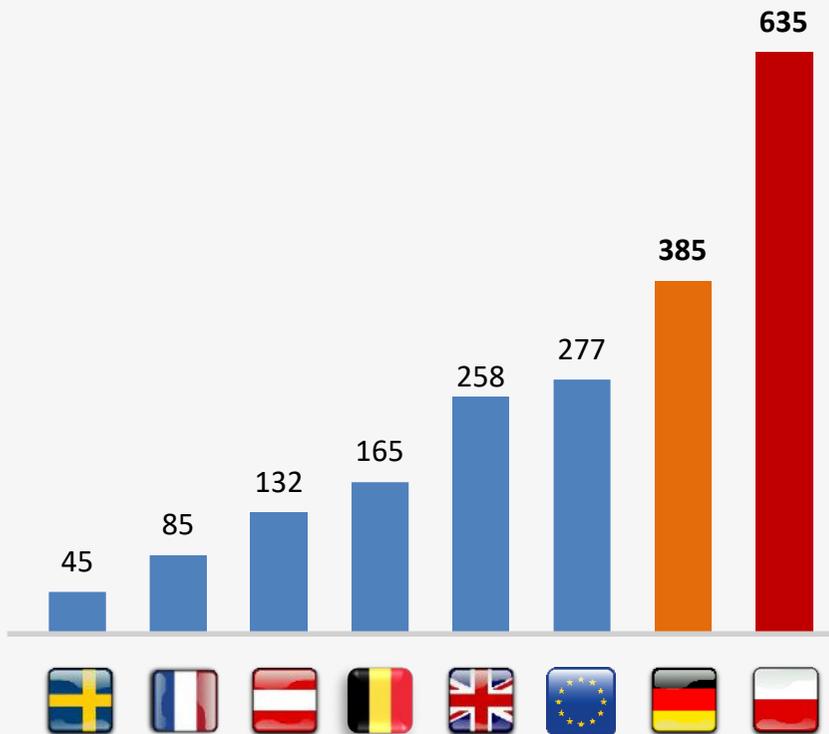
1) Bild: „AKW-Aus führt zu mehr Toten in Deutschland“, 24.04.2023 2) National Bureau of Economic Research: „The Private and External Costs of Germany's Nuclear Phase-Out“, December 2019 3) Forbes: „Germany Embraces Pseudoscience With Nuclear Phaseout“, 20.04.2023

- 1
 - Laut dem US-Magazin Forbes und einer US-Studie führt „die steigende Kohle-Verstromung seit dem Atomausstieg 2011 zu mehr Krankheiten und Todesfällen (Asthma, Lungenkrebs etc.) und zu bis zu 1.100 zusätzlichen Todesfällen pro Jahr – weil die Luftverschmutzung durch die Kohlekraftwerke“ steigt.
- 2
 - „Der Ausstieg aus der Kernenergie stehe im Widerspruch zu der Verpflichtung des Landes, die Kohlenstoffemissionen zu reduzieren“.
- 3
 - Und: „Die Bundesregierung sei dem ‚Irrglauben‘ aufgesessen, dass erneuerbare Energiequellen wie Wind und Sonne die Kernenergie und die Kohle auf dem Weg zu einer kohlenstofffreien Zukunft vollständig ersetzen können.“
- 4
 - Eine Energiewende, die die „Kernenergie bei der Umstellung auf saubere Energie nicht anerkennt, ist letztlich nicht wissenschaftlich fundiert“. „Die deutschen Politiker sollten aufwachen und einen stärker wissenschaftlich fundierten Ansatz in der Energiepolitik verfolgen.“

Der deutsche Kernenergieausstieg erhöht drastisch die CO₂-Emissionen

NEU

CO₂-Emissionen durch Stromerzeugung in Europa
in Gramm CO₂ pro Kilowattstunde (gCO₂/kWh)
im Jahr 2022



Quellen:

- 1) Bild: „US-Forscherin rechnet mit grüner Energie-Politik ab“, 13.05.2023
- 2) The Washington Post: „Data on the German retreat from nuclear energy tell a cautionary tale“, 10.03.2023

1

- Deutschland verfügte im Jahr 2022 – als noch drei Kernkraftwerke in Betrieb waren – „über das zweitgrößte, kohlenstoffintensivste Stromnetz in der G7, nur übertroffen von Japan, das jetzt einige seiner Kernkraftwerke wieder in Betrieb nimmt.“ Durch die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke, werden die CO₂-Emissionen deutlich steigen.

2

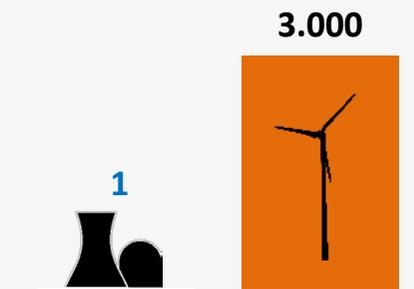
- Laut Hannah Ritchie (Oxford-Universität) sind „nur wenige Länder in Europa oder Nordamerika so stark von Kohle abhängig.“ „Kohle liefert ein Drittel des deutschen Stroms. Fakt ist: Das ist etwa das Doppelte des EU-Durchschnitts.“ Nur Polen und Tschechien haben „einen kohlenstoffintensiveren Mix“. Polen setzt aber künftig auf die EU-geförderte Kernkraft.

3

- Laut Ritchie hatte „der Ausstieg aus der Kernenergie immer eine höhere Priorität als die Beseitigung der fossilen Brennstoffe“. Denn „im Jahr 2000 kündigte die rot-grüne Koalition an, Deutschland auf erneuerbare Energien umzustellen. Sie setzen sich das Ziel, bis 2022 aus der Kernenergie auszusteigen und später von fossilen Brennstoffen abzuweichen. Laut der Forscherin ein Fehler! Denn: Das definitive Aus der Kernenergie verzögere die Dekarbonisierung Deutschlands um ein ganzes Jahrzehnt!“

Für ein Kernkraftwerk braucht man 3.000 Windräder und sehr viel Platz

Leistung Kernkraftwerk versus Windturbinen



Kernkraftwerk Windturbinen

Flächenbedarf Kernkraftwerk versus Windturbinen in km² (Bsp.: Hinkleypont, Großbritannien)



Kernkraftwerk Windturbinen

Quellen:

1) Bild: „Sieben Argumente für Atomkraft“, 08.06.2022 2) Ruhrkultur: „Der unglaubliche Flächenbedarf durch Wind & Solar“, 17.01.2020 3) Fläche umrechnen: Fußballfelder 4) Tech for future: „Mehrheit für Kernenergie: Aktuelle Umfragen zur Atomkraft in Deutschland“, 10.05.2022

1

- Um die jährliche Strommenge eines Kernkraftwerkes zu ersetzen, benötigt es etwa 3.000 Windturbinen und eine Fläche, die in etwa 500 mal so groß ist. Windstrom ist jedoch „Flutterstrom“, da wetterabhängig und volatil.

2

- Das bedeutet, dass man für 3.000 Windturbinen (1.012 Quadratkilometer) eine Fläche von etwa 142.000 Fußballfeldern benötigt. Anders ausgedrückt: Knapp 40 % des Saarlandes müssten mit Windturbinen betoniert werden, um ein Kernkraftwerk zu ersetzen.

3

- Die neuartigen Reaktoren (Thorium- bzw. Flüssigsalzreaktoren) laufen mit Atommüll aus alten Reaktoren. „Die Reststoffe daraus sind nach 200 bis 300 Jahren komplett abgeklungen. Eine langfristige Endlagerproblematik hat sich damit erübrigt.“

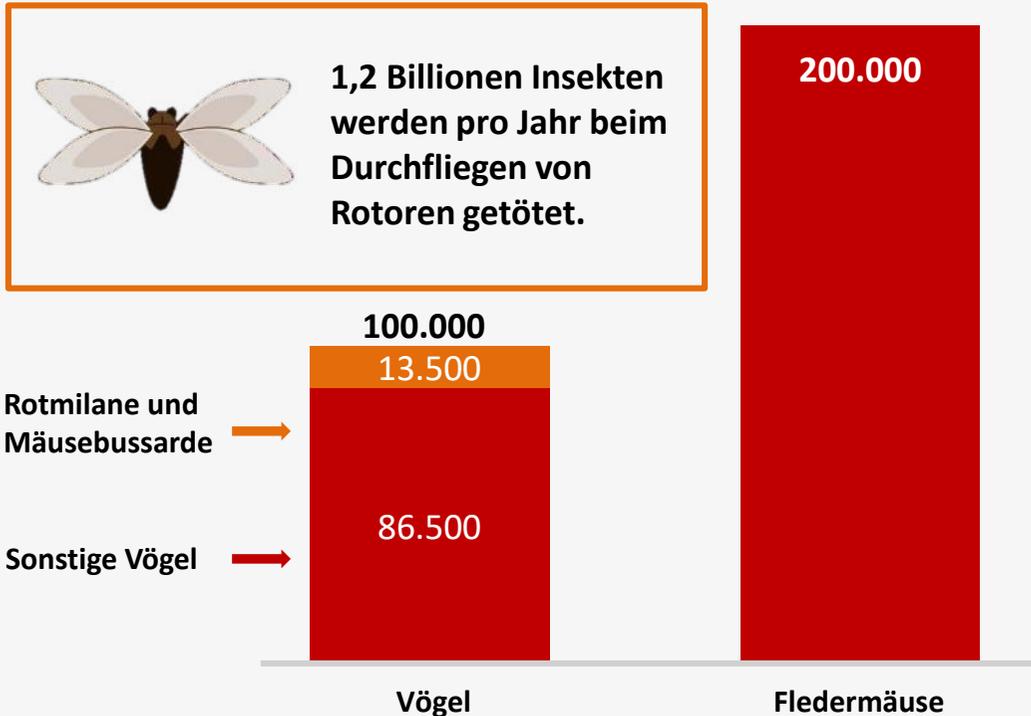
4

- „Kernkraft ist nach diversen Studien die sicherste konventionelle Energieform, die es gibt (Fachmagazin Nature)“. Bereits heute sprechen sich 57 % der Deutschen für eine Rückkehr zur Kernkraft aus.

Vogelkiller Windkraft: Hunderttausende Vögel und Fledermäuse sterben

aktualisiert

Vogel- und Fledermaussterben durch Windkraftanlagen pro Jahr (geschätzt)



1

- Mäusebussarde (12.000) und Rotmilane (1.500) sterben in großer Zahl durch Windräder. Dazu 1,2 Billionen Insekten. Laut dem „Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung“ zudem bis zu 200.000 Fledermäuse jährlich.

2

- Insgesamt kollidieren jedes Jahr etwa 6 % der Mäusebussard- und 3 % der Rotmilan-Populationen mit Rotoren. Damit bewegen sich die Verluste an der Grenze zur Beeinträchtigung der Population.

3

- Durch Verwirbelungen und dem Druckabfall hinter den Rotorblättern platzen bei den Fledermäusen die Lungen und inneren Organe.

4

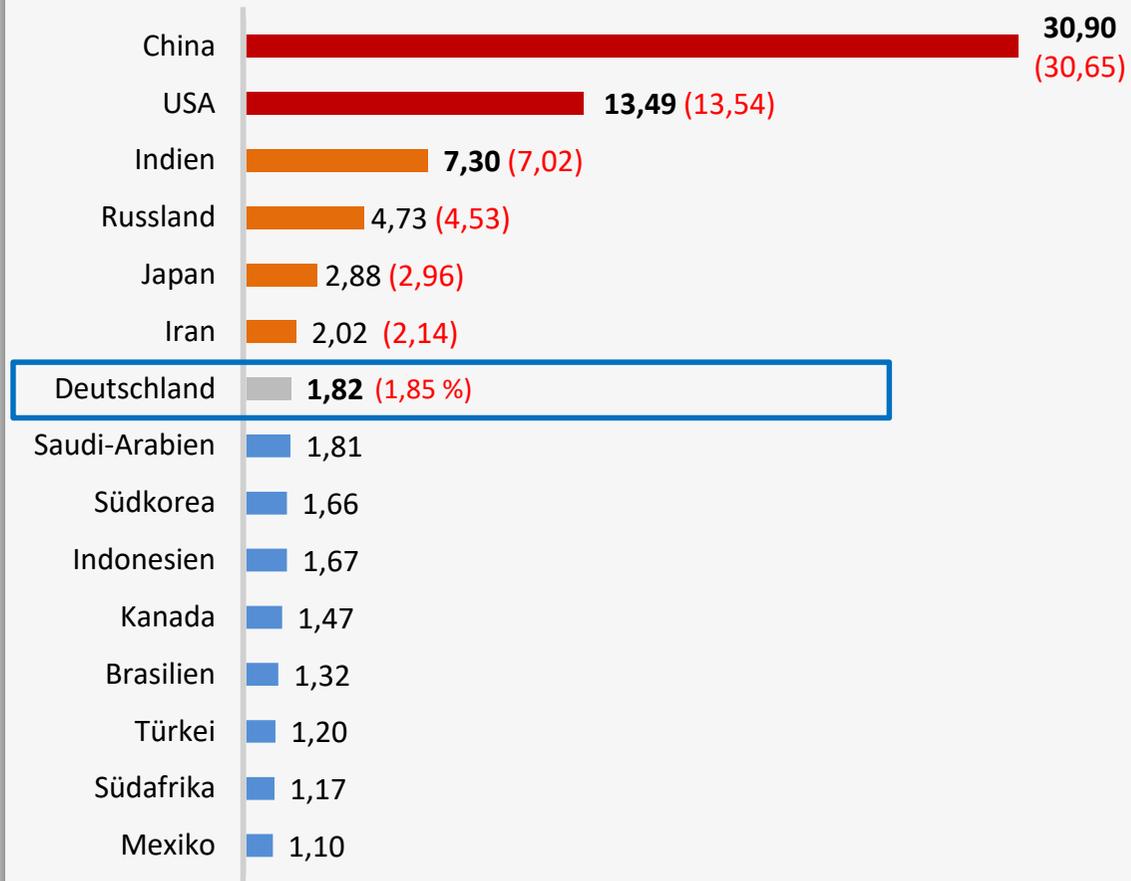
- Das „Max-Planck-Institut“ fordert, dass die Betreiber von Windparks „das Kollisionsrisiko für Vögel im Planungsprozess bereits frühzeitig berücksichtigen“ und den Bau „auf ein Minimum beschränken.“

Quellen:
 1) Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung: „Die Erfassung des Kollisionsrisikos für Fledermäuse wird bei großen Windkraftanlagen ungenau“, 14.11.2022 2) ARD Alpha: „Windräder als Todesfallen“, 08.02.2017 3) BioConsult SH: „Ermittlung der Kollisionsraten von (Greif-)Vögeln, F&E-Vorhaben Windenergie“, Abschlussbericht 2016 4) Rotmilan: Rotmilane und Windenergie 5) Deutsche Wildtierstiftung: Windenergie und Artenschutz 6) Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, DLR-Studie zu Wechselwirkungen von Fluginsekten und Windparks, 26.03.2019 7) Schweizer Vogelwarte Sempach: Windkraftanlagen und Vögel - ein Konflikt?, 2005 8) Naturschutz-Initiative: „Erneut erschlagener Rotmilan bei WEA Hilpensberg/Pfullendorf“, 16.06.2021 9) Max Planck Forschung: „Auf Kollisionskurs“, 2/2022.

China erhöht CO₂-Emissionen deutlich – und Deutschland rettet die Welt

aktualisiert

Größte Länder nach Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß in % im Jahr 2021 (Klammer: Vorjahr)



Quelle:

1) Statista: CO₂-Emissionen: Größte Länder nach Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß im Jahr 2021, 14.04.2023

1 Die fünf größten Emittenten (China, USA, Indien, Japan, Russland) sind im Jahr 2020 für 59,3 % des Treibhausgasausstoßes verantwortlich (2019: 57 %). China und Indien erhöhten den CO₂-Ausstoß.

2 Der Anteil Deutschlands an den weltweiten Treibhausgasemissionen reduzierte sich und betrug nur noch 1,82 %. Dagegen steigerte China die CO₂-Emissionen auf 30,90 %.

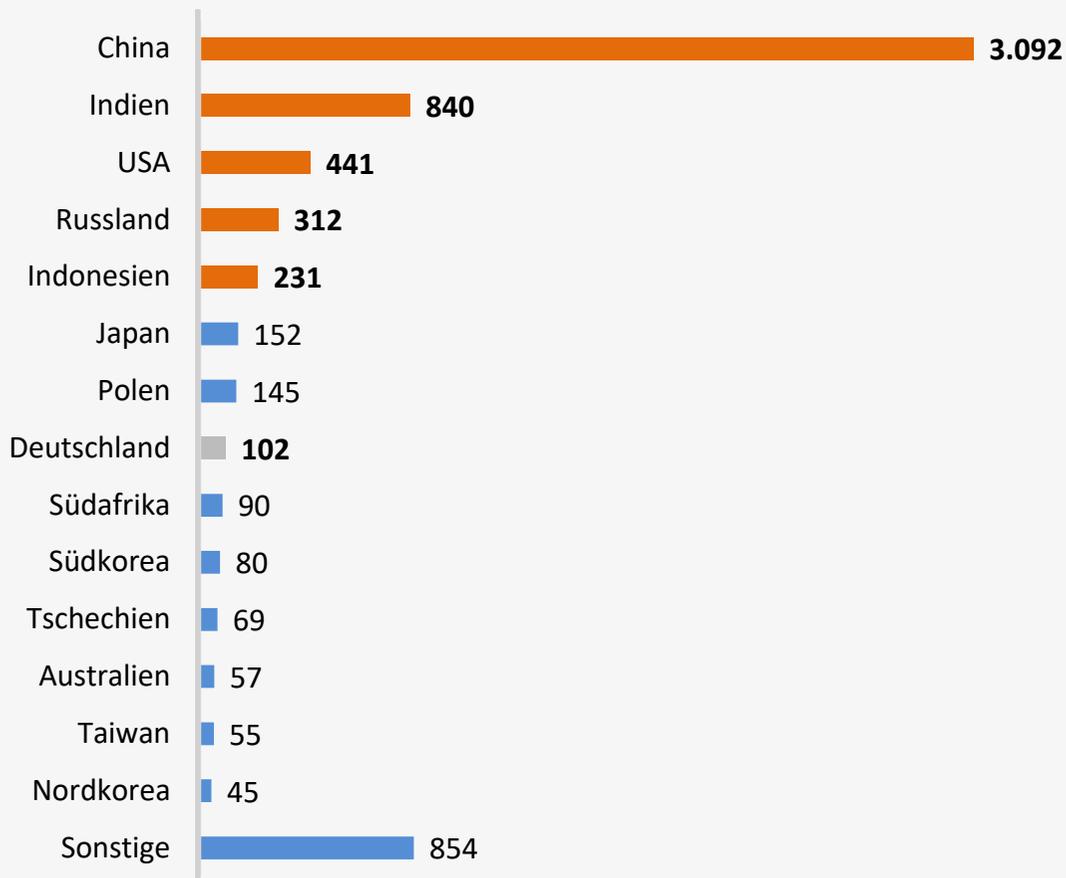
3 Obwohl Deutschland 2021 noch die viertgrößte Volkswirtschaft nach USA, China und Japan war, stieß es vergleichsweise wenig Treibhausgasemissionen aus!

4 Dagegen verursachten die Staaten Iran, Saudi-Arabien und Indonesien – alles Schwellenländer – jeweils mehr bzw. fast genauso viel CO₂ wie Deutschland.

China als größter Verursacher von CO₂ setzt verstärkt auf Kohlekraft

aktualisiert

Aktive Kohlekraftwerke weltweit nach Anzahl (Stand: Januar 2023)



Quellen:

- 1) Global Coal Plant Tracker: Coal Plants by County (Units), Januar 2023
- 2) Statista: „2/3 aller Kohlekraftwerke stehen in China, Indien und den USA“, 03.08.2020
- 3) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: „Kohleausstieg und Strukturwandel“, (Stand: 06.09.2021)

1

- Obwohl in China bereits 47 % aller Kohlekraftwerke weltweit stehen, baut das Reich der Mitte noch mehr. „Mehr als die Hälfte des globalen Kohleverbrauchs geht auf das Konto Chinas.“

2

- Insgesamt sollen bis zum Jahr 2040 bis zu 830 Kraftwerksblöcke gebaut werden.

3

- Deutschlands Kohleausstieg bewirkt global keine Reduzierung von CO₂-Emissionen. Denn die Kohlekraftwerke müssen durch Gaskraftwerke ersetzt werden. Und hier sind die indirekten Emissionen durch Förderung, Transport und Lagerung bei Gas deutlich höher.

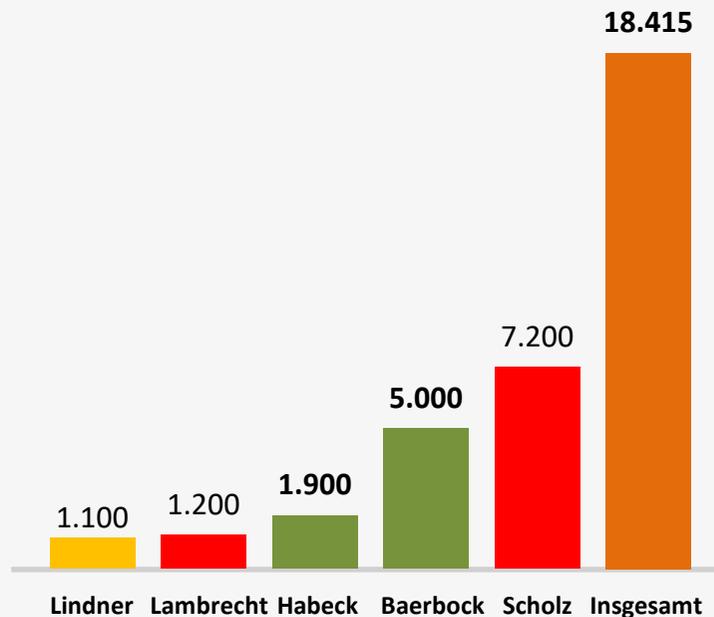
4

- Selbst wenn Deutschland alle 102 verbliebenen Kohlekraftwerke sofort abschaltet, würde das alleine durch die 195 im Bau befindlichen Kraftwerke in den USA in kürzester Zeit kompensiert werden.

Hoher CO₂-Ausstoß verursacht auch durch Minister- und Kanzler-Flüge

NEU

CO₂-Ausstoß durch Flüge nach Ministern und Kanzler
in Tonnen von Dezember 2021 bis Ende Januar 2023



Quellen:

1) Bild: „Diese Minister sind die größten Klima-Sünder“, 16.02.2023

2) Stephan Brandner (AfD-MdB): „214 Tonnen CO₂-Ausstoß für Teilnahme an Weltklimakonferenz durch Bundesregierung“, 22.11.2022

1

- „Unter den Ministern sind es ausgerechnet die Grünen, die mit ihren Flügen den höchsten CO₂-Ausstoß verursacht haben.“

2

- Insgesamt wurden in der Zeit von Dezember 2021 bis Ende Januar 2023 von den Ministerien und dem Bundeskanzler 364 Flüge unternommen (nur Minister: 250). „Dabei wurden 18.415 Tonnen CO₂ ausgestoßen.“ Die Flüge verursachten Kosten in Höhe von über 28 Mio. Euro.

3

- „Nach Schätzung der Bundesregierung beläuft sich der CO₂-Ausstoß, der allein durch die Teilnahme der Vertreter der Bundesregierung bei der 27. Weltklimakonferenz in Sharm-el-Sheikh verursacht wurde, auf circa 214 Tonnen. Das ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner.“

Studie: Radfahrer verursachen ähnlich viel CO₂ wie Autofahrer

NEU

Vergleich CO₂-Ausstoß Radfahrer versus Autofahrer auf 100 km

Fahrrad	2.500 Kilokalorien (= z.B. 1 kg Rindfleisch)	13,3 Kilogramm CO ₂	133 Gramm CO ₂ pro Personen-kilometer
Auto	5 Liter (Benzin)	12 Kilogramm CO₂	120 Gramm CO₂ pro Personen-kilometer
Toyota Prius Plug-in-Hybrid Life (136 PS)	3,6 Liter (Benzin)	12,1 Kilogramm CO ₂	121 Gramm CO ₂ pro Personen-kilometer
Mercedes-Benz C 220 BlueTEC T-Modell Avantg. (170 PS)	4,7 Liter (Diesel)	15,1 Kilogramm CO ₂	151 Gramm CO ₂ pro Personen-kilometer

Quellen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung: „13 Kilogramm Tomaten“, 20.11.2022
- 2) Handelszeitung: „Klima: Manch ein Auto schneidet besser ab als das Velo und der ÖV“, 13.11.2022
- 3) Carwiki: „Tabelle: CO₂ Ausstoß & Emissionen des Skoda Karoq“, 26.06.2023
- 4) Handelszeitung: „Vero vs. Auto. So reagiert Kolumnist Reiner Eichenberger auf seine Kritiker“, 17.11.2022
- 5) ADAC Autotest: „Toyota Prius Plug-in-Hybrid Life“ 6) ADAC Autotest: „Mercedes-Benz C 220 BlueTEC T-Modell Avantgarde“

1

- Das Schweizer Bundesamt für Statistik und das Amt für Raumentwicklung haben herausgefunden, dass „ein Fleisch essender Radfahrer denselben CO₂-Fußabdruck hat wie der Fahrer eines schönen SUV der Kompaktklasse.“

2

- Der Grund ist, dass der Radfahrer einen Mehrverbrauch „auf 100 Kilometer einen Verbrauch von rund 2.500 Kilokalorien hat.“ „Wer mit einem Kilogramm Rindfleisch kompensiert, setzt für dessen Produktion rund 13,3 Kilogramm CO₂ frei, also 133 Gramm pro Kilometer. (Toyota Prius: 121 Gramm pro Kilometer)

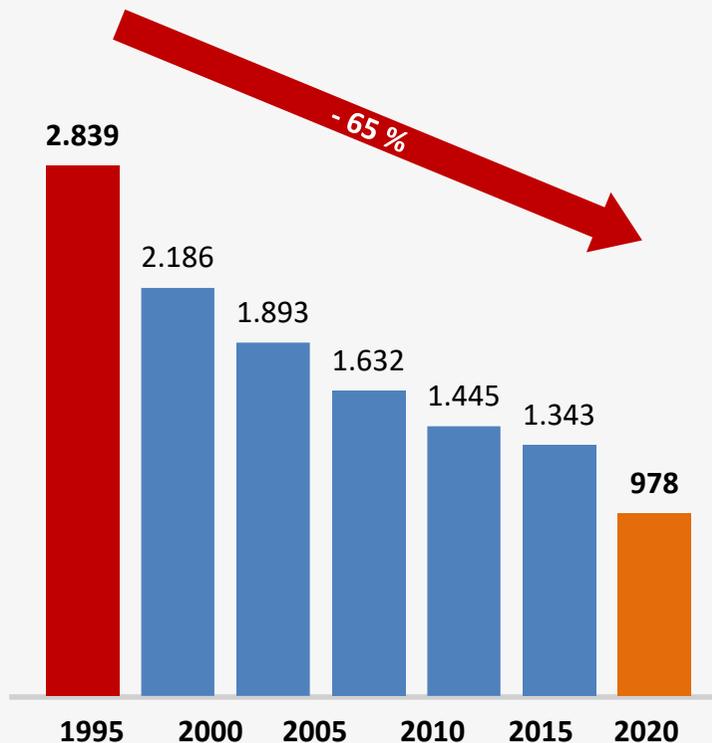
3

- „Ein Škoda Karoq beispielsweise lässt sich aber mit vier oder gar fünf Personen besetzen, und damit sieht die CO₂-Bilanz des Radfahrers so schlecht aus, dass man diese Art der Fortbewegung aus Gründen des Klimaschutzes nicht mehr empfehlen kann. Leider gilt die klägliche Bilanz auch für Vegetarier.“

Luftqualität immer besser – Fahrverbote sind überhaupt nicht nötig

NEU

Emissionen gesamt in Deutschland, Stickstoffoxide (NO_x, berechnet als NO₂) nach Jahren in Tsd. Tonnen



Quellen:

1) Umweltbundesamt: Luftschadstoff-Emissionen in Deutschland, 30.03.2022

2) Auto-Zeitung: „Dieselfahrverbot ab Februar 2023 in München“, 26.01.2023

1

- In Deutschland hat sich die Luftqualität von 1990 bis 2020 deutlich verbessert. Bis zum Jahr 2020 ist der Stickstoffdioxid-Wert (NO₂) um über 65 % gesunken. Dennoch gibt es deutsche Städte (Darmstadt, Hamburg, München, Stuttgart), in denen Diesel-Fahrverbote bereits eingeführt wurden.

2

- „Laut Bundesverwaltungsgericht dürfen Fahrverbote nur die ‚ultima ratio‘ sein. Fahrverbote sind generell als unverhältnismäßig abzulehnen. Die Landesregierung muss künftig alles rechtlich Zulässige gegen die Verhängung von Fahrverboten tun.“

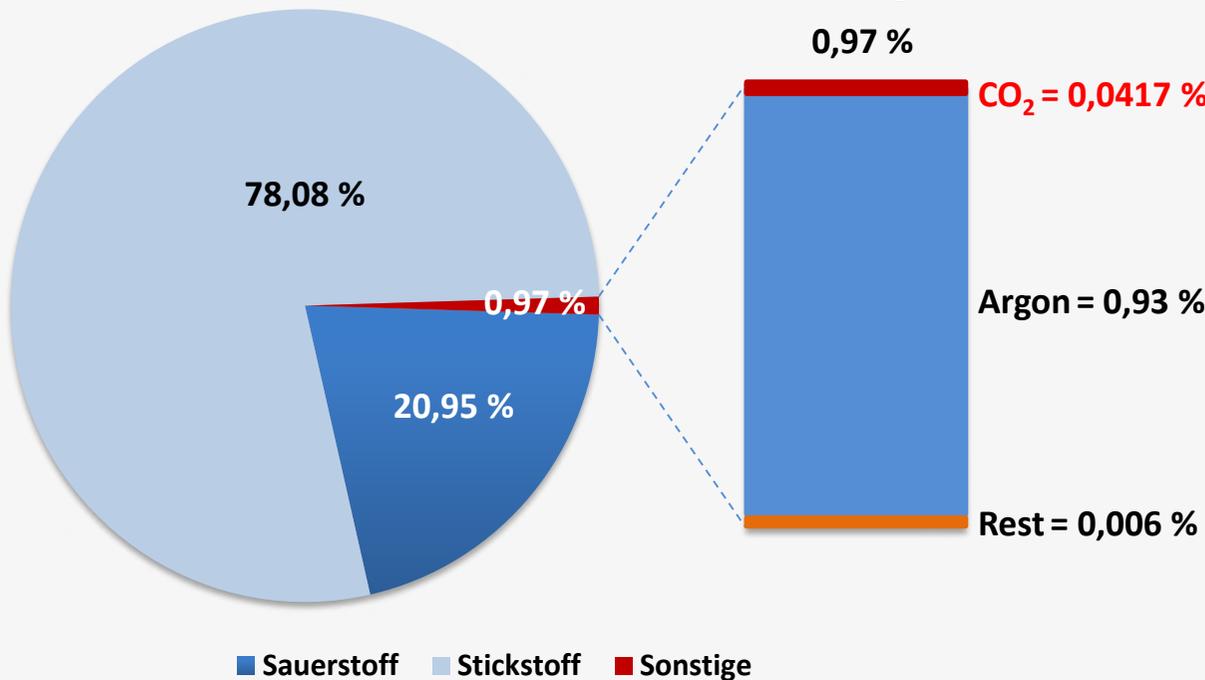
3

- „Angesichts der Kritik von Wissenschaftlern an den NO₂-Grenzwerten sollte die EU eine wissenschaftlich fundierte Überprüfung veranlassen. In den USA liegt der Grenzwert bei 100 Mikrogramm je Kubikmeter.“ In Deutschland liegt der Grenzwert bei 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel.

Deutsche Klimaneutralität bewirkt nichts: Kosten über 77 Mrd. Euro p.a.

aktualisiert

Zusammensetzung der Erdatmosphäre in %



1 ■ Der deutsche Anteil am CO₂-Wachstum weltweit von derzeit im Mittel von 0,000243 % pro Jahr beträgt 1,82 %. Deutschland ist damit für einen jährlichen Anstieg von rechnerisch nur 0,0000044 % p.a. verantwortlich.

2 ■ Selbst wenn Deutschlands Anteil im Zuge totaler Klimaneutralität wegfallen würde, wäre der Wegfall aufgrund der natürlichen Variabilität der CO₂-Rate nicht messbar und nicht nachweisbar.

3 ■ Zum Erreichen seiner Klimaziele müsste Deutschland jährlich 2 % der Wirtschaftsleistung für Klimaschutz ausgeben. Das wären im Jahre 2022 über 77 Mrd. Euro gewesen.

4 ■ Das Klima ist der Durchschnitt dynamischer Prozesse und unterliegt stetigen Veränderungen. Für einen signifikanten Einfluss des Menschen gibt es lediglich Computermodelle, jedoch keine wissenschaftlichen Beweise.

Quellen:
 1) Statista: Statistiken und Daten zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Wirtschaftswachstum, 28.04.2023
 2) Die Bundesregierung: CO₂-Emission

Eine Blackout-Gefahr wird zu Aufständen und vielen Toten führen

NEU

Was passiert bei einem Blackout am Beispiel des Rheingau-Taunus-Kreises?

nach 2 – 8 Stunden	nach 24 Stunden	nach 48 Stunden	nach 96 Stunden
Ausfall von Mobilfunk, Telefon, Heizung, Elektrizität und Internet	Ausfall der Wasserversorgung und Massensterben von Nutztieren	Plünderungen setzen ein	436 Tote und ein Gesamtschaden von 255 Mio. Euro

1

- Die ideologische Verblendung der Merkel- und Ampel-Regierungen haben dazu geführt, dass Deutschland abgänglich vom russischen Gas wurde. Anstatt, dass man weiterhin auf die zuverlässige und kostengünstige Kern- und Kohlekraft setzte, wurden durch die „grüne“ Energiewende falsche Anreize geschaffen.

2

- Nur der Weiterbetrieb der letzten sechs Kernkraft- und Kohlekraftwerke über das Jahr 2030 hinaus und der Neubau von neuen Kernkraftwerken können den Industriestandort Deutschland sichern und eine Blackout-Gefahr minimieren. Zudem muss das nicht beschädigte Gasrohr von „Nord Stream 2“ in Betrieb genommen werden.

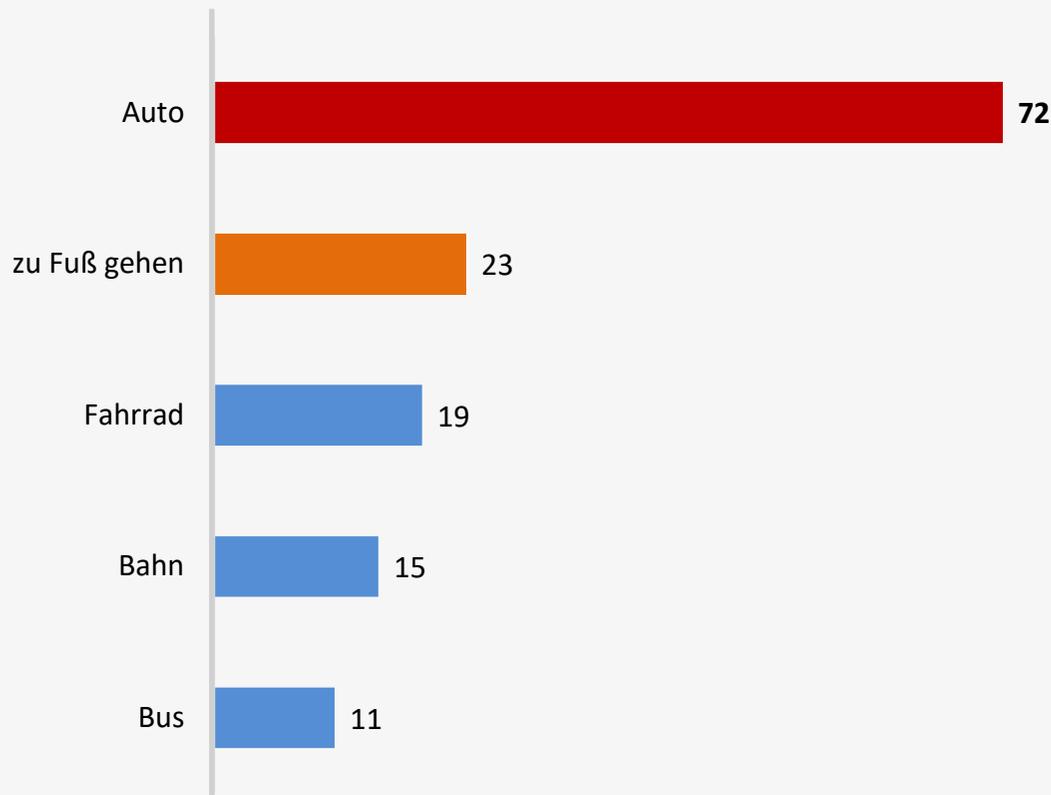
Quellen:

1) Rheingau-Taunus-Kreis, Kommunale Impact Analyse, KIA 1.0, 05.09.2022 2) Wiesbadener Kurier: „Wie der Rheingau-Taunus sich auf einen Blackout vorbereitet“, 07.09.2022

Für 72 % erfüllt das Auto in Zukunft die Mobilitätsanforderungen am besten

NEU

„Welche Fortbewegungsmittel werden Ihrer Meinung nach Ihre Auswahlkriterien in Zukunft am besten erfüllen?“ in % im Jahr 2023



Quellen:
1) HUK-Coburg: Mobilitätsstudie 2023, 23.05.2023 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung: „HUK-Umfrage: Auto zunehmend populär, Bus und Bahn unbeliebt“, 23.05.2023

1

- Anfang 2023 „sagten 72 %, dass das Auto in Zukunft ihre Mobilitätsanforderungen am besten erfüllen werde – fünf Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr. Bus und Bahn sind nach wie vor deutlich weniger beliebt als das Fahrrad und das Gehen.“

2

- Dabei „erlebt das Auto den größten Beliebtheitszuwachs gegenüber 2022 unter Befragten zwischen 16 und 24 Jahren.“ Waren es im Jahr 2022 bereits 63 %, stieg dieser Wert im Jahr darauf auf 74 %.

3

- Neben der Sorge über die steigenden Kosten der Mobilität (38 %), findet 1/3 „die politische Festlegung auf Elektroautos suspekt, sie beklagten eine einseitige Konzentration auf batteriegetriebene Elektroantriebe im Vergleich etwa zu Wasserstoffmotoren oder den sogenannten E-Fuels.“

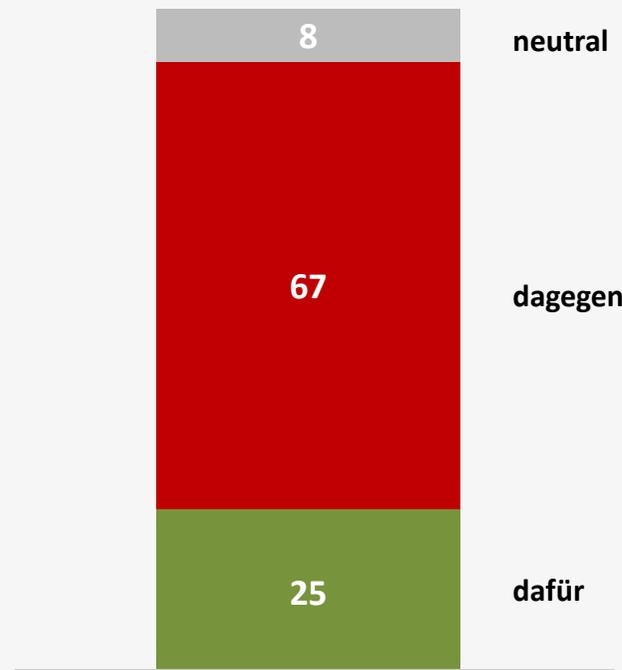
4

- „Ein Fünftel sah eine ‚zu starke öffentliche Bevormundung‘, doch ebenfalls ein Fünftel, dass der Umweltschutz zu kurz komme.“

67 % sprechen sich gegen ein Ende des Verbrenner-Motors aus

NEU

Sind Sie für oder gegen ein Ende des Verbrenners für Neuwagen in % im März 2023



Quellen:
 1) Tagesschau: „ARD-DeutschlandTrend. Mehrheit gegen Verbrenner-Aus“, 16.03.2023
 2) Heute.at: „FPÖ sieht E-Autos als ‚fahrende Einfamilienhäuser‘“, 27.07.2022

1

- „Laut EU-Beschluss soll ab 2035 kein Neuwagen mehr mit einem Verbrennungsmotor fahren. Das lehnen laut ARD-Deutschland-Trend 67 % der Deutschen ab. Nur jeder Vierte (25 %) plädierte für ein Ende des Verbrennungsmotors.“

2

- „Lediglich bei Anhängern der Grünen stieß der entsprechende Plan der EU mehrheitlich auf Zustimmung (69 %). Wähler der anderen im Bundestag vertretenen Parteien missbilligen den Vorstoß teils sehr deutlich.“

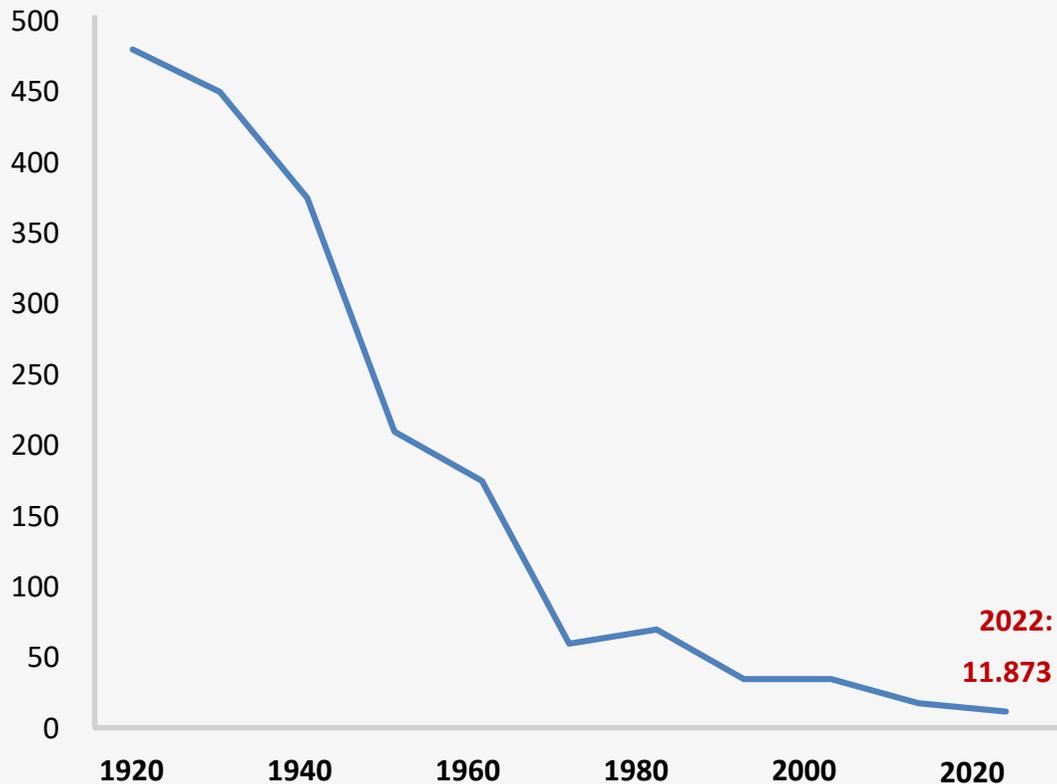
3

- Wenn man bedenkt, dass ein E-Auto (2.520 kWh pro Jahr) in etwa so viel wie ein durchschnittlicher 3-Personen-Haushalt beim Strom (2.500 und 2.900 kWh) verbraucht, stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoller ist, ein Verbot von E-Autos auszusprechen und auf das Verbrenner-Aus zu verzichten.

97,6 % weniger „Klimatote“ als noch vor einem Jahrhundert

NEU

Weltweite Todesfälle durch klimarelevante Naturkatastrophen nach Jahr und Anzahl in Tausend (geschätzt)



Quellen:

- 1) [Technological Forecasting and Social Change, Volume 156, July 2020, 119981: "Welfare in the 21st century: Increasing development, reducing inequality, the impact of climate change, and the cost of climate policies"](#)
- 2) [New York Post: „Deaths in climate-related disasters declined 99% from a century ago“, 30.04.2022](#)
- 3) [World Meteorological Organization: "Weather-related disasters increase over past 50 years, causing more damage but fewer deaths", 31.08.2021](#)
- 3) [Tagesschau: "Irreführende Grafik verharmlost Klimawandel", 20.01.2023](#)

1

- Gab es im Jahr 1920 noch fast 500.000 Menschen, die weltweit durch Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Dürren, Stürme, Waldbrände) zu Tode kamen, waren es 2010 bis 2019 im Durchschnitt pro Jahr nur 18.362.

2

- Für das Jahr 2022 wurden nur 11.873, das waren 97,6 % weniger als der Durchschnitt der 1920er Jahre gezählt. Datengrundlage ist das Emergency Events Database des Centre for Research on the Epidemiology of Disasters (CRED) der Katholischen Universität Löwen in Belgien.

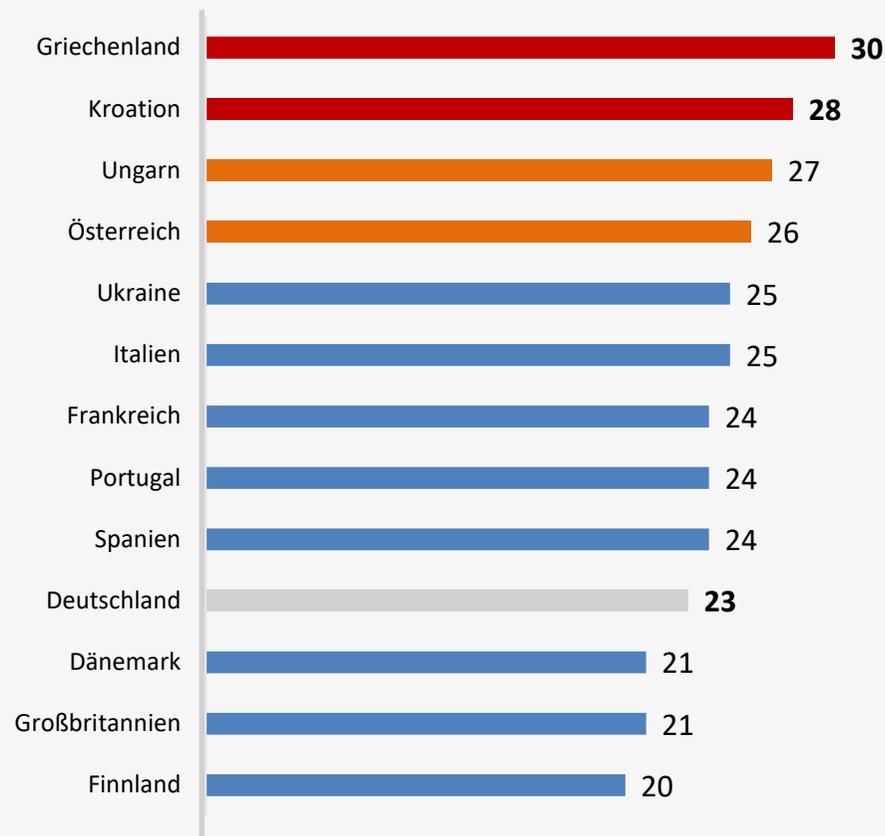
3

- Obwohl „die Daten unter Experten insgesamt als vertrauenswürdig gelten“ und sich „auch andere große Untersuchungen wie etwa der World Disaster Report sich darauf beziehen“, versuchen deutsche Medien (u. a. ARD) – anders als US-amerikanische – diese aus ideologischen Gründen als ‚fraglich‘ darzustellen und den Wissenschaftler Bjorn Lomborg abzuqualifizieren.

Ein Hitzeplan ist in Deutschland nicht nötig – Ø-Temperatur niedrig

NEU

Durchschnittliche Höchsttemperatur in Grad Celsius in Europa im August 2022



Quellen:

1) Wetter.de, Klima für Europa, 2) Deutscher Wetterdienst, Hitzewarnung 3) Die Welt: „Lauterbach will nationalen Hitzeschutzplan vorlegen“, 27.06.2023 4) Wikipedia: Liste der Länder nach Temperatur, 28.06.2023

1

- Der August ist in den meisten europäischen Ländern der heißeste Monat des Jahres. In Deutschland gilt zwar der Juli als heißester Monat, aber auch dann werden im Schnitt nur 23 Grad Celsius gemessen. Länder mit deutlich höheren Temperaturen wie Griechenland oder Kroatien kommen seit Jahrzehnten auch ohne staatlichen Hitzeschutzplan oder sonstige Zwänge aus.

2

- Hitzewarnungen werden vom Deutschen Wetterdienst seit Jahren herausgegeben, wenn die entsprechenden Bedingungen erreicht sind. Diese Warnungen werden auch per Radio und TV an die Bevölkerung gemeldet. Hier werden auch immer entsprechende Maßnahmen empfohlen. Ein Hitzeschutzplan, wie dies Bundesgesundheitsminister Lauterbach vorlegen will, ist überflüssig.

3

- Deutschland weist insgesamt über das Jahr nur eine durchschnittliche Temperatur von 9,49 Grad Celsius und rangiert damit auf Rang 188 von 217 Staaten.

Unsere AfD-Forderungen zu Energie und Umwelt

aktualisiert

1	<ul style="list-style-type: none"> Strom muss sowohl für Industrie, Handwerk als auch Privathaushalte bezahlbar, zuverlässig und umweltfreundlich sein.
2	<ul style="list-style-type: none"> Der bestehende Kraftwerks-Mix aus Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken muss erhalten werden und steuerbare Stromerzeuger müssen jederzeit die Spitzenlast von über 80 GW abdecken können. Deutschland muss sich für einen Weiterbetrieb der CO₂-neutralen, sicheren und kostengünstigen Kernkraftwerke einsetzen.
3	<ul style="list-style-type: none"> Der weitere Bau von Windkraftanlagen verursacht massive Schäden an Flora und Fauna. Außerdem ist die Stromerzeugung mit Wind unzuverlässig und kann ohne großtechnische Stromspeicher keine Versorgungsgrundlage einer Industrienation sein.
4	<ul style="list-style-type: none"> Wir befürworten Klimaanpassungsmaßnahmen, um auch vor Extremwetterereignissen besser geschützt zu sein. Das Klima wandelt sich, seit die Erde existiert. Eine sogenannte „Klimaneutralität“ ist ein politischer Begriff, entsprechende „Klimaschutzmaßnahmen“ sind ineffektiv und daher abzulehnen.

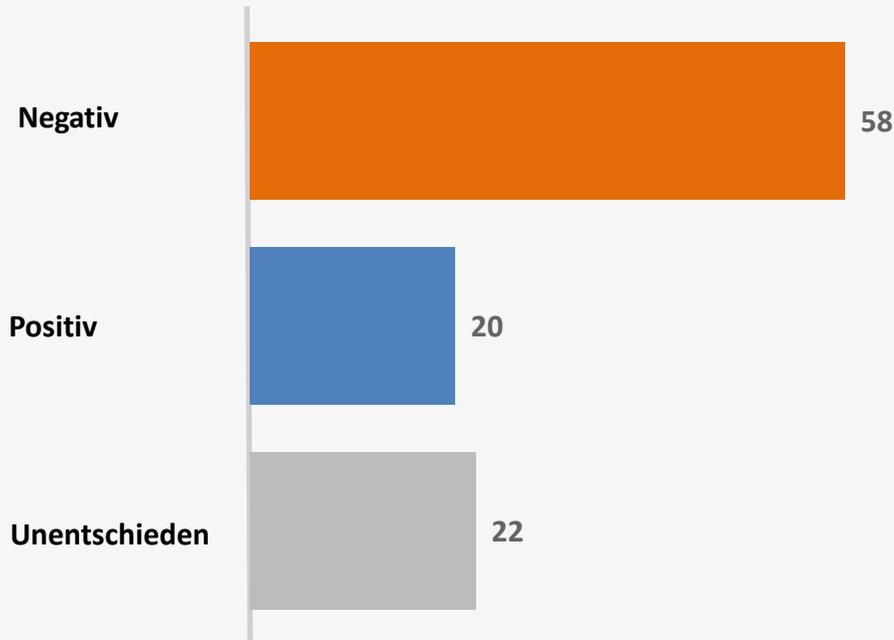
5	<ul style="list-style-type: none"> Das EU-weite Verbrenner-Aus muss rückgängig gemacht werden, weil ein Verbrennungsmotor die höchste Energiedichte hat und ein E-Auto fast genauso viel Strom verbraucht wie ein 3-Personenhaushalt.
6	<ul style="list-style-type: none"> Gasimporte sind für die deutsche Industrie überlebensnotwendig. Die Wiederinbetriebnahme von „Nord Stream 2“ würde mehr Sicherheit in der Versorgung Deutschlands schaffen. Die Mehrwertsteuer auf Gas muss ausgesetzt werden.
7	<ul style="list-style-type: none"> Die Luftqualität in Deutschland hat sich seit Jahren deutlich verbessert. Durchfahrverbote leiten nur den Verkehr auf längere Umwege und vergrößern damit den Stickoxidausstoß. Diese sind daher ersatzlos abzuschaffen.
8	<ul style="list-style-type: none"> Die Rohstoffgewinnung für Lithium-Akkus ist ethisch bedenklich und führt zu riesigen Umweltproblemen in den Förderländern. Die Förderung der E-Mobilität ist eine Umverteilung von unten nach oben. Beides muss gestoppt werden.

1.	Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	32
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	74
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	101
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	120
7.	Innere Sicherheit und Justiz	157
8.	Medien	173
9.	Verteidigung	187
10.	Fazit	197

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wird negativ gesehen

NEU

Mit welcher wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland rechnen Sie in den nächsten Jahren? in %



Quellen:

- 1) Wallstreet Online: „Forsa-Umfrage. Bundesbürger sehen wirtschaftliche Entwicklung eher negativ“, 11.01.2023
- 2) Die Welt: „Wunschenken statt Realität – Industrie redet Klartext zum ‚Wirtschaftswunder‘“, 17.04.2023

1

- Laut einer Forsa-Umfrage „erwarten 58 %, dass sich die Verhältnisse in den kommenden Jahren verschlechtern werden“. Wesentliche Gründe für den Pessimismus finden sich in der hohen Inflation und der Energiekrise. Von den Grünen-Wählern erwarten nur 42 % eine Verschlechterung. „Bei der Linkspartei sind es 75 % und bei der AfD 82 %.“

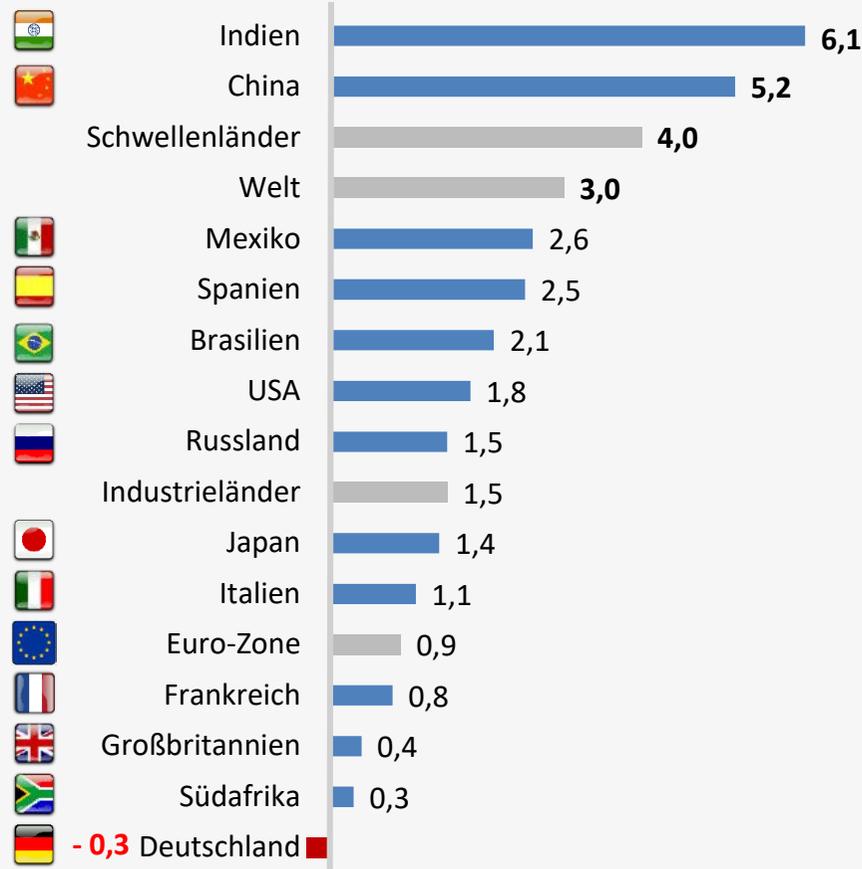
2

- Auch BDI-Chef Siegfried Russwurm sieht den Zustand der Wirtschaft skeptisch. So würden sich Unternehmen dreimal überlegen, in Deutschland zu investieren. Selbst hält Russwurm Bundeskanzler Olaf Scholz für „realitätsfremd“ und forderte eine „realistische Standortbestimmung.“

Deutschland ist Schlusslicht in der IWF-Konjunkturprognose 2023

NEU

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in % für 2023



1

- „Die Weltwirtschaft wächst und Deutschlands Wirtschaft schrumpft. Das ist das Ergebnis nach knapp zwei Jahren Ampel-Regierung. Während in Ländern wie Frankreich, Großbritannien, Spanien und selbst Russland die Zeichen auf Wachstum stehen, winkt Deutschland laut dem Internationalen Währungsfonds als Schlusslicht mit der Roten Laterne. Für die deutsche Industrie geht es weiter abwärts.“

2

- „Als industriegeprägte Wirtschaftsnation leidet Deutschland wie kaum ein anderes Land unter den hohen Energiepreisen. Und die sind zum Großteil hausgemacht. Hinzu kommt die marktwirtschaftsfeindliche Politik der Ampel, die mit ideologischen Regulierungen und Vorgaben, einseitigen Begünstigungen und milliardenschweren Fehlsubventionen verzerrend eingreift und den freien Wettbewerb für die heimische Wirtschaft zunehmend behindert.“

3

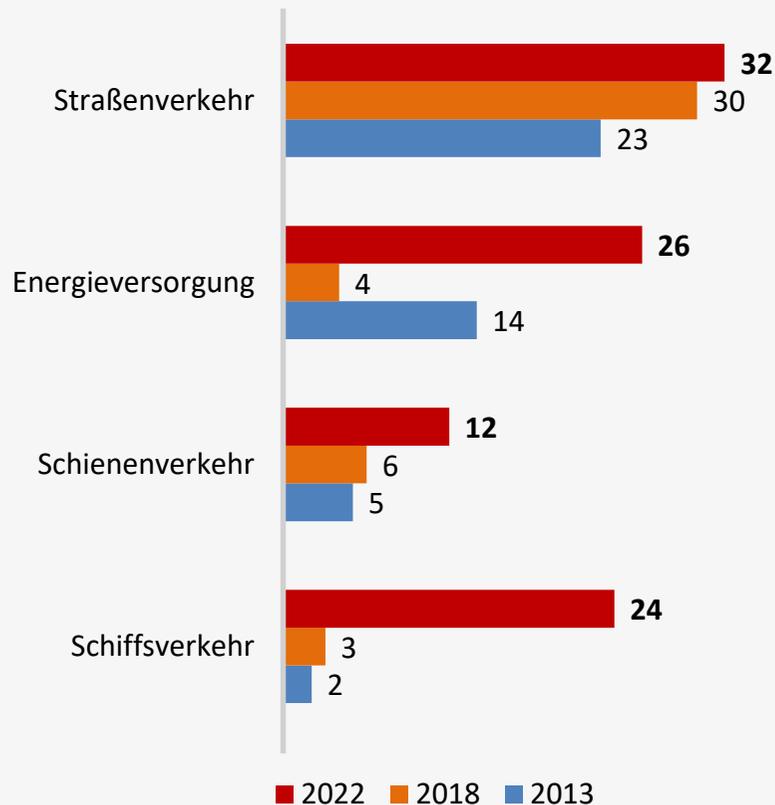
- Um eine Rezession und den industriellen Niedergang abzuwenden, braucht Deutschland dringend wirtschaftspolitische Vernunft in der Regierung. Nur so lassen sich die Zeichen wieder auf Wachstum drehen.

Quellen: 1) [World Economic Outlook, Update: Near-Term Resilience, Persistent Challenges, Juli 2023](#) 2) [Statista: IWF-Prognose: Deutschland ist Konjunktur-Schlusslicht, 26.07.2023](#) 3) [Tagesschau: „IWF erwartet eine Rezession für Deutschland“, 25.07.2023](#) 4) [Leif-Erik Holm \(AfD-MdB\): „Das grüne Wirtschaftswunder entpuppt sich als Wachstumskiller“, 26.07.2023](#)

Marode Infrastruktur wird zum Problem für deutsche Unternehmen

NEU

Deutliche Beeinträchtigung der aktuellen Geschäftsabläufe von Unternehmen in Deutschland durch Infrastrukturmängel
in % nach Jahren



Quellen:

1) IW-Institut: „Wie stark beeinträchtigen Infrastrukturprobleme die Unternehmen in Deutschland?“, IW-Trends, 2022, 49. Jg., Nr. 4, Sommer 2022 2) Die Welt: „Jeder vierte deutsche Mittelständler denkt übers Aufgeben nach“, 17.07.2023

1

- Der Bundesverband mittelständischer Wirtschaft“ gab bekannt, dass „26 % der Mittelständler die Aufgabe des eigenen Geschäfts in Erwägung ziehen.“ Sogar „22 % denken über eine Verlagerung ins Ausland nach.“

2

- Laut dem IW-Institut bereitet die marode Infrastruktur den Firmen in Deutschland immer größere Probleme.

3

- Insgesamt „78 % der Unternehmen gaben an, dass sie durch Mängel der Straßeninfrastruktur in ihrer Geschäftstätigkeit gehemmt werden“. Obwohl die Unterfinanzierung der Verkehrswege seit dem Jahr 2000 bekannt ist, wurde nur wenig.

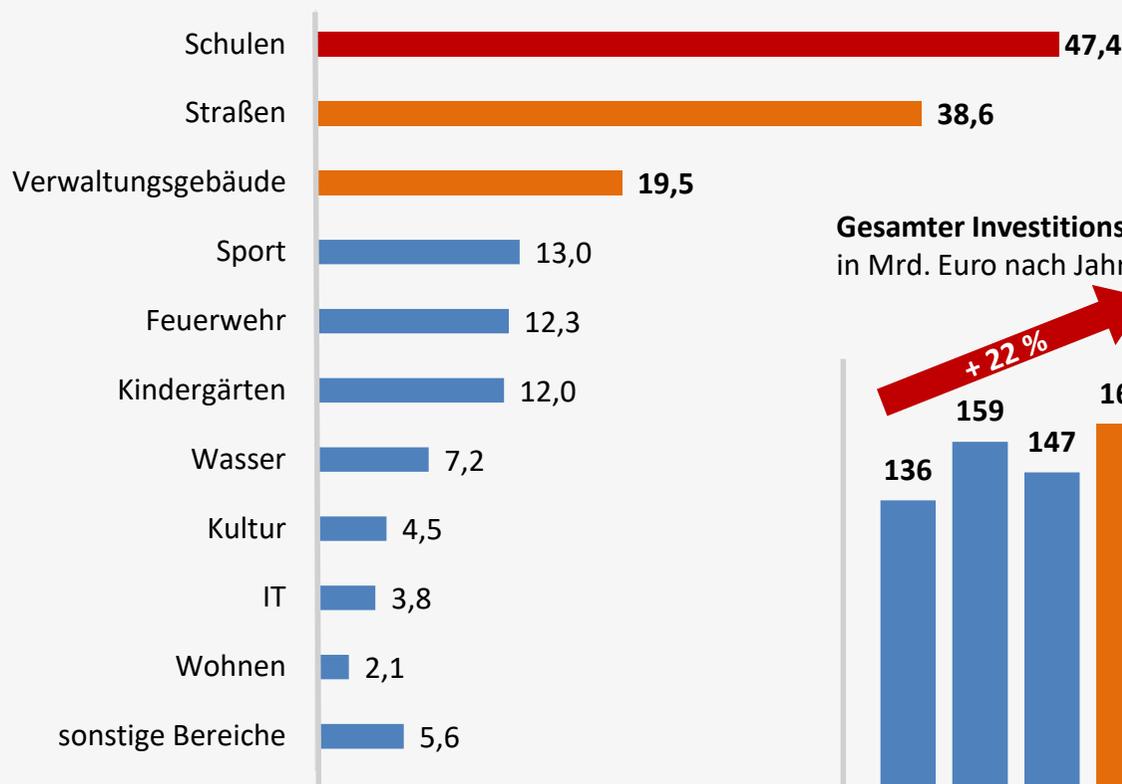
4

- „Planungs- und Genehmigungsprozesse dauern viel zu lange.“ Zudem fehlen „von der Planung über Bau und Betrieb der Infrastruktur Fachkräfte. Diese Mangellage wird voraussichtlich zunehmen.“

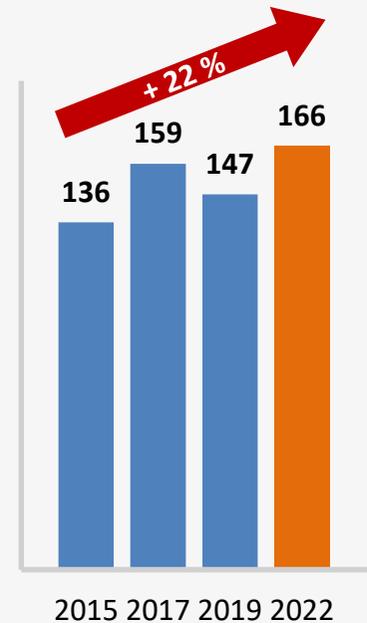
Die Krise der Kommunen wird zum Dauerzustand und nimmt weiter zu

aktualisiert

Wahrgenommener Investitionsbedarf der Kommunen in Deutschland in Mrd. Euro im Jahr 2022



Gesamter Investitionsbedarf in Mrd. Euro nach Jahren



1

- Seit Jahren regiert in den deutschen Kommunen in vielen wichtigen Bereichen bereits der Mangel. Doch anstatt gegenzusteuern, wird der Investitionsbedarf immer höher. Im Jahr 2022 lag dieser bei 166 Mrd. Euro (2015: 136 Mrd. Euro, 2021: 159 Mrd. Euro).

2

- Wie aus dem KfW-Kommunalpanel hervorgeht, wurde über Jahre die Infrastruktur vernachlässigt. Das hat dazu geführt, dass etliche Schulen, Brücken und Straßen sanierungsbedürftig sind. Zudem nimmt der Investitionsbedarf beim Brand- und Katastrophenschutz, den Verwaltungsgebäuden, den Kindergärten und beim Wasser deutlich zu.

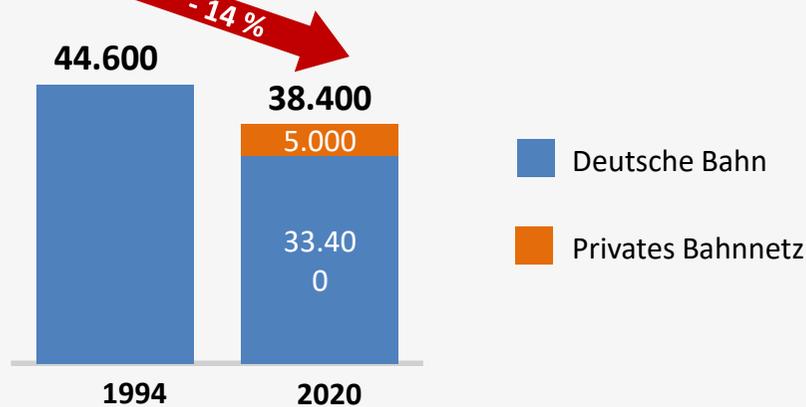
Quellen:

- 1) KfW-Kommunalpanel 2023, Mai 2023, 2) KfW-Kommunalpanel 2022, Mai 2022
- 3) KfW-Kommunalpanel 2021, Mai 2021 4) KfW-Kommunalpanel 2020, Mai 2020
- 5) KfW-Kommunalpanel 2018, Mai 2018 6) KfW-Kommunalpanel 2016, Mai 2016

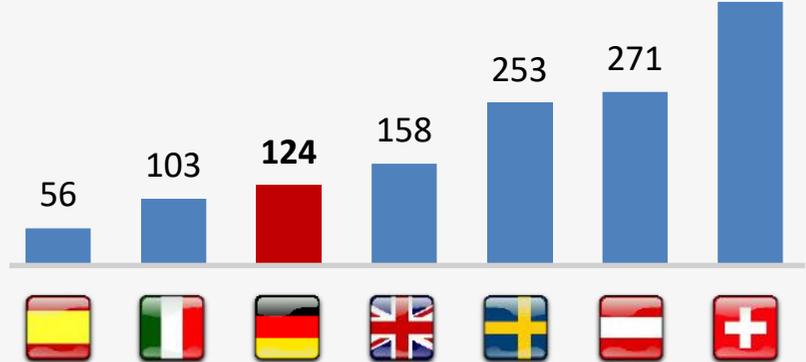
Bahn benötigt 88 Mrd. Euro zur Deckung des Investitionsbedarfs

aktualisiert

Schienennetz in Deutschland nach Kilometern und Jahren



Pro-Kopf-Investitionen des Staates in die Schieneninfrastruktur in Euro im Jahr 2021



Quellen: 1) Allianz pro Schiene: „Das Schienennetz in Deutschland“, 27.06.2022
 2) Deutsche Wirtschaftsnachrichten: „Bundestagswahl 2021: Die Deutsche Bahn ist nicht mehr zu retten“, 24.08.2021 3) Der Spiegel: „Deutsche Bahn braucht bis 2027 knapp 90 Milliarden Euro“, 28.05.2023

- 1
 - In den letzten Jahrzehnten wurde das Schienennetz in Deutschland stark reduziert. Über 100 Städte wurden vom Fernverkehrsnetz abgehängt (u. a. Chemnitz, Trier, Potsdam). Um die Deutsche Bahn wieder fit zu bekommen, benötigt diese 88 Mrd. Euro. „Dennoch ist nur für die Hälfte der Summe die Finanzierung gesichert.“
- 2
 - „Gab es 1994 noch über 11.000 Gleisanschlüsse für Industriebetriebe, so sind es derzeit gerade noch etwas über 2.000.“ Dadurch werden immer weniger Tonnen Güter mit der Bahn transportiert. Die Deutsche Bahn verfügt nur noch über 65.000 Güterwagen (2008: 120.000).
- 3
 - „In Deutschland wird immer noch nur mager in das Schienennetz investiert. Pro Kopf flossen 2021 124 Euro in die Schieneninfrastruktur. In Schweden etwa sind die Pro-Kopf-Ausgaben doppelt so hoch und in der Schweiz liegen die Pro-Kopf-Ausgaben sogar bei 413 Euro – drei Mal mehr als in Deutschland.“
- 4
 - Der Transport von Gütern wurde durch diese Maßnahmen immer mehr erschwert und unattraktiv gemacht. Die Unternehmen sind dadurch gezwungen, vermehrt LKWs einzusetzen. Weitere Staus auf Autobahnen sind vorprogrammiert.

Die deutsche Wettbewerbsfähigkeit befindet sich weiter im Sinkflug

NEU

Wettbewerbsfähigkeit von Staaten, Rangfolge nach Punktwert im Jahr 2023

Rang	Herkunftsland	Auf-/Abstieg (2022)
1.		↔ (1.)
2.		↑ (11.)
3.		↓ (2.)
4.		↓ (3.)
5.		↑ (6.)
6.		↑ (7.)
7.		↓ (5.)
8.		↓ (4.)
9.		↑ (10.)
10.		↑ (12.)
22.		↓ (15.)

1

- Nach einer Studie des IMD World Competitiveness Center setzt sich der unter Bundeskanzler Merkel eingeleitete Sinkflug der deutschen Wirtschaft beschleunigt fort. Der Standort Deutschland verliert weiter an Ansehen und Bedeutung. Innerhalb eines Jahres ist Deutschland um fünf Ränge auf Platz 21 abgerutscht. Im Jahr 2014 lag Deutschland noch auf Platz 6. Ein ähnliches Fazit zieht auch die „Stiftung Familienunternehmen“.

2

- „Auch abseits des Themas Energie lassen sich keine Standortfaktoren finden, bei denen eine klare Aufwärtsbewegung zu verzeichnen wäre.“ „Schwach sind demgegenüber die Ergebnisse in den Bereichen Steuern, Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital, Energie und vor allem Regulierung.“

3

- Auch die Stiftung Marktwirtschaft kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. „Die abnehmende Innovationsfähigkeit ist, besonders in Zeiten disruptiver Veränderungen und zunehmender Herausforderungen, mit langfristigen Risiken für Wohlstand und Wachstum verbunden.“ Der „Wille zu Veränderungen und die Bereitschaft für Reformen (sind) unabdingbar. Auch weniger Staat wäre mehr.“

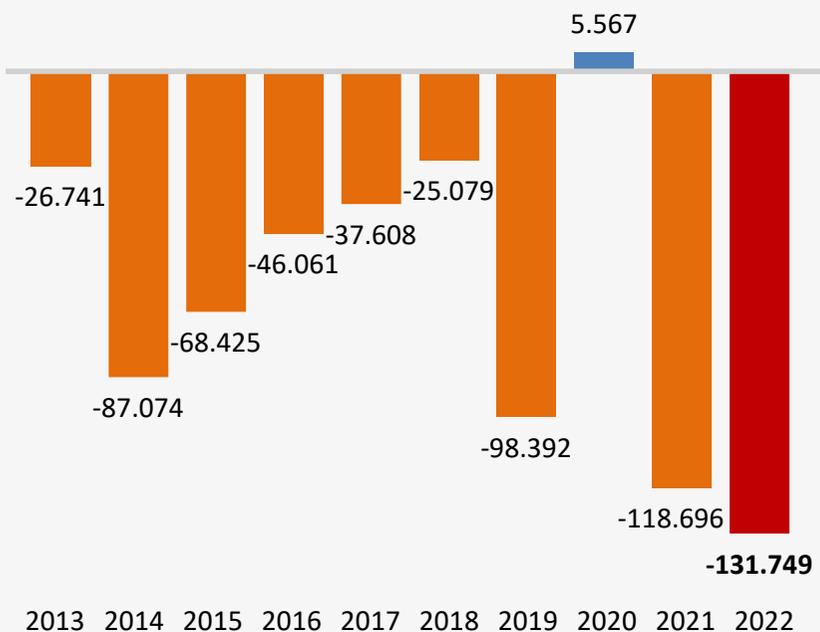
Quellen: 1) Stiftung Familienunternehmen: Länderindex Familienunternehmen, 9. Aufl., 16.01.2023

2) Stiftung Marktwirtschaft: Innovations- und Wirtschaftsstandort Deutschland – Neue Wege gehen, März 2023 3) World Competitiveness Ranking 2023 Results, 20.06.2023

Deindustrialisierung Deutschlands beginnt – höchster Netto-Abfluss

NEU

Differenz an Zuflüssen und Abflüssen an deutschen Direktinvestitionen nach Jahren in Mio. US-Dollar



Quellen:

1) IW-Institut: Deindustrialisierung – Eine Analyse auf Basis von Direktinvestitionen, IW-Kurzbericht 43/2023 2) IW-Institut: „Investitionen: Geldabflüsse in Deutschland so hoch wie nie“, 28.06.2023 3) Handelsblatt: „Schleichende Investitionsflucht – Standort Deutschland in Gefahr“, 27.06.2023

1

- Fast 132 Mrd. Euro mehr Direktinvestitionen flossen 2022 aus Deutschland ab, als im gleichen Zeitraum in die Bundesrepublik investiert wurden. Die Summe stellt den höchsten Netto-Abfluss dar, der jemals in Deutschland verzeichnet wurde.

2

- Laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft liegt es u. a. daran, dass die Automobilindustrie in Folge zu hoher Abgas-Grenzwerte ihre Wettbewerbsfähigkeit zum Teil einbüßt, da die Grenzwerte zu einer Entwicklung weg vom Verbrennungsmotor führen, auf den die Unternehmen vor allem spezialisiert sind. Da die Automobilindustrie eine deutsche Schlüsselindustrie darstellt, sei die Industrie in Deutschland somit „herzkrank“.

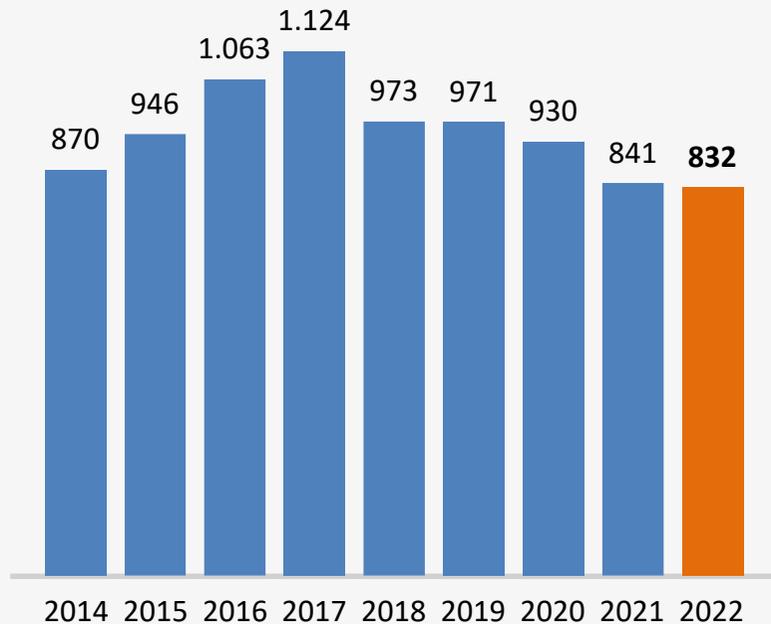
3

- „Eine weitere Ursache kann im NextGenerationEU-Programm liegen. Ab Juni 2021 werden EU-Staaten Zuschüsse und Kredite von mehr als 800 Milliarden Euro gewährt. Da die höchsten Zahlungen und dadurch ausgelöste Investitionen nicht in Deutschland stattfinden, kann dies zu Abflüssen von Kapital ins Ausland beigetragen haben.“ Auch der „Krieg in der Ukraine (...) und die Unsicherheiten in der Energiesicherheit, die durch die Abschaltung von Kernkraftwerken nicht vermindert wurden, dürften ebenfalls“ eine Rolle gespielt haben.

Ausländische Investitionen auf niedrigstem Stand seit 2013

NEU

Zahl der angekündigten Investitionsprojekte ausländischer Unternehmen in Deutschland



Quellen:

1) EY/Ernst & Young: Standort Deutschland 2023, Mai 2023

2) Die Welt: „Die Zahl, die auf mehr Abwanderung deutet“, 12.05.2023

- 1
 - „Die Zahl der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland ging im vergangenen Jahr erneut zurück – gegen den leicht positiven europäischen Trend. Mit nur noch 832 Projekten wurde das niedrigste Niveau seit dem Jahr 2013 (701) erreicht.“ „Chinesische, Schweizer und niederländische Unternehmen kündigten hingegen weniger Projekte in Deutschland an als im Vorjahr.“
- 2
 - Deutschland ist laut Ernst & Young in keiner Branche mehr führend. Bei Automobil-/Transportindustrie, Maschinenbau und Unternehmensdienstleistungen führt Frankreich. Bei Software & IT-Dienstleistungen Großbritannien. Deutschland liegt in diesen vier Bereichen jeweils nur noch auf Rang zwei.
- 3
 - „Ein Grund: Deutschland mit seinem relativ hohen Industrieanteil litt wie keine zweite große Volkswirtschaft unter den steigenden Preisen für Gas und Strom.“ „Deutschland ist aber auch zurückgefallen, weil andere Länder sich verbessert haben: ‚Fehlende Verbesserungen sind gleichzusetzen mit verschlechterten Chancen auf künftiges Wachstum.‘ Die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland ist gefährdet.

Fachkräfte meiden Deutschland: Wohnraummangel und Bürokratie

NEU

Wie zufrieden sind ausländische Fachkräfte mit Verwaltung, digitalem Leben, Wohnen und Sprache? nach Rang in 2023

Besten 10	Schlechtesten 10
1. Bahrain	43. Malta
2. Ver. Arab. Emirate	44. Frankreich
3. Singapur	45. Tschechische Rep.
4. Estland	46. Vietnam
5. Oman	47. Griechenland
6. Indonesien	48. Italien
7. Saudi-Arabien	49. Kuwait
8. Katar	50. China
9. Kenia	51. Japan
10. Kanada	52. Deutschland

1

- Nach Deutschland wandern nur wenige Fachkräfte ein, dafür aber überproportional viele Migranten ohne Schul- und/oder Berufsabschluss. Die Gründe, warum Deutschland auf dem letzten Platz bei den hochqualifizierten Auswanderern liegt, sind hausgemacht.

2

- U.a. stoßen ausländische Fachkräfte auf hohe Hürden wie eine schwerfällige Bürokratie, eine schlechte Digitalisierung, eine große Wohnungsknappheit und hohe Mieten.

3

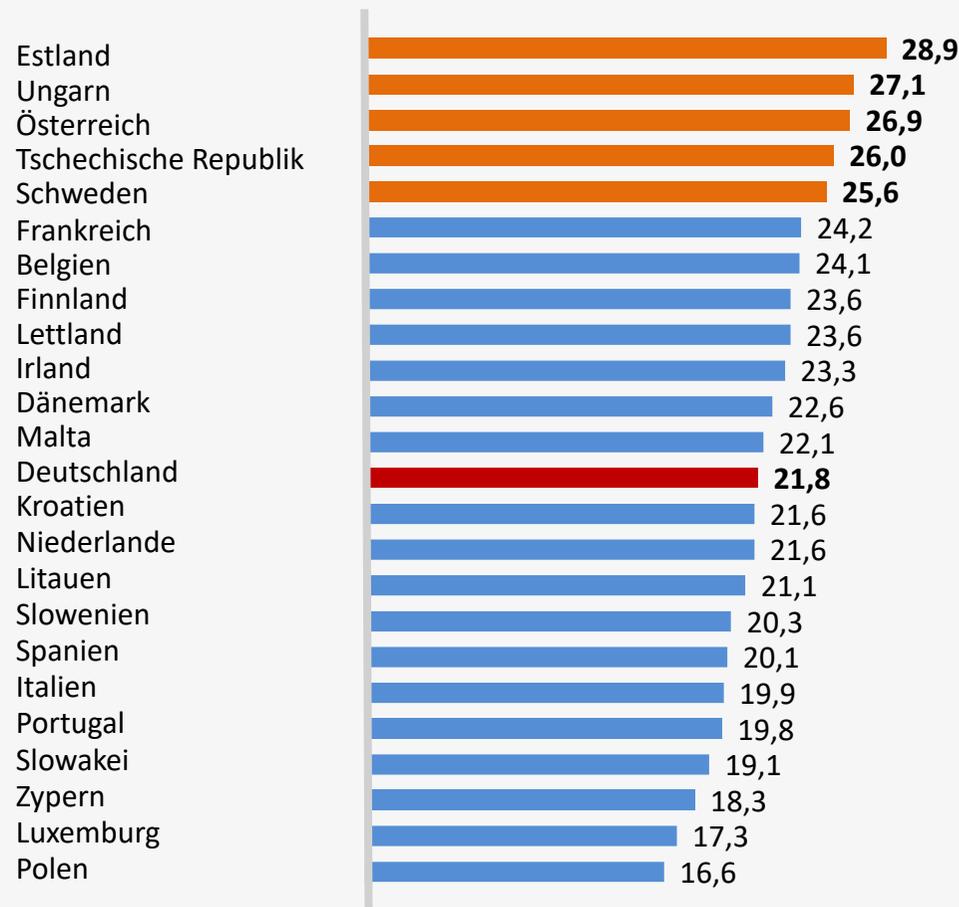
- Und hier zeigt sich, dass der Fachkräftemangel ein selbst verschuldetes Problem ist. Denn dadurch, dass jedes Jahr Hunderttausende illegale Migranten nach Deutschland ungehindert einwandern, finden gut ausgebildete Ausländer nur noch schwer bezahlbaren Wohnraum. Zudem sind die Behörden mit dem Zustrom von Asylbewerbern überlastet, so dass sie sich nicht mehr ausreichend um arbeitswillige Fachkräfte kümmern können.

Quelle: 1) Inter Nations: „Where Expats Struggle Most to Get Started?“, 21.03.2023

Deutsche Unternehmen investieren zu wenig in die Infrastruktur

aktualisiert

Bruttoanlageinvestitionen in der Europäischen Union
in % des BIP im Jahr 2021



Quelle:
1) Destatis: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 4. Vierteljahr 2022, 17.03.2023

1

- Die deutschen Unternehmen investieren seit langem nur unterdurchschnittlich in die Modernisierung des Anlagevermögens (2021: 21,8 %; 2020: 21,9 %). Das heißt in Ausrüstungsinvestitionen (technische Anlagen, Maschinen, Fahrzeuge oder Betriebs- und Geschäftsausstattung und Bauinvestitionen).

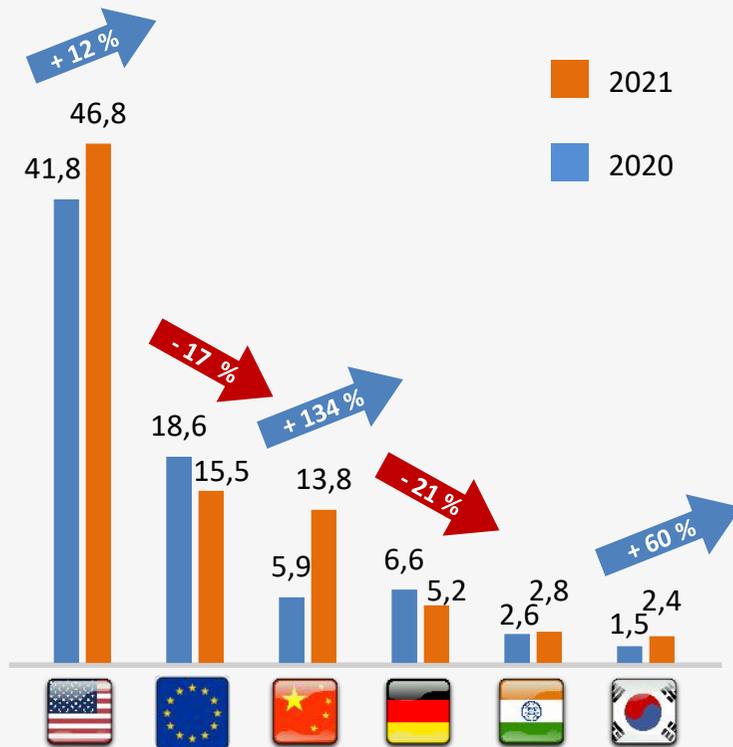
2

- Dagegen investieren Unternehmen vor allem in Estland (28,9 %), Ungarn (27,1 %), Österreich (26,9 %), der Tschechischen Republik (26,0 %), Frankreich (24,2 %), Belgien (24,1 %) oder Finnland (23,6 %) deutlich mehr. Deutschland verliert damit an Wettbewerbsfähigkeit.

21 % weniger an Forschungsausgaben bei Chemie- und Pharmabranche

NEU

Chemie- und Pharma-Anteil an Forschungsausgaben, in % nach Ländern und Jahren



Quellen:
 1) VCI: Politikbrief, VCI-Mitgliederbefragung, März 2023 2) Süddeutsche Zeitung: „BASF legt in Ludwigshafen Anlagen still“, 24.02.2023 3) Merkur.de: „Hohe Energiekosten: BASF will sich in Europa „verkleinern“ – und konzentriert sich auf China“, 27.10.2022 4) Handelsblatt: „Biontech startet Studien zur Krebsforschung in Großbritannien“, 19.02.2023

1

- Während die Forschungsausgaben in China sich von 2020 auf 2021 um 134 %, in Südkorea um 60 % und in den USA um 12 % erhöht haben, sind diese EU-weit um 17 % zurückgegangen.

2

- Insbesondere haben deutsche Chemie- und Pharma-Unternehmen ihre Forschungsausgaben um 21 % gesenkt. Das bedeutet, dass die deutschen Unternehmen immer mehr den Anschluss an ihre internationalen Wettbewerber verlieren.

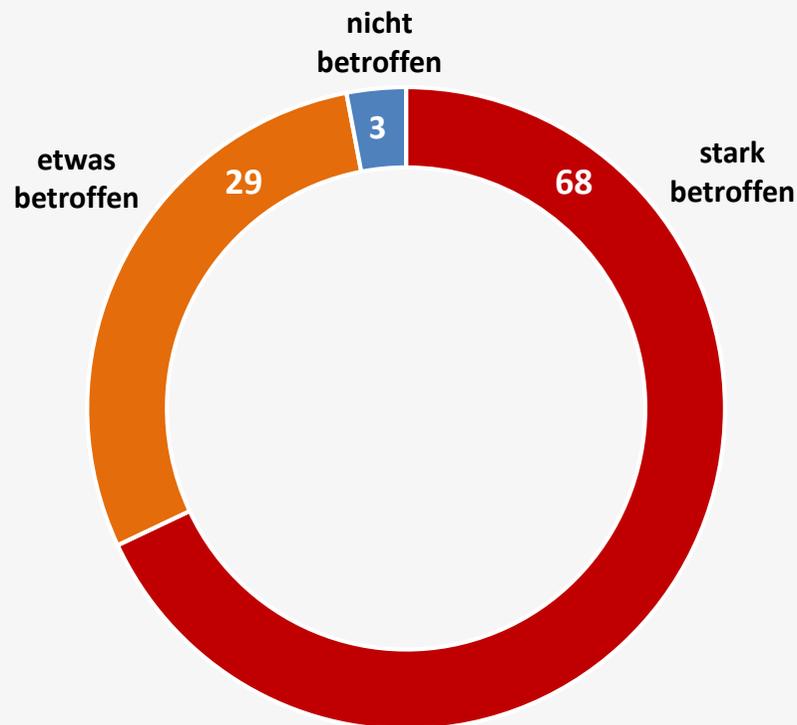
3

- Aufgrund der durch die Bundesregierung verursachten hohen Erdgaspreise hat BASF angekündigt, in Ludwigshafen Anlagen stillzulegen und Teile nach China zu verlagern. Auch Biontech, welches insbesondere durch deutsche Steuer-Milliarden während der angeblichen Corona-Pandemie erfolgreich wurde, wird nun in Großbritannien zu Krebsimpfungen auf mRNA-Basis forschen.

Die hohen Energiepreise belasten die Chemie-Unternehmen deutlich

NEU

Betroffenheit der deutschen Unternehmen bei den Energiepreisen in % im November 2022



Quelle:
1) VCI: Politikbrief, VCI-Mitgliederbefragung, März 2023

- 1
 - Laut dem Verband der Chemischen Industrie hinkt Deutschland in vielen Bereichen der internationalen Wettbewerber hinterher. U.a. „mit einem kaum noch wettbewerbsfähigen Steuersystem, einer überbordenden Bürokratie, viel zu hohen Energiepreisen und mit“ viel zu langen Genehmigungsverfahren.
- 2
 - Von den deutschen Chemie- und Pharmaunternehmen sind 68 % bereits stark und 29 % etwas von den hohen Energiekosten betroffen. Die Unternehmen verlieren dadurch international ihre Wettbewerbsfähigkeit.
- 3
 - „Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist auf CO₂-freie, sichere und bezahlbare Energie angewiesen. Um diese kurz- und langfristig zu gewährleisten, müssen alle Energieträger ans Netz und die Erneuerbaren sowie die Netzinfrastruktur und Speichersysteme massiv ausgebaut werden.“
- 4
 - „Damit die deutsche Chemie bis zur Mitte des Jahrhunderts treibhausgasneutral werden kann, benötigt sie mehr als 500 Terrawattstunden erneuerbaren Strom pro Jahr, die möglichst wenig kosten.“ Dies ist ohne Kernkraft nicht möglich.

Innovationen kommen kaum noch aus deutschen Großunternehmen

aktualisiert

Globaler Vergleich der einflussreichsten und innovativsten Top-60-Unternehmen im Jahr 2023

Rang	Unternehmen	Herkunftsland
1	Walmart	
2	Amazon	
3	Apple	
4	CVS Health	
5	Aramco	
6	Morgan Stanley	
7	Alphabet	
8	Shell	
9	United Health Group	
10	ExxonMobil	
17	Volkswagen	
34	Mercedes-Benz	
40	Allianz	
53	BMW	
60	Deutsche Telekom	

1

- Lediglich die fünf deutschen Großunternehmen Volkswagen, Mercedes-Benz, Allianz, BMW und Deutsche Telekom sind unter den Top 60 der innovativsten und einflussreichsten Firmen im Jahr 2023 zu finden.

2

- Deutsche Großunternehmen verlieren im Vergleich zur internationalen Konkurrenz weiter den Anschluss.

3

- Mit 41 Unternehmen dominieren die Vereinigten Staaten die Top 60 der Rangliste. Die europäischen Unternehmen verlieren den Anschluss.

Quelle:
1) CEO World Magazine: World's Most Influential and Innovative Companies, 2023, 17.03.2023

5 % weniger Patentanmeldungen in Deutschland – China plus 15 %

aktualisiert

Die 7 größten Patentanmeldeländer im Jahr 2022

Rang	Land	2021	+/-2020
1		48.088	+ 2,9 %
2		24.684	- 4,7 %
3		21.576	- 0,4 %
4		19.041	+ 15,1 %
5		10.900	+ 1,9 %
6		10.367	+ 10,0 %
7		9.008	+ 5,9%

Top 10 der Patentanmeldungen im Jahr 2022

Rang	Unternehmen	Herkunftsland
1	Huawei	
2	LG	
3	Qualcomm	
4	Samsung	
5	Ericsson	
6	Siemens	
7	Raytheon Techn.	
8	BASF	
9	Royal Philips	
10	Sony	

Quellen:

1) Europäisches Patentamt: Innovationskraft ungebremst: Patentanmeldungen in Europa nehmen 2022 weiter zu, 28.03.2023

2) Statista: Anzahl der Patentanmeldungen in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2021, 17.03.2022

1

- Deutschland belegt bei den weltweiten Patentanmeldungen noch den 2. Rang. Dass Deutschland langfristig abrutscht, zeigen die Patentanmeldungen im Jahr 2022. Denn diese sind um 4,7 % zurückgegangen. Das ist ein deutliches Alarmzeichen.

2

- Im Vergleich dazu konnten Konkurrenten wie China (+ 15,1 %), Südkorea (+ 10,0 %), Irland (+ 12,3 %), Hongkong (+ 49,8 %), Brasilien (+ 20,9 %) Slowakei (+ 14,0 %) deutlich zulegen. Unter den TOP 10 Unternehmen befinden sich nur noch zwei deutsche.

3

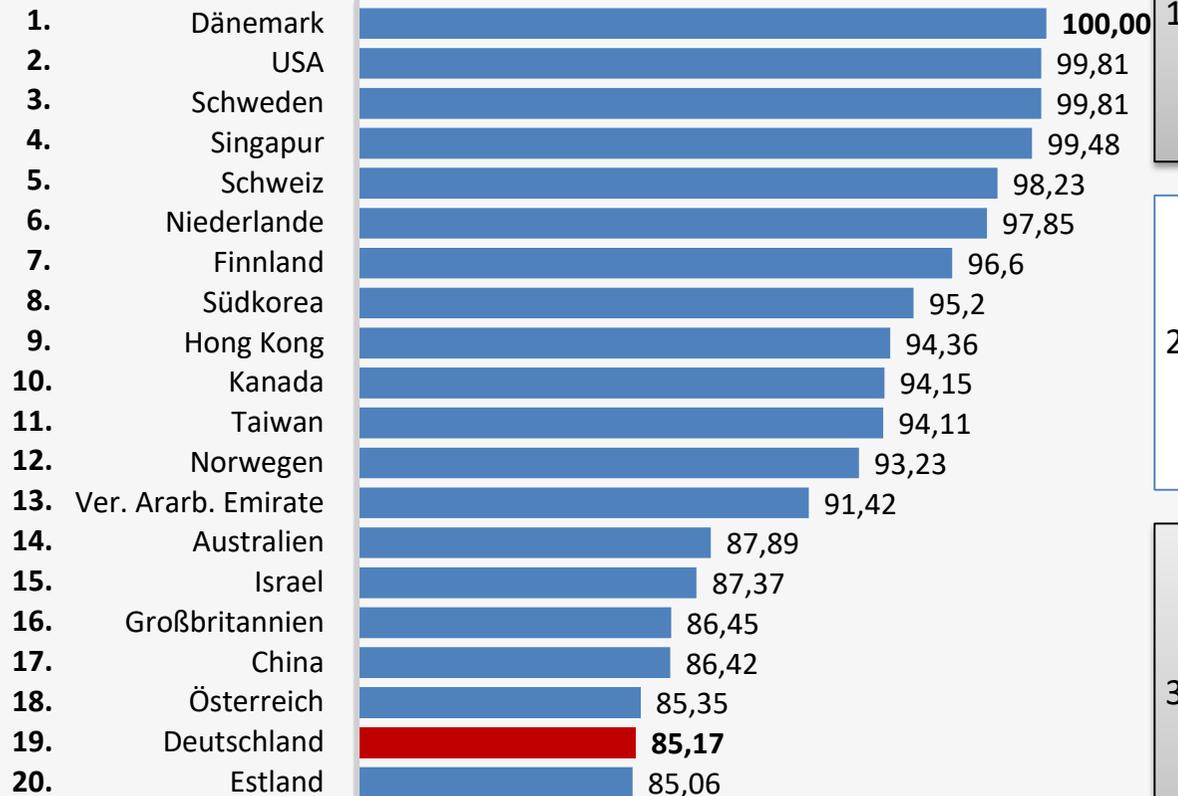
- Bei den Patentanmeldungen nach Bundesländern lag im Jahr 2022 Baden-Württemberg auf Rang 1 (13.444 Patente), gefolgt von Bayern (10.548), Nordrhein-Westfalen (5.292) und Niedersachsen (2.792). Hessen rangiert auf Position 5 (1.202).

Deutschland schlecht bei digitaler Wettbewerbsfähigkeit aufgestellt

aktualisiert

Digitale Wettbewerbsfähigkeit nach Rang und Punktzahl im Jahr 2022

Rang



1

- Bei der digitalen Wettbewerbsfähigkeit liegt Deutschland deutlich abgeschlagen auf Rang 19 (Vorjahr: Rang 18), während China – welches von Deutschland seit Jahren Entwicklungshilfe erhält – auf Rang 17 liegt.

2

- In Europa setzt sich die Transformation der zwei Geschwindigkeiten fort. Während Schweden, die Schweiz und die Niederlande in Bezug auf ihre digitale Wettbewerbsfähigkeit Boden gut gemacht haben (jeweils ein Rang aufgestiegen), rutscht Deutschland zum Vorjahr einen Platz nach unten.

3

- Bei der digitalen Entwicklung liegt Deutschland auf dem vorletzten Platz in Europa unter den TOP 20. Nur noch Estland schnitt schlechter ab.

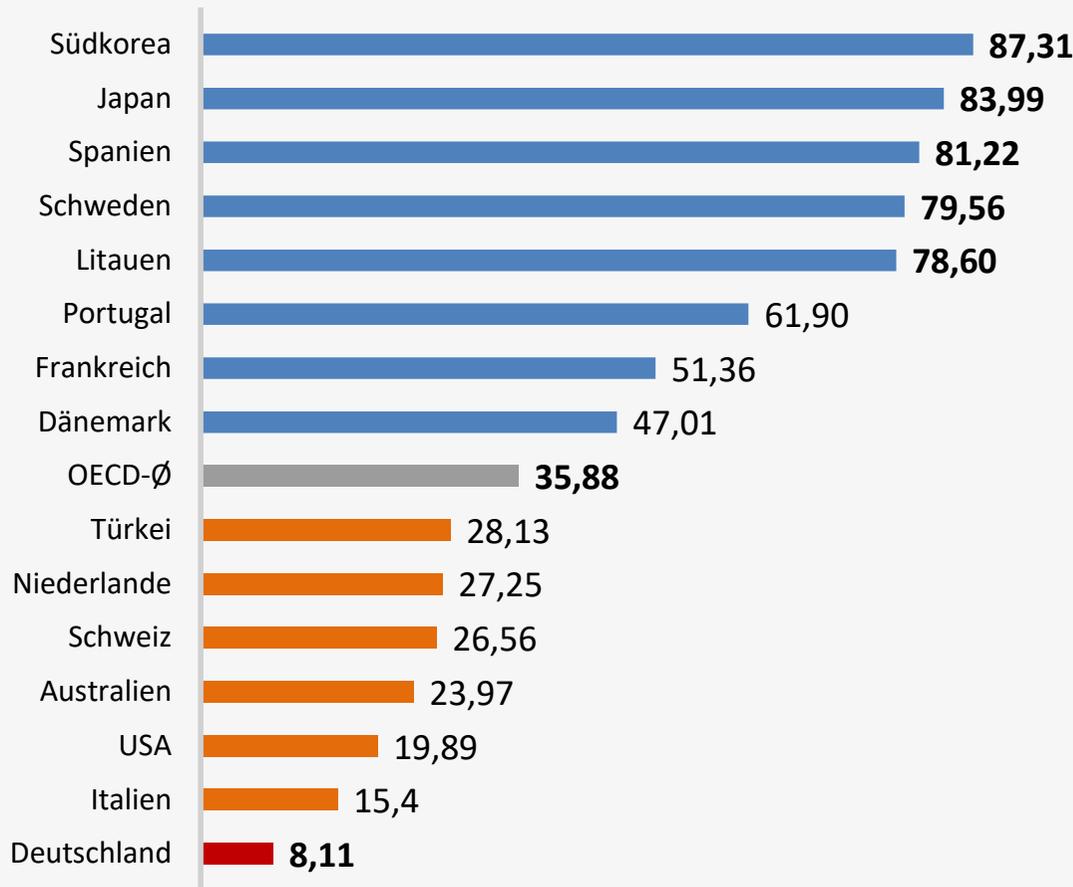
Quelle:

1) IMD World Competitiveness Center: World Digital Competitiveness Ranking 2022

Beim Glasfaserausbau liegt Deutschland auf Entwicklungsland-Niveau

aktualisiert

Anteil von Glasfaseranschlüssen an allen stationären Breitbandanschlüssen in ausgewählten Ländern der OECD in % im Juni 2022



Quelle:

1) Statista: Anteil von Glasfaseranschlüssen an allen stationären Breitbandanschlüssen in den Ländern der OECD im Juni 2022, 02.03.2023

1

- Fast nirgendwo ist das Ausbauvolumen der Glasfaseranschlüsse so niedrig wie in Deutschland – hier ist Deutschland seit Jahren zu einem Entwicklungsland geworden.

2

- Die Bundesregierung macht den Fehler, neben dem Glasfaserausbau auch auf die Aufrüstung durch alte Kupferkabel zu setzen.

3

- Die Digitalisierung der Behörden wurde bereits von der Merkel-Regierung nicht angegangen. Dies zieht sich weiter fort. Laut der EU-Kommission gehört Deutschland zu den Ländern mit der geringsten Online-Interaktion.

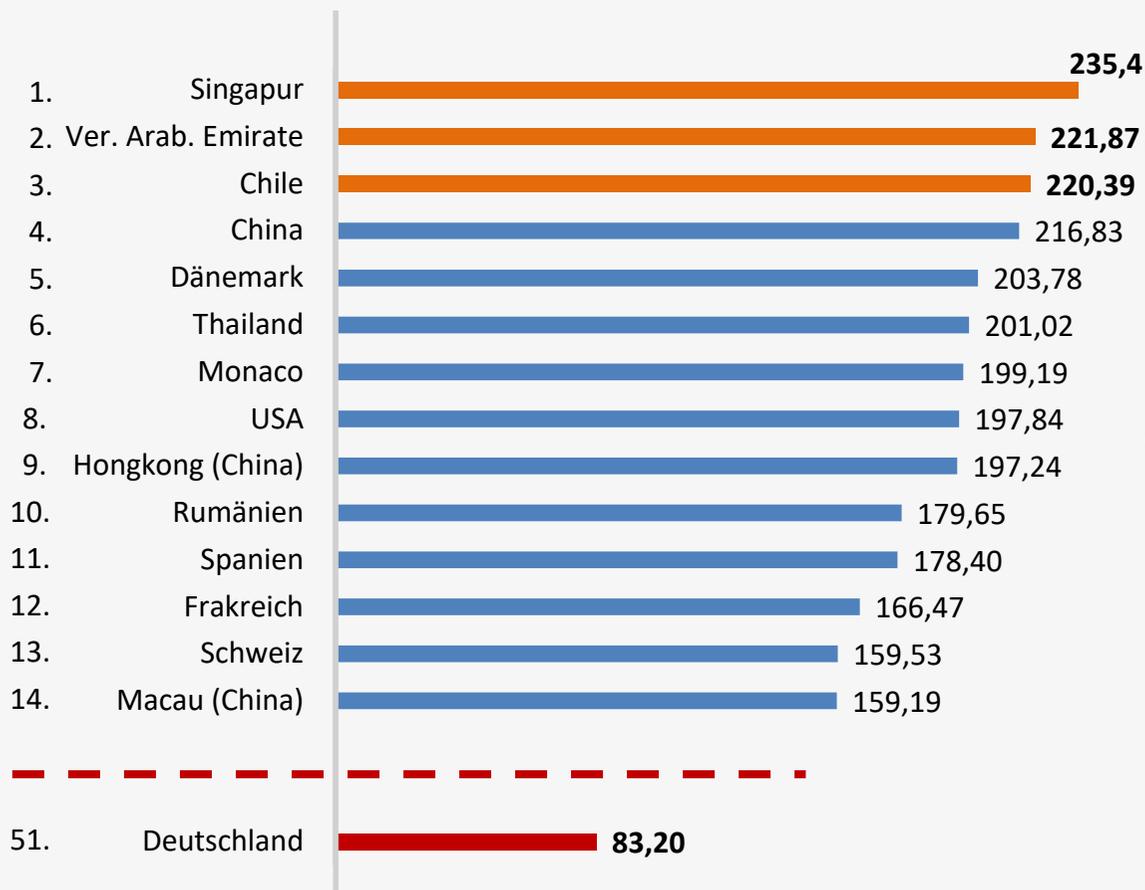
4

- Damit entstehen Unternehmen und Bürgern hohe zusätzliche Milliardenkosten und viel Zeitaufwand.

Deutschland bei Breitband-Datenübermittlung nur noch auf Rang 51

aktualisiert

Internet-Übertragungsgeschwindigkeiten (Downstream-Geschwindigkeit)
nach Länder-Rang in Mbit/s (Stand: März 2023)



Quelle:

1) Speedtest: Global Speedtest Index, März 2023

1

- Im Vergleich zu anderen Industriestaaten liegt Deutschland bei der Datenübertragung (im Downstream) am unteren Ende.

2

- Vor allem in ländlichen Gegenden erhalten Nutzer oft keinen schnellen Internetzugang. Sie gehören zu den digital Abgehängten.

3

- So haben nur 50 % der Haushalte in ländlichen Regionen Zugang zu Übertragungsgeschwindigkeiten von 50 Megabit pro Sekunde oder schneller.

4

- International fiel Deutschland von Platz 35 (Juni 2021) auf 44 (Mai 2022) und nun im März 2023 auf Rang 51 zurück. Vor Deutschland liegen Staaten wie Trinidad & Tobago, Kolumbien, Moldawien.

Unsere AfD-Forderungen zu Digitalisierung und Infrastruktur

aktualisiert

1

- Der deutsche Staat investiert auf allen Ebenen zu wenig in die Infrastruktur. Deutschland muss diese weiter ausbauen, damit es wettbewerbsfähig bleibt.

2

- Der Investitionsbedarf in deutschen Kommunen wird immer höher. Damit Kindergärten, Schulen, Straßen usw. in einem guten Zustand bleiben, müssen die Bundesländer die Kommunen finanziell unterstützen.

3

- Eine gute Infrastruktur ist die Lebensader für Logistik und Wirtschaft. Durch eine jahrzehntelange falsche Investitionspolitik auf Bundes- und Landesebene steht das Straßen- und Bahnnetz kurz vor dem Kollaps. Daher muss insbesondere in diese Netze deutlich mehr investiert werden.

4

- Es muss für Unternehmen wirtschaftlich lukrativ sein, in Deutschland in Anlagen zu investieren. Nur so kann eine weitere Abwanderung verhindert werden und Deutschland als Wirtschaftsstandort bestehen bleiben.

5

- Seit Jahren sinken die ausländischen Investitionen, da in Deutschland u. a. die Genehmigungsprozesse viel zu lange dauern und die Energiekosten zu hoch sind. Die Zulassungsverfahren müssen verkürzt und die Kernkraftwerke wieder aufgebaut werden.

6

- Die Sanktionen gegen Russland dürfen nicht dazu führen, dass die deutsche Wirtschaft darunter mehr leidet als Russland selbst. Sanktionen, die uns schaden, müssen beendet werden.

7

- Die deutsche Industrie bringt immer weniger Innovationen und Patente hervor. Hier muss seitens des Bundes und der Länder stärker in Forschung und Entwicklung investiert werden.

8

- Deutschland muss beim Glasfaser- und Breitbandausbau deutlich nachbessern und mehr investieren. Ebenso besteht hoher Investitionsbedarf beim flächendeckenden Ausbau von LTE und 5G. Ansonsten ist keine Industrie 4.0 möglich.

1.	Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	32
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	74
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	101
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	120
7.	Innere Sicherheit und Justiz	157
8.	Medien	173
9.	Verteidigung	187
10.	Fazit	197

Der deutsche Staat belastet seine Bürger mit 40 verschiedenen Steuern

aktualisiert

Steuerarten in Deutschland im Jahr 2023 (Auswahl)



Quellen:

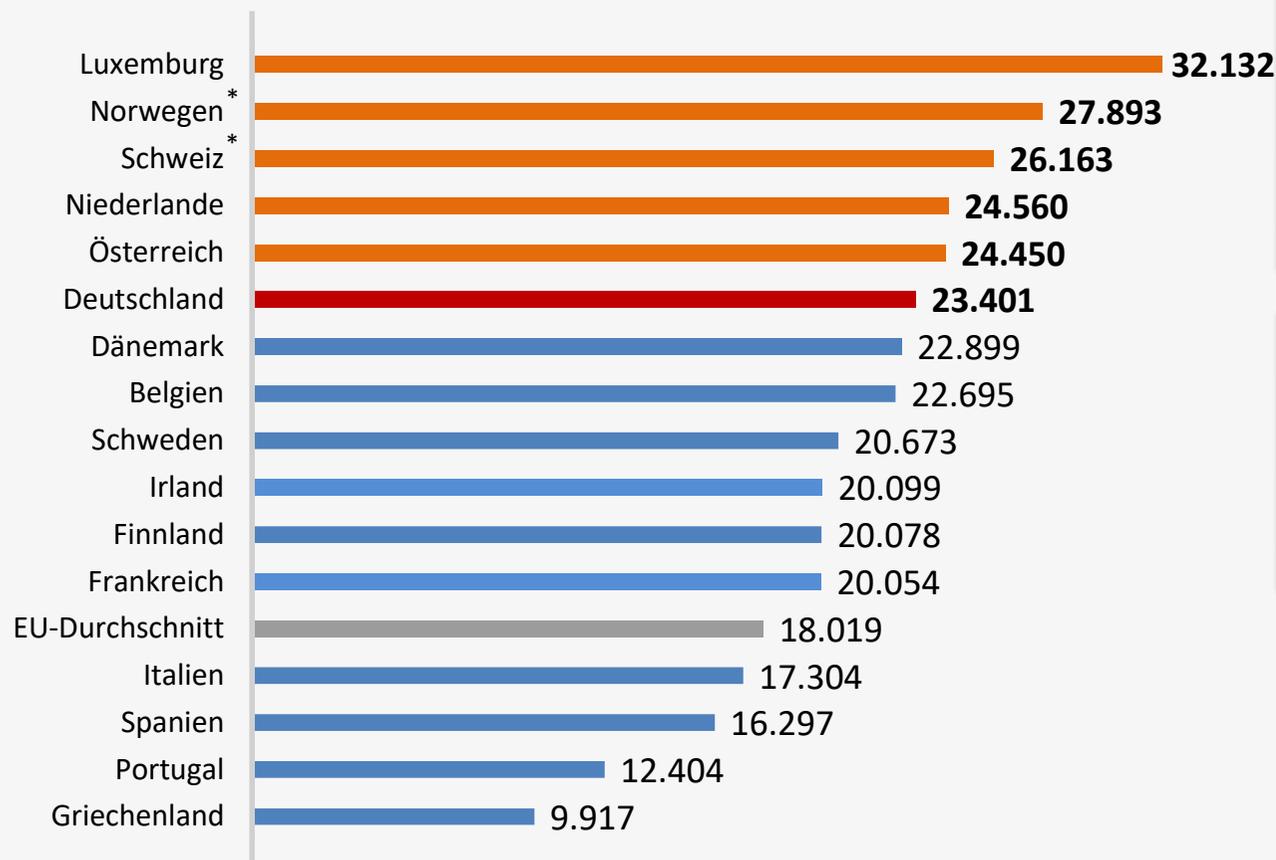
- 1) Bundesministerium der Finanzen: Wo finde ich welche Steuerinfos?, 31.07.2022
- 2) Die Bundesregierung: „Bundesregierung beschließt Erhöhung der Luftverkehrssteuer“, 17.12.2019
- 3) Die Bundesregierung: „CO₂-Bepreisung“, 19.12.2019
- 4) Deutscher Anwaltverein: „Corona-Steuerpläne von der Vermögensabgabe zum Soli“, 29.07.2022
- 5) Bund der Steuerzahler: Der Steuerzahler, 7/8-2021
- 6) News.de: „Gas-Umlage ab Oktober 2022: Kosten-Explosion für Verbraucher“, 28.07.2022

- 1
 - Bereits heute werden die Bundesbürger mit 40 Steuerarten belastet. Mit dieser Vielzahl von Abgaben liegen deutsche Steuerzahler weltweit an der Spitze.
- 2
 - Der „unterproportionale“ Einkommenszuwachs und der „vom Bund der Steuerzahler erkämpfte Abbau der kalten Progression – also die Berücksichtigung der Inflation im Steuertarif – bremst den Zuwachs der Steuerlast bei steigendem Einkommen.“ Ansonsten „wäre die Gesamtbelastung der Haushalte höher ausgefallen.“
- 3
 - Da die Bundesregierung für die selbst verschuldete Migrationskrise und die von ihr vorangetriebene Energiewende immer mehr Geld benötigt, werden weitere Steuern und Erhöhungen folgen. Ab Oktober 2022 wurde zusätzlich eine „Gas-Umlage“ eingeführt, die für die Verbraucher zu einer Kosten-Explosion führen wird.
- 4
 - Die CO₂-Steuer sowie eine deutliche Erhöhung der Luftverkehrssteuer zeigen bereits, wohin die Reise geht. Durch die CO₂-Abgabe, die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke und das Abschneiden der Gasversorgung aus Russland sind die Preise für Energie sowie die Wohnkosten – hier für Erdgas und Heizöl – deutlich gestiegen.

Das Nettoeinkommen der Deutschen ist zum Jahr 2020 stark gesunken

aktualisiert

Durchschnittliches Netto-Einkommen in Europa
(Medianes Äquivalenzgesamtnettoeinkommen) in Euro im Jahr 2021



1

- Im 4. Quartal des Jahres 2022 sind die Reallöhne in Deutschland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5,4 % gesunken.

2

- Das zeigt sich auch beim durchschnittlichen Netto-Einkommen. Lag dieses in Deutschland im Jahr 2020 noch bei 26.008 Euro, waren es im Jahr 2021 nur noch 23.401 Euro.

3

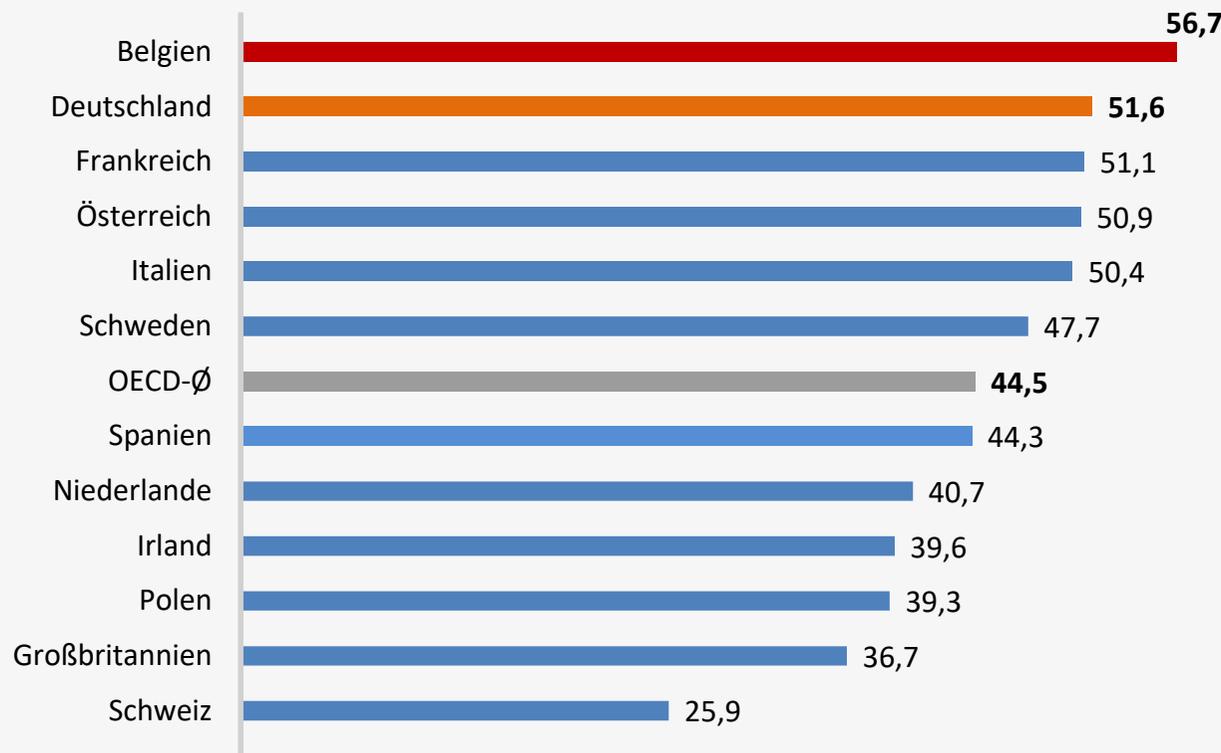
- Die Unterschiede beim Nettoeinkommen zwischen den europäischen Staaten sind deutlich. Die tatsächliche Brisanz ergibt sich aber erst aus der Gegenüberstellung zwischen dem Nettoeinkommen und dem Ausmaß der Steuern und Sozialabgaben.

Quellen: * Jahr 2020
1) Eurostat: Mediales Äquivalenzgesamtnettoeinkommen, November 2022
2) Destatis: Reallohnindex, 27.04.2023

Deutsche haben OECD-weit die zweithöchsten Abgaben zu tragen

aktualisiert

Belastung mit direkten Lohnabzügen und Umsatzsteuer (Normalsatz) in % der Bruttoarbeitskosten für ledige Durchschnittsverdiener in ausgewählten Ländern im Jahr 2022



Quellen:

1) Bund der Steuerzahler: „Steuerzahlergedenktag und Einkommensbelastungsquote 2023“, 12.07.2023 2) Bund der Steuerzahler: Der Steuerzahler, 7/8-2023 3) taz: „SPD-Politikerinnen für Abschaffung“, 12.07.2023

1

- Deutschland liegt bei der Belastung von Durchschnittsverdienern (Singles) durch Einkommensteuer und Sozialabgaben OECD-weit auf dem zweiten Platz. Für 2023 geht der Bund der Steuerzahler von einer Belastung von 53,7 % aus, und bei einem Durchschnittshaushalt (2,3 Personen) mit 52,7 %.

2

- Nur in Belgien ist die Belastung höher. Dagegen liegt die Steuer- und Abgabenlast in Spanien, den Niederlanden, Polen, Irland, Großbritannien und der Schweiz unter dem OECD-Durchschnitt.

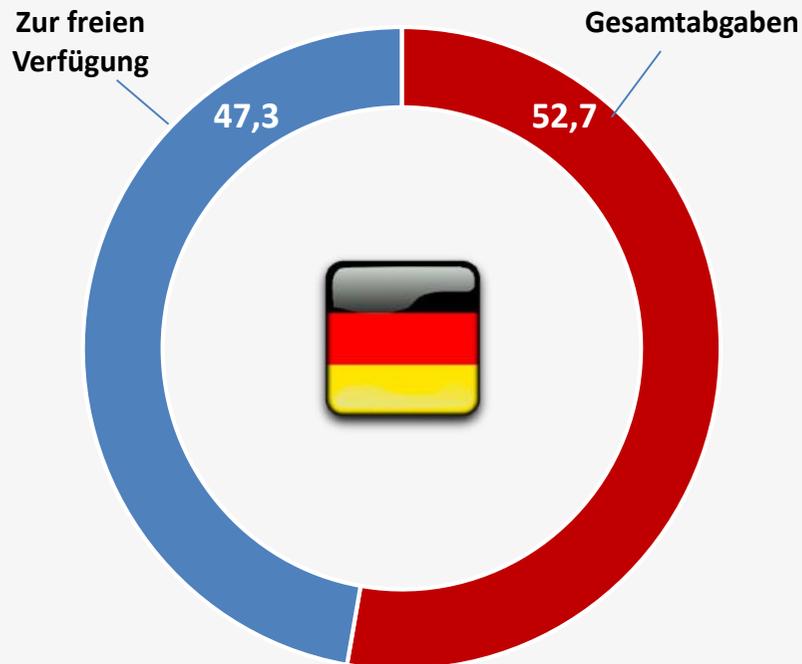
3

- Sollte das Ehegattensplitting abgeschafft werden – wie es SPD, Grüne und Linkspartei fordern – würden Familien deutlich stärker belastet.

Erst seit dem 12. Juli 2023 arbeitet der Bürger für sein Portemonnaie

aktualisiert

So viel bleibt von einem Euro übrig
in Euro-Cent (2023, Bund der Steuerzahler)



Quellen:

1) Bund der Steuerzahler: Steuerzahlergedenktag 2023, 12.07.2023 2) Neue Zürcher Zeitung: „Ab diesem Mittwoch arbeitet der Durchschnittsdeutsche für das eigene Portemonnaie“, 10.07.2023 3) Leif-Erik Holm (AfD-MdB): „Bürger durch Senkung von Steuern und Abgaben endlich entlasten“, 11.03.2023

- 1
 - Ein Durchschnittshaushalt (Durchschnitt aller Arbeitnehmer-Haushalte von Singles über Alleinerziehende und kinderlose Paare bis hin zu Paaren mit Kindern und sonstigen Mehr-Personen-Haushalten) wird im Jahr 2023 laut Bund der Steuerzahler mit Abgaben in Höhe 52,7 % des monatlichen Bruttoeinkommens belastet.
- 2
 - Damit arbeitet der Durchschnittshaushalt an 192 von 365 Tagen nur für den Staat. Das heißt, erst ab dem 12. Juli 2023 arbeitete der Durchschnittshaushalt für sich selbst.
- 3
 - Von jedem Euro entfallen auf Sozialabgaben 31,7 Cent und auf Steuern 21,0 Cent. Es verbleiben somit nur 47,3 Cent zur freien Verfügung. Dabei berücksichtigt „der Einkommensteuertarif 2023 nicht die Inflation, die 2023 tatsächlich erwartet wird. Stattdessen hat sich das Inflationsausgleichsgesetz hier nur an der Inflation des Jahres 2022 orientiert.“
- 4
 - „Das rezessionsgeschüttelte Deutschland braucht jetzt Entlastungen, nicht Steuererhöhungen durch die Hintertür. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert seit Jahren eine umfassende Steuerreform. Die Umsatzsteuer muss gesenkt werden, gerade bei Nahrungsmitteln. Ideologische Zwangsbepreisungen wie hohe Energiesteuern oder die CO₂-Abgaben gehören abgeschafft.“

Eigentlich bleibt dem Arbeitnehmer nicht mehr viel vom Lohn

aktualisiert

Steuern, Sozialabgaben und Wohlstandsverluste in Euro im Jahr 2022 (Beispiel)

Lediger, kinderloser Arbeitnehmer	Abzüge	Einkommen
Echtes Bruttogehalt (Kosten Arbeitgeber)		3.574,11
Bruttogehalt (laut Gehaltsnachweis)		2.900,00
Steuern (Kirchen- u. Lohnsteuer)	399,76	
Sozialabgaben (Arbeitslosen-, Renten-, Pflegeversicherung, Krankenkasse)	589,43	
Nettogehalt		1.910,81
Abzüglich verdeckter Abgaben		
Gesundheitskosten ausgegliedert	5,00	
KFZ-Steuer	30,00	
KFZ-Versicherungssteuer	20,00	
Benzinsteuern	74,21	
Weitere Steuern*	100,00	
GEZ-Gebühr	18,36	
Abzüglich indirekte Steuern (MwSt.)	158,26	
Einkommen nach Steuern		1.504,98
Wohlstandsverluste (staatl. Fehlinvestitionen, Geldmengenwachstum, Unternehmensbesteuerung)	601,99	
Verwertbares Einkommen		902,99

Quelle:

1) Achgut: „Steuern: Brutto und Netto als Mogelpackungen“, 18.04.2022 2) Eigene Berechnungen

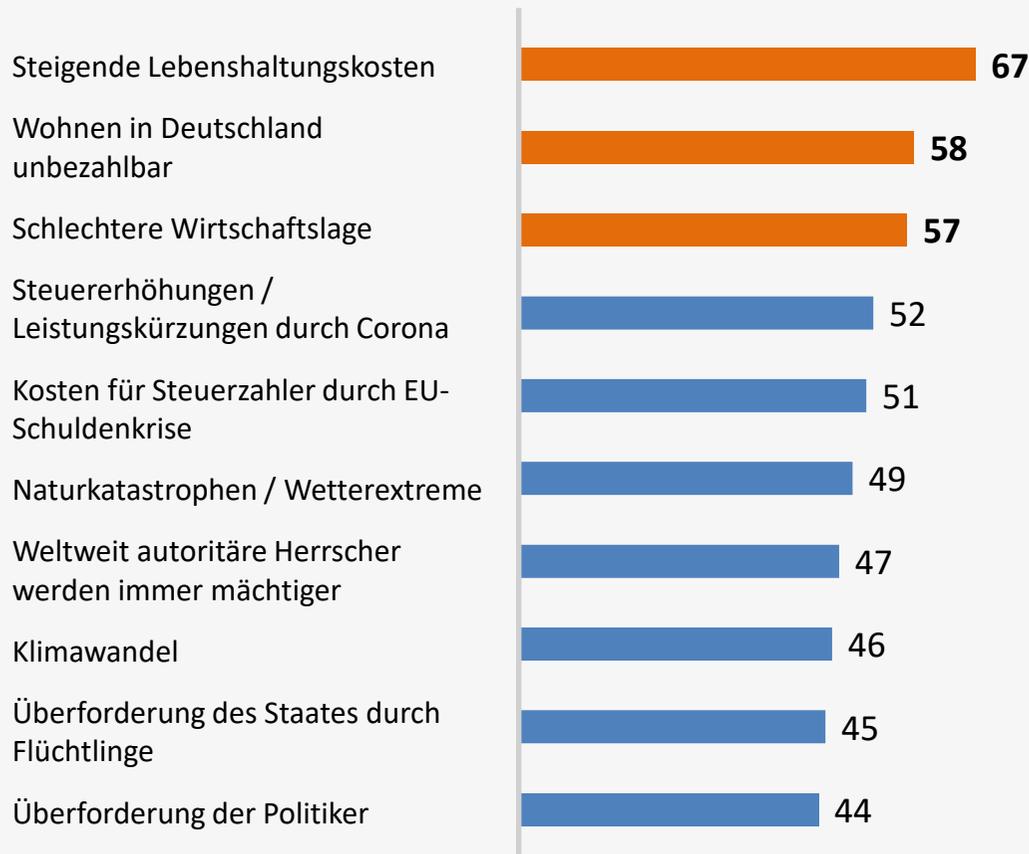
- 1
 - Nach allen Abzügen (Abgaben, Wohlstandsverluste) bleibt dem Arbeitnehmer nicht mehr viel von seinem echten Bruttogehalt. „Dem Arbeitnehmer würde es bedeutend besser gehen, wenn der Staat seinen Kernaufgaben nachkommen würde.“ D. h. als Nachwächterstaat für niedrige Steuern und „Produktion von Sicherheit und Frieden“ sorgen.
- 2
 - Von dem verbliebenen Einkommen muss der Arbeitnehmer noch Miete, Nahrung und Kleidung zahlen sowie Rücklagen für eine eventuelle Neuanschaffung eines Autos bzw. den Kauf eines Hauses bilden.
- 3
 - „Die gesetzliche Rentenversicherung war von Anfang an kein reines Rentensystem, sondern diente vornehmlich als politische Verfügungsmasse. Die Einzahlungen in das Sozialsystem stellen eine de-facto-Steuer dar, ohne einen konkreten Anspruch auf Gegenleistung.“

* Unter weitere Steuern fallen: „Kapitalertragsteuer, Tabaksteuer, Branntweinsteuer, Alkopopsteuer, Schaumweinsteuer, Kaffee-steuer, Versicherungssteuer, Stromsteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Biersteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer, Zweitwohnsitzsteuer, Vergnügungsteuer. Hinzu kommen noch überhöhte Kosten für Müllabfuhr, Strom, Heizung, oder Post“, die durch städtische Monopole oder Regulierungen entstehen.

Steigende Lebenshaltungskosten verunsichern die Bevölkerung stark

NEU

Die Ängste der Deutschen (Plätze 1-10) in % im Jahr 2023



1

- Laut einer Studie der R+V-Versicherung treibt die Deutschen im Jahr 2023 die Sorge um, dass alles teurer wird. Neben der hohen Inflation sind es der fast unbezahlbare Wohnraum, die deutlichen Steuererhöhungen, die künftigen Lasten durch die Corona-Politik und die wieder aufgeflamte EU-Schuldenkrise.

2

- Die Politiker werden von 44 % der Befragten als überfordert betrachtet. Zudem scheinen 45 % der Bürger nur noch wenig Vertrauen in diese bei der Lösung der weitergehenden Migrationskrise zu haben.

3

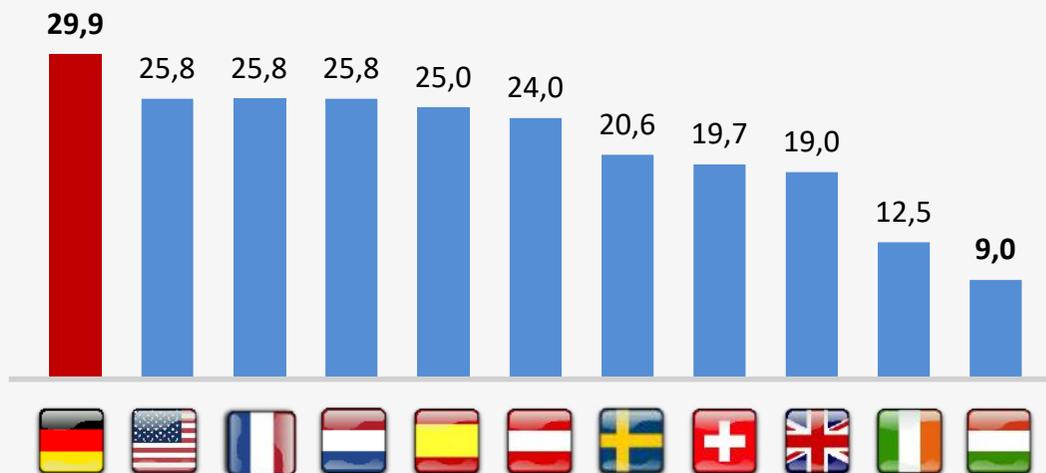
- Angst vor Klimawandel und autoritären Herrschern herrscht vor allem in der Altersgruppe der 14- bis 19-Jährigen vor. Die anderen Altersgruppen (20-39, 40-59 und ab 60 Jahre) haben dagegen Angst um ihren Wohlstand.

Quelle:
1) R+V Versicherung: R+V-Studie. Die Ängste der Deutschen, März 2023

Die deutsche Wirtschaft leidet unter der viel zu hohen Steuerlast

aktualisiert

Unternehmensbesteuerung im internationalen Vergleich (Auswahl)
in % im Jahr 2023 (Tarifliche nominale Gewinnbesteuerung von Kapitalgesellschaften; Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern von Bund, Ländern und Gebietskörperschaften)



Quellen:

1) Statista: „Körperschaftsteuersätze¹ in ausgewählten Ländern weltweit im Jahr 2023“, 04.05.2023

2) Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen: US-Steuerreform 2018, 1/2019

1

- Deutschland gehört zu einem der Staaten, die weltweit die höchsten Unternehmenssteuersätze haben. Darunter leidet die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen. Kolumbien (35 %), Portugal (31,5 %) sowie Australien und Mexiko (je 30 %) besteuern ihre Unternehmen noch höher. Ungarn mit 9 % am niedrigsten.

2

- Liegt die durchschnittliche steuerliche Gesamtbelastung von Unternehmen OECD-weit bei 25,8 %, beträgt sie in Deutschland fast 30 %. Die USA senkten ihren Steuersatz unter Donald Trump im Jahr 2018 von 40 % auf 27 %. Danach wurde sie nochmals auf 25,8 gesenkt.

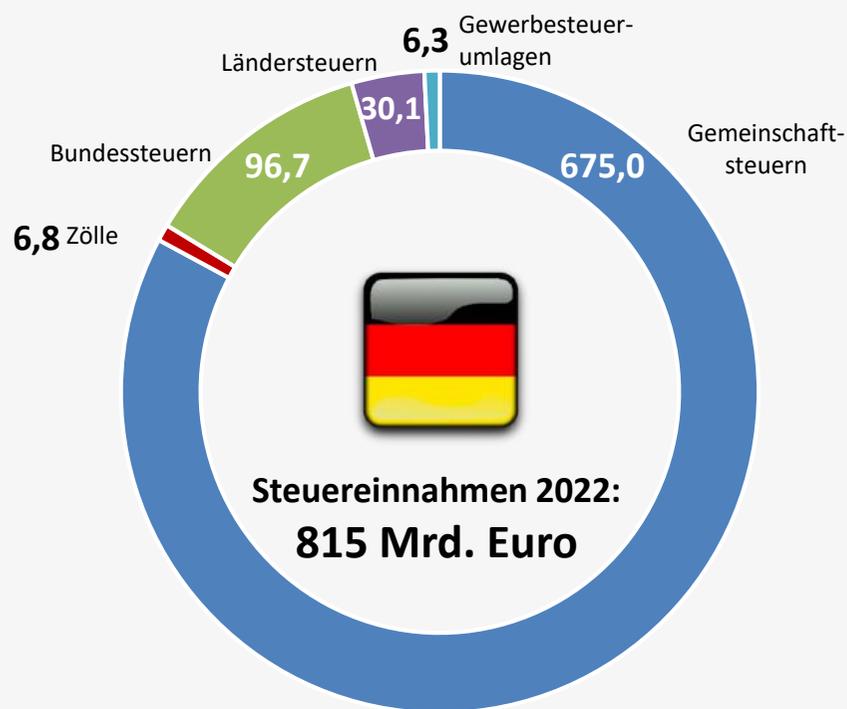
3

- Die niedrigsten Steuersätze in der EU für Unternehmen haben Ungarn (9 %), Bulgarien (10 %) und Irland (12,5 %). Staaten wie Großbritannien, Kroatien, Polen, Slowenien und Tschechien besteuern die Kapitalgesellschaften nur mit 19 %. Österreich folgt mit 24 %, die Niederlande und Spanien mit 25 %.

Rekordsteuereinnahmen im Jahr 2022 um 7,1 % auf 815 Mrd. Euro

aktualisiert

Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden in Mrd. Euro im Jahr 2022



Quellen:

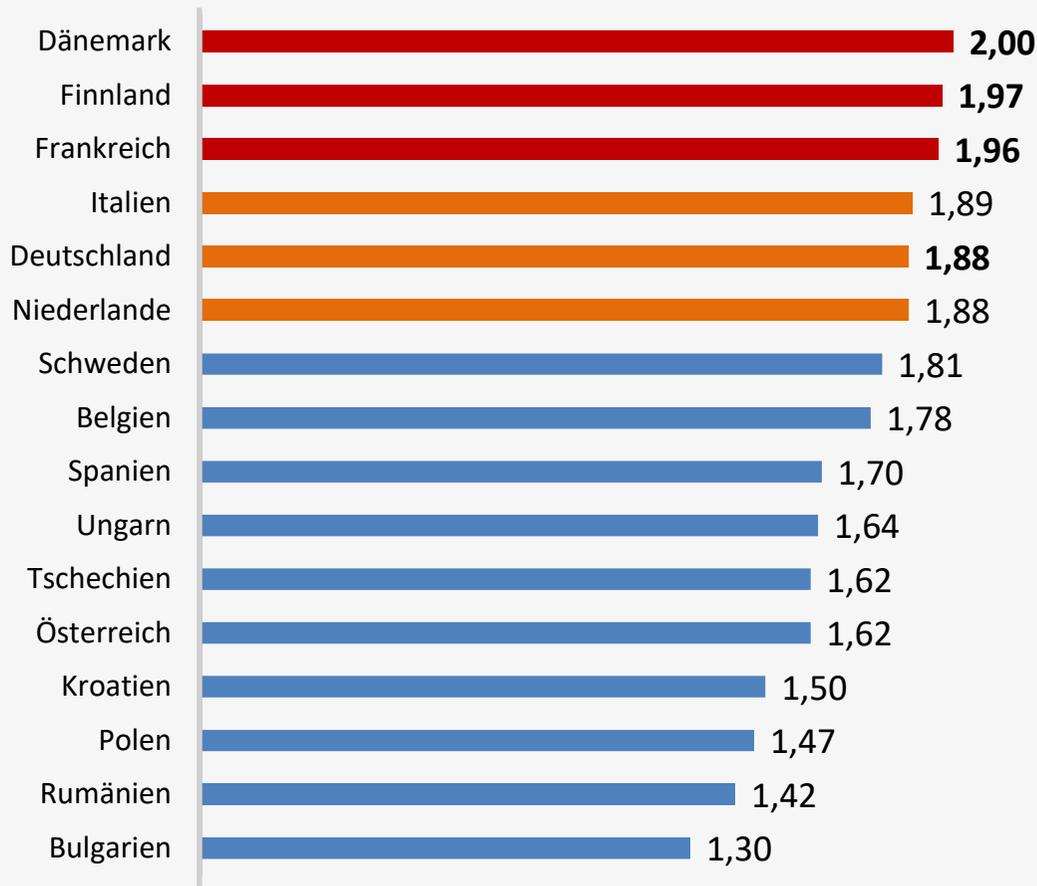
- 1) Bundesfinanzministerium: Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2022
- 2) Bundesfinanzministerium: Bundeshaushalt 2023
- 3) Statista: Ausgaben im Bundeshaushalt nach Ressorts¹ im Jahr 2023, 25.01.2023
- 4) Bundesministerium der Finanzen: Vorläufiger Abschluss des Bundeshaushalts 2022, Januar 2023

- 1
 - Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Haushaltsjahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 7,1 % auf 814,9 Mrd. Euro.
- 2
 - Der Gesamtausgaben des Bundes sollen sich im Jahr 2023 auf 476,29 Mrd. Euro (2022: 480,7 Mrd. Euro) belaufen.
- 3
 - Den größten Etat hatte im Jahr 2022 das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (249 Mrd. Euro). Die weiterhin starke illegale Zuwanderung sowie die zusätzliche Unterbringung von über einer Million Flüchtlingen aus der Ukraine werden die Ausgaben weiter steigen lassen.
- 4
 - Trotz des russisch-ukrainischen Krieges fielen die Steuereinnahmen höher aus als im Jahr 2021. Der Anstieg dürfte somit u. a. auf die explodierenden Energiepreise zurückzuführen sein.

Vor allem der Staat profitiert von den hohen Kraftstoffpreisen

aktualisiert

Euro-Super 95 je Liter in Euro am 17.04.2023



Quellen:

- 1) Destatis: „Kraftstoffpreise im EU-Vergleich“, 17.04.2023
- 2) AvD: „Staatlicher Anteil an den Kraftstoffkosten in Deutschland“, Stand: 11.04.2023
- 3) RBB24: „Polen senkt ab Februar Mehrwertsteuer auf Benzin und Diesel“, 07.01.2022

1

- Der Liter Kraftstoff war seit Bestehen der Bundesrepublik noch nie so teuer wie im Jahr 2022. Im Gegensatz zu Deutschland reagierten andere europäische Regierungen und senkten die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe (Polen von 23 % auf 8 %).

2

- In Osteuropa sind die Kraftstoffpreise generell niedriger als in Westeuropa, was an den niedrigeren Steuern liegt.

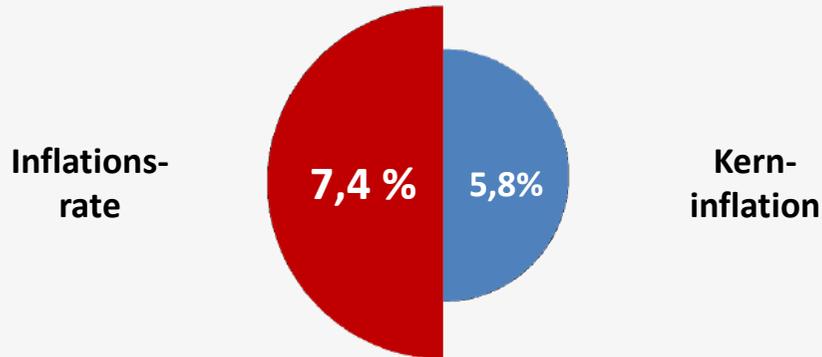
3

- Der staatliche Anteil an den Kraftstoffkosten in Deutschland setzt sich aus der Energiesteuer, dem Erdölbevorratungsbeitrag und der Mehrwertsteuer zusammen. Das heißt, dass mehr als 50 % eines Liter Sprits auf Steuern entfallen.

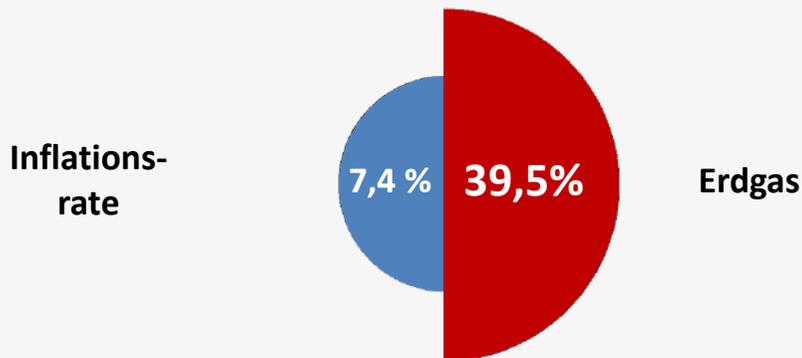
Trotz Revision des Warenkorb: Höchste Inflationsrate seit 1951

aktualisiert

Inflationsrate versus Kerninflation in % im März 2023



Inflationsrate versus Erdgaspreis in % im März 2023



Quellen:

- 1) Destatis: „Inflationsrate im März 2023 bei +7,4 %“, 13.04.2023
- 2) Trading Economics: Deutschland, Kerninflation, April 2023
- 3) Gabor Steingart: „Klimapolitik treibt Inflation“, 11.08.2021
- 4) Statista: Inflationsrate in Deutschland von 1950 bis 2022, 10.03.2023

1 Die Inflationsrate stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat im März auf 7,4 %. Das ist die höchste Inflation seit 1951! Am 22.02.2023 „hat das Statistische Bundesamt die Revision des Verbraucherpreisindex durchgeführt.“ „Die Revision führt ab 2020 zu geringeren Inflationsraten. Nach der Revision liegt keine der monatlichen Inflationsraten in 2022 über 10 %. So wurde die höchste Inflation im November 2022 von 10,4 % auf 8,8 % revidiert.“

2 An der Spitze der deutlich gestiegenen Verbraucherpreise stehen Erdgas mit einer Preissteigerung von 39,5 % und Nahrungsmittel (+ 22,3 %). Einer der Hauptgründe ist der Ukraine-Krieg sowie hausgemachte Steuererhöhungen, wie die CO₂-Abgabe.

3 „Die Politiker haben sich allerdings einen Trick ausgedacht, damit der klimabedingte Preisanstieg nicht so auffällt: Sie haben die Inflationsrate um die Energiepreise bereinigt und die sogenannte Kerninflation erfunden. Diese Kennzahl gibt an, wie sich die Verbraucherpreise entwickeln, wenn bestimmte Güter des Warenkorb nicht berücksichtigt werden. Bei der Berechnung der Kerninflationsrate werden also die Preise für Energie, vor allem Heizöl, Kraftstoffe, Strom und Gas ausgeblendet.“ (Gabor Steingart)

Nahrungsmittel mehr als 22 % teurer – wer kann das noch bezahlen?

aktualisiert

Preissteigerung für ausgewählte Produkte von März 2022 bis März 2023 in %

Güter	Preissteigerung
Energieprodukte allgemein	+ 6,8 %
Erdgas	+ 39,5 %
Brennholz, Holzpellets, feste Brennstoffe	+ 39,4 %
Strom	+ 17,1 %
Kraftstoffe	- 16,1 %
Nahrungsmittel	+ 22,3 %
Gemüse	+ 27,3 %
Fleischwaren	+ 17,7 %
Gebrauchsgüter	+ 6,2 %
Möbel und Leuchten	+ 10,3 %
Neuwagen	+ 7,5 %
Dienstleistungen	+ 4,8 %
Wartung und Reparatur von Wohnungen	+ 16,6 %
Gaststättendienstleistungen	+10,8 %

1

- Die Inflationsrate in Deutschland lag im März 2023 trotz Revision des Verbraucherpreisindex bei + 7,4 %. Im Jahresdurchschnitt erreichte sie 2022 mit 6,9 % den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

2

- Für die Teuerungsrate sind u. a. die EZB-Nullzinspolitik, die Energiepreise, die Corona-Politik und die Sanktionspolitik gegen Russland verantwortlich.

3

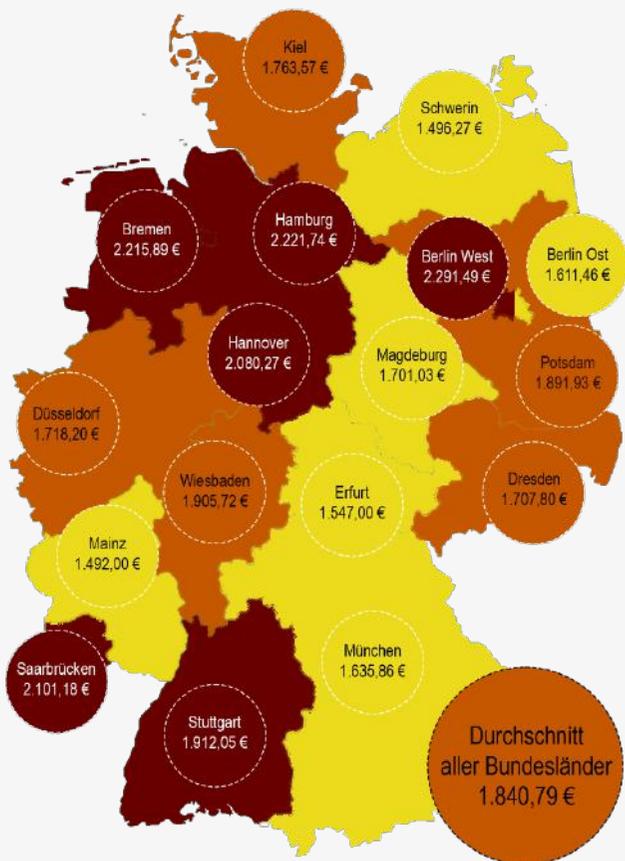
- Die Inflation, fehlendes Baumaterial sowie ein Mangel an Handwerkern machen die Kosten für viele Bauvorhaben in Deutschland derzeit unkalkulierbar. Der Ukraine-Konflikt verstärkt dies noch.

Quellen: 1) Destatis: „Inflationsrate im März 2023 bei +7,4 %“, 13.04.2023 2) Destatis: Verbraucherpreisindex und Inflationsrate, 31.05.2023

Wohnen wird immer teurer – Nebenkosten steigen weiter

aktualisiert

Wohnnebenkostenvergleich der Landeshauptstädte (Gesamtkosten mit Grundsteuer) in Euro im Jahr 2022



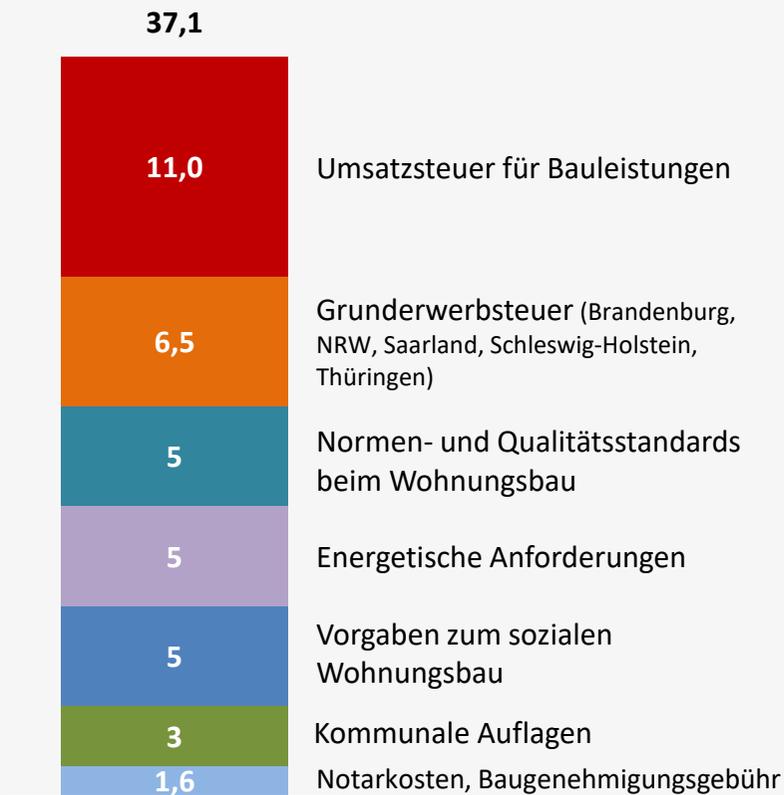
Quellen:
1) Bund der Steuerzahler: Der Steuerzahler, 6-2022, S. 16f. 2) Bund der Steuerzahler: Der Steuerzahler, 7/8-2023, S. 20ff. 3) Bild: „Habecks Wohn-Hammer kostet uns 1000 Milliarden Euro“, 10.03.2023

- 1
 - Gegenüber dem Jahr 2021 sind die Wohnnebenkosten im Jahr 2022 in 14 von 16 Landeshauptstädten gestiegen. Darunter fallen Gebühren für Abfall, Trink-, Schmutz- und Niederschlagswasser.
- 2
 - „Neben den ausgewählten Wohnnebenkosten existieren eine Menge weiterer Belastungen. Auch beim Erwerb von Wohneigentum bzw. Immobilien ist nicht nur die Grunderwerbsteuer zu zahlen, sondern es gibt noch eine Vielzahl von Gebühren, Beiträgen und sonstigen Abgaben.“
- 3
 - U. a. verteuern und belasten die „horrenden Energiepreise die Haushalte. Die Gaspreise haben sich fast verdoppelt!“ Ab 2024 soll es zu einem Einbauverbot von Öl- und Gasheizungen kommen. Ab 2045 soll dann ein bundesweites Komplettverbot gelten. Enteignungen drohen, denn laut RWI wird Habecks Wohn-„Hammer (Eigentümer und Mieter) 1.000 Milliarden Euro kosten.“
- 4
 - Über dem Durchschnitt aller Bundesländer von 1.880 Euro im Jahr 2023 liegen Berlin-West (2.301 Euro), Hamburg, Bremen, Saarbrücken, Hannover, Stuttgart und Wiesbaden. Erfurt ist im Jahr 2023 dagegen am günstigsten (1.523 Euro).

Staat verdient 37 % am Kauf eines Hauses – Hausbau wird unattraktiv

NEU

Direkte Abgaben, Gebühren und Steuern beim Kauf eines Hauses in % im Jahr 2023



Quellen:

1) Handelsblatt: „Wie der Staat mit Auflagen und Kosten den Wohnungsbau erschwert“, 24.05.2023 2) Bild: „So teuer macht der Staat den Wohnungsbau“, 25.05.2023

1

- Laut dem Spitzenverband der Immobilienwirtschaft (ZIA) „verursachen explodierende Grunderwerbsteuern, Gebühren, Gewinnabschöpfungsmodelle sowie Vorgaben und Restriktionen mehr als ein Drittel der Kosten“ beim Bau eines Hauses.

2

- „Viele Städte nehmen private Bauherren über sogenannte Baulandmodelle in die Pflicht, für preisregulierten Wohnraum zu sorgen. Außerdem müssen sich Projektentwickler finanziell an Infrastrukturmaßnahmen beteiligen, etwa an Kita- oder Grundschulplätzen sowie Grün- und Verkehrsflächen.“

3

- Die hohe Inflation und der Fachkräftemangel führen zudem zu „steigenden Material- und Energiekosten, teureren Finanzierungen und fehlenden Bau- und Handwerkskapazitäten.“ Daher werden immer mehr Hausbauprojekte eingestellt.

Massive Steuererhöhung wird viele Erben in den Ruin treiben

NEU

Beispiel Erbschaftssteuer (Freistehendes Einfamilienhaus, Baujahr 1996, 200 qm Grundfläche, 450 qm Grundstück, Bodenrichtwert 1.000 Euro)

Haus in größerer Stadt	2022	2023
Gebäudeherstellungswert	201.000 EUR	201.000 EUR
- Altersminderung	74.657 EUR	67.838 EUR
= Gebäudesachwert	126.343 EUR	133.162 EUR
+ Bodenwert	450.000 EUR	450.000 EUR
= Summe	576.343 EUR	583.162
x Sachwertfaktor	x 1,0	x 1,4
= Summe	576.343 EUR	816,426 EUR
x Regionalfaktor	-	x 1,1
= Summe	576.343 EUR	898.068 EUR
Freibetrag (1 Kind)	400.000 EUR	400.000 EUR
Zu versteuern	176.343 EUR	498.068 EUR
Steuersatz	11 %	15 %
Schenkungssteuer	19.397 EUR	74.710 EUR

1

- Bund wie Länder wollen die Erbschaftssteuer drastisch erhöhen. Musste im Jahr 2022 für ein Einfamilienhaus – wie im Beispiel – etwas über 19.000 Euro gezahlt werden, wird sich die Erbschaftssteuer für das gleiche Einfamilienhaus um 285 % auf fast 75.000 Euro erhöhen.

2

- „Die Mehrbelastung für Erben kann aber auch noch sehr viel höher ausfallen, wenn durch die Höherbewertung ein höherer Steuersatz als bisher zur Anwendung kommt. Denn in der Erbschaftssteuer gelten, je nach der Höhe des vererbten Vermögens, verschiedene Steuersätze.“

3

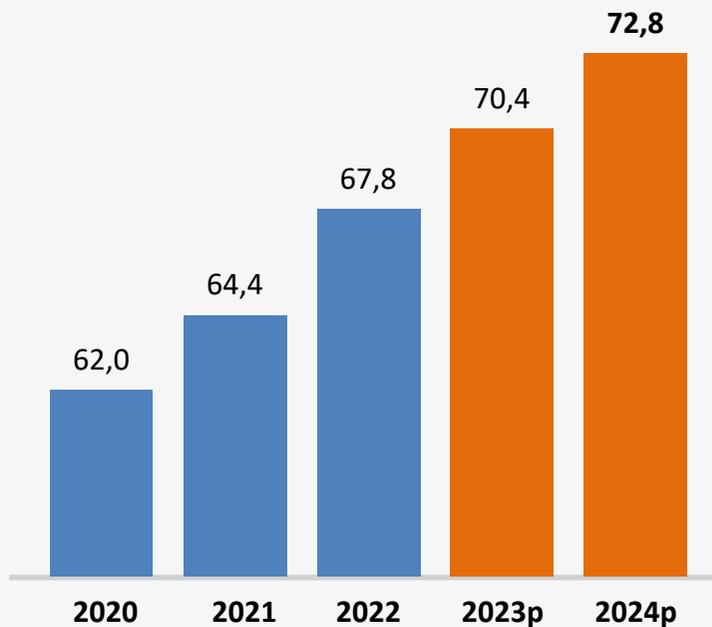
- Die AfD fordert, „dass angesichts der enormen Inflation und der exorbitanten Immobilienpreissteigerungen die Freibeträge und auch die Wertgrenzen für den progressiven Steuertarif des Erbschaftsteuergesetzes deutlich angehoben werden. Dann könnten Eltern ihren Kindern wieder das Familienheim ohne Zugriff des Staates vererben.“

Quellen: 1) Finanztip: „So funktioniert die Erbschaftssteuer bei Deinem Haus“, 31.03.2023 2) Focus: „Massive Steuererhöhung für Erben von Ein- und Zweifamilienhäusern“, Dezember 2022 AfD-Bundestagsfraktion: „Albrecht Glaser, Kay Gottschalk: Freibeträge und Wertgrenzen für Erbschaftsteuer müssen angepasst werden“, 02.12.2022

Lage der Kommunen immer dramatischer – Migration belastet Haushalt

NEU

Ausgaben der kommunalen Haushalte für soziale Leistungen in Mrd. Euro und Jahren



Quellen:

1) Handelsblatt: „Die Lage ist dramatisch“ – Deshalb drohen in Kommunen Mehrbelastungen für die Bürger“, 14.12.2022 2) Sozialpolitik aktuell: Soziale Leistungen in den Kommunalhaushalten 2020

1

- Die sozialen Leistungen erdrücken zunehmend die Haushalte der Kommunen. Waren es im Jahr 2020 bereits 62 Mrd. Euro, die u.a. für die Unterkunft von Migranten (19,3 %), Eingliederungshilfen (24,0 %), Jugendhilfe (19,8 %), Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (4,2 %) von den Städten und Gemeinden aufzubringen waren, werden sich diese im Jahr 2024 auf nahezu 73 Mrd. Euro belaufen.

2

- Zudem belasten die hohen Energiekosten sowie die Inflation die Kommunen immer stärker. Auch zeigt sich die Inflation in den kommunalen Haushalten. Explodierende Energiekosten und die jüngsten Tarifabschlüsse führen zu weiteren Belastungen.

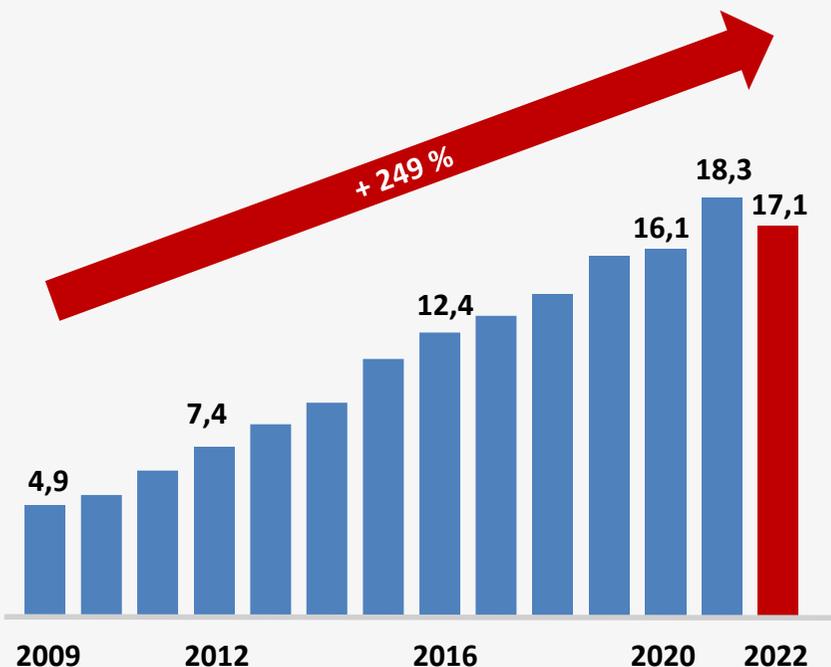
3

- Es ist davon auszugehen, dass nicht wenige Kommunen die Grund- und die Gewerbesteuer sowie andere Kommunalabgaben (u. a. Abwassergebühren) erhöhen werden.

Fast 160 Mrd. Euro Grunderwerbsteueraufkommen in 13 Jahren

NEU

Entwicklung der Grunderwerbsteuer in Deutschland
in Mrd. Euro nach Jahren



Quellen:

1) Statista: Steuereinnahmen aus der Grunderwerbsteuer in Deutschland von 2008 bis 2021, 19.04.2023 2) Bundestag: „AfD-Fraktion im Hessischen Landtag zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024, Drs. 20/10200, 12.01.2023 4) Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag: Reform der Grunderwerbsteuer, Drs. 20(8232, 13.05.2022

1

- Allein von 2009 bis 2022 nahmen die Bundesländer fast 160 Mrd. Euro an Grunderwerbsteuer ein. In dieser Zeit stieg das Aufkommen um fast 250 % an. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Bundesländer den Grunderwerbsteuersatz verringern. Das bedeutet, dass auf lange Sicht die Bürger und Unternehmen nicht entlastet werden.

2

- Grund für den Anstieg der Steuereinnahmen ist nicht zuletzt die Anhebung der Steuersätze durch die Bundesländer. So auch in Hessen, wo die Grunderwerbsteuersatz vergleichsweise deutlich erhöht wurde (2013: von 3,5 % auf 5 %; ab 1.8.2014: von 5 % auf 6 %). Ein Gesetzentwurf der AfD-Landtagsfraktion den Steuersatz in einem ersten Schritt von 6 % auf 4 % abzusenken, wurde abgelehnt.

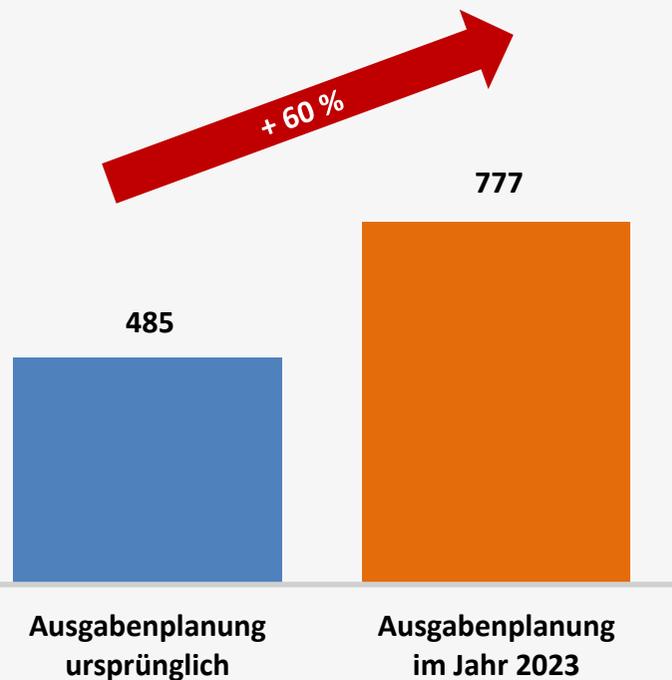
3

- „Um Wohneigentum stärker zu fördern, soll die Bundesregierung laut einem Antrag der AfD-Bundestagsfraktion in Abstimmung mit den Ländern sowohl die Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von Immobilien zu eigenen Wohnzwecken als auch die Grundsteuer abschaffen. Bundesweit solle sie eine Obergrenze von 3,5 % Grunderwerbsteuer festlegen.“

Baukosten für den Kanzler-Protzbau auf 777 Mio. Euro gestiegen

aktualisiert

Kostensteigerungen Bundeskanzleramt in Mio. Euro



Quellen:

1) Bund der Steuerzahler: Der Steuerzahler, 1-2-2023, S. 19

2) AfD-Bundestagsfraktion: „Roger Beckamp: Der Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes muss gestoppt werden“, 21.05.2022

1

- Grund für den noch von Kanzlerin Merkel in Auftrag gegebenen Erweiterungsbau ist laut Bundesregierung die Erhöhung der Mitarbeiterzahl, die sich in den vergangenen 20 Jahren von 410 auf gegenwärtig 873 Mitarbeiter mehr als verdoppelt hat. Derzeit wird mit einer Kostensteigerung von 60 % auf nun 777 Mio. Euro gerechnet.

2

- Der noch von Angela Merkel in Auftrag gegebene Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes sieht u. a. eine Kindertagesstätte für maximal 15 Kinder (2,8 Mio. Euro) und eine zweite Kanzlerwohnung (250 qm) vor. Zudem hat sich die Mitarbeiterzahl des Bundeskanzleramtes „in den vergangenen 20 Jahren von 410 auf gegenwärtig 873 Mitarbeiter mehr als verdoppelt.“

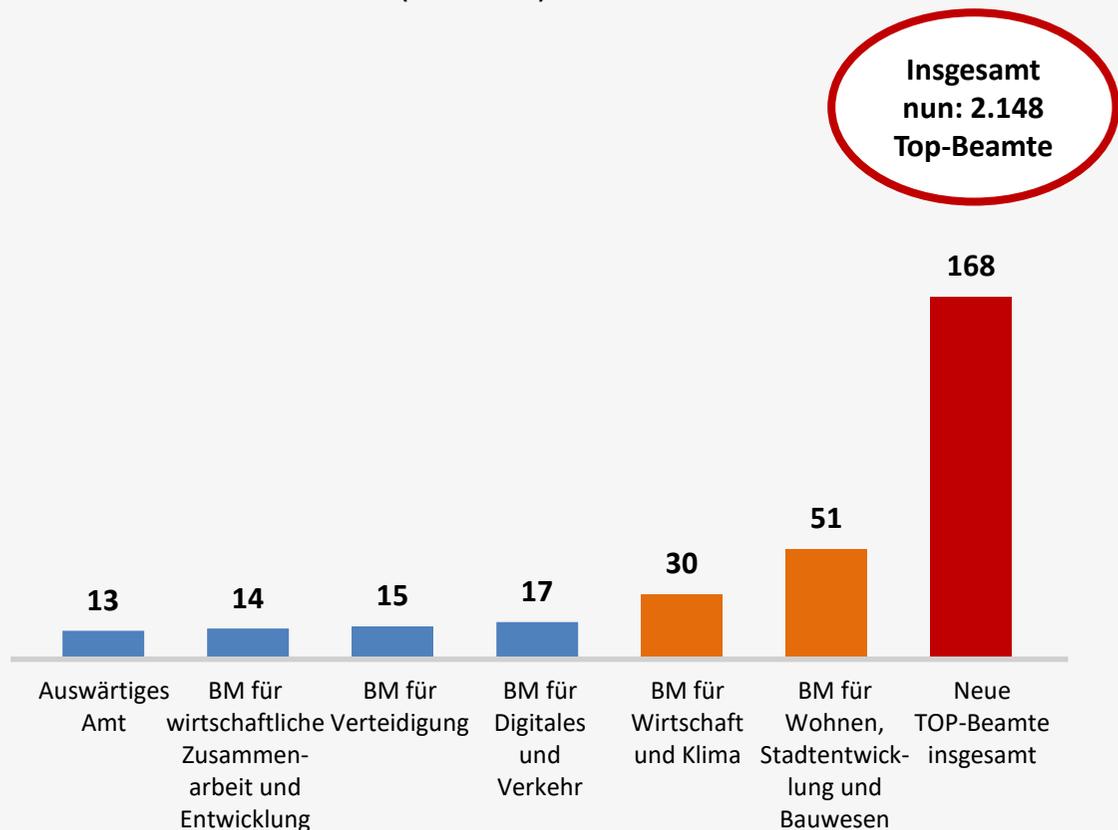
3

- Laut dem Steuerzahlerbund ist „nicht auszuschließen, dass Bauprojekte realisiert werden, denen die Abgeordneten nicht zugestimmt hätten, wenn sie von Anfang an über die tatsächlichen Kosten Bescheid gewusst hätten.“

Regierung schafft immer mehr Top-Stellen – viele ohne Ausschreibung

NEU

Neue Top-Beamten-Stellen (B3 bis B 11) in den Bundesministerien (BM) nach Anzahl im Jahr 2023 (Auswahl)



1

- Die neue Ampel-Regierung hat 168 neue Top-Beamtenposten geschaffen, welche den Steuerzahler pro Jahr 50 Mio. Euro zusätzlich kosten. Die reine Grundbesoldung, ohne diverse Zulagen würde mehr als 8.900 und knapp 15.200 Euro monatlich.“ Insgesamt gibt es nun 2.148 Top-Beamte.

2

- „Die ehemalige Bau-Abteilung des Innenresorts wurde ausgegliedert und zum eigenständigen Bau-ministerium aufgewertet.“ Das Habeck-Ministerium hat alleine 47 neue Top-Stellen geschaffen, und das teils ohne Ausschreibung. Ähnlich agierte Justizminister Buschmann (FDP).

3

- Zudem installierte die Ampel-Regierung 43 Beauftragte und Koordinatoren, u. a. für sexuelle Vielfalt (Queer), Tierschutz, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, Sozialversicherungswahlen oder einen für die Weltmeere.

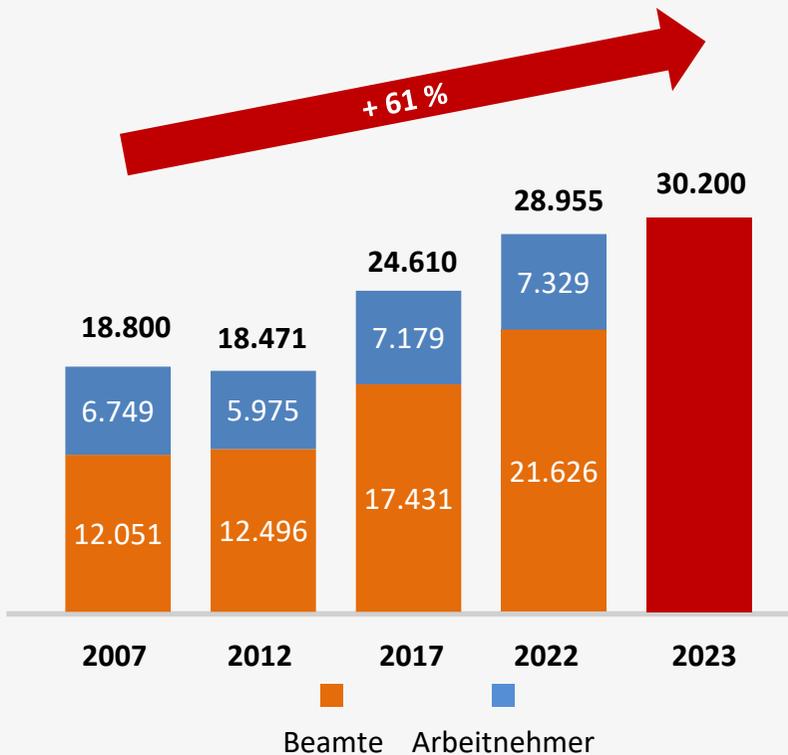
Quellen:

1) Der Steuerzahler: „XXL-Ministerien: Groß, größer, Ampel“, 4-2023 2) Bundesregierung: Liste der Beauftragten der Bundesregierung, 13.03.2023 3) Bild: „Justizminister vergibt Stellen ohne Ausschreibung“, 20.04.2023 4) Junge Freiheit: „Zu Befehl? Habeck-Ministerium trifft sich wöchentlich mit Klima-Lobby“, 26.05.2023 5) dbb Beamtenbund und Tarifunion: 2022 Besoldungstabelle, 01.04.2022

Auch Bundesministerien bauen ihren Personalbestand deutlich aus

aktualisiert

Stellenentwicklung in den Bundesministerien nach Anzahl und Jahren



Quelle:
 1) Der Steuerzahler: „XXL-Ministerien: Groß, größer, Ampel“, 4-2023 2) Der Steuerzahler: „Die große Selbstbewirtschaftung“, 5-2022 3) Achtung Reichelt: „Pleiteticker. 1710 neue Beamte: Teurer Personalzuwachs unter Ampel-Koalition, 26.05.2023 4) Frage der Bundestagsabgeordneten Dr. Ingeborg Gräßle (CDU): Schaffung von neuen Planstellen, Dr. 20/6259, S. 15 ff, 28.03.2023

1

- Die Bundesministerien bauen ihre Schaltzentralen weiter auf Kosten der Steuerzahler aus. Innerhalb von 16 Jahren gab es einen Aufwuchs von über 11.400 Stellen (+ 61 %).

2

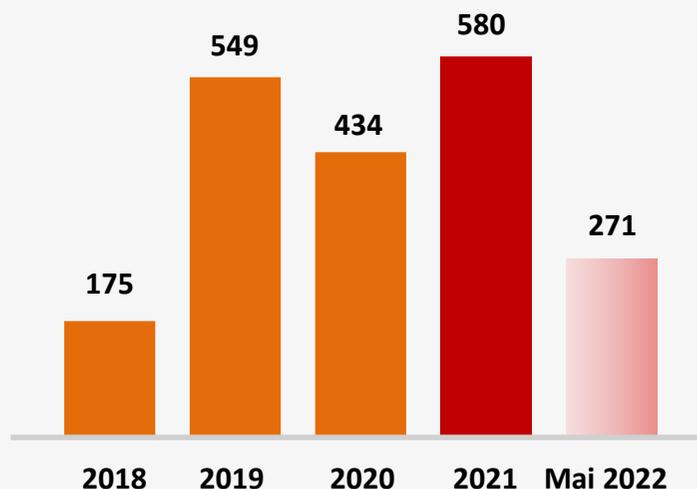
- Vor allem Beamtenstellen wurden geschaffen, die den „Steuerzahler teuer zu stehen kommen, wenn später einmal hohe Pensions- und Beihilfebelastungen anfallen. Das schert die aktuell Regierenden aber wenig, denn das sind dann Finanzierungsprobleme künftiger Politikergenerationen.“

3

- „Die Regierung prast bei sich selbst, während Bürger und Wirtschaft unter der hohen Inflation und den Rekordpreisen für Energie leiden – schließlich müssen sie auch noch die XXL-Krisenschulden der Politik tilgen! Das passt nicht zusammen, hier fehlt es der Politik an Feingefühl und Vorbildfunktion.“

Kein Vertrauen in Beamte – externe Beratungskosten explodieren

Gesamtvolumen der Beratungs- und Unterstützungsleistungen von externen Dritten in Mio. Euro und nach Jahren



Quellen:

1) Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: Ausgaben für Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Jahr 2021, Drs. 20/862, 25.02.2022 2) Die Zeit: „Kosten der Bundesregierung für externe Berater erneut stark gestiegen“, 12.03.2021 3) Süddeutsche Zeitung: „Mehr als eine halbe Milliarde für externe Berater“, 31.01.2020 4) FinanzNachrichten: „Bundesregierung rechnet Beratungskosten klein“, 06.12.2019 5) Handelsblatt: „Ampel-Regierung zahlt 271 Millionen Euro für externe Beratung“, 21.06.2022 6) Der Spiegel: „Bundesregierung trickst bei Angaben zu Beraterkosten“, 06.12.2019

1

- Von 2018 bis Mai 2022 hat die Bundesregierung über zwei Mrd. Euro für externe Berater ausgegeben. Und das, obwohl in den letzten Jahren ein deutlicher Zuwachs an Mitarbeitern in den Bundesministerien zu beobachten war.

2

- Vor allem die Bundesministerien des Innern und für Heimat, für Digitales und Verkehr, für Finanzen und für Gesundheit beschäftigten zusätzliche externe Berater.

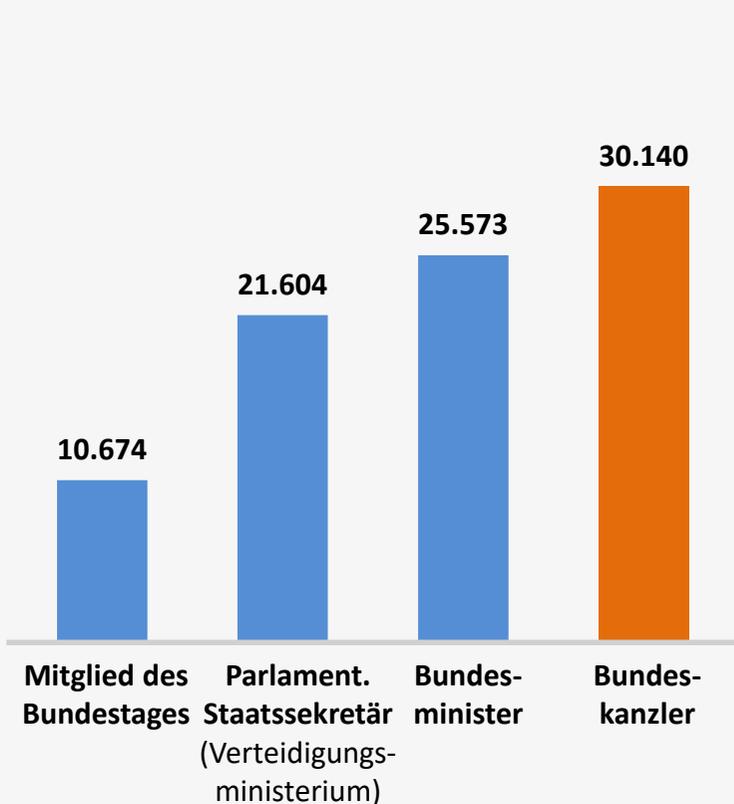
3

- Die Beratungskosten für den Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz werden nicht veröffentlicht, da diese als geheime Verschlusssache eingestuft sind.

Die Diäten für Politiker und Minister steigen trotz Krise weiter deutlich

aktualisiert

Monatliche Diäten in Euro ab dem 1. Juli 2022



Quellen:

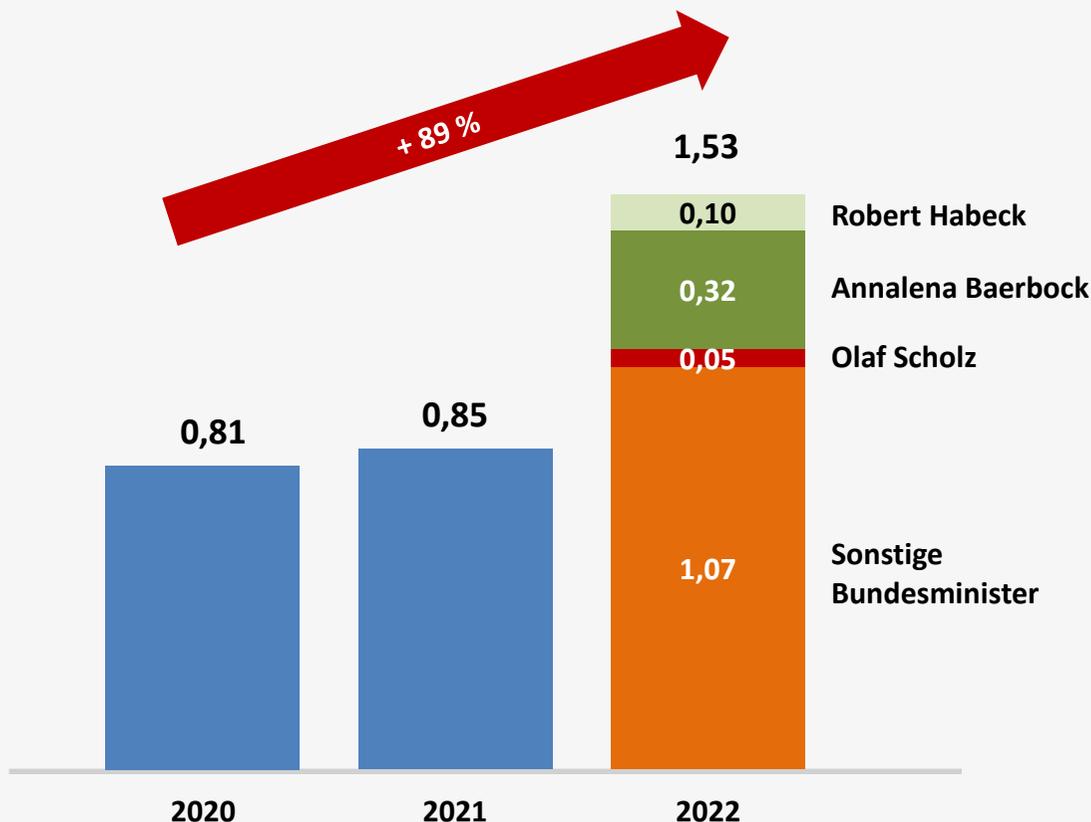
1) Bild: „Mehr als 30 000 Euro für Scholz“, 30.06.2022 2) Deutscher Bundestag: Bekanntmachung der Anpassung der Abgeordnetenentschädigung, Drs. 20/1516, 27.04.2022 3) Stephan Brandner (AfD): „Armut auf Höchststand, aber deutliche Diätenerhöhung für Abgeordnete“, 30.06.2022 4) Berliner Kurier: „Diäten-Irrsinn im Bundestag: Ab Juli winkt saftige Gehaltserhöhung für unsere Politiker – So viel Kohle kriegen sie“, 09.02.2023

- 1
 - Nach einer Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion erhält Bundeskanzler Olaf Scholz ein Gehalt von 30.140 Euro pro Monat. Die Bundesminister kommen auf monatlich 25.573 Euro.
- 2
 - Die Abgeordneten-Diäten stiegen ab Juli 2022 um 3,1 %. Die Ampelkoalition hatte einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorgelegt. Die Anpassung wurde von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Linken und der AfD angenommen. Stephan Brandner (AfD) „hält die Entwicklung für gefährlich, zeige sie doch, dass sich die Gruppe der Politiker immer weiter vom Volk entferne“.
- 3
 - Ab Juli 2023 steigen die Diäten der Bundestagsabgeordneten noch einmal um 3,4 %. „Das automatische Erhöhungsverfahren wurde 2016 eingeführt. Seither muss der Bundestag nur einmal zu Beginn der Legislaturperiode beschließen, an dem Automatismus festzuhalten. Eine neue Debatte im Bundestag oder eine Abstimmung darüber ist nicht nötig.“

Über 1,5 Mio. Euro gaben Bundesminister für Friseure und Make-up aus

NEU

Ausgaben der Mitglieder der Bundesregierung für Maskenbildner und Fotografen in Mio. Euro nach Jahren



Quellen:

1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Inanspruchnahme von Fotografen, Visagisten, Frisören und sonstigen körpernahen Dienstleistungen durch Mitglieder der Bundesministerien, Drs. 20/5286, 19.01.2023 2) Bund der Steuerzahler: „Bella Figura: Der Trend geht zum eigenen Visagisten“, Januar 2023 3) Focus: „Kanzleramt zahlt Merkel noch immer die Visagistin, Mitarbeiter genervt“, 29.06.2023 4) Anfrage von Stephan Brandner (AfD-MdB): „Ex-Kanzlerin Merkel bedient sich nach wie vor hemmungslos aus Steuergeld“, 06.07.2023

1

- Durch eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion kam heraus, dass die Mitglieder der Bundesregierung im Jahr 2022 über 1,5 Mio. Euro für Stylen, Pudern, Schminken und Fotografieren ausgegeben hatten. Gegenüber dem Jahr 2020 kam es zu einer Steigerung von 89 %.

2

- Bundeskanzler Olaf Scholz hat dabei für Fotografen und Friseure insgesamt 47.264 Euro, Robert Habeck 94.641 Euro und Annalena Baerbock 315.317 Euro an Steuergeldern ausgegeben. Zudem gab Alt-Kanzlerin Merkel für Make-up und Frisur im Jahr 2022 fast 40.000 Euro Steuergeld aus.

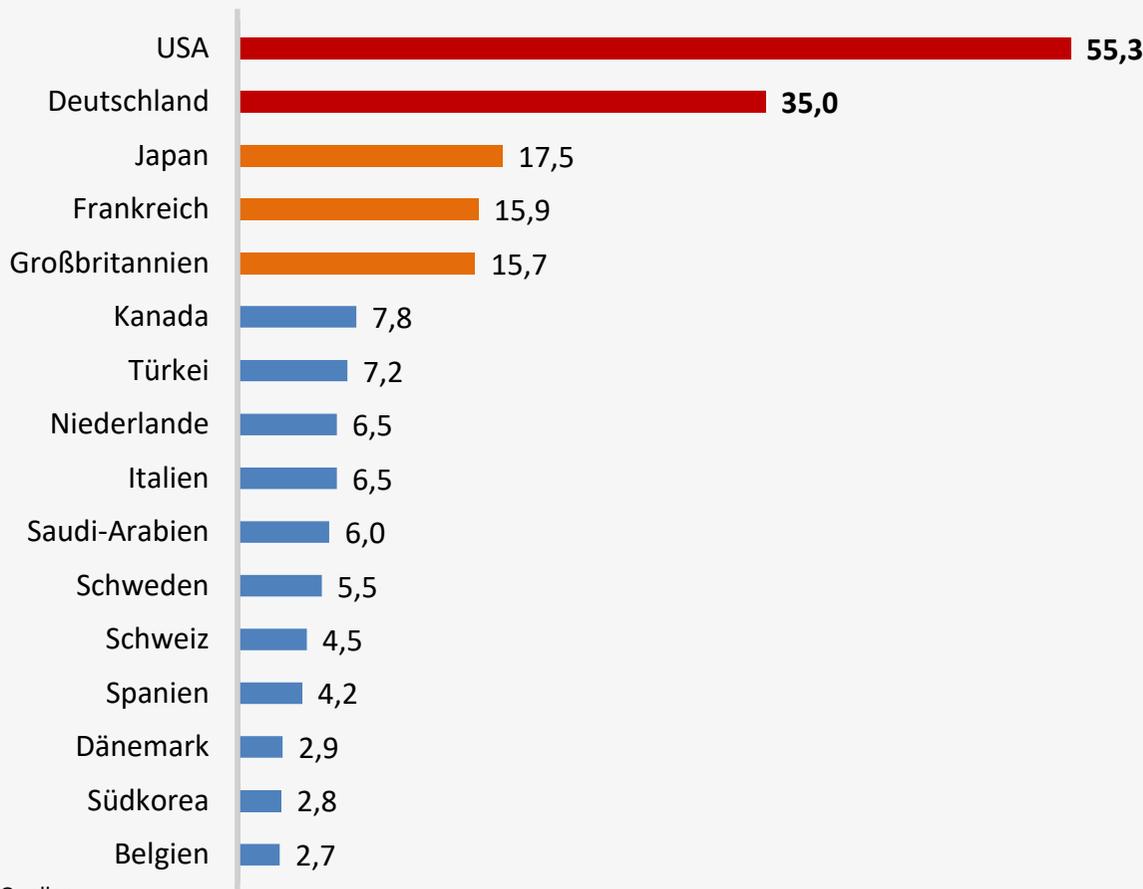
3

- „Vollständig dürften die Angaben nicht sein. Die Bundesregierung selbst weist nämlich darauf hin, dass nur jene Kosten berücksichtigt worden seien, die ‚in der Kürze der zur Verfügung stehenden Beantwortungszeit zu ermitteln waren.“

Deutschland zweitgrößter Geldgeber – China und Indien geben nichts

NEU

Entwicklungshilfe in Mrd. US-Dollar nach Ländern im Jahr 2022



Quellen:

1) OECD: ODA Levels in 2022- Preliminary data, 12.04.2023 2) Tagesschau: „Wie China seinen Einfluss ausbaut“, 16.07.2020 3) Konrad-Adenauer-Stiftung: „Zur Entwicklungspolitik der Golfstaaten: Motive, Schwerpunkte und Kooperationspotenziale“, 05.07.2021

1

- Die Vereinigten Staaten verfolgen mit Entwicklungshilfeszahlungen auch geostrategische Ziele. Würde lieber so formulieren „Für Deutschland, den zweitgrößten Zahler, scheinen eigene wirtschaftliche Interessen hingegen oftmals keinerlei Bedeutung zu haben.“

2

- China – wie Indien – steigern dagegen ohne Entwicklungshilfeszahlungen ihren politischen Einfluss in Afrika und Asien, indem sie in den Ländern im Tausch gegen Rohstoffe die Infrastruktur ausbauen und dafür Rohstoffe erhalten.

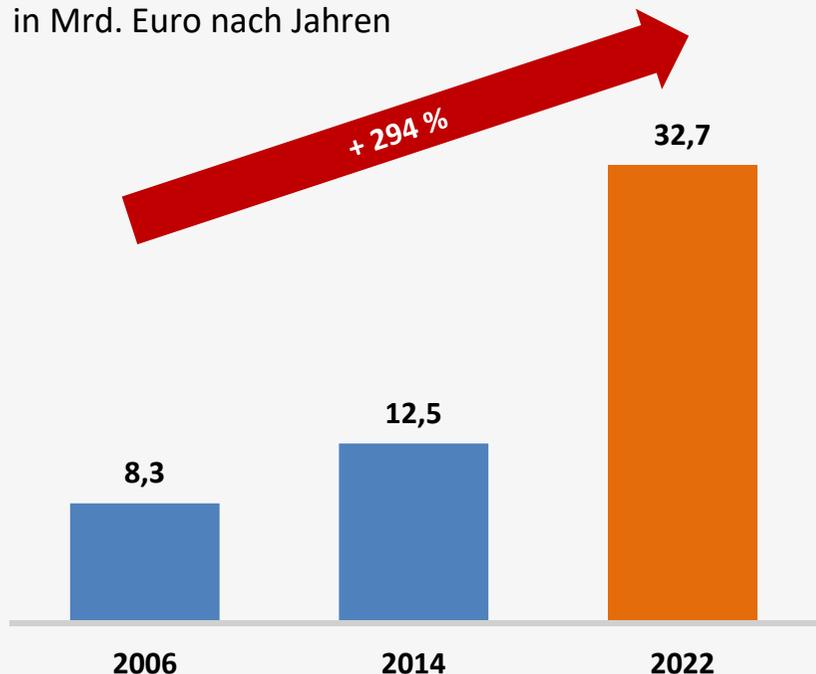
3

- Anders verfahren arabische Staaten wie Saudi-Arabien, Katar, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate. Diese unterstützen mit ihren Geldern vor allem weltweit den Islam.

Deutschland steigerte seit 2006 seine Entwicklungshilfe um 293 %

aktualisiert

Deutsche Entwicklungshilfe weltweit
in Mrd. Euro nach Jahren



Quellen:

1) OECD: ODA Levels in 2022- Preliminary data, 12.04.2023 2) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Geber im Vergleich, 23.04.2021 3) Statista: Deutsche Netto-Zahlungen für Entwicklungshilfe, 22.04.2020 4) Süddeutsche Zeitung: „Deutschland zweitgrößter Geber“, 12.04.2021 5) Ifw Kiel: „Why Germany Should Continue Its Development Cooperation With China“, 11/2021 6) Die Welt: „Hunderte Millionen deutsche Entwicklungshilfe für China. Wann ändert sich das?“, 20.06.2022 7) Finanzen.net: Währungsrechner 8) Markus Frohnmaier (AfD): „Entwicklungshilfe für China und andere Wirtschaftsmächte beenden“, 19.01.2023

1

- Obwohl Deutschland die viertgrößte Volkswirtschaft ist, liegt es bei den Entwicklungshilfeszahlungen auf Platz 2. Im Jahr 2022 gab Deutschland knapp 33 Mrd. Euro (2021: 27,3 Mrd. Euro) für die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit aus. Was im Vergleich zum Niveau des Jahres 2006 einer Steigerung um fast 294 % entspricht.

2

- Im Jahr 2022 leisteten die EU-Staaten insgesamt über 85,6 Mrd. Euro Entwicklungshilfe. Das bedeutet, dass Deutschland mehr als 38 % der gesamten Entwicklungshilfe der EU-Staaten trägt. Da die EU zusätzlich 21,57 Mrd. Euro Entwicklungshilfe zahlt, erhöht sich die Summe für Deutschland zusätzlich. Denn auch hier tragen die deutschen EU-Zahlungen die Hauptlast.

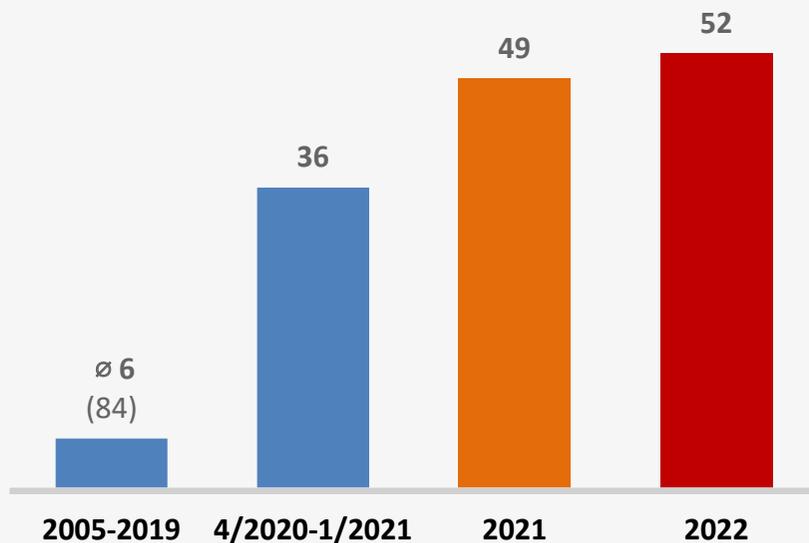
3

- Die Bundesregierung zahlte von 2017 bis 2021 fast 3 Mrd. US-Dollar an Entwicklungsleistungen an China. „Die Projekte werden von nichtstaatlichen Akteuren durchgeführt – aber aus deutschen öffentlichen Mitteln bezahlt. Zum Beispiel: Die ‚Förderung eines zivilgesellschaftlichen Gender-netzwerks‘ für 400.000 Euro oder die ‚Förderung eines Online-Netzwerkes zur Befähigung von Arbeitsmigrantinnen in China‘ für 219.000 Euro.“

Korruption bei Entwicklungshilfe steigt – als Verschlusssache eingestuft

NEU

Mittelfehlverwendungen deutscher Entwicklungshilfe nach Anzahl seit 2005



Quellen:

1) [Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Mittelfehlverwendungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Drs. 19/13045, 09.09.2019](#) 2) [Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Mittelfehlverwendungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Drs. 19/18982, 06.05.2020](#) 3) [Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Mittelfehlverwendungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Drs. 19/27766, 23.03.2021](#) 4) [Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Mittelfehlverwendungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Drs. 20/5525, 06.02.2023](#) 5) [Markus Frohnmaier \(AfD-MdB\): „Dramatischer Anstieg der Korruptionsfälle in der Entwicklungshilfe alarmierend“, 08.02.2023](#)

1

Erst auf Anfragen der AfD-Bundestagsfraktion kam heraus, dass die „Anzahl der bestätigten Fälle von Mittelfehlverwendungen in der staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit sich auf einem Allzeithoch befindet.“ Viele Details wie die Höhe der Mittelfehlverwendungen, die Namen der Projekte und NGOs werden geheim gehalten. Zudem kam heraus, dass „70 der 84 Partnerstaaten der deutschen Entwicklungshilfe als hochkorrupt eingeschätzt“ werden.

2

Laut Bundesregierung „stehen nach sorgfältiger Abwägung mit dem parlamentarischen Informationsanspruch einer uneingeschränkten Veröffentlichung von Daten der Durchführungsorganisationen zu Mittelfehlverwendungen in Partnerländern der Schutz der Grundrechte Dritter sowie das Interesse der Bundesregierung an einer funktionsgerechten und adäquaten Aufgabenwahrnehmung entgegen.“

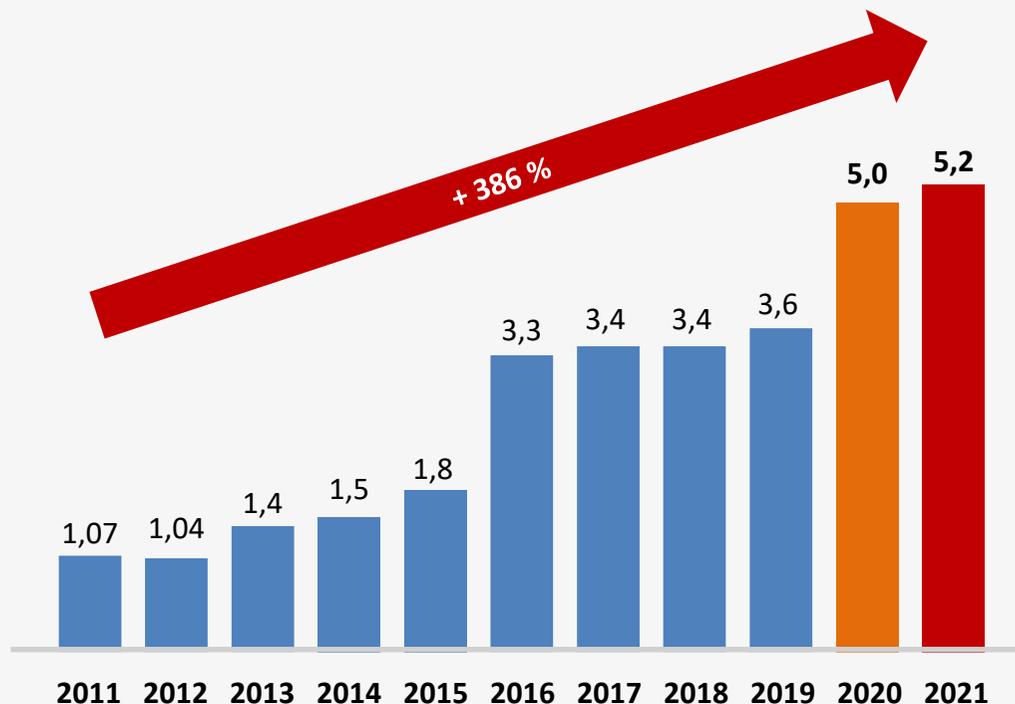
3

Es ist davon auszugehen, dass es noch zu weiteren Mittelfehlverwendungen gekommen ist. Denn laut Bundesregierung würde „eine händische Recherche von ca. 17.000 Vorhaben nichtstaatlicher Träger im Zeitraum seit 2005 (bis 2019), die erforderlich wäre, um ggf. einzelne Fälle von Mittelfehlverwendung festzustellen, zudem den Rahmen der Zumutbarkeit sprengen.“

Deutschland ist mit 31 Mrd. Euro Zahlmeister bei Vereinten Nationen

NEU

Gesamtzahlungen des Bundes an die Vereinten Nationen
in Mrd. Euro nach Jahren



1

- Im Jahr 2021 zahlte der Bund über 5 Mrd. Euro an die Vereinten Nationen (VN). Allein von 2011 bis 2021 wurden 30,7 Mrd. Euro gezahlt, obwohl die VN von Deutschland für diese Zeit nur einen Pflichtbeitrag von 8 Mrd. Euro einforderten.

2

- Neben dem Auswärtigen Amt haben auch andere Bundesministerien wie das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Gesundheitsministerium an die Vereinten Nationen Gelder überwiesen.

3

- Es „gibt keine Angaben, wie die ordnungsgemäße Verwendung der Gelder durch Rechnungskontrolle und Korruptionsprävention sichergestellt wird.“ Dabei gab es „in den vergangenen Jahren immer wieder Berichte über massive Korruption bei den Vereinten Nationen.“

Quellen:

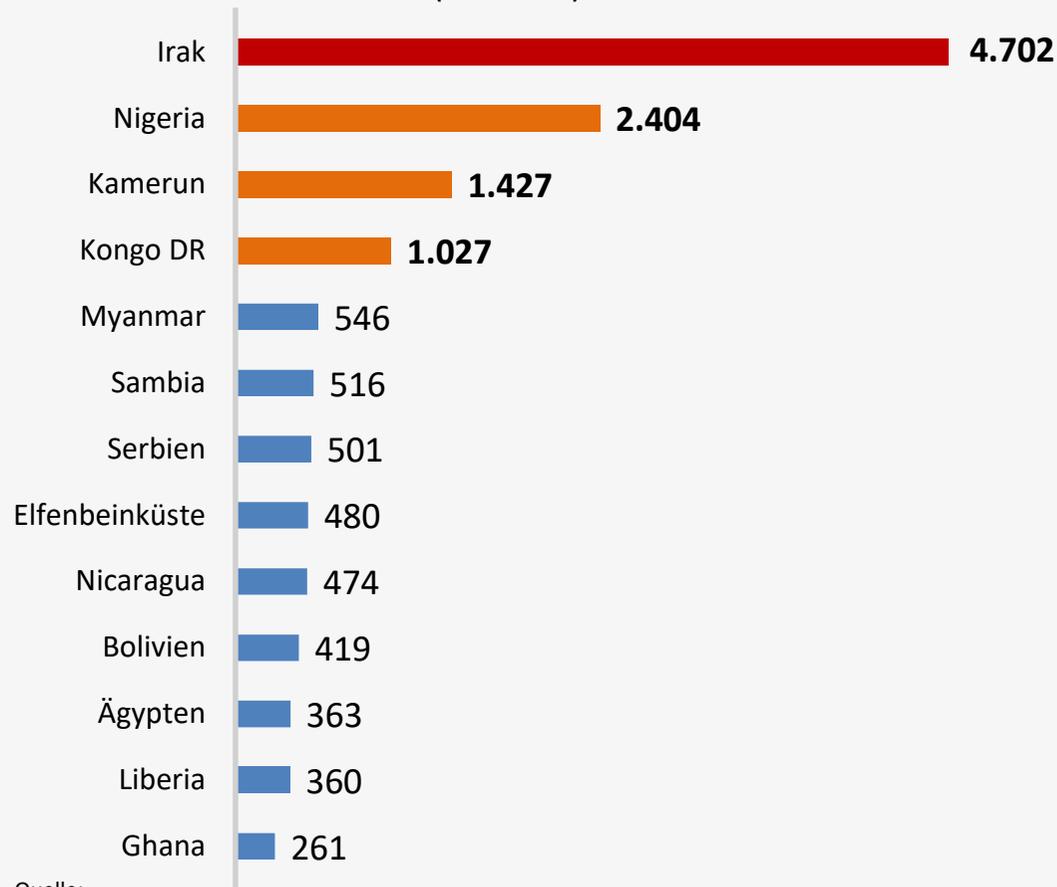
- 1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Multilateralismus und Transformation, Drs. 20/6247, 29.03.2023
- 2) Deutscher Bundestag: Auswärtiges Amt, Antwort, hib 253/2023: 5,21 Milliarden Euro für die Vereinten Nationen im Jahr 2021, 11.04.2023
- 3) Junge Freiheit: „Deutschland ist Zahlweltmeister“, 21.04.2023

Deutschland erlässt ausländischen Staaten 15,8 Mrd. Euro Schulden

NEU

Schuldenerlasse durch Deutschland

in Mio. Euro nach Ländern (Auswahl) von 2000–2022



Quelle:

1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Schuldenerlasse der Bundesrepublik Deutschland gegenüber anderen Staaten seit dem Jahr 2000 – Stand: 31. Dezember 2022, Drs. 20/5624, 09.02.2023

1

- Nach einer Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion haben die einzelnen Bundesregierungen ausländischen Staaten von 2000 bis 2022 insgesamt Schulden in Höhe von 15,76 Mrd. Euro erlassen.

2

- Dass gerade rohstoffreiche Staaten wie der Irak oder Nigeria, aus denen sehr viele Migranten illegal nach Deutschland kommen, einen Schuldenerlass von über 7,1 Mrd. Euro erhalten, ist nicht verständlich. Zumal Kompensationen – wie die Rücknahme illegaler Migranten – nicht ausgesprochen wurden.

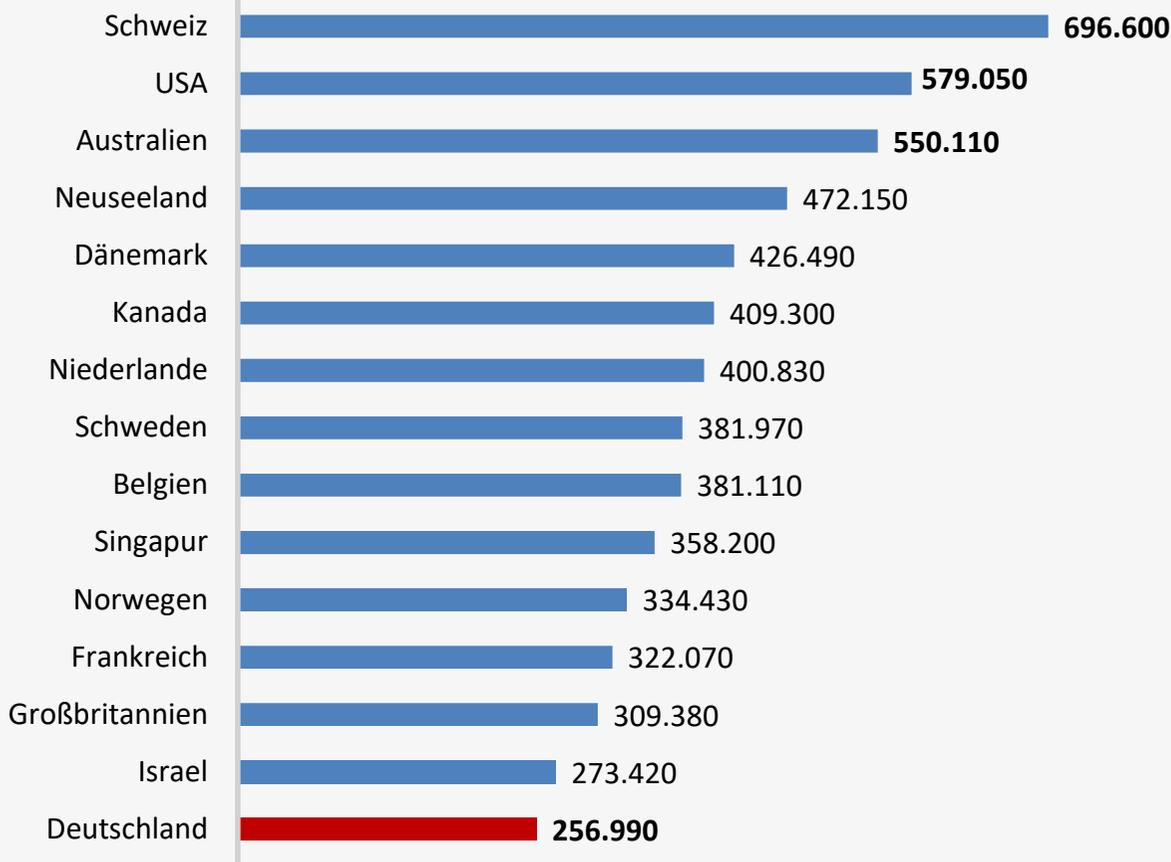
3

- Auch wurde den EU-Beitrittskandidaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro 623 Mio. Euro Schulden erlassen.

Die Deutschen liegen beim Nettovermögen weiter am unteren Ende

aktualisiert

Crédit Suisse-Studie zum mittleren Nettovermögen (Median) pro Erwachsenem im internationalen Vergleich in US-Dollar im Jahr 2021



Quellen:

- 1) Credit Suisse: Global Wealth Report 2022
- 2) EZB: Statistic Paper Series, Dezember 2016
- 3) Die Welt: „Das reiche Deutschland gibt es nur im Koalitionsvertrag“, 24.02.2018

1

- Die Crédit Suisse-Studie zeigt, dass nicht wenige EU-Transferempfängerländer ein deutlich höheres mittleres Nettovermögen pro Erwachsenem als Deutschland haben.

2

- Und das, obwohl Deutschland der Hauptfinanzierer der EU ist und insbesondere die Südländer mit Bürgschaften und Krediten vor der Staatsinsolvenz bewahrte.

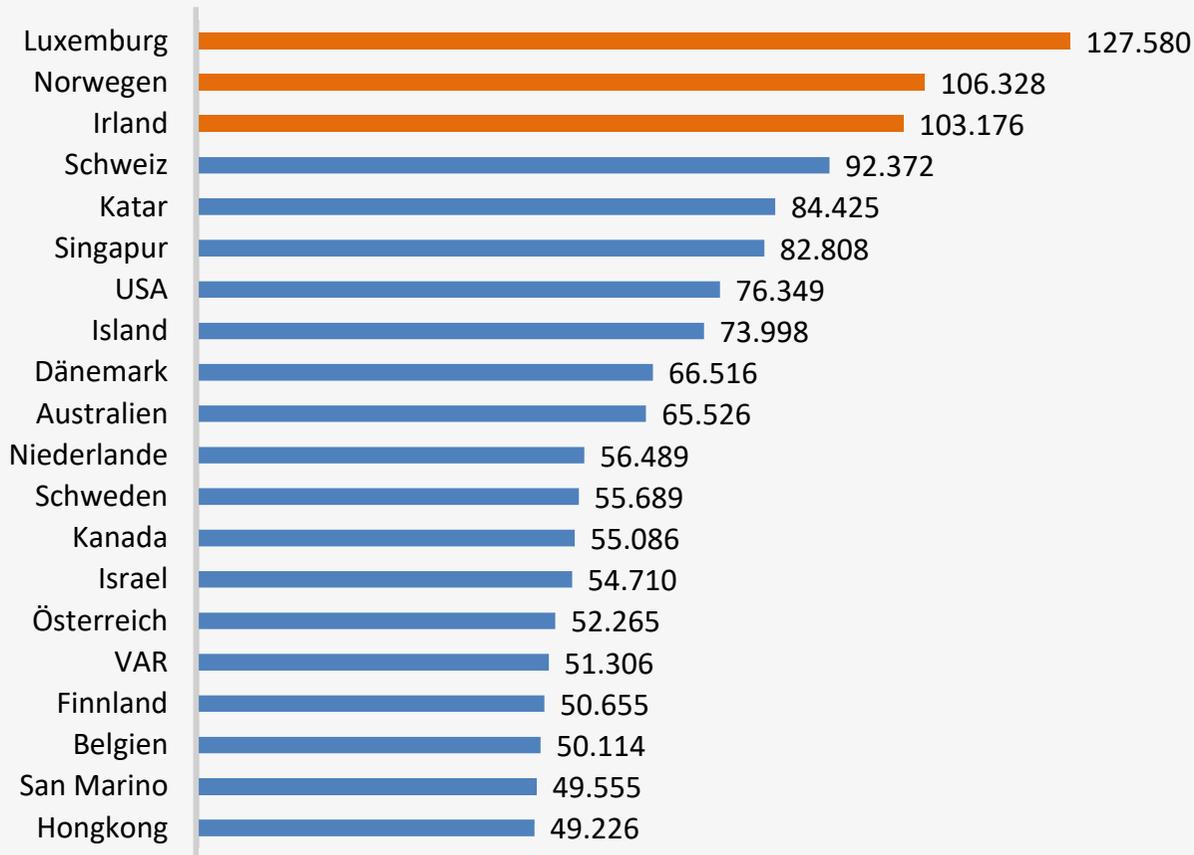
3

- Zudem belegt die Studie, dass die Vermögen ein Jahr nach Einführung des Euro (1999) in Frankreich (+ 5,1 % p.a.) und den Niederlanden (+ 4,7 %) schneller gewachsen sind, als in Deutschland (+ 4,4 %).

Deutschland beim BIP pro Kopf erstmals nicht mehr unter den TOP 20

aktualisiert

Die 20 Staaten mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf im Jahr 2022 in US-Dollar



Quellen:

- 1) Statista: Die 20 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf im Jahr 2022, 28.04.2023
- 2) Statista: Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2021, 26.04.2022
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Das irische Steuermodell wankt“, 14.06.2021

1

- Deutschland findet sich erstmals nicht mehr unter den TOP-20 Ländern mit dem größten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf.

2

- Obwohl Irland als erster EU-Staat im Jahr 2010 Finanzhilfen des Europäischen Rettungsschirms in Anspruch nahm, weist es mit über 100.000 US-Dollar das dritthöchste BIP pro Einwohner der Welt auf. Im Jahr 2020 hatte Irland ein BIP von 86.849 US-Dollar.

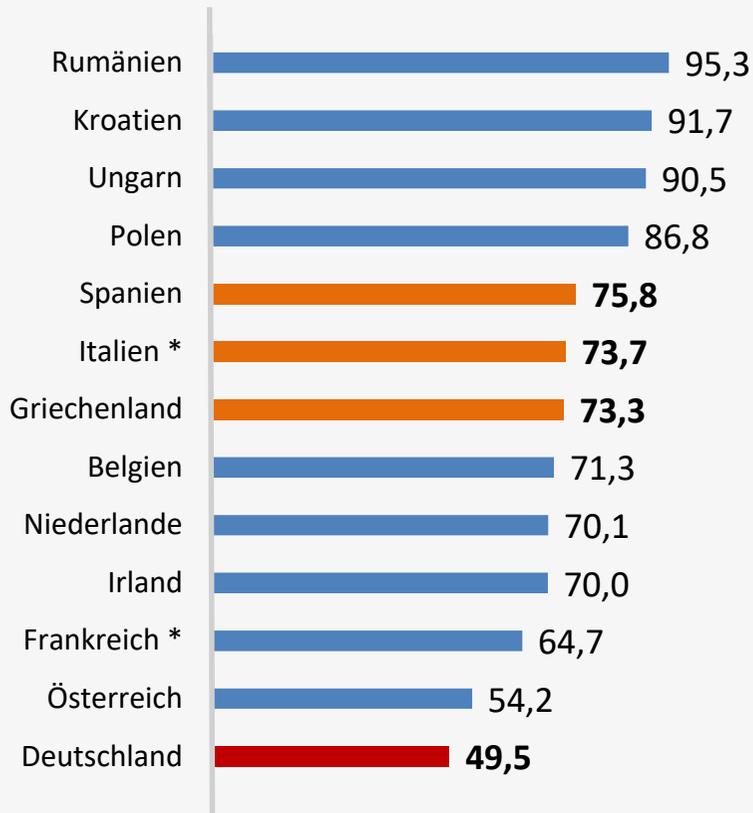
3

- In Irland müssen Unternehmen nur geringe Körperschaftsteuern zahlen (12,5 % und weniger). Dies führte dazu, dass große internationale Konzerne wie Facebook, Google und Apple ihre Zentren nach Irland verlegten.

Deutschland ist seit Jahren Schlusslicht beim Wohneigentum in der EU

aktualisiert

Wohneigentumsquote in Europa in % im Jahr 2021
(* Jahr 2020)



Quellen:

1) Statista: Wohneigentumsquote in ausgewählten europäischen Ländern im Jahr 2021, 10.11.2022 2) Sparda-Studie: Wohnen in Deutschland 2023 3) Destatis: „Baugenehmigungen für Wohnungen im Februar 2023: -20,6 % gegenüber Vorjahresmonat“, 18.04.2023

1 In Deutschland verfügen nur 49,5 % – im Jahr 2019 waren es noch 51,1 % – der Einwohner über Wohneigentum. Damit ist Deutschland Schlusslicht in der Europäischen Union. Allein im Januar und Februar 2023 ist die Zahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser um 28,4 % und für Zweifamilienhäuser um 52,4 % zum Vorjahr gesunken.

2 Anders sieht es in hochverschuldeten Staaten wie Italien, Griechenland und Spanien aus. Dort liegt das Wohneigentum zwischen 73,3 % (Griechenland) und 75,8 % (Spanien). Spitzenreiter ist Rumänien mit über 95 %. Im Gegensatz zu Deutschland hat sich die Wohneigentumsquote fast überall erhöht.

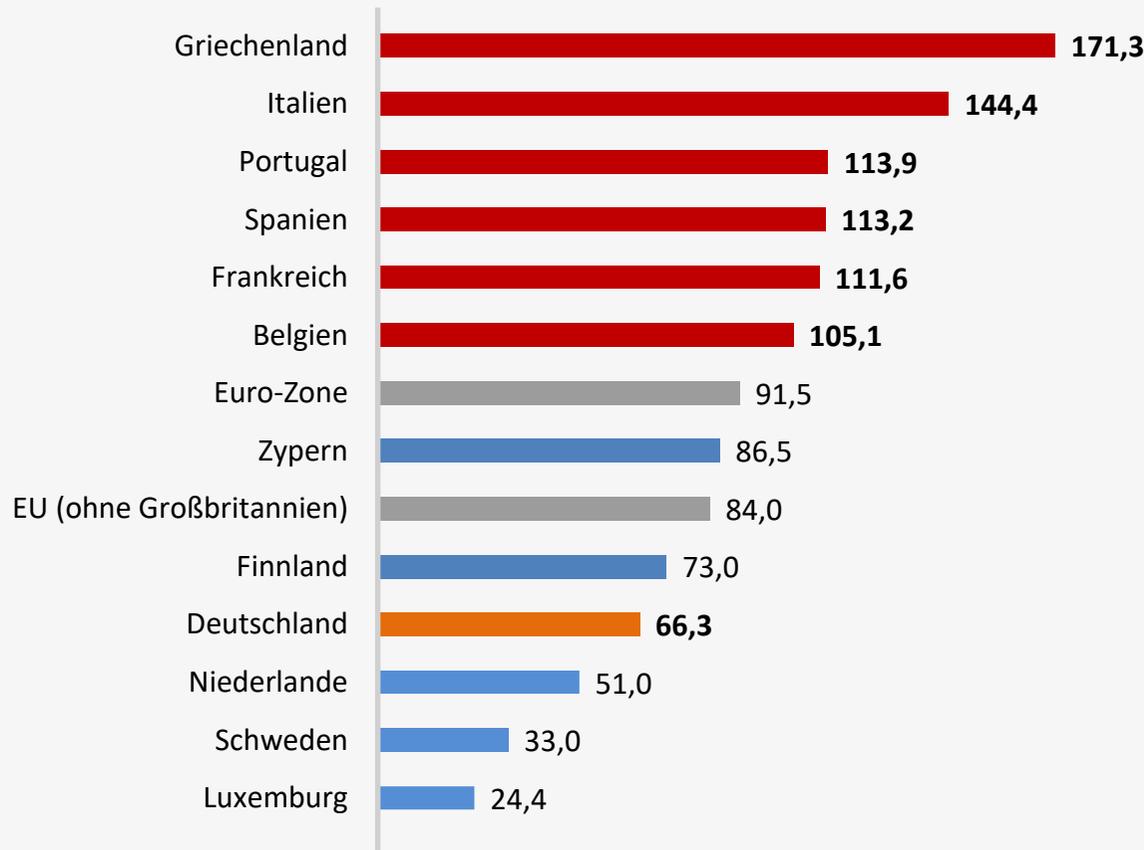
3 Gerade der Besitz eines eigenen Hauses oder einer Wohnung stellt einen nicht unbedeutenden Anteil am Wohlstand dar. Denn Eigentum bietet besonders im hohen Alter finanzielle Sicherheit, aber auch hohe Lebensqualität.

4 Laut einer Studie der Sparda-Bank erhielt man in Deutschland im Jahr 2022 „für 388.000 Euro eine durchschnittliche Wohnfläche von 119 m²“. „Für ein Eigenheim müssen somit durchschnittlich 3.250 Euro je m² investiert werden.“ Das ist eine Steigerung zum Vorjahr um 20 % (2.700 Euro).

Südländer entschulden sich durch Inflation – Deutschland nur gering

aktualisiert

Europäische Union: Staatsverschuldung in den Mitgliedsstaaten
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in % im 4. Quartal 2022



Quellen: 1) Statista: Staatsverschuldung der EU-Mitgliedsstaaten, 26.04.2023 2) Bundeszentrale für politische Bildung: Öffentlicher Schuldenstand, 14.07.2022 3) Deutsche Bundesbank: „Deutsche Staatsschulden steigen 2020 um 275 Milliarden Euro auf 2,33 Billionen Euro, Schuldenquote von 59,7 auf 70 Prozent“, 31.03.2021 4) Die Welt: „Europas Schulden schmelzen plötzlich dahin – nur die deutschen nicht“, 15.02.2023 5) Statista: Europäische Union & Eurozone: Staatsverschuldung¹ 2 von 1995 bis 2022 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, 31.05.2023

1 Die durchschnittlichen Staatsschulden der EU-Staaten in Relation zu ihrem BIP sind seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 (62,3 %) bis Ende 2022 (84,0 %) um 35 % gestiegen.

2 Die Staatsverschuldung nahm vor allem in den Südländern drastisch mit der Einführung des Euro bis zum Jahr 2021 zu. Durch die bis vor kurzem hohe Inflation konnten sich Griechenland (2022: 171,3 %), Italien (144,4 %), Portugal (113,2 %), Spanien (113,2 %) deutlich entschulden.

3 Auch in Deutschland ist die Staatsverschuldung von 58,2 % im Jahr 2001 auf 66,3 % (2022) gestiegen (Höchststand 82,5 % im Jahr 2010). Bis 2060 könnte die deutsche Staatsverschuldung laut dem Bundesfinanzministerium auf rund 220 % des BIPs steigen, u. a. durch die „Flüchtlingskrise“.

1.171 Mrd. Euro an Target-II-Salden kommen uns teuer zu stehen

aktualisiert

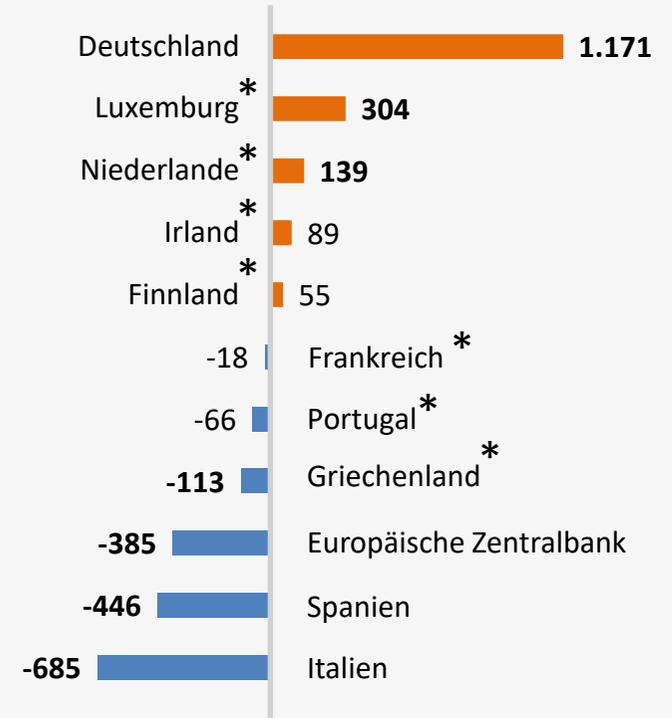
1 Die Target-II-Salden zeigen die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den nationalen Notenbanken im Euro-System an. Diese stehen für die Subventionierung der Euro-Krisenländer durch die EZB auf Kosten der Euro-Länder, die einen positiven Target-II-Saldo ausweisen. Einfach ausgedrückt: Man kauft auf Pump.

2 Die Targetsalden Deutschlands und Italiens sind im März 2023 mit 1.171 Mrd. Euro bzw. -685 Mrd. Euro auf ein jeweiliges Extrem geklettert. „Das ist ein deutliches Zeichen für eine neuerliche Kapitalflucht aus Italien nach Deutschland.“ Spaniens Zentralbank verzeichnet ebenfalls sehr hohe Target-Verbindlichkeiten in Höhe von 446 Mrd. Euro.

3 Gegenüber Anfang 2015 (515 Mrd. Euro) stieg der deutsche Saldo um 656 Mrd. Euro. Entsprechend erreichten die Target-Verbindlichkeiten der südeuropäischen Länder schwindelerregende Höhen.

4 Bei einem Auseinanderbrechen der Eurozone kann das für Deutschland schwerwiegende Auswirkungen haben. Denn die Forderungen würden vermutlich wertlos verfallen. Die Bundesbank müsste sie abschreiben. Die Rechnung trägt letztlich der deutsche Steuerzahler.

Target II-Salden von Ländern des Eurosystems in Mrd. Euro im März 2023 (*: Februar 2023)

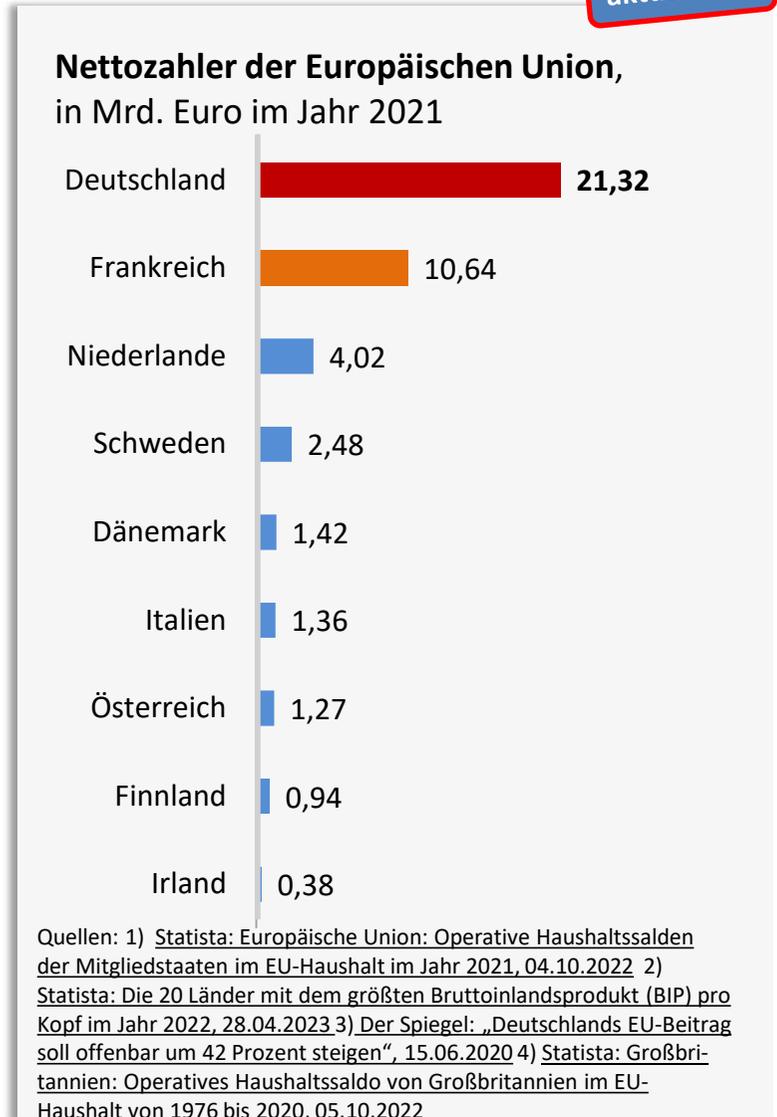


Quelle:
1) Hans-Werner Sinn: „Targetsalden ausgewählter Zentralbanken“, März 2023 2) Bundesbank: Target II-Salden, 23.04.2023

Deutschland zahlt Rekordbetrag an die EU und ein Ende ist nicht in Sicht

aktualisiert

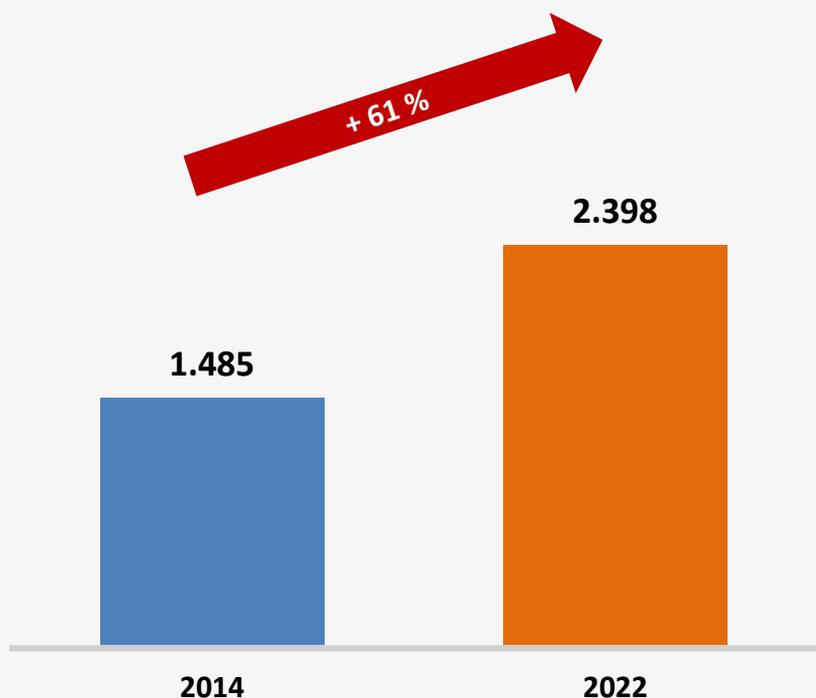
- 1
 - Deutschland zahlte im Jahr 2021 netto 21,3 Mrd. Euro an die EU. Größte Nettoempfänger waren Polen (12,9 Mrd. Euro), Griechenland (4,7 Mrd. Euro) sowie Rumänien und Ungarn (über 4 Mrd. Euro).
- 2
 - Das Industrieland Italien trägt im Vergleich zum Jahr 2020 (4,7 Mrd. Euro) mit 1,36 Mrd. Euro nur noch wenig zum EU-Haushalt bei.
- 3
 - Da Großbritannien die EU verlassen hat, fehlen dem EU-Haushalt seit 2020 jedes Jahr über 10 Mrd. Euro (Nettobeitrag). Anstatt, dass die EU die Ausgaben kürzt, müssen nun vor allem Deutschland und Frankreich diesen Fehlbetrag ausgleichen.
- 4
 - Die Beitragszahlungen Deutschlands werden in den nächsten Jahren deutlich steigen. So soll der jährliche Jahresbeitrag Deutschlands im Jahr 2027 bei 44 Mrd. Euro liegen.



Luxus-Versorgung für EU-Beamte außer Kontrolle – 2,4 Mrd. Euro

NEU

Kosten für die Altersversorgung von EU-Kommissions-Beamten in Mio. Euro nach Jahren



Quellen:

1) Bild: „Kosten für EU-Pensionen 61 Prozent rauf!“, 01.05.2023 2) Bild: „Pensionskosten für EU-Beamte explodieren“, 24.10.2022 3) Bild: „EU-Beamte kriegen Extra-Urlaub zum Fest“, 22.10.2022

1

- Die Pensionsansprüche der EU-Bürokraten sind innerhalb von sechs Jahren um 913 Mio. Euro auf fast 2,4 Mrd. Euro gestiegen. U. a. lag dies am Personalzuwachs um 12,9 % auf 66.120 EU-Beschäftigte. „Allein das Krankheitsfürsorgesystem kostet langfristig 10,3 Mrd. Euro.“ Die EU rechnet mit „einem Gehaltsplus von 6,9 % rückwirkend ab Juli“ 2022.

2

- „Die Gehälter liegen für die 18.250 festen EU-Beamten zwischen 2.745 bis 21.671 Euro monatlich. Dazu kommen Zulagen: Auslandszulage 596 Euro, Kinderzulage 439 Euro, Erziehungszulage 107 Euro, Schulkinderzulage 293 Euro und Haushaltszulage 201 Euro. Für die Ersteinrichtung gibt es bis zu 1.315 Euro. Beamtenkinder haben einen Gratis-Platz in der Europäischen Schule garantiert. Nicht-Beamte müssen in Brüssel 10.000 Euro und mehr Schulgeld bezahlen.“

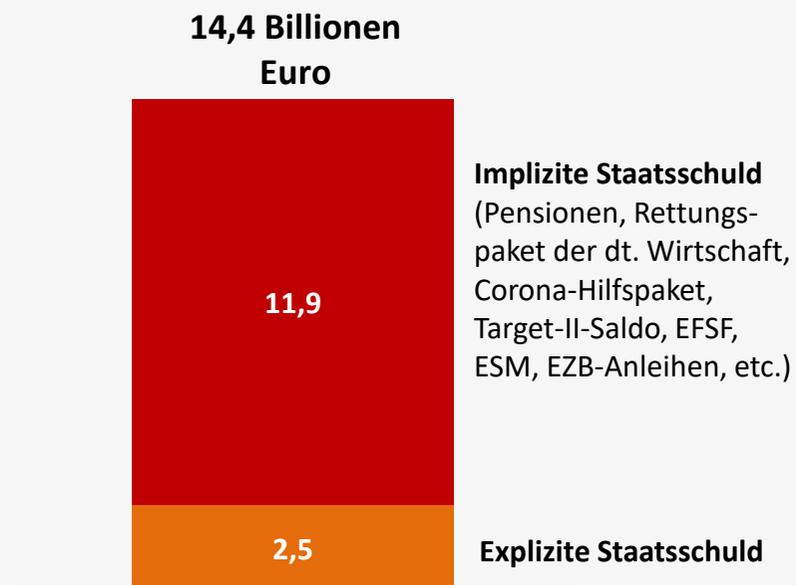
3

- Steuern zahlen die EU-Beamten direkt an die EU. „Der Steuersatz liegt zwischen 8 % und 45 %. Auch die Regelungen für den Ruhestand sind sehr angenehm: Mit 66 Jahren geht es in den Ruhestand. Die Pension beträgt nach 39 Dienstjahren 70 % des letzten Grundgehaltes. Pikant: Die EU-Kommission ihrerseits empfiehlt den europäischen Mitgliedsstaaten die Rente mit 70.“

Gesamthaftung Deutschlands ist eine „tickende Zeitbombe“

aktualisiert

Explizite und implizite Staatsverschuldung in Billionen Euro im Herbst 2022



EFSF = Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
ESM = Europäischer Stabilitätsmechanismus

Quellen:

1) Stiftung Marktwirtschaft: Ehrbarer Staat? Politik versus Statistik. Narrative im Spiegel ökonomischer Fakten, Dezember 2022 2) Bild: „Kürzt die Beamtenpensionen“, 29.12.2022

- 1
 - „Die explizite Staatsschuld liegt aktuell bei knapp 2,5 Billionen Euro bzw. 68,7 % des BIP.“ „Den weitaus größeren Teil des Schuldenbergs machen jedoch die sogenannten impliziten Schulden aus, die Leistungsversprechen des Staates gegenüber seinen jungen und zukünftigen Bürgern darstellen, die durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckt sind.“
- 2
 - Allein die impliziten Staatsschulden beliefen sich im Herbst 2022 auf 11,9 Billionen Euro. Darin enthalten sind u. a. die Beamten-Pensionslasten (4,3 Billionen Euro), die Target-II-Salden, der EFSF- und der ESM-Betrag sowie die Corona-Rettungspakete.
- 3
 - Mit Blick auf die Schuldentransparenz der öffentlichen Haushalte ergibt sich im Status quo ein Anteil der impliziten Verschuldung an den Staatsschulden von 82,8 %, während nur 17,2 % der Gesamtverschuldung auf die expliziten Staatsschulden fällt. Insofern wird weiterhin weniger als ein Fünftel der Staatsschulden auch tatsächlich seitens des Staates als solche ausgewiesen, während der weitaus größere Teil der Verschuldung für die Öffentlichkeit im Verborgenen bleibt. Die Leidtragenden sind die zukünftigen Generationen, an die diese Schulden weitergegeben werden.

Unsere AfD-Forderungen zu Steuern, Finanzen und Europäischer Union

aktualisiert

1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Familien müssen steuerlich entlastet werden.
2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Grunderwerbsteuer für selbstgenutzten Wohnraum muss abgeschafft werden. Der Erwerb von Wohneigentum soll ermöglicht werden.
3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Senkung der Wohnnebenkosten müssen voll ausgeschöpft werden.
4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorhaben zum Bau von Bürogebäuden sind streng zu prüfen. Hier muss dafür gesorgt werden, dass die Kosten nicht nach Baubeginn ins Unermessliche steigen.

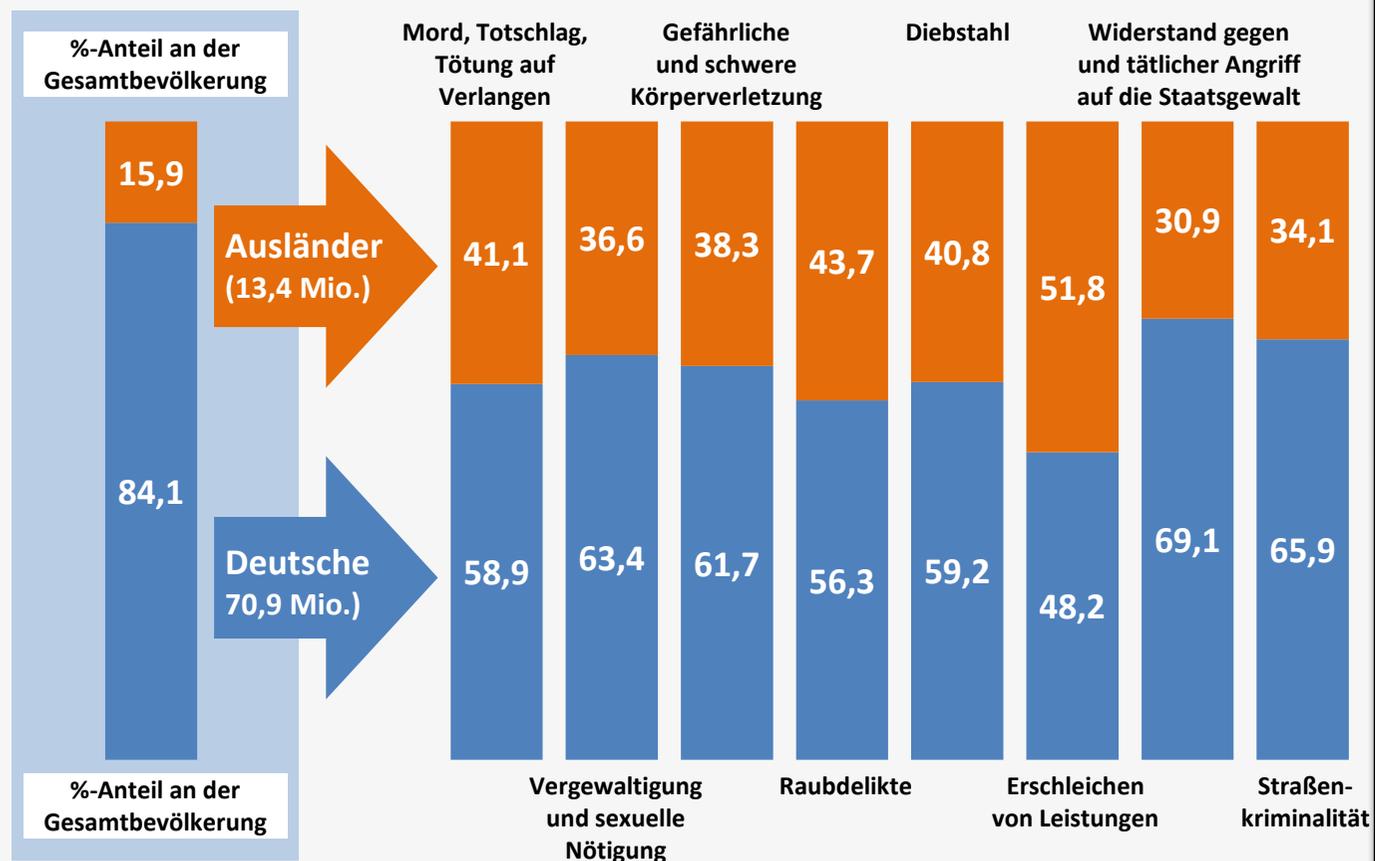
5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Steuern müssen gesenkt werden. Hierfür ist es notwendig, die Staatsausgaben drastisch zu reduzieren. Die Lasten lediglich zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen zu verschieben oder aber die Staatsschulden in noch unverantwortliche Höhen zu treiben ist keine Lösung.
6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Deutschland muss seine Souveränität innerhalb der EU wahren und die Beitragszahlungen deutlich kürzen. Die Vorteile müssen die Nachteile überwiegen. Daher Ja zu einem Europa der souveränen Staaten. Nein zur EU-Bürokratie.
7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Flüchtlingskrise hat deutsche Steuerzahler seit 2015 mehrere Hundert Milliarden Euro gekostet. Geld, das an Stellen wie Schulen, Straßen, Polizei usw. seit Jahren fehlt.
8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklungshilfe darf nur dann gezahlt werden, wenn es sich um Projekte handelt, die Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Bedingungslose Zahlungen sind abzulehnen.

1.	Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	32
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	74
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	101
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	120
7.	Innere Sicherheit und Justiz	157
8.	Medien	173
9.	Verteidigung	187
10.	Fazit	197

Ausländer begingen 2022 überproportional viele schwere Verbrechen

aktualisiert

Anteil der deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen bei ausgewählten Straftaten/-gruppen insgesamt ohne ausländerrechtliche Verstöße in % im Jahr 2022



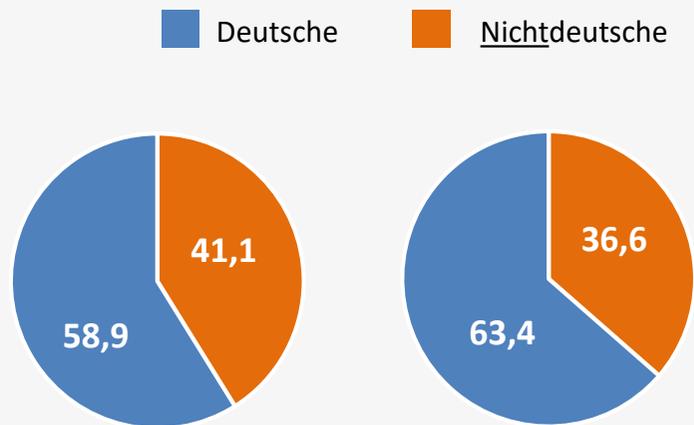
Im Jahr 2022 wurden insgesamt 2,1 Mio. Tatverdächtige in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik erfasst. „Damit ist die Anzahl gegenüber dem Vorjahr um 10,7 % angestiegen.“ 1,3 Mio. Tatverdächtige waren deutsche Staatsangehörige (+ 4,6 %), „783.876 der Tatverdächtigen besaßen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (+ 22,6 %). Unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen waren 310.062 Zuwanderer (+ 35 %).“ Der Anteil der nicht-deutschen Tatverdächtigen ist bei Mord, Totschlag, Vergewaltigung und schwerer Körperverletzung unverhältnismäßig hoch. Bei doppelter muss zudem immer die deutsche Staatsangehörigkeit angegeben werden.

Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2022 2) Destatis: Migration und Integration 3) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, 20.04.2023 4) Destatis: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2016 bis 2022, 31.01.2023 5) Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Kriminalitätsentwicklung in dem Zeitraum von 2000 bis 2022 in ausgewählten Deliktbereichen, Drs. 20/7072, 31.05.2023

Anteil Nichtdeutscher Tatverdächtiger bei Mord/Vergewaltigung sehr hoch

aktualisiert

Anteil der Tatverdächtigen bei ausgewählten Straftaten/-gruppen in % im Jahr 2022



2.699 Tatverdächtige:
Mord, Totschlag,
Tötung auf Verlangen

10.045 Tatverdächtige:
Vergewaltigung,
sexuelle Nötigung und
sexueller Übergriff im
besonders schweren Fall
einschl. mit Todesfolge

Quellen:

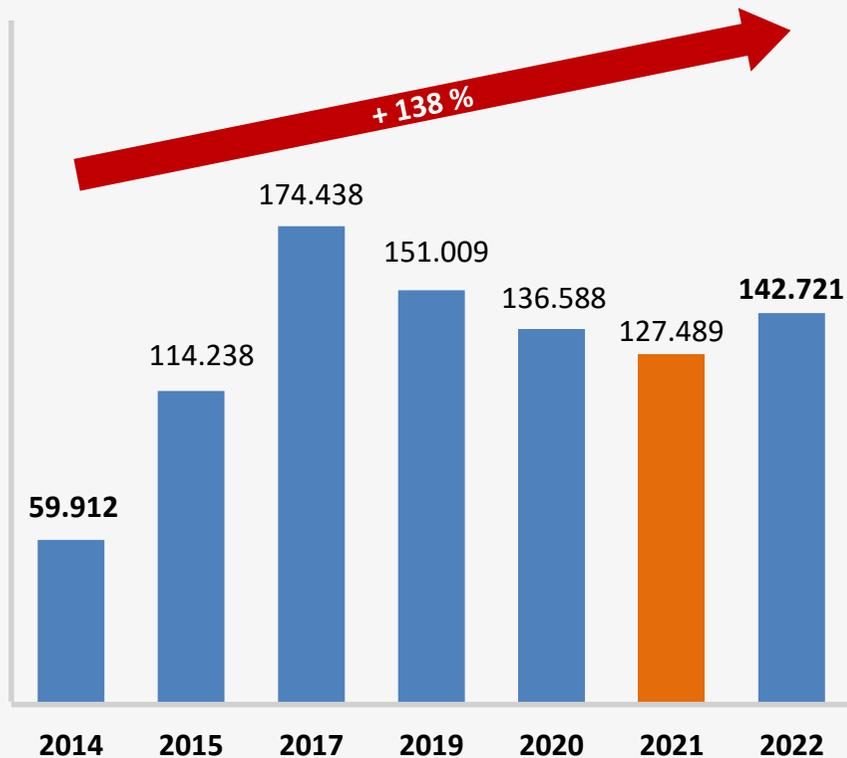
1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2022 2) Destatis: Migration und Integration 3) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, 20.04.2023 4) Destatis: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2016 bis 2022, 31.01.2023

- 1
 - Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an „Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen“ lag im Jahr 2022 insgesamt bei 41,1 %. Insgesamt waren 1.108 Täter nichtdeutscher Herkunft. Zum Jahr 2021 gab es insgesamt eine Steigerung bei Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen um 5,9 % auf 2.236 Fälle.
- 2
 - Die Straftatbestände § 177 StGB (Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung) und § 178 StGB (Sexueller Übergriff, sexuelle Nötigung und Vergewaltigung mit Todesfolge) wurden im Jahr 2022 zu 36,6 % von Ausländern begangen. Zum Jahr 2021 gab es insgesamt eine Steigerung bei diesen Delikten um 20,1 % auf 11.896 Fälle.
- 3
 - Betrachtet man nur die nichtdeutschen Tatverdächtigen stellt man fest, dass unter diesen die Zuwanderer deutlich überrepräsentiert sind. Bei Mord, Totschlag etc. machen diese 31,1 % und bei den Vergewaltigungen etc. sogar 31,4 % aller Tatverdächtigen in dieser Kohorte aus.

Straftaten bei Zuwanderern seit 2014 um 138 % gestiegen

aktualisiert

Tatverdächtige Zuwanderer („Flüchtlinge“) insgesamt ohne ausländerrechtliche Verstöße nach Jahren



Unter ausländerrechtlichen Verstößen sind u. a. die unerlaubte Einreise, das Erschleichen eines Aufenthaltstitels oder die Täuschung im Rechtsverkehr zu verstehen. Diese Verstöße sind in der obigen Statistik nicht eingerechnet.

Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik, 2014-2021

2) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2022

1. Vergleicht man die Gesamtzahl aller Tatverdächtigen ohne ausländerrechtliche Verstöße (1,92 Mio.), waren davon 142.721 Zuwanderer tatverdächtig. Zuwanderer sind Personen mit Aufenthaltsanlass „Asylbewerber“, „Schutz- und Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge“, „Duldung“, oder „unerlaubter Aufenthalt“.

2. Unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen (ohne ausländerrechtliche Verstöße) waren es besonders Zuwanderer, die maßgeblich zur Steigerung in den Jahren 2014 bis 2022 beigetragen haben (+ 138 %).

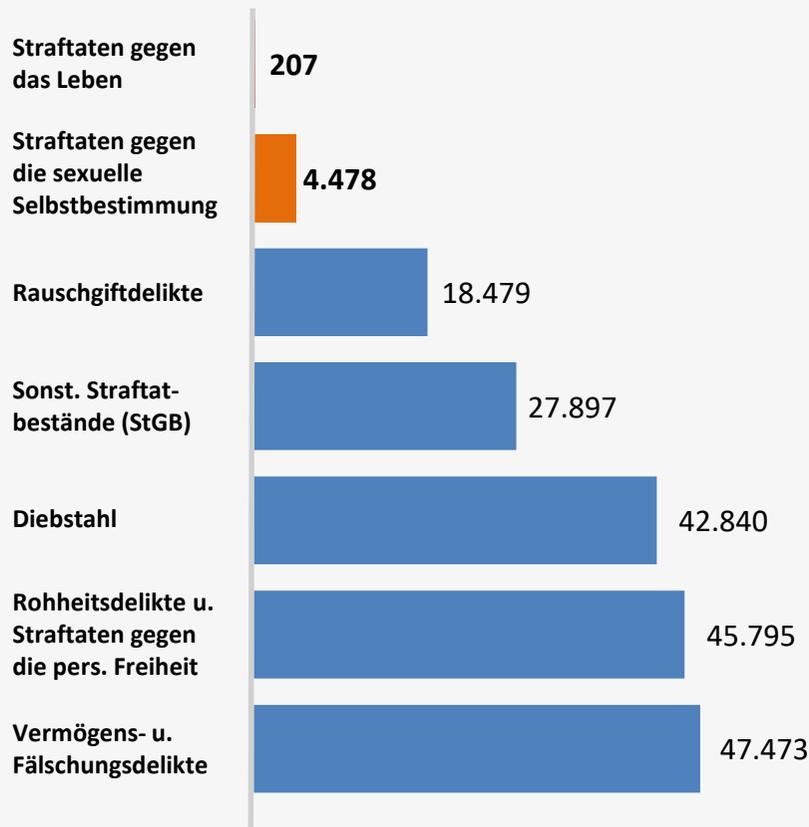
3. Dagegen ist unter den tatverdächtigen Deutschen in dieser Zeit insgesamt ein deutlicher Rückgang von 14,4 % zu verzeichnen (2014: 1,53 Mio., 2022: 1,31 Mio.).

4. Ex-Bundeskanzlerin Merkel hat mit ihrer widerrechtlichen Grenzöffnung die Tür für ausländische Kriminelle geöffnet. Der große Anstieg an Straftaten ist das traurige Vermächtnis aus 16 Jahren Merkel und einer Politik, die auch von der Ampel-Regierung fortgeführt wird.

Auch zum Vorjahr deutliche Steigerung der Straftaten durch Zuwanderer

aktualisiert

Straftaten von tatverdächtigen Zuwanderern nach Anzahl im Jahr 2022 (Stichtag: 30.09.2022)



Quellen:
 1) [Bundeskriminalamt: Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, 01.01.2022.-30.09.2022, 15.05.2023](#) 2) [Bundeskriminalamt: Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2021](#)

1 In den ersten neun Monaten des Jahres 2022 „wurden insgesamt 198.187 Fälle im Zusammenhang mit versuchten und vollendeten Straftaten registriert, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger erfasst wurde.“ Zum Vergleichszeitraum des Jahres 2021 war dies eine Steigerung von 16 % (170.844 Fälle).

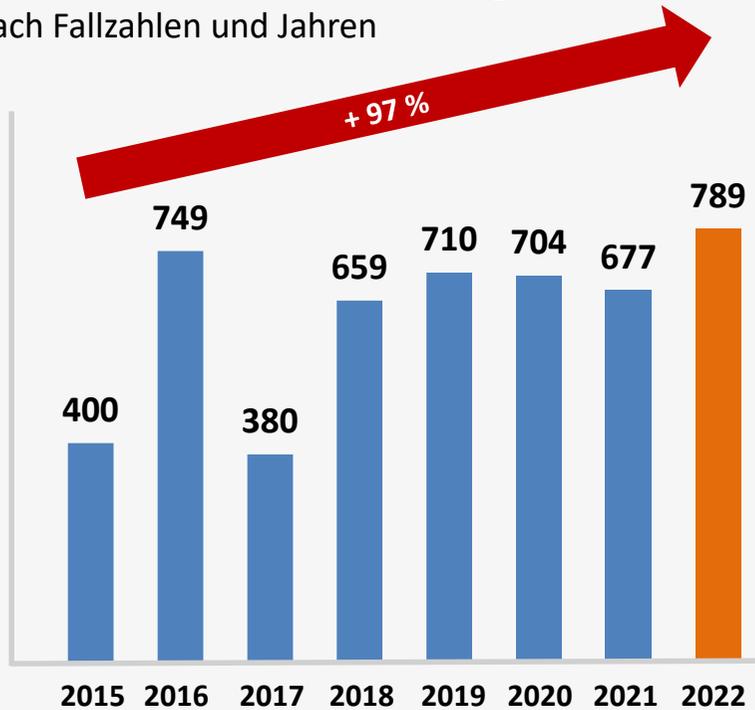
2 „Der Großteil der Fälle von Straftaten gegen das Leben mit tatverdächtigen Zuwanderern (207) blieb im Versuchsstadium (80,2 %). Bei den 41 vollendeten Fällen wurden insgesamt 44 Personen getötet, wobei es sich bei den Opfern um 22 Zuwanderer und 13 deutsche Staatsangehörige handelte. Acht Opfer hatten eine EU-Staatsangehörigkeit oder keinen Zuwanderungsstatus und ein Opfer hatte eine unbekanntere Staatsangehörigkeit.“

3 „Bei Staatsangehörigen aus den afrikanischen Staaten Gambia, Nigeria und Somalia war der Anteil der Fälle mit tatverdächtigen Zuwanderern ebenfalls höher als der Anteil an der Gruppe der Zuwanderer. Die deliktischen Schwerpunkte lagen im Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte (vorrangig Beförderungerschleichung) sowie der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (überwiegend Körperverletzung).“

789 Gruppenvergewaltigungen – 50 % ausländische Tatverdächtige

aktualisiert

Vergewaltigung durch Gruppen gemäß § 177 Abs. 6 Nr. 2, Abs. 7 und 8 StGB insgesamt nach Fallzahlen und Jahren



Quellen:

- 1)) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik, 2005-2020
- 2) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Entwicklung der Gruppenvergewaltigungen, Drs. 20/6936, 19.05.2023
- 3) Die Welt: „Das Phänomen "taharrush gamea" ist in Deutschland angekommen, 10.01.2016
- 4) Bild: „Jeden Tag zwei Gruppenvergewaltigungen“, 31.07.2021
- 5) Bild: „Frauen ins Auto gezerrt, verschleppt und vergewaltigt“, 03.09.2021
- 6) Junge Freiheit: „Gruppenvergewaltigungen auf Rekordhoch — Wollen wir so leben?“, 23.05.2023

1

- Im Jahr 2022 gab es 789 Gruppenvergewaltigungen. Das war ein Negativrekord bei diesem Delikt. Im Jahr 2015 waren es „erst“ 400. Fast 50 % der Tatverdächtigen waren Ausländer. Dabei machen Ausländer nur 15,9 % der Gesamtbevölkerung aus.

2

- Erst durch eine Frage des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner wurden die Zahlen für die letzten Jahre bekannt. Von 2015 bis 2022 kam es bei dem Delikt der Gruppenvergewaltigung zu einer Steigerung um 97 %.

3

- „Von den Verdächtigen ohne deutschen Pass stammten die meisten fast jedes Jahr seit 2015 aus Syrien und Afghanistan. Mit diesem Wissen hat sich die Politik längst mitschuldig gemacht. Sie hat es versäumt, das Wohl der eigenen Bürger über das Wohl ausländischer Bürger zu stellen. Es sind vor allem deutschen Frauen, die dafür den Preis zahlen müssen.“

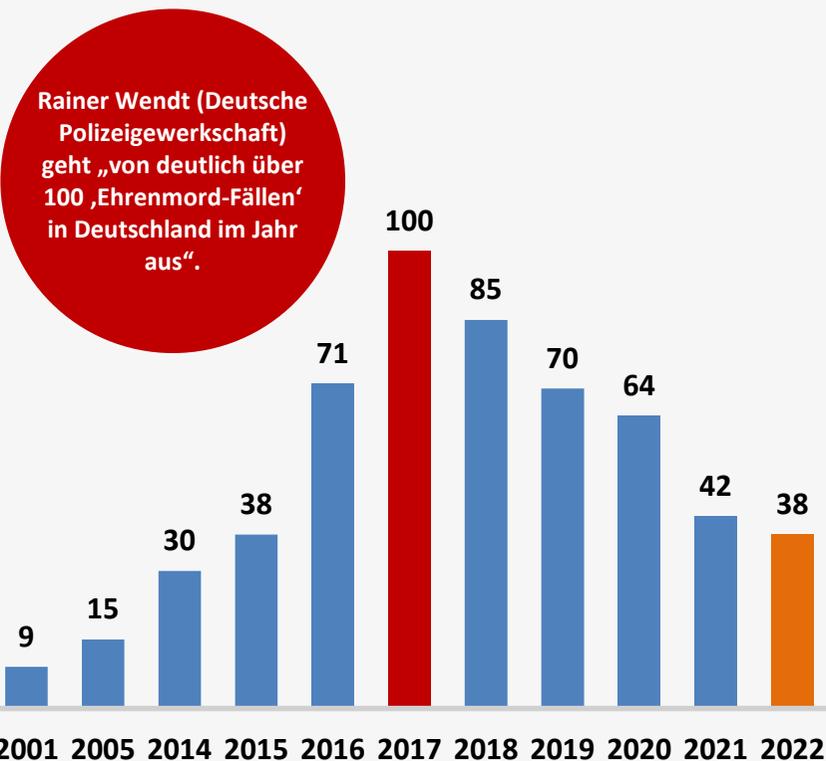
4

- Das Thema Gruppenvergewaltigung ist erst durch die Vorfälle in der Kölner Silvesternacht 2015/16 ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt. „Bei den polizeilich bekannt gewordenen Tätern handelt es sich bisher mehrheitlich um junge nordafrikanische Männer.“

Seit 2015 gab es mindestens 522 Ehrenmorde – Dunkelziffer höher

aktualisiert

Ehrenmorde in Deutschland nach Anzahl (Schätzung) und Jahren



Rainer Wendt (Deutsche Polizeigewerkschaft) geht „von deutlich über 100 ‚Ehrenmord-Fällen‘ in Deutschland im Jahr aus“.

Quellen:
 1) Ehrenmord.de: Dokumentierte Ehrenmorde (Stand: 01.06.2023) 2) Bild: „Fast jede Woche ein ‚Ehrenmord‘“, 13.08.2021 3) Tagesschau: „Ehrenmord oder Femizid?“, 06.08.2021 4) Bayerischer Rundfunk: Mehr als 300.000 Menschen in Deutschland ausreisepflichtig, 07.03.2023

- 1
 - Das Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlicht seit 2011 keine Zahlen mehr zu Ehrenmorden. Der Internetseite „ehrenmord.de“ ist es zu verdanken, dass den Opfern weiterhin ein Gesicht gegeben wird und sie nicht vergessen werden.
- 2
 - Seit der Flüchtlingskrise 2015 wurden mindestens 522 Ehrenmorde (2023: 14; Stand: 1.6.2023) mit tödlichem Ausgang verübt. Zudem wurden in dieser Zeit zusätzlich 15 ungeborene Kinder getötet. Das Dunkelfeld an Ehrenmorden dürfte insgesamt deutlich höher sein.
- 3
 - Die meisten Täter stammen aus islamischen Staaten wie Afghanistan oder Syrien. „Der Islam-Experte Ahmad Mansour sagt klar, dass sogenannte Ehrenmorde mit [der] Religion und Kultur zusammenhängen.“
- 4
 - Über 304.000 Personen waren Ende 2022 ausreisepflichtig, darunter auch viele Straftäter. Doch wegen des verhängten Abschiebestopps bleiben fast alle vorerst in Deutschland. Die Altparteien versuchen den Begriff „Ehrenmord“ zu verschleiern und sprechen von „Femizid“.

Sind BKA-Zahlen der Messerangriffe geschönt? Vieles deutet darauf hin

NEU

Erfasste Fälle von Messerangriffen nach Anzahl und Jahren



Quellen: 1) BKA: PKS für das Jahr 2022 2) BKA: PKS für das Jahr 2020 3) Bild: „Berlin: Neun Messer-Attacken pro Tag“, 17.03.2023 4) WDR: „Immer mehr Messerattacken? Das sind die Fakten“, 09.05.2023 5) Stuttgarter Zeitung: „Mehr als 3.300 Opfer von Messerangriffen im Jahr 2022, 23.03.2023 6) Hessen.de: „In Innenstädten haben Messer nichts zu suchen“, 18.04.2023 7) HNA: „Messerangriffe in Hannover: Zahl der Attacken steigt“, 26.03.2023 8) Polizei Hamburg: PKS 2022 9) Bild: „Jeden Tag ein Messer-Angriff in Bremen“, 10.05.2023 9) Rheinland-Pfalz: PKS 2022 10) Brandenburg: PKS 2022 11) Schleswig-Holstein: PKS 2022 12) Anfrage der AfD-Fraktion im Berliner Senat: Messerangriff und Täterhintergrund in den Jahren 2021 und 2022, Drs. 19/4883, 10.03.2023 13) Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Erfassung von Gewaltdelikten mit Messern in der Polizeilichen Eingangstatistik der Bundespolizei bis 2022, Drs. 20/5672, 15.02.2023 14) Anfrage der hessischen AfD-Fraktion: Waffenverbotszonen in Hessen, Drs. 20/10747, 12.07.2023 15) Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag: Messerangriffe in Hessen, Drs. 20/10748, 17.07.2023

1

- Innerhalb eines Jahres haben sich die Messerangriffe laut dem Bundesinnenministerium um über 20 % auf 12.355 erhöht. Täglich also fast 34 Messerangriffe. Schaut man sich aber die Zahlen einzelner Bundesländer an, müsste die Anzahl der Messerangriffe deutlich höher liegen. In Hessen waren von den 2.000 ermittelten Tatverdächtigen im Jahr 2022 1.034 Ausländer und 966 Deutsche. Von diesen besaßen 215 neben der deutschen eine zweite Staatsbürgerschaft.

2

- Messerangriffe 2022 nach Bundesländern: Berlin 3.317, Baden-Württemberg 2.727, Brandenburg 693, Bremen 453, Hamburg 1.127, Hessen 556 (PKS; laut AfD-Anfrage sogar 2.124), NRW 4.194 (44,2 % der Täter haben hier keinen deutschen Pass), Rheinland-Pfalz 436 und Schleswig-Holstein 909. Zusammen mit München (188) und Hannover (786) kommt man schon auf 15.386 Messerangriffe im Jahr 2022.

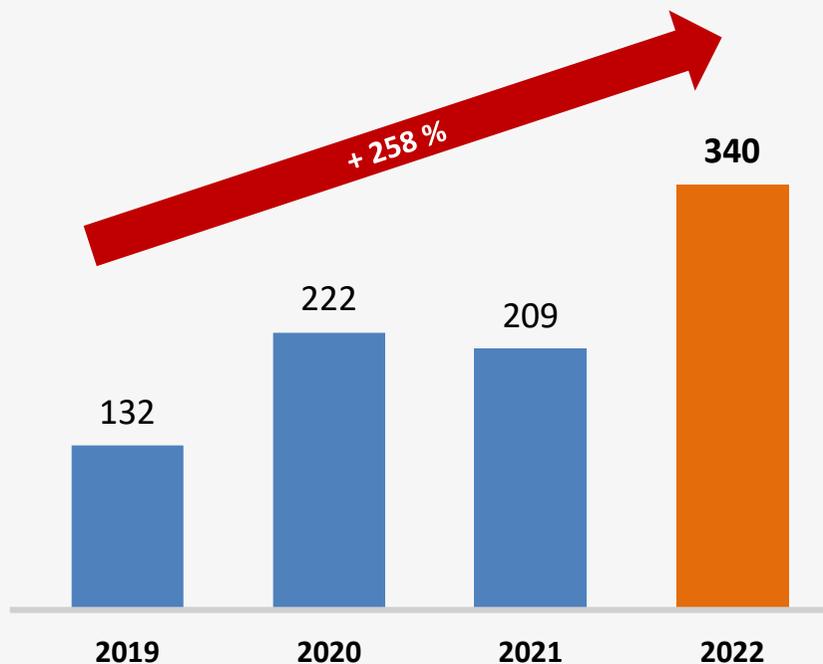
3

- Mit bundesweiten Zahlen ist wohl erst im nächsten Jahr zu rechnen. Denn die Bundesländer Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erfassen Messerangriffe noch nicht gesondert in ihren Polizeilichen Kriminalstatistiken. Nach einer Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion stellte sich heraus, dass laut „Eingangstatistik der Bundespolizei“ für das Jahr 2022 über 51 % der Täter, die ein Messer einsetzten, Nicht-Deutsche waren.

Starker Anstieg bei Hassverbrechen gegen Deutsche – Dunkelziffer hoch

NEU

Hassverbrechen gegen Deutsche
nach Anzahl und Jahren



Quellen:

1) Schriftliche Frage des AfD-MdB Martin Hess: Anzahl deutschfeindlicher Straftaten, 19.06.2023 2) Junge Freiheit: „Zahl der Hassverbrechen gegen Deutsche steigt rasant“, 30.06.2023

1

„Die Zahl der Hassverbrechen gegen Deutsche hat sich seit Beginn der Erfassung derartiger Straftaten in der Statistik fast verdreifacht. Wurden 2019 noch 132 deutschfeindliche Straftaten durch die Behörden registriert, stieg die Zahl im vergangenen Jahr auf 340 Straftaten.“ Diese Zahlen wurden erst durch die AfD aufgedeckt.

2

„Besonders die Gewalttaten steigen dabei drastisch an. Waren es 2019 noch 22 derartige Taten, waren es 2022 bereits 107. Dies entspricht einem Anstieg von fast 400 %. Ihr prozentualer Anteil stieg von 14,4 auf 31,4 %.“

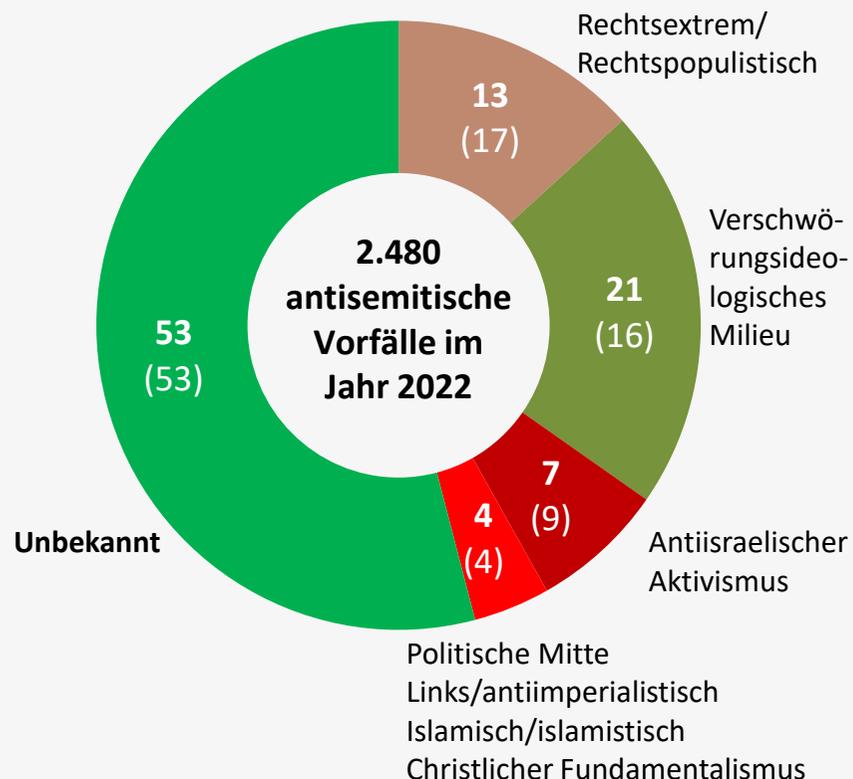
3

Laut dem AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Hess „ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen, da zum einen nicht jeder Täter sein deutschfeindliches Motiv bei der Ausübung einer Straftat offenbart und dieses daher als solches gar nicht erkennbar ist.“ Zudem werde „von Medien und Politikern der Altparteien ständig öffentlichkeitswirksam behauptet, dass Rassismus gegen Deutsche nicht existiere.“

53 % der Fälle von Antisemitismus sind nicht zuzuordnen – wirklich?

aktualisiert

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund antisemitischer Vorfälle in % im Jahr 2022 (2021)



Quellen:

1) Bundesverband RIAS: Jahresbericht, Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022, 10.05.2023 2) American Jewish Committee Berlin Ramer Institute: Antisemitische Tätergruppen, 05.07.2019 3) AfD-Fraktion im Hessischen Landtag: „Documenta Fifteen“: Systematisches politisches Versagen auf allen Ebenen“, 18.07.2022 4) Die Welt: „Antisemitismus unter Muslimen stärker verbreitet als im Rest der Bevölkerung“, 25.07.2023

1

- Laut dem Jahresbericht des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) ging die Zahl der antisemitischen Anfeindungen und Angriffe 2022 in Deutschland leicht zum Vorjahr (2.738) zurück. Dabei wurde herausgestellt, dass 53 % sich keiner klaren Weltanschauung zuordnen ließen. 13 % der Vorfälle dagegen waren rechtsextrem bzw. rechtspopulistisch.

2

- Dass sich 53 % der Taten nicht zuordnen lassen, verwundert sehr. Denn das „American Jewish Committee Berlin Ramer Institute“ stellte noch im Jahr 2019 fest, dass 31 % aller antisemitischen Tätergruppen islamistisch, 21 % linksextrem, 14 % rechtsextrem und 6 % christlich extremistisch waren.

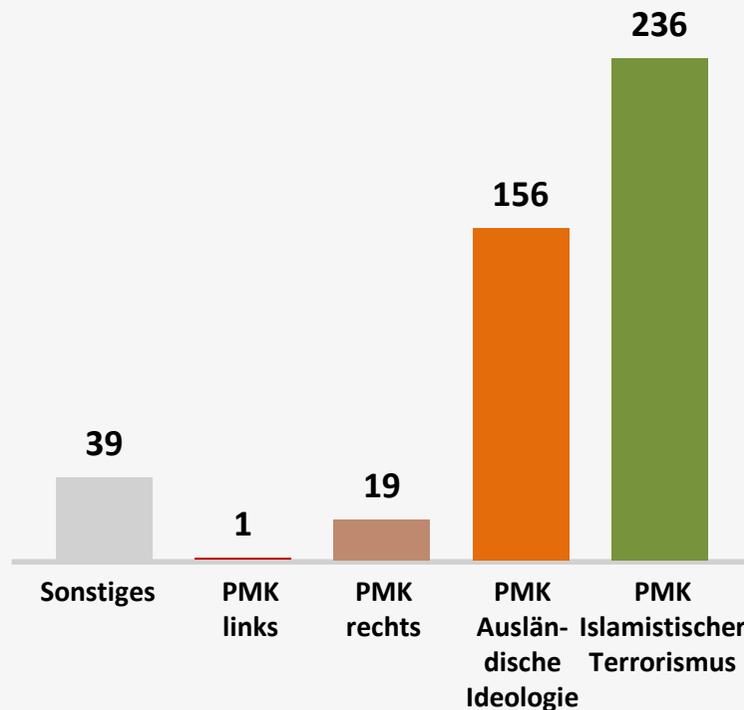
3

- Bei der „Documenta“ in Kassel wurde deutlich, dass antisemitische Stereotype im kulturellen Bereich v. a. bei Linken/Grünen und bei Moslems zu finden sind. Laut einer Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung ist „Antisemitismus unter Muslimen stärker verbreitet als im Rest der Bevölkerung.“ „Rund ein Viertel (26 %) der Muslime bejahen demnach die Aussage, dass reiche Juden „die eigentlichen Herrscher der Welt“ seien (Bevölkerungsdurchschnitt: sechs %).“

Gerade der Islamismus macht der Bundesanwaltschaft zu schaffen

aktualisiert

Anzahl der neuen Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft nach Phänomenbereich im Jahr 2022



Quelle:

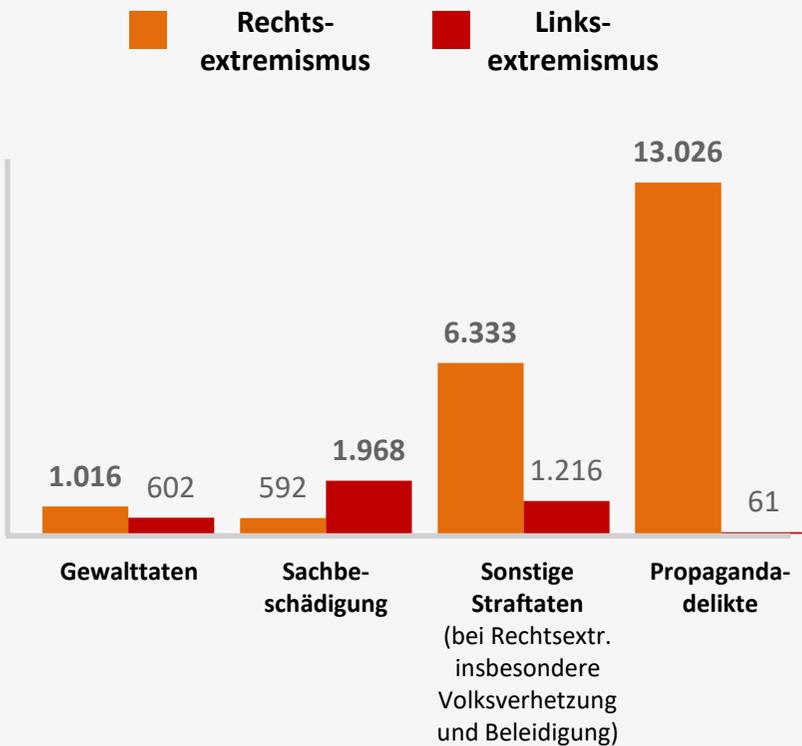
1) [Andrea Lindholz \(MdB, CDU\): Einleitung Ermittlungsverfahren beim Generalbundesanwalt, 23.02.2023](#) 2) [Die Welt: „Die meisten Terrorverfahren richten sich gegen Islamisten“, 28.02.2023](#) 3) [Neue Zürcher Zeitung, „Kommt die größte Gefahr für die deutsche Demokratie wirklich von rechts?“, 31.12.2021](#)

- 1
 - Die Bundesregierung sieht im Rechtsextremismus die größte Bedrohung Deutschlands. Dem widersprechen die Angaben der Bundesanwaltschaft deutlich.
- 2
 - Allein im Jahr 2022 waren 236 Ermittlungsverfahren gegen den islamistischen Terrorismus (52 %) und 156 Verfahren gegen den Phänomenbereich „ausländische Ideologie“ (35 %) anhängig.
- 3
 - Anders sieht es beim Rechts- und beim Linksextremismus aus. Bei der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) im Bereich Linksextremismus wurden nur ein und im Bereich Rechtsextremismus 19 Verfahren eingeleitet.
- 4
 - „Den rechten Extremismus deshalb als größte Gefahr einzustufen, funktioniert aber nur, wenn man die islamistischen Anschläge der vergangenen Jahre ausblendet; und zwar die gerade noch vereitelten und die tatsächlich erfolgten.“

Linksextremismus: Seit vielen Jahren ein verharmlostes Problem

aktualisiert

Straftaten mit rechts- und linksextremistisch motiviertem Hintergrund nach Anzahl im Jahr 2022



Quellen:
 1) Bundesministerium des Innern und Sport: Verfassungsschutzbericht 2022
 2) Junge Freiheit: Dutzende linksextreme Gewalttäter sind in Deutschland untergetaucht, 23.06.2023

1

- Verglichen mit Rechtsextremen waren Linksextreme im Jahr 2022 in den Bereichen Brandstiftung (62 links / 18 rechts), Sachbeschädigung (1.968 links / 592 rechts), Landfriedensbruch (46 links / 4 rechts) und gefährlichem Eingriff in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr (31 links / 0 rechts) massiv überrepräsentiert.

2

- Laut Bundesverfassungsschutz gab es im Jahr 2022 bundesweit 229 linksextremistisch motivierte Gewalttaten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten. Demgegenüber gab es 70 rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten. Derzeit sind 104 Linksextremisten untergetaucht und zur Fahndung ausgeschrieben, darunter 30 Personen wegen Gewaltverbrechen.

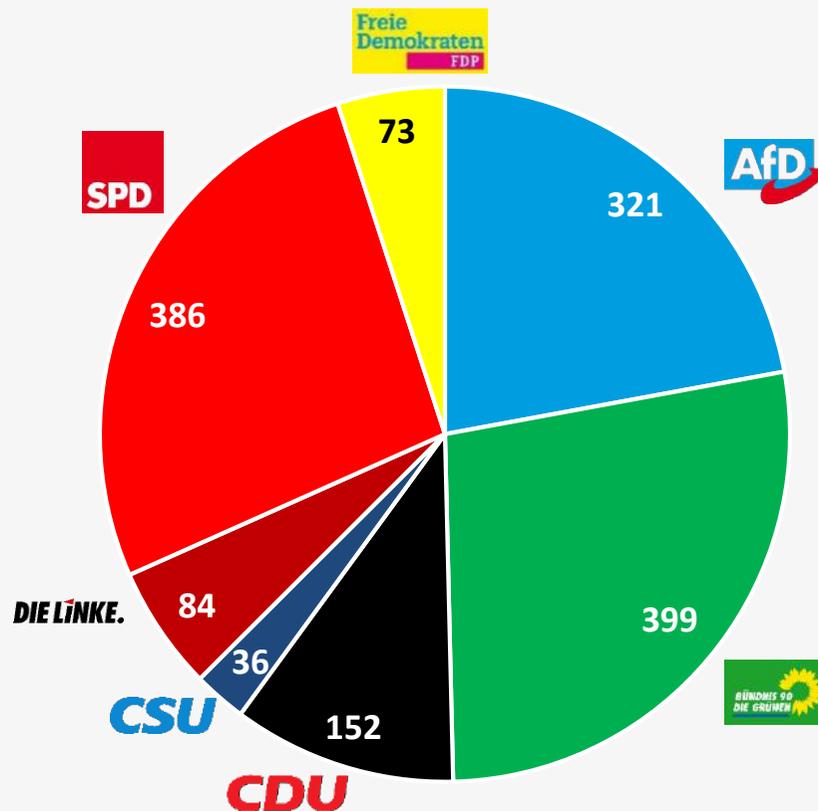
3

- Laut Verfassungsschutzbericht wurden 2022 im Spektrum „Rechtsextremismus“ 13.026 Propagandadelikte erfasst. Für den Bereich „Linksextremismus“ gab es nur 61 Propagandadelikte. Demnach machen Propagandadelikte über 62 % aller Straftaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund aus. Für die Erfassung der Propagandadelikte ist es zudem unerheblich, ob der Tatverdächtige tatsächlich aus dem rechtsextremen Spektrum stammt.

1.398 Straftaten gegen Politiker und Parteimitglieder im Jahr 2022

aktualisiert

Angriffe auf Parteibüros und Politiker im Jahr 2022



Quellen:
 1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate im zweiten Halbjahr und Gesamtjahr 2022, Drs. 20/5470, 31.01.2023 2) Die Welt: „Grüne, SPD und AfD am häufigsten von Angriffen betroffen“, 03.02.2023

1

- Im Jahr 2022 wurden insgesamt 1.398 Angriffe auf Parteibüros, Mitglieder und Mandatsträger verübt. Die AfD war neben Grünen (399) und SPD (386) am stärksten von Angriffen betroffen. Insgesamt kam es zu 321 Angriffe auf Einrichtungen der Partei und auf Mitglieder und Mandatsträger der AfD. In 269 Fällen waren die Täter mutmaßlich Linke, ein Fall war Rechtsextremen, zwei Ausländern und 49 waren nicht zuzuordnen.

2

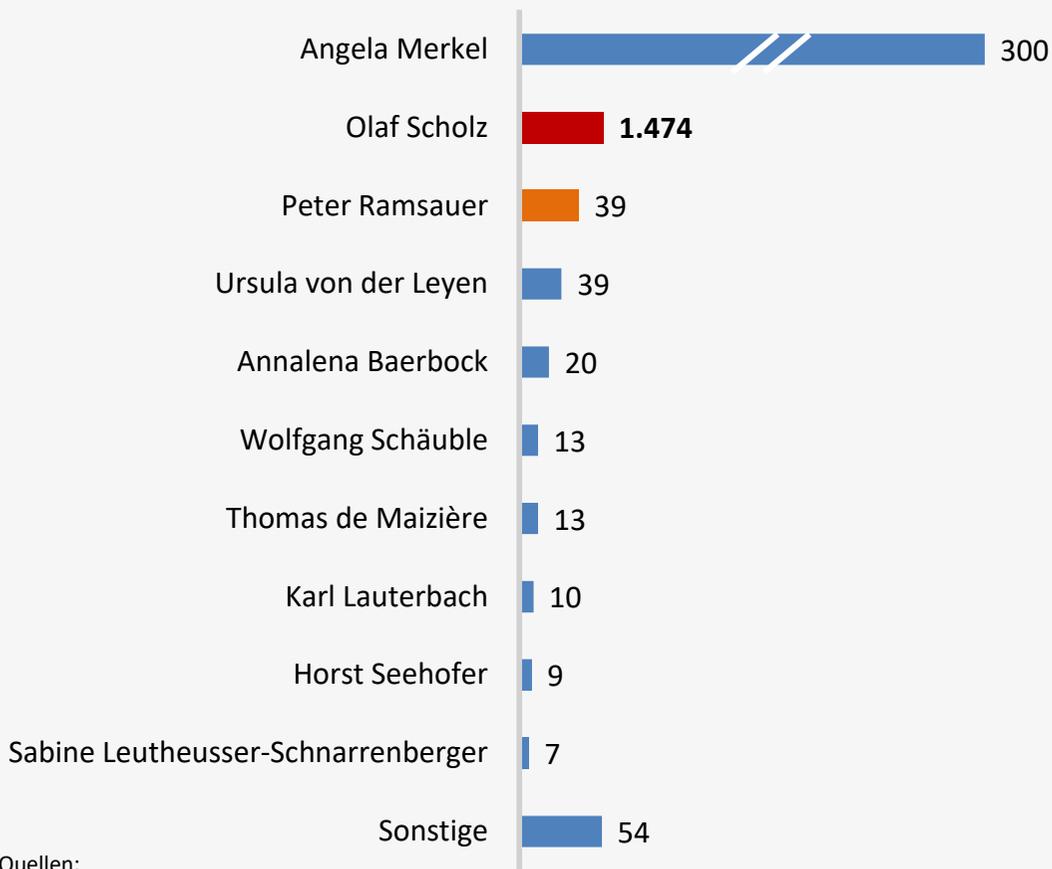
- Bei der Zerstörung von Wahlplakaten traf es die Alternative für Deutschland am häufigsten: Von 1.483 registrierten Fällen entfielen 432 auf die AfD, 222 auf die der Grünen, 264 auf die der CDU/CSU und 296 auf die der SPD. Bei der FDP wurden 109 Plakate und bei der Linken 68 beschädigt.

1.722 Strafanzeigen gegen Kanzler und Minister – alle eingestellt

NEU

Strafanzeigen gegen Mitglieder der Bundesregierung

nach Anzahl von 2012 bis März 2023



1

- Von den 1.722 Strafanzeigen gegen die Mitglieder der Bundesregierung richteten sich fast 86 % gegen Angela Merkel.

2

- Von den 1.474 Anzeigen gegen Merkel wurden „800 Strafanzeigen in Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik“ eingereicht. Zudem „wurde sie auch „wegen Volksverhetzung und Hochverrat oder wegen der „Vorbereitung eines Angriffskriegs“ angezeigt.“

3

- In keinem einzigen Fall wurden laut der Bundesregierung Ermittlungsverfahren eingeleitet, „weil jeweils keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat vorlagen“. Für den AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner ist das „Ausbleiben von Ermittlungen ein fatales Signal.“

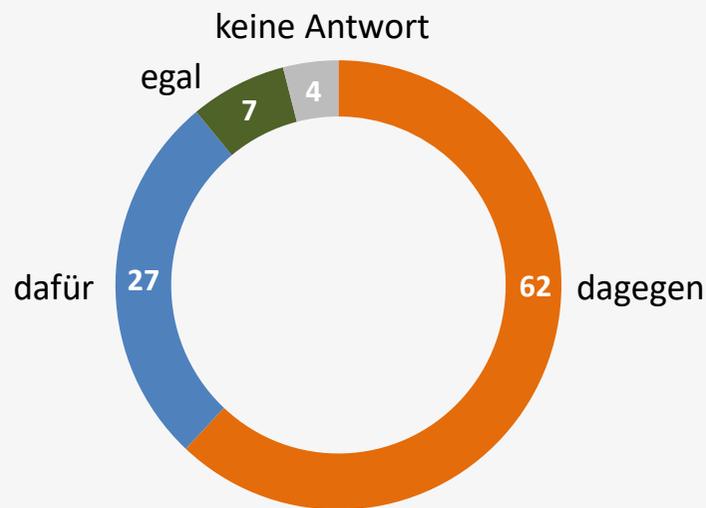
Quellen:

- 1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Strafanzeigen gegen aktuelle und ehemalige Mitglieder der Bundesregierung, Drs. 20/6476, 19.04.2023
- 2) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin und den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Drs. 19/20096, 17.06.2020
- 3) Junge Freiheit: „So viele Strafanzeigen wurden gegen Kanzler und Minister erstattet“, 25.04.2023

Mehrheit der Deutschen gegen Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

NEU

Sind Sie für oder gegen das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre? in %



Quellen:

1) Münchener Merkur: „Mehrheit der Deutschen lehnt Wahlalter von 16 Jahren ab“, 24.05.2023 2) Bild: „Die CDU kippt um, jetzt wird das Wahlalter gesenkt“, 17.05.2023

- 1
 - „Eine Mehrheit der Deutschen hat sich in einer Umfrage gegen eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ausgesprochen. Bei einer repräsentativen Umfrage des Instituts Insa für die „Bild“ lehnten es 62 % der Befragten ab beziehungsweise eher ab, dass künftig Bundesbürger ab 16 Jahren bei Bundestagswahlen wählen dürfen.“
- 2
 - Nur 27 % sprachen sich für das Senken des Wahlalters aus. Vor allem Grünen-Wähler (48%) unterstützen die Absenkung. Anders bei den anderen Parteien. Dort lehnen je nach Parteinähe bis zu 79 % dies ab.
- 3
 - Obwohl sich die CDU bundesweit öffentlich immer gegen die Absenkung des Wahlalters ausgesprochen hat, „stimmt die Berliner CDU plötzlich in den Chor derer ein, die das Wahlalter senken wollen. Das kommt völlig überraschend. Eine sinnvolle Begründung wird nicht geliefert. Offenbar will man es der SPD recht machen.“
- 4
 - „Auch eine Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf statt bisher vier Jahre fand keine Mehrheit. 45 % der Befragten lehnten sie ab oder eher ab.“ Nur 34 % fand eine Verlängerung gut oder eher gut.

Unsere AfD-Forderungen zur Innere Sicherheit und Justiz

aktualisiert

1

Der hohe Anteil ausländischer Tatverdächtiger ist nicht hinnehmbar. Wer als Zuwanderer in Deutschland Straftaten begeht, muss konsequent ausgewiesen werden.

2

Die kriminellen Clans werden immer dominanter, weil die Regierungen in Bund und Ländern sie nicht effektiv bekämpfen. Durch die ungebremschte Zuwanderung bekommen sie auch noch personellen Nachschub. Wir brauchen eine konsequente Nulltoleranz-Strategie gegen Zuwanderer und Clans. Wer straffällig wird, muss sofort abgeschoben werden.

3

Seit 2015 gab es unzählige Gruppenvergewaltigungen durch Migranten. Derartige Taten zerstören das Leben der Opfer und sind aufs Schärfste zu verurteilen. Die Justiz muss hier harte Strafen verhängen, Abschiebungen und lebenslanges Einreiseverbot müssen die zwingende Folge sein.

4

„Ehrenmorde“ oder Messerangriffe werden nicht durch Waffenverbotszonen verhindert. Hier darf es auch kein Verständnis oder Bonus für kulturelle Unterschiede geben. Wir brauchen mehr Polizei in deutschen Innenstädten.

5

Parteien müssen vor Angriffen von extremistischen Organisationen wie der Antifa besser geschützt werden. Zur Wahrung der Demokratie muss hier härter durchgegriffen werden.

6

Deutschlands Innenminister sind meist auf dem linken Auge blind. Sie überbetonen den Rechtsextremismus und missachten die verheerenden Sicherheitsgefahren durch den Islamismus und Linksextremismus. Durch ihr ideologiegeleitetes Verhalten gefährden die Innenminister die Innere Sicherheit Deutschlands und damit die vitalen Sicherheitsinteressen der Bürger unseres Landes.

7

Der Islamismus wird immer stärker in Deutschland und stellt eine ernste Bedrohung unserer Lebensweise dar, u. a. auch für Juden in Deutschland. Radikale und insbesondere extremistische Islamisten müssen konsequent ausgewiesen werden. Der Islamismus darf nicht von der Landeszentrale für politische Bildung ignoriert werden.

8

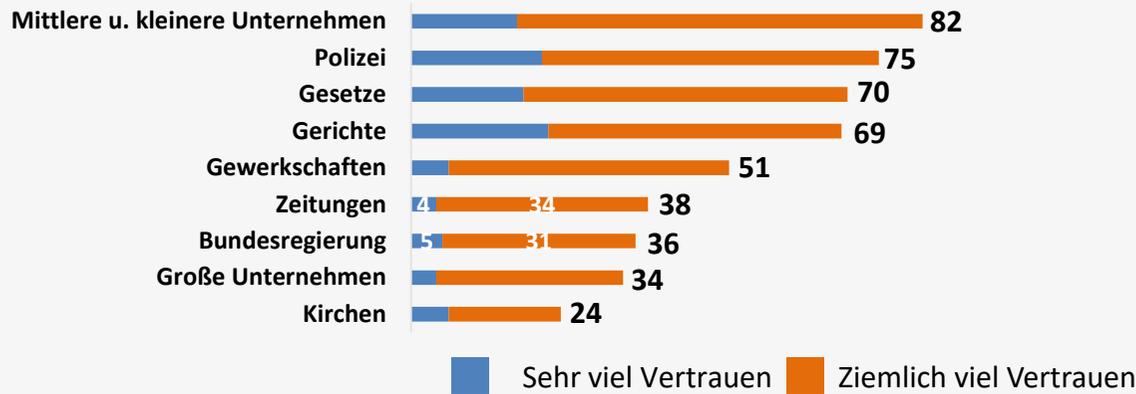
Es müssen rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, um bei nichtdeutschen Tatverdächtigen sofort aufenthaltsbeendende Maßnahmen einzuleiten. Denn wer als Ausländer eine schwere deutschfeindliche Straftat begeht, belegt seine Verachtung unserer Gesellschaft und ist damit eine fortwährende Gefahr für die Sicherheit der Bürger.

1.	Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	32
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	74
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	101
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	120
7.	Innere Sicherheit und Justiz	157
8.	Medien	173
9.	Verteidigung	187
10.	Fazit	197

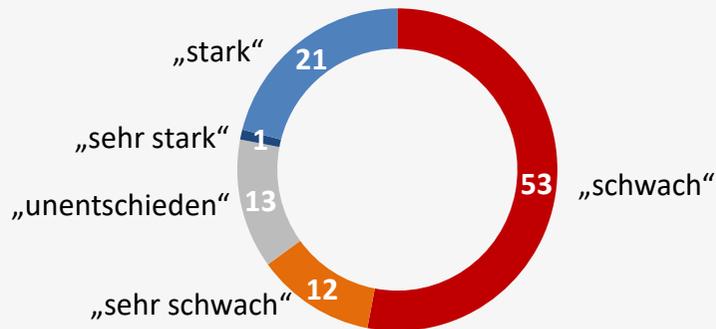
Wenig Vertrauen in Bundesregierung, Medien – Zusammenhalt der Gesellschaft fehlt

NEU

„Könnten Sie mir sagen, wie viel Vertrauen Sie in folgende Institution haben?“ in % (insgesamt)



„Für wie stark halten Sie den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft? Würden Sie sagen der Zusammenhalt ist ...“ in %



Quelle:
1) Roland Rechtsreport 2023, 28.02.2022

1

- „Das deutsche Rechtssystem genießt in der Bevölkerung nach wie vor ein hohes Maß an Vertrauen.“

2

- „Vergleichsweise wenig Vertrauen in der Bevölkerung genießen die Bundesregierung, große Wirtschaftsunternehmen sowie die Kirche: Nur jeweils gut jeder Dritte hat sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Bundesregierung.“

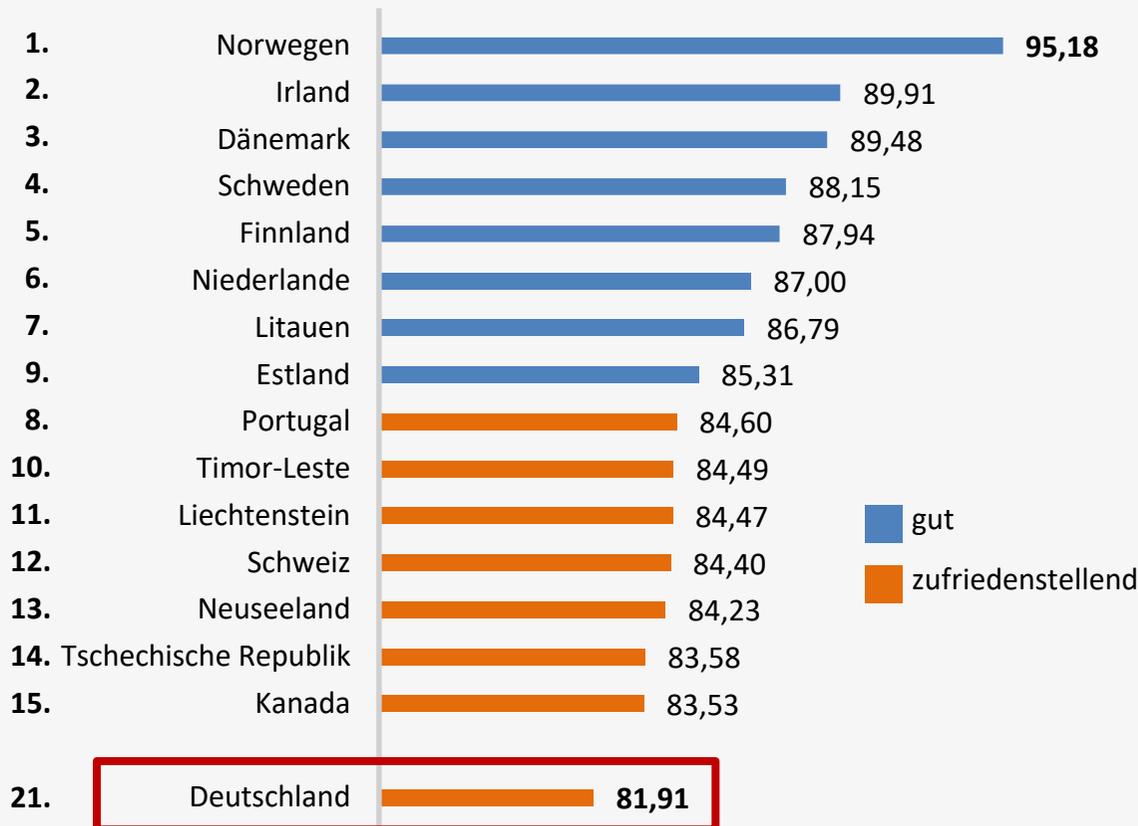
3

- „Die zunehmende Polarisierung politischer Diskussionen, die sich besonders ausgeprägt in der Flüchtlingskrise, während der Corona-Pandemie und teilweise auch im Ukraine-Krieg gezeigt hat, haben in der Bevölkerung den Eindruck verfestigt, dass der Zusammenhalt in der Gesellschaft nur noch schwach ausgeprägt ist.“

Deutschland rutscht in der Rangliste der Pressefreiheit weiter ab

aktualisiert

Rangliste der Pressefreiheit nach Punktzahl im Jahr 2023



1

- Deutschland rangiert fünf Ränge tiefer als im Vorjahr und landet auf Platz 21, hinter Staaten wie Litauen, Timor-Leste und Samoa. Die Lage der Pressefreiheit wird seit Jahren nur noch als zufriedenstellend bewertet. In dem Bericht wird festgestellt, dass die Anfeindungen und die Gewalt gegen Journalisten in Deutschland zugenommen haben. Journalisten „erleben zunehmende Queerfeindlichkeit, Sexismus und Rassismus, vor allem, wenn sie über diese Themen berichten.“

2

- „Auch organisierte Desinformation ist in vielen Ländern ein wachsendes Problem: In 118, also zwei Drittel aller Länder, gab eine Mehrheit der Befragten an, dass politische Akteurinnen und Akteure in ihrem Land in massive Desinformations- oder Propagandakampagnen involviert sind.“ Zudem „sind es anstehende Wahlen, die zu einer Einschränkung der Pressefreiheit durch die Regierungen einzelner Länder führen. So etwa in der Türkei (Rang 165), in der Präsident Erdogan um seine Wiederwahl fürchten muss.“

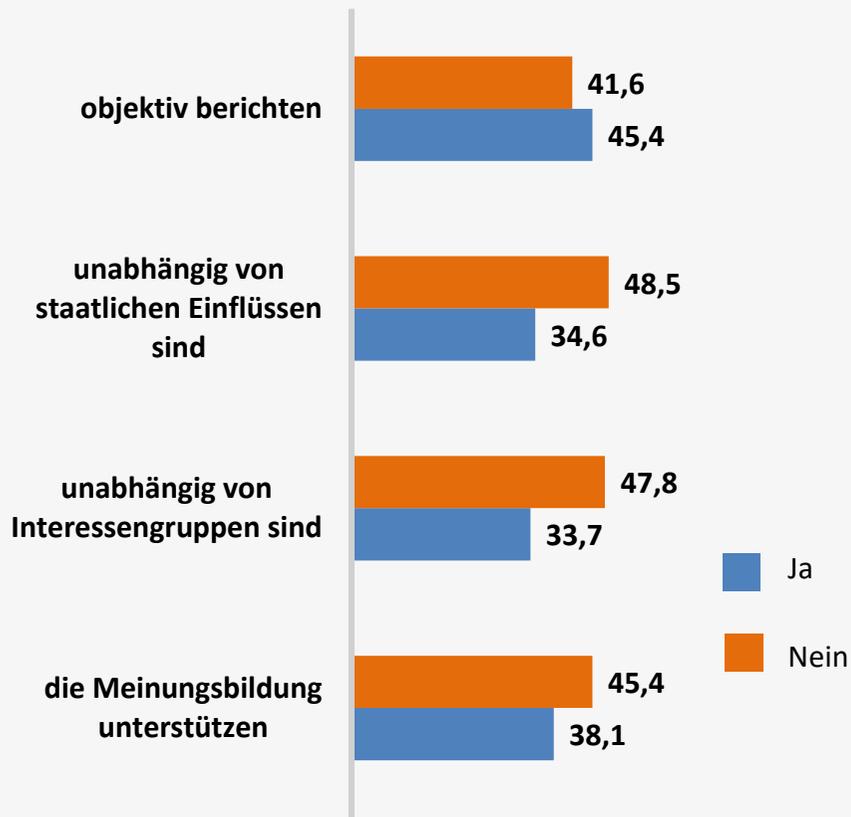
Quellen:

- 1) Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit: Weltweite Entwicklungen im Überblick im Jahr 2023
- 2) Reporter ohne Grenzen: Nahaufnahme Deutschland. Pressefreiheit im Überblick, 2023
- 3) FAZ: „Deutschland fällt aus Top 20“, 03.05.2023

42 % glauben nicht mehr an Objektivität bei den Öffentlich-Rechtlichen

NEU

„Sind Sie der Meinung, dass die öffentlich-rechtlichen Sender?“ in % im Jahr 2022



Quellen:

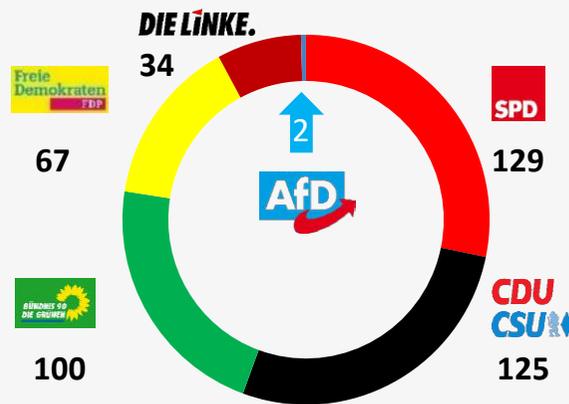
1) Tichys Einblick: „INSA-Umfrage für TE: Vertrauen in ARD und ZDF eingebrochen“, 10.09.2022 2) Mittelstand Digital: „Walter Krämer. Öffentlich-rechtliche Medien vermitteln Haltung statt seriöser Information“, 10-2022

- 1
 - Laut einer INSA-Umfrage für „Tichys Einblick“ halten fast 42 % die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender nicht mehr für objektiv.
- 2
 - Noch negativer fällt das Urteil über die Unabhängigkeit aus. So gehen die Bürger davon aus, dass ARD und ZDF zu 48,5 % eine Staatsnähe aufweisen und zu fast 48 % von Interessengruppen abhängig sind.
- 3
 - Gleichzeitig glauben nur noch 38 %, dass die öffentlich-rechtlichen Sender den „Auftrag, die Meinungsbildung der Bürger zu stützen und zu fördern“, erfüllen. Eine Mehrheit von 45 % aber glaubt das nicht mehr.
- 4
 - Laut Prof. Walter Krämer vom „Verein Deutsche Sprache“ hat „der linksgrüne Drall, der sich durch fast alle Sender und Programme zieht, als oberste Richtschnur Haltung statt seriöser Information zu vermitteln.“

AfD-Bann bei den Talkshows von ARD und ZDF geht weiter

aktualisiert

Auftritte der Bundestagsparteien in den fünf großen Talkshows („Anne Will“, „Hart aber fair“, „Markus Lanz“, „Maybrit Illner“, „Maischberger“) nach Anzahl im Jahr 2022



Auftritte der Bundestagsparteien in den fünf großen Talkshows nach Anzahl im 1. Quartal 2023



Quellen: 1) Junge Freiheit: „Talkshow-Gäste von ARD und ZDF: AfD-Anteil bei nur 0,4 Prozent“, 02.02.2023 2) Junge Freiheit: „Wie Alice Weidel auf den Talkshow-Bann von ARD und ZDF reagiert“, 12.04.2023

1

- Obwohl die AfD nach CDU/CSU die zweitgrößte Oppositionspartei ist, wurde sie im Jahr 2022 nur zwei Mal in die vier großen Talkshows eingeladen. Das waren 0,4 % aller Sendungen. Auch im ersten Quartal 2023 wurde die AfD weiter konsequent aus allen Sendungen verbannt. Laut Recherche der „Jungen Freiheit“ wurden „die übrigen im Bundestag vertretenen Parteien teils wesentlich häufiger (eingeladen), als man aus ihre Wahlergebnissen hätte schließen können.“

2

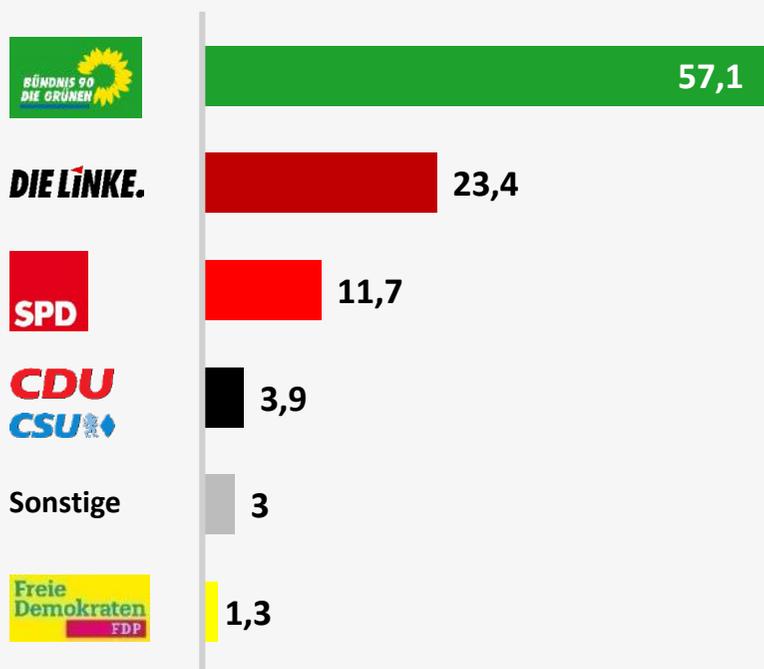
- „Die Fernsehmoderatorin Maybrit Illner mahnte, die AfD einzuladen führe in der Sendung zu ‚unproduktiven Debatten‘. „Wir sind mit unserer Sendung immer auf der Suche nach der besten Lösung für ein Problem. Da ist die Position ‚Es gibt das Problem gar nicht!‘ eher nicht hilfreich. Aber wir werden die AfD wieder einladen, wenn es Sinn macht, versprach Illner.“

3

- Und das, obwohl die AfD zu den Themen Ukraine-Krieg, Corona und Migration als einzige Partei eine konträre Meinung zum Mainstream und den etablierten Parteien vertritt. „Diese Ungleichbehandlung der AfD sei sowohl ein Angriff auf die ‚Chancengleichheit im parteipolitischen Wettbewerb‘, als auch auf die ‚demokratische Kultur‘ im Land,“ sagte die AfD-Chefin Alice Weidel.

92 % der ARD-Volontäre wählen links – Einseitigkeit vorprogrammiert

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre? in %



Quellen:

- 1) Statista: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?, 17.11.2020
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung: „92 Prozent für Rot-Rot-Grün“, 06.11.2021
- 3) NDR: „Grüne Mehrheit? Die ARD und ihre Volos“, 11.11.2020

1

- Eine Umfrage unter Volontären der ARD ergab, dass von diesen 92 % linke Parteien wie Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und die SPD bei der Bundestagswahl im Herbst 2021 gewählt hätten.

2

- Fast ein Viertel (23,4 %) würde der Linken ihre Stimme geben, obwohl diese in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

3

- Die damit zum Ausdruck gebrachte Homogenität der angehenden ARD-Redakteure zeigt, dass von keiner neutralen Berichterstattung mehr auszugehen ist. „Hier verwirklicht sich der Anspruch, divers aufgestellt zu sein und zugleich die gesamte Gesellschaft zu repräsentieren, am allerwenigsten.“

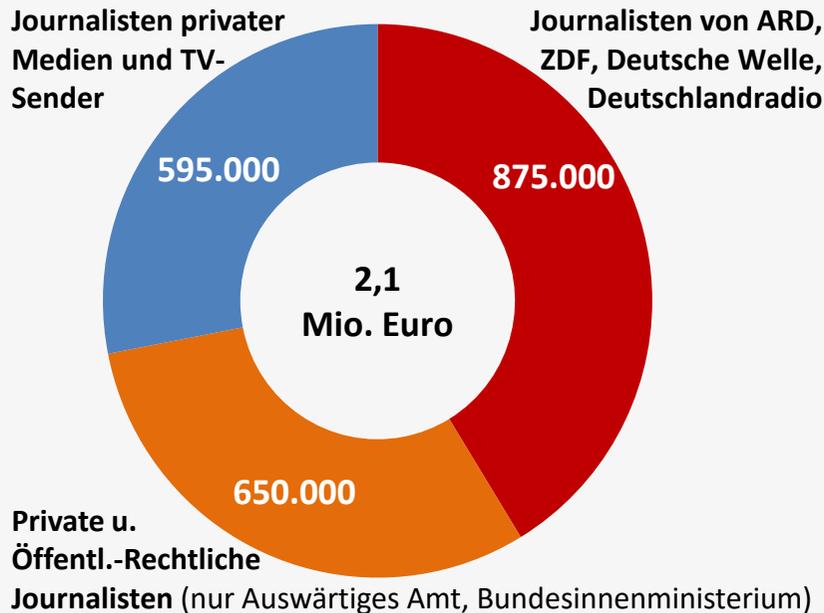
4

- Der Öffentliche Rundfunk versucht diese Umfrage zu verharmlosen. So schreibt der NDR: „Politische Überzeugung [sei] kein Widerspruch zu Objektivität“.

Zahlten Bundesministerien 2,1 Mio. Euro für Hofberichterstattung?

NEU

Auftragsvergabe der Bundesministerien an Journalisten in Euro von 2018 bis 2022



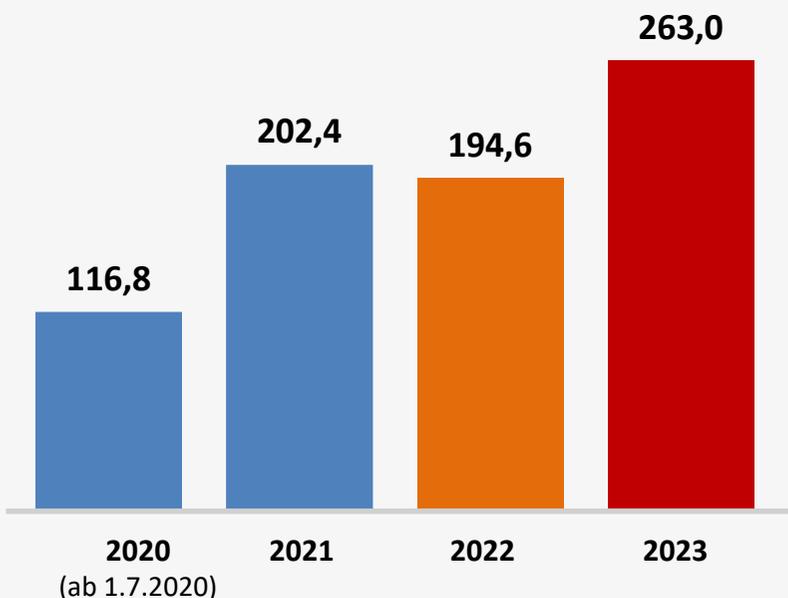
Quellen: 1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien, Drs. 20/5822, 27.02.2023 2) Die Welt: „Im Auftrag des Kanzleramts – Linda Zervakis erhielt für Moderation fast 11.000 Euro“, 08.03.2023 3) Kleine Anfrage der Hamburger AfD-Fraktion: Zahlungen von Senat und Behörden an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien“, Drs. 22/11338, 28.03.2023 4) Martin E. Renner (AfD-MdB): „Skandal um von der Bundesregierung bezahlte Journalisten weitet sich aus“, 06.04.2023 5) Achtung Reichelt: „Geheim-Liste: Regierung bezahlte 116 Journalisten von ARD & ZDF / ZDF-Reporter drehte Impf-Werbung“, 08.03.2023 6) Focus: „Özdemirs Frau moderierte Baerbock-Event - ihre Bezahlung bleibt ein Geheimnis“, 06.06.2023 7) Bild: „NRW-Ministerien zahlten über eine Mio. Euro an Journalisten“, 13.06.2023

- 1
 - Erst auf Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion wurde bekannt, dass die Bundesregierung und Bundesministerien in der Zeit von 2018 bis 2022 weit über 100 Journalisten der Öffentlich-Rechtlichen und privaten Medien (u. a. SAT1, RTL, ProSieben, ntv, FAZ, Die Zeit, Süddeutsche Zeitung, Der Spiegel) für insgesamt 2,1 Mio. Euro beschäftigten. Auch die Ehefrau des Bundeslandwirtschaftsministers Özdemir moderierte für das Auswärtige Amt. „Ihre Bezahlung bleibt ein Geheimnis.“
- 2
 - Laut Julian Reichelt handelt es sich „um gekaufte Journalisten. Journalisten, die von der Bundesregierung direkt bezahlt werden und deswegen natürlich kein Interesse haben, darüber zu berichten. Journalisten, die große Summen für wenig Arbeit von den Leuten annehmen, über die sie eigentlich objektiv und unbestechlich berichten sollen.“ Auch die NRW-Landesregierung zahlte von 2017 bis 2022 fast 1,2 Mio. Euro, u. a. an ARD- und ZDF-Redakteure laut einer Antwort auf eine AfD-Anfrage.
- 3
 - Die Bundesregierung gibt die Namen der Journalisten nicht bekannt und weist darauf hin, „dass Personennamen der beauftragten Journalistinnen und Journalisten aus Gründen des Datenschutzes nicht offengelegt werden.“ Dennoch wurden einige Namen nach Recherchen von Julian Reichelt bekannt, wie Linda Zervakis („Tagesschau“), Anne Gelinek („Heute Journal“), Monika Jones (Deutsche Welle“), Judith Rakers („Tagesschau“), Anja Heil („Morgenmagazin“). Ein unabhängiger Journalismus ist dadurch immer weniger möglich.

Regierung schaltete eigene Werbekampagnen von fast 1 Mrd. Euro

NEU

Informationsmaßnahmen, Kampagnen und Anzeigen der Bundesregierung in Mio. Euro nach Jahren



Quellen:

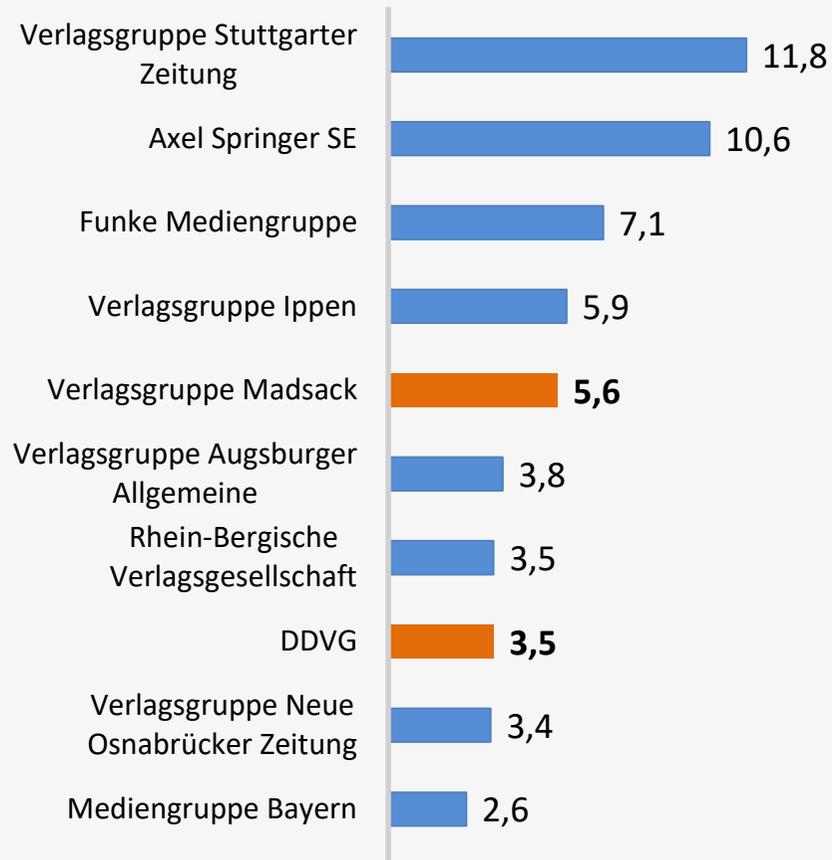
1) Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Zahlungen der Bundesregierung an Medien und Influencer für Werbung, Anzeigen, Kampagnen und Informationsmaßnahmen, Drs. 20/6676, 04.05.2023 2) Tichys Einblick: „Bundesregierung gab halbe Milliarde für Eigenwerbung aus“, 15.05.2023 3) Bund der Steuerzahler: „Hohe Kosten, eigentümliche Intransparenz“, Der Steuerzahler, 06-2023, S. 26

- 1
 - Eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion ergab, dass die Bundesregierung von Juni 2020 bis Ende 2022 fast 514 Mio. Euro an Werbemaßnahmen zur Beeinflussung der Bürger ausgegeben hatte. Für 2023 plant die Bundesregierung Ausgaben von 263 Mio. Euro. Insgesamt wurden laut dem „Bund der Steuerzahler“ in den letzten Jahren fast 1 Mrd. Euro ausgegeben.
- 2
 - Obwohl es sich um reine Eigenwerbung der Bundesregierung handelt, bezeichnet diese die Maßnahme zur „Erfüllung des ‚verfassungsmäßigen Informationsauftrags‘!“ Allein das Bundesgesundheitsministerium gab zur Eigenwerbung für die „Corona-Kommunikation“ von 2020 bis 2022 knapp 300 Mio. Euro aus.
- 3
 - Um für die „Energiewende“ zu werben, wurden von 2020 bis 2022 fast 44 Mio. Euro Steuergeld aufgewandt. Bundeswirtschaftsminister Habeck vergab zudem in den ersten drei Monaten 2023 fast 5,2 Mio. Euro an eine Agentur, die die Kampagne „Energiewechsel“ umsetzte.
- 4
 - Auch versucht die Bundesregierung über Social-Media-Influencer via YouTube, Instagram etc. Jugendliche in ihre Richtung zu beeinflussen. „Erstaunliche 84.904 Euro erhielt Aaron Troschke, ein Youtuber von geradezu bodenlosem Niveau, für die Behandlung des Themas „Die Duale – Berufsbildung mit System“. Zudem erhielten Influencer 1,8 Mio. für Werbung der Corona-Warn-App.

SPD nutzt ihre Medienmacht über DDVG und Verlagsgruppe Madsack

aktualisiert

Marktanteile der größten Zeitungsverlage in Deutschland (Stand: 1. Quartal 2022)



Quellen:

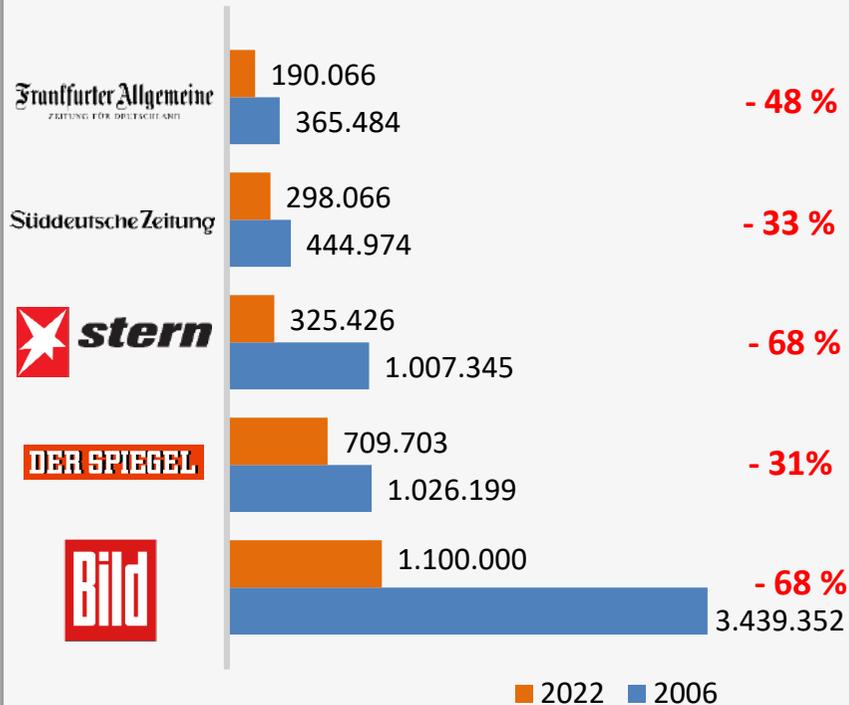
- 1) Statista: Marktanteile der Verlagsgruppen, 05.05.2023
- 2) Wikipedia: Verlagsgesellschaft Madsack (Stand: 07.05.2023)
- 3) RedaktionsNetzwerk Deutschland, Madsack Mediengruppe

- 1
 - Die zehn größten Zeitungsverlage halten einen Marktanteil von 57 % bezogen auf die Auflage der deutschen Tageszeitungen.
- 2
 - Der Madsack-Konzern gehört zu den großen Medienkonzernen. Der größte Eigentümer ist mit 23,1 % die SPD.
- 3
 - Darüber hinaus gehört der SPD die „Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft“ (DDVG, u. a. Sächs. Zeitung, Öko-Test) zu 100 %. Sie übt damit einen großen Einfluss auf die Medien in Deutschland aus.
- 4
 - Der Verlagsgesellschaft Madsack gehörten im Jahr 2023 19 regionale Tageszeitungen und über 20 Anzeigenblätter, u. a. Dresdner Neueste Nachrichten, Hannoverische Allg. Zeitung, Leipziger Volkszeitung, Märkische Allgemeine Zeitung, RedaktionsNetzwerk Deutschland.
- 5
 - „Das RedaktionsNetzwerk zählt zu den größten redaktionellen Netzwerken Deutschlands“, versorgt „mehr als 50 Tageszeitungen“ und erreicht täglich rund 7 Mio. Leser.

Verkaufszahlen der deutsche Zeitungen gehen seit Jahren auf Talfahrt

aktualisiert

Verkaufszahlen im Vergleich 2006 versus 2022
(Stand: 4. Quartal 2022)



Quellen:

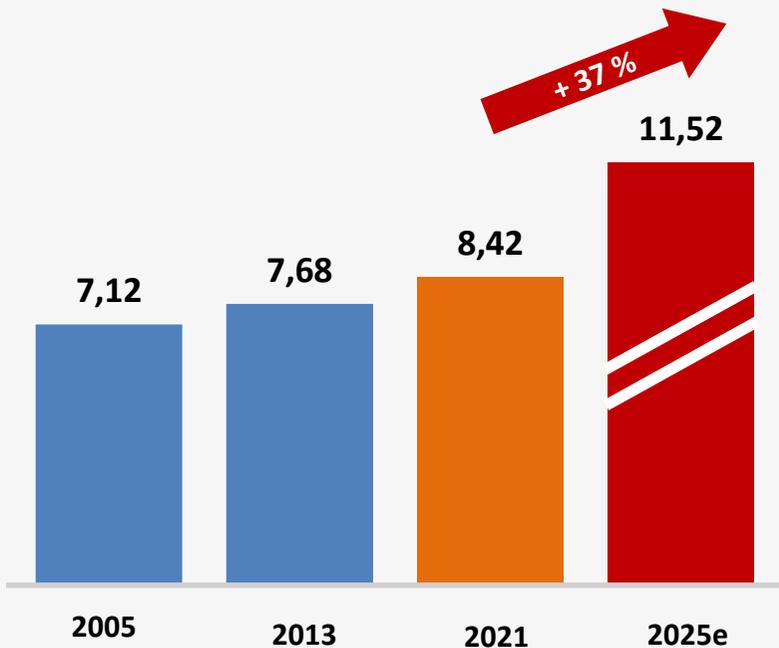
1) Statista: „Verkaufte Auflagen der Nachrichtenmagazine Der Spiegel, Stern und Focus vom 2. Quartal 2015 bis zum 4. Quartal 2022“, 05.05.2023 2) Statista: „Verkaufte Auflage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, 05.05.2023 3) Statista: „Verkaufte Auflage der BILD/B.Z. Deutschland“, 05.05.2023 4) Statista: „Verkaufte Auflage der Süddeutschen Zeitung“, 05.05.2023 5) Stephan Paul: „Wie ‚lokal‘ ist meine Zeitung? – Analyse einer Lokalausgabe“, Bachelorarbeit 2014 6) Statista: „Verkaufte Auflage Die Welt“, 05.05.2023 7) Statista: „Verkaufte Auflage der Junge Freiheit“, 05.05.2023

- 1
 - Der Rückgang an der verkauften Auflage der sogenannten Qualitätsmedien liegt u. a. an der vielfach unkritischen und systemkonformen Berichterstattung über die Bundesregierungen. Gerade die Art der Berichterstattung trägt dazu bei, dass die Verkaufszahlen sinken. Zudem kommt eine vermehrte Online-Nutzung.
- 2
 - Die Bild-Zeitung verlor innerhalb von 16 Jahren 68 % ihrer Leser und hat nur noch eine verkaufte Auflage von 1,1 Mio. Exemplaren.
- 3
 - Die verkaufte Auflage von Focus sank auf gut 235.816 (2015: 501.187) Magazinen. Die Welt hat nur noch eine verkaufte Auflage von 88.780 Exemplaren (2015: 192.396, jeweils 3. Quartal).
- 4
 - Obwohl die rechtskonservative Wochenzeitung Junge Freiheit die verkaufte Auflage vom 1. Quartal 2014 bis 4. Quartal 2022 um 19 % – und somit gegen den Trend der Mainstream-Medien – steigern konnte, bleibt sie im konservativ-freiheitlichen Medienspektrum eine kleine Zeitung.

Trotz 8,4 Mrd. Euro Zwangsgebühren wollen ARD/ZDF bald 37 % mehr

aktualisiert

Gesamtertrag des ARD/ZDF/Deutschlandradio-Beitragsservice und Werbeeinnahmen in Mrd. Euro



Quellen:

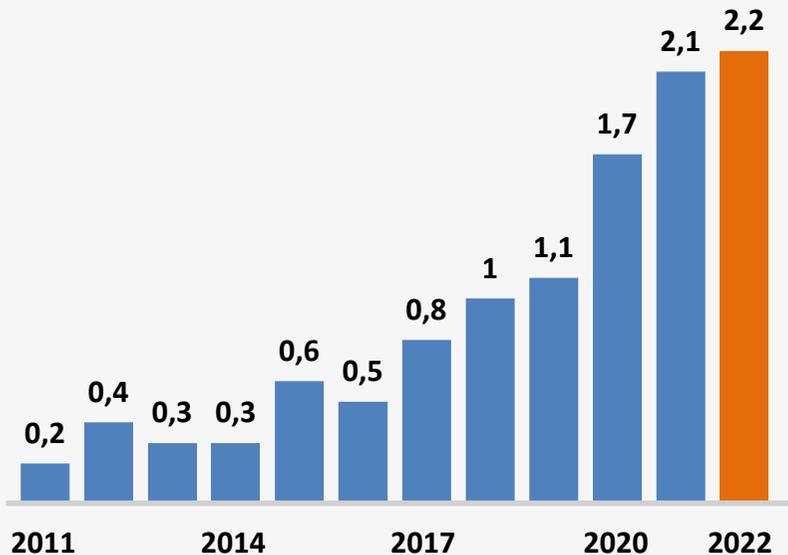
1) Statista: Erträge des ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice nach Rundfunkanstalt im Jahr 2021, 14.06.2022 2) Business Insider: „Geheime ARD-Akten zeigen, wie die öffentlich-rechtlichen Sender den Rundfunkbeitrag auf mehr als 20 Euro erhöhen wollen“, 26.03.2023 3) Berliner Zeitung: „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Jetzt endlich abschaffen“, 09.08.2022 4) Bild: „So wenig wollen die Deutschen für ARD und ZDF bezahlen“, 11.04.202 5) AfD-Fraktion in NRW: „Grundfunk“, 13.08.2020

- 1
 - Nachdem immer mehr Skandale bei den Öffentlich-Rechtlichen-Sendeanstalten herauskamen („verdrehte Wahrheiten“, Korruptionsvorwürfe, Werbung für Gender-Sprache, Inhaftierung eines Beitragsverweigerers, Verschwendung von Haushaltsmitteln oder ein „Pädophilen-Talk über „kindliche Sexpuppen“ u. v. m.) verlangen 84 % die Abschaffung der Rundfunkgebühr.
- 2
 - Die Einnahmen der Öffentlich-Rechtlichen (ARD, ZDF, Deutschlandradio) erhöhten sich 2021 auf über 8,4 Mrd. Euro („Beitragsservice“, Werbeeinnahmen). Laut „Business Insider“ könnte der Rundfunkbeitrag im Jahr 2025 auf 25,19 Euro steigen. Dann würden sich die Einnahmen der Öffentlich-Rechtlichen auf 11,5 Mrd. Euro pro Jahr erhöhen.
- 3
 - Dabei wollen die Bürger für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk viel weniger zahlen. Laut INSA würden 13 % der Bürger bis 5 Euro, 16 % bis 10 Euro, 10 % bis 15 Euro, 6 % bis 18,35 Euro bezahlen. Nur 7 % akzeptieren den derzeitigen Betrag von 18,36 Euro. 4 % hatten keine Meinung.
- 4
 - „Sieben AfD-Landtagsfraktionen haben ein Konzept entwickelt, das den staatlichen Rundfunk endlich wieder auf echte Grundversorgung zurückführt. Der GRUNDFUNK ist für die Bürger komplett kostenfrei. Pro Haushalt ergibt das eine jährliche Ersparnis von über 200 Euro.“

Denunziationsportal erhielt 11 Mio. Euro von der Bundesregierung

NEU

**Bundesmittle für die „Amadeu Antonio Stiftung“
in Mio. Euro nach Jahren**



Quellen:

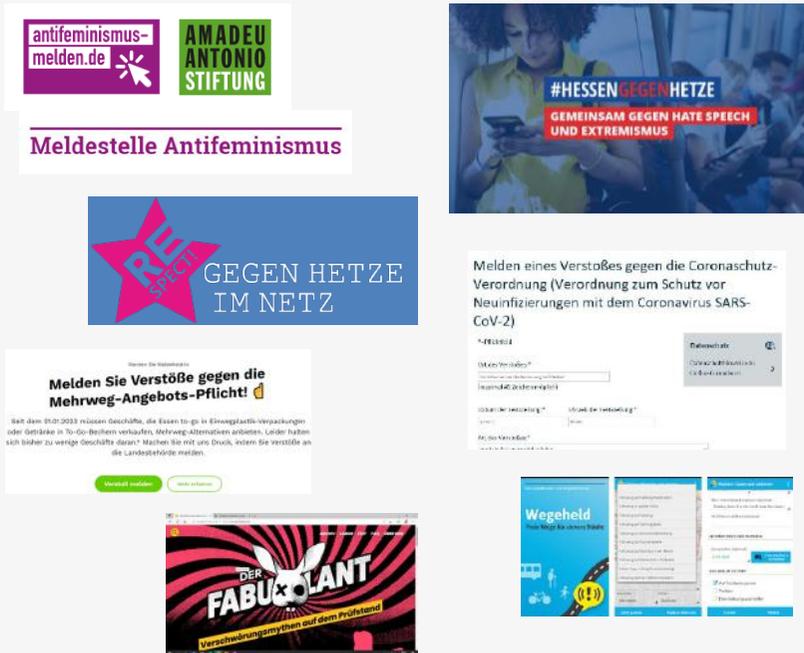
1)) Stephan Brandner (AfD-MdB): „Stephan Brandner: Staatliche Finanzierung der Amadeu Antonio Stiftung muss sofort beendet werden“, 09.06.2023 2) Antwort auf Frage des AfD-MdB Stephan Brandner zu den jährlichen Bundesmittle an die Amadeu Antonio Stiftung, Frage 144, Drs. 20/1355, 06.04.2022 3) Deutschlandfunk: „Bär (CSU) kritisiert „Petzportal“ – Amadeu Antonio Stiftung verteidigt Meldestelle für Antifeminismus“, 20.03.2023 4) Die Welt: „Denunziantentum hat in einem Rechtsstaat nichts verloren“, 26.04.2023

- 1
 - Von 2011 bis 2022 hat die „Amadeu Antonio Stiftung“ mehr als 11 Mio. Euro aus Bundesmittle erhalten. Im Jahr 2022 erhielt die „Meldestelle für Antifeminismus, rechtsextreme Gartenzwerge und das Verbreiten von Hass und Hetze gegen die AfD“ mit 2,2 Mio. Euro den bislang höchsten Betrag. Kritik gegen die Finanzierung der „Stiftung“ kommt aber nicht nur von der AfD.
- 2
 - „Die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, (Dorothee) Bär, entgegnete, die Meldestelle hantiere mit schwammigen Begrifflichkeiten trotz absoluter Feststellungen. (...) Das Portal agiere (...) unterhalb der Strafbarkeitsgrenze.“ „Die Meldestelle lade dazu ein, dass ‚klammheimlich und im Stillen gepetzt‘ werde.“
- 3
 - Die „Amadeu Antonio Stiftung“ erfasst Fälle „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze.“ „Hier kann man etwa melden, wenn die ‚Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten ... angegriffen‘ wird.“
- 4
 - Laut dem Verfassungsrechtler Prof. Franz Josef Lindner gehört „denunzieren, andere verpetzen und hinhängen zu den miesesten menschlichen Charaktereigenschaften. Tyrannen und Diktatoren machen solche hinterhältigen Typen zu ihren Handlangern. Ich bin schockiert, wie locker einige wieder das Denunzieren von Mitmenschen hoffähig machen wollen.“

Förderung des Denunziantentums durch (nicht-)staatliche Meldeportale

NEU

Staatliche und nichtstaatliche Meldeportale Beispiele in Deutschland



Quellen: 1) Focus: „Antifeministische Meldestelle. Neues „Petz-Portal“ gegen Sexismus wird von Hassbotschaften überrollt, 02.04.2023 2) Neue Zürcher Zeitung: „Demokratie braucht keine Denunzianten – und keine «Antifeminismus»-Meldestelle“, 21.02.2023 3) Cicero: „Lisa Paus und ihr Petz-Portal“, 19.02.2023 4) Die Welt: „Woher kommt die deutsche Lust an der Denunziation?“, 01.04.2023 5) Die Welt: „Meldeportal für Corona-Verstöße sorgt in Essen für Kritik“, 14.10.2020 6) Bild: „Deutsche sollen ihre Mitbürger verpetzen“, 04.04.2023 7) Bild: „Dieser Hase kämpft gegen Verschwörungs-Theorien“, 18.07.2023 8) Kleine Anfrage der AfD-Fraktion in Hessen: Viel Steuergeld für einen (faktisch) falschen Hasen, Drs. 20/11030, 15.06.2030

- 1
 - Der Staat und auch Vereine gehen seit einigen Jahren dazu über, im Internet Portale zu implementieren, die dazu dienen Bürger zu denunzieren. U. a. zu den Themen „Antifeminismus“, „Gegen Hetze im Netz“ (BKA, Land Hessen), „Falschparker“ (Deutsche Umwelthilfe), „Mehrweg-Verstössmelden“ (Greenpeace), „FalschWohner“ (Berliner Senat), „Corona-Verstöße“ (Stadt Essen) und angebliche Verschwörungsmymen („Der Fabulant“, Land Hessen)
- 2
 - Vielfach finanzieren Bundes- und Landesministerien diese Denunziationsplattformen. So wird u.a. die „Meldestelle Antifeminismus“ mit 2 Mio. Euro vom Bundesfamilienministerium gefördert. In Hessen „kämpft“ ein Hase mit „640.000 Euro Steuergeld“ gegen Verschwörungs-Theorien, den „kaum jemand kennt.“ Prof. Michael Wolffsohn: „Schlimm, dass unsere Demokratie auf diese demokratiefeindlichen Methoden zurückgreift.“
- 3
 - Laut Focus ist „unklar, wie sichergestellt wird, dass nur ‚echte Fälle‘ in die Statistik einfließen, da im Meldeportal unter www.antifeminismus-melden.de, bis auf die E-Mail Adresse, keine persönlichen Informationen angegeben werden müssen, um eine Meldung abzuschicken.“ „Was seitens des Bundesfamilienministeriums als ein innovatives Instrument im Kampf gegen Frauenfeindlichkeit verstanden werden möchte, dient in Wirklichkeit der Denunziation politisch unliebsamer Anschauungen.“ (Cicero)

Unsere AfD-Forderungen zu Medien

aktualisiert

1

- Es darf nicht zu einem schleichenden Verlust der Pressefreiheit kommen. Vielmehr muss dafür gesorgt werden, dass auch regierungskritische Berichterstattung geschützt wird.

2

- Journalismus zu unliebsamen Themen wie der Corona-, Ukraine- oder Migrationspolitik muss weiterhin sachlich und kritisch möglich sein. Staatliche Vorgaben oder Einschränkungen darf es nicht geben.

3

- Die AfD wird bundesweit durch die Medien ignoriert oder ausschließlich negativ dargestellt. Ein staatlicher Eingriff ist auch hier unzulässig, dennoch sollte durch ordentliche Berichterstattung eine der größten politischen Parteien nicht derart mundtot gemacht werden.

4

- Das Eigentum oder die Beteiligung von Parteien an Zeitungsverlagen, wie es bei der SPD der Fall ist, muss in Deutschland gesetzlich unterbunden werden. Hier besteht die große Gefahr der einseitigen Berichterstattung und Manipulation.

5

- Journalisten müssen sich bei ihrer Arbeit wieder auf den Pressekodex (Publizistische Grundsätze) zurückbesinnen und sich daran halten. Meinungsjournalismus ist abzulehnen.

6

- Einzelne öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten haben in den vergangenen Jahren immer wieder rote Zahlen geschrieben. Diese dürfen nicht durch einen steigenden Rundfunkbeitrag ausgeglichen werden. Auch hier muss wirtschaftliches Arbeiten im Vordergrund stehen.

7

- Sowohl die Gehälter als auch die hohe Altersvorsorge beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk müssen gekürzt und angepasst werden.

8

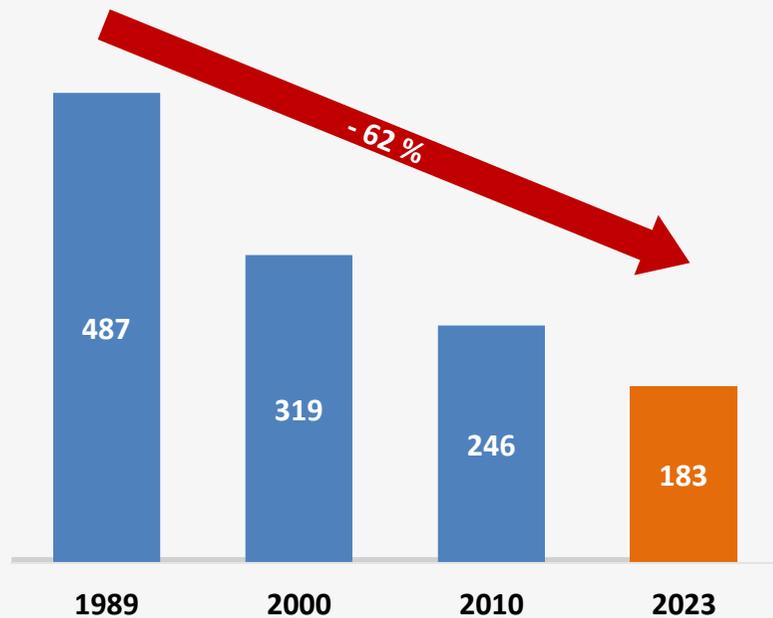
- Die Förderungen politisch einseitiger Projekte oder Vereine müssen unverzüglich eingestellt werden. Kein Steuergeld mehr für links-grüne NGOs. Denunziationsportale müssen geschlossen werden, da diese auf demokratiefeindliche Methoden zurückgreifen.

1.	Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	32
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	74
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	101
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	120
7.	Innere Sicherheit und Justiz	157
8.	Medien	173
9.	Verteidigung	187
10.	Fazit	197

Aussetzung der Wehrpflicht hat zur Destabilisierung beigetragen

aktualisiert

Personalstärke der Bundeswehr
in Tausend nach Jahren



Quellen:

- 1) Statista: Personalbestand der Bundeswehr, 12.05.2023
- 2) Die Welt: „Feindbild Bundeswehr-Soldat“, 09.09.2019
- 3) Focus, „Für mehr Offenheit: Von der Leyen veranstaltet Sex-Seminar bei der Bundeswehr“, 12.01.2017
- 4) Süddeutsche Zeitung: „Bundeswehr entwirft Uniform für Schwangere“, 02.04.2018
- 5) T-Online: „Gender-Streit bei der Bundeswehr – kommt jetzt die Feldwebelin?“, 11.09.2020
- 6) Der Spiegel: „Aus Panzerkommandant wird jetzt »Teamleitung Panzertruppe“, 29.07.2021
- 7) Frankfurter Rundschau: „Einmann“-Packung soll einen neuen Namen erhalten“, 01.07.2021
- 8) Die Welt: „Stiefel statt Pumps, das zählt hier“, 23.02.2023
- 9) Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte, Jahresbericht 2022, 28.02.2023

1

- Durch die Aussetzung der Wehrpflicht ist die Bundeswehr nur noch bedingt abwehrfähig. „Ende März 2023 dienten 172.945 Berufs- und Zeitsoldaten bei der Bundeswehr. Zuzüglich der Wehrdienstleistenden belief sich die Gesamtzahl der Soldaten auf 182.570.“

2

- „Zum Stichtag 31. Dezember 2022 gab es von den 117.987 militärischen Dienstposten oberhalb der Laufbahn der Mannschaften 18.692 unbesetzte Dienstposten. Das entspricht 15,8 %.“ „Die größte Herausforderung für die Personalgewinnung und -bindung liegt bei den Fachdiensten der Unteroffiziere. Besetzungsquoten von unter 60 % der vorgesehenen Dienstposten sind in diesem Bereich keine Seltenheit.“

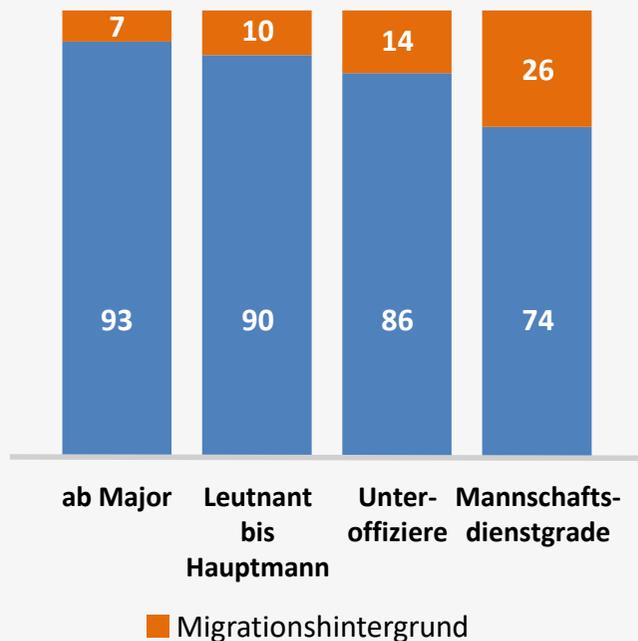
3

- Die früheren Verteidigungsminister Ursula von der Leyen, Annegret Kramp-Karrenbauer, Christine Lambrecht sahen ihre Aufgabe darin, die Bundeswehr gendergerecht und pazifistisch auszurichten. Das Gender-Mainstreaming hatte mittlerweile bei der Bundeswehr Eingang gefunden. Aus Panzerkommandant wurde „Teamleitung Panzertruppe“. Auch die Bezeichnung „Einmannpackung“ für das Proviant soll umbenannt werden. Der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius versucht dem entgegenzuwirken.

Bundeswehr ist „bunt“, kennt aber die Migrationshintergründe nicht

aktualisiert

Migrationshintergrund in der Bundeswehr nach Rang in % im Jahr 2016



Quellen: 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Jeder vierte einfache Soldat hat Migrationshintergrund“, 03.07.2016 2) Bundesministerium der Verteidigung: Vielfalt und Inklusion in der Bundeswehr, 2022 3) Der Spiegel: „Ex-Bundeswehrsoldaten kämpfen als Dschihadisten in Syrien“, 31.08.2014 4) Die Welt: „Der Glaubenskrieger“, 21.06.2020 5) Deutsche Welle: „Muslime in der Bundeswehr: Soldat*innen, aber ohne Seelsorge“, 25.07.2020 6) T-Online „Mehr extremistische Verdachtsfälle in der Bundeswehr“, 12.05.2022 7) Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte, Jahresbericht 2022, 28.02.2023

1

- Bereits 2016 hatten 26 % der Soldaten im einfachen Dienst einen Migrationshintergrund. Davon dienten im Jahr 2020 bis zu 4.000 Muslime in der Bundeswehr. Im Jahr 2022 führte die Bundeswehr eine Umfrage durch, an der aber nur 27 % aller zivilen und militärischen Bundeswehrangehörigen teilnahmen. Davon gaben nur 8,9 % an, einen Migrationshintergrund zu haben.

2

- Das Verteidigungsministerium wollte zudem die sexuelle Orientierung der Soldaten wissen. Danach waren 93,2 % heterosexuell, 2,3 % homosexuell, je 1,8 % asexuell und bisexuell und 0,9 % pansexuell oder Sonstiges.

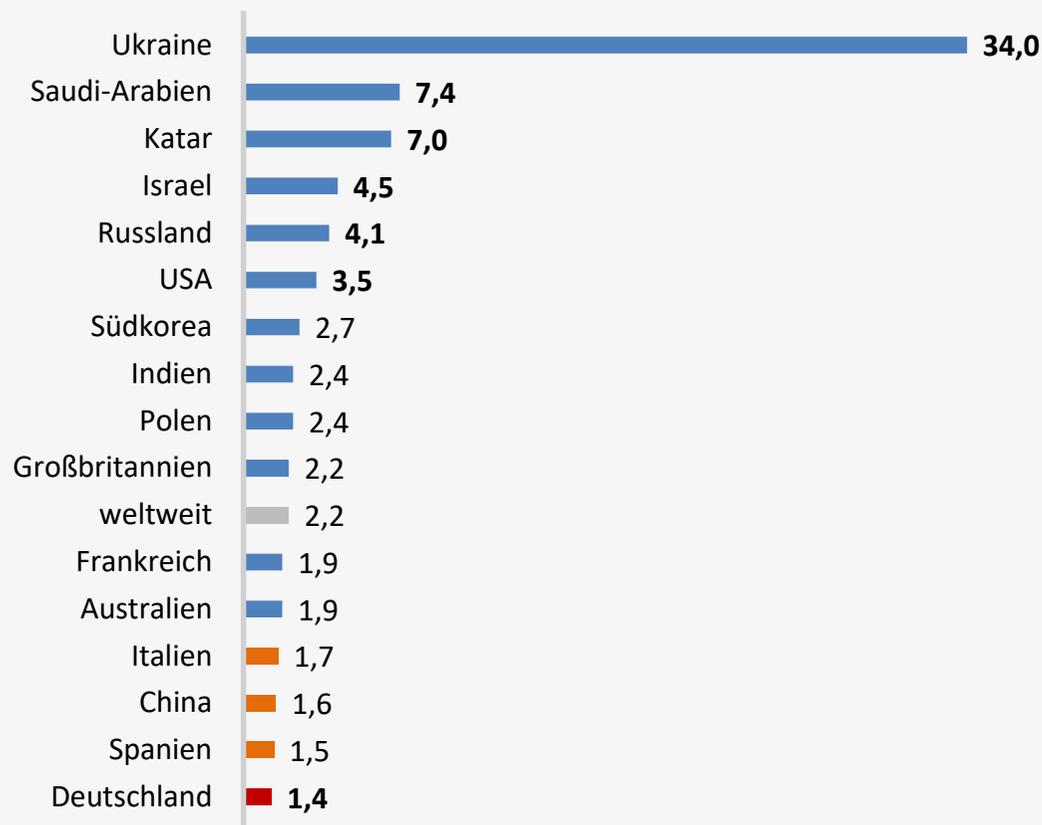
3

- „Der Spiegel“ berichtete bereits im Jahr 2014, dass „die Bundeswehr für Islamisten immer attraktiver wird“ und dass Ex-Bundeswehrsoldaten für den IS kämpften. Allein im Jahr 2022 gab es in der Bundeswehr 19 Fälle von Islamismus und 9 Fälle von Ausländerextremismus.

Wehretat-Schlusslicht Deutschland hält NATO-Zusagen nicht ein

aktualisiert

Anteil der Militärausgaben am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt (BIP) in % im Jahr 2022



Quellen:

- 1) Statista: Anteil der Militärausgaben am jeweiligen BIP, 05.05.2023
- 2) Statista: Ausgaben im deutschen Bundeshaushalt für das Bundesministerium der Verteidigung von 2012 bis 2019 und Planung bis 2021, 03.03.2021
- 4) Bund der Steuerzahler: Der Steuerzahler, „Deutschland reißt NATO-Zusagen, März 2023
- 3) ntv: „Nur die Hälfte für Ausrüstung? IFO-Institut rechnet mit Bundeswehr-Sondervermögen ab“, 10.07.2023

1

- Deutschland investierte 2018 noch 1,5 % des BIP für die Verteidigung. Diese Ausgaben sind 2020 auf 1,4 % und im Jahr 2021 sogar auf 1,3 % des BIP gesunken. 2022 stiegen sie wieder leicht auf 1,4 %.

2

- Das von der NATO geforderte Zwei-Prozent-Ziel des Bruttoinlandsprodukts wird deutlich unterschritten. „Der Bundeswehretat ist mit 50,1 Mrd. Euro sogar kleiner veranschlagt als noch 2022.“

3

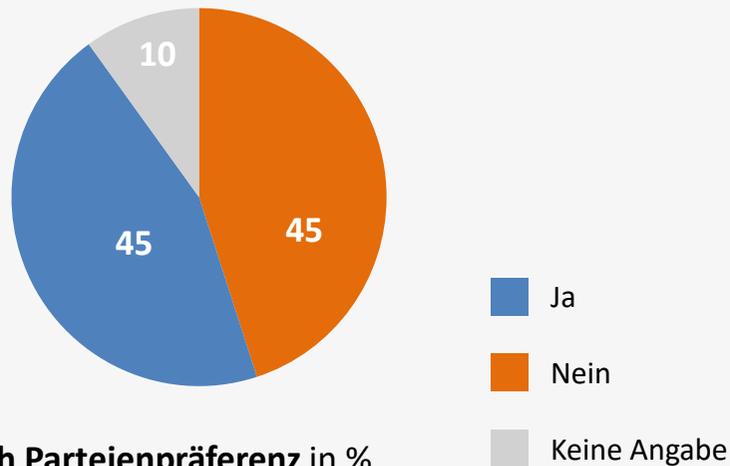
- Bei einem angenommenen jährlichen Wirtschaftswachstum von 2 % müsste Deutschland das Verteidigungsbudget im Jahr 2024 auf mindestens 75 Mrd. Euro erhöhen.

4

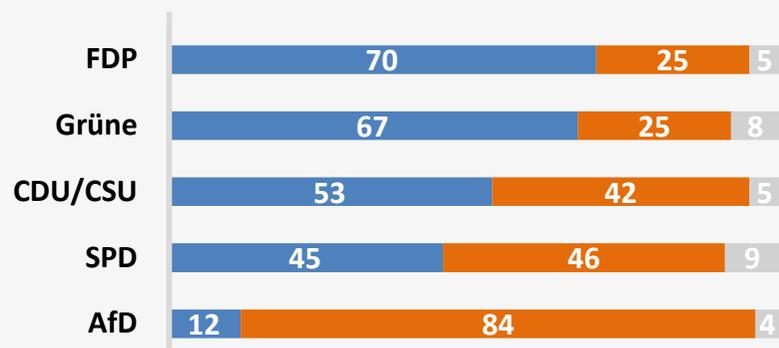
- „Nur etwa die Hälfte des Sondervermögens von 100 Mrd. Euro kann dem IFO-Institut zufolge für den Kauf zusätzlicher Ausrüstung verwendet werden. 33 % gleichen lediglich Einsparungen beim Verteidigungsetat aus. 8 % müssten für Zinsen aufgewendet werden.“

45 % sind für und 45 % gegen Waffenlieferungen an die Ukraine

Sollten schwere Waffen an die Ukraine geliefert werden? in %



Nach Parteienpräferenz in %



Quelle:

1) Tagesschau: „ARD-DeutschlandTrend. Lieferung schwerer Waffen umstritten“, 28.04.2022

1

- In der Frage, ob schwere Waffen in die Ukraine geliefert werden sollen, sind sich die Deutschen uneins. Jeweils 45 % sind für und gegen eine Lieferung an die ukrainische Regierung.

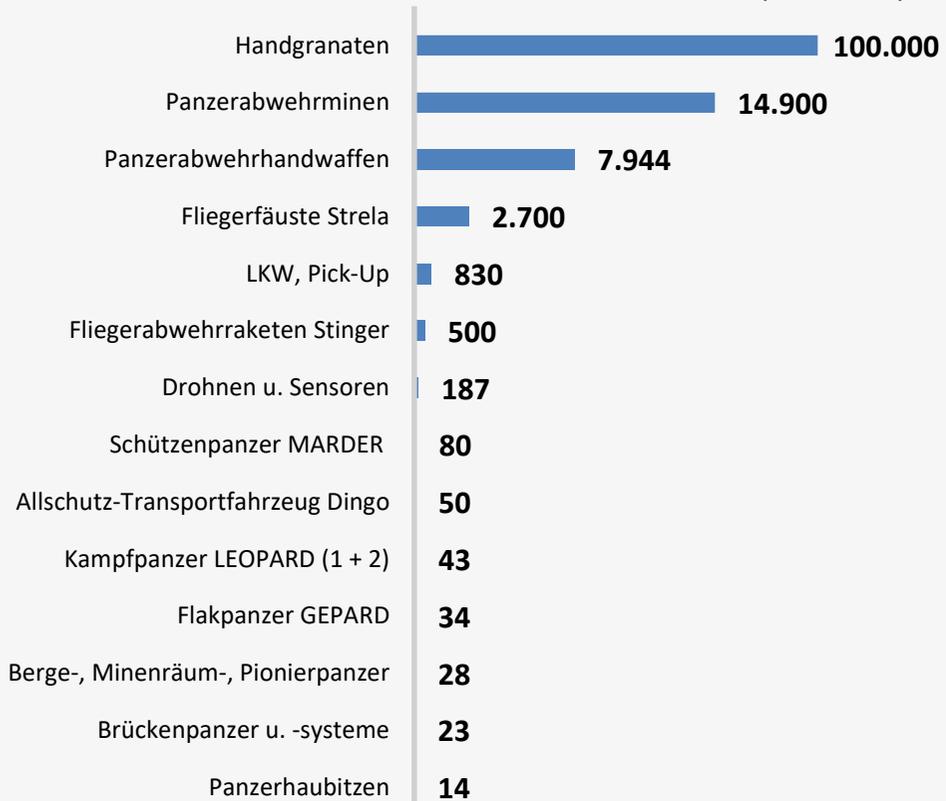
2

- „Klare Fürsprecher finden sich allein in den Reihen von FDP und Grünen. Von den Unions-Anhängern äußert sich zwar gut die Hälfte zustimmend (53 %), aber 42 % melden dagegen Widerspruch an. Tief gespalten präsentieren sich die Anhänger der SPD (45 zu 46 %). Deutlich ablehnend äußern sich die Wähler der AfD (12 zu 84 %).“

Bundeswehr verschenkt ihr letztes Hab und Gut an die Ukraine

NEU

Gelieferte militärische Unterstützungsleistungen an die Ukraine nach Anzahl im Jahr 2022 und Juli 2023 (Auswahl)



Quellen: 1) Bundesregierung: Krieg in der Ukraine, Liste der militärischen Unterstützungsleistungen, 26.04.2023 2) Neue Zürcher Zeitung: „Dramatischer Munitionsmangel bei der Bundeswehr – und es wird noch schlimmer“, 09.05.2023 3) Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Munition in der Bundeswehr – Aktueller Sachstand, Bedarfe und Planungen, Drs. 20/6150, 25.04.2023 4) Bild: „Deutschland liefert Ukraine 25 Kampfpanzer“, 11.07.2023

- 1
 - „Die Mittel (der Bundesregierung) für die Ertüchtigungsinitiative (der Ukraine) belaufen sich auf insgesamt 2,2 Mrd. Euro für das Jahr 2023 (nach 2 Mrd. Euro im Jahr 2022).“
- 2
 - Neben Panzer hat die Bundeswehr ihre wenigen Materialbestände geräumt. U. a. Munition (40mm = 83.520 Schuss; 155mm Artilleriemunition = 23.500 Schuss; 155mm Präzisionsmunition = ohne Angabe; 40mm Munition = 83.250) und 500 Pistolen SFP9.
- 3
 - Zudem wurden 2 Luftverteidigungssysteme Iris-T SLM, das Luftverteidigungssystem Patriot mit Flugkörpern, Munition für Mehrfachraketenwerfer MARS II, 20 Raketenwerfer mit Raketen, 7 Stör-sender, 8 mobile Bodenradare und Wärmebild-geräte u. v. m. an die Ukraine geliefert.
- 4
 - Darüber hinaus wurden 160.000 Erste-Hilfe-Kits, 103.000 Tourniquet, 36.400 Wolldecken, 14.000 Schlafsäcke, 116.000 Kälteschutzjacken, 80.000 Kälteschutzhosen, 240.000 Wintermützen, 200 Zelte und 405.000 Essensrationen abgegeben.
- 5
 - Und obwohl in nächster Zeit weiteres Kriegsmaterial an die Ukraine geliefert werden soll, wurde für die eigene Bundeswehr nichts nachbestellt. Das heißt, „die Trägheit der Bundesregierung bei der Munitionsbeschaffung gefährde inzwischen die Sicherheit Deutschlands.“

Irre Vorgaben der Bundeswehr blockieren die eigentlichen Aufgaben

NEU

Bundeswehr-Vorgaben für Soldaten eine Auswahl

Müll-Trennung
im Einsatz

Schwimm-
westen-Pflicht
im 80 cm tiefen
Übungs-Fluss

Anforderungen
für Panzer nach
Vorgaben von
ergonomischen
Bürotätigkeiten

Schrittge-
schwindigkeit
für Fahrzeuge
im Feldlager
auch im
Alarmfall

Abgas- und
TÜV-
Untersuchunge
n von Panzern

Feinstaub-
Belastung von
Panzern darf
den zugelasse-
nen Grenzwert
für Schwangere
nicht über-
schreiten

Anwesenheits-
pflicht eines
Übungsleiters
zur Minimierung
von Sport-
verletzungen

Veterinär hat
hygienische
Mindeststan-
dards in der
Küche zu prüfen

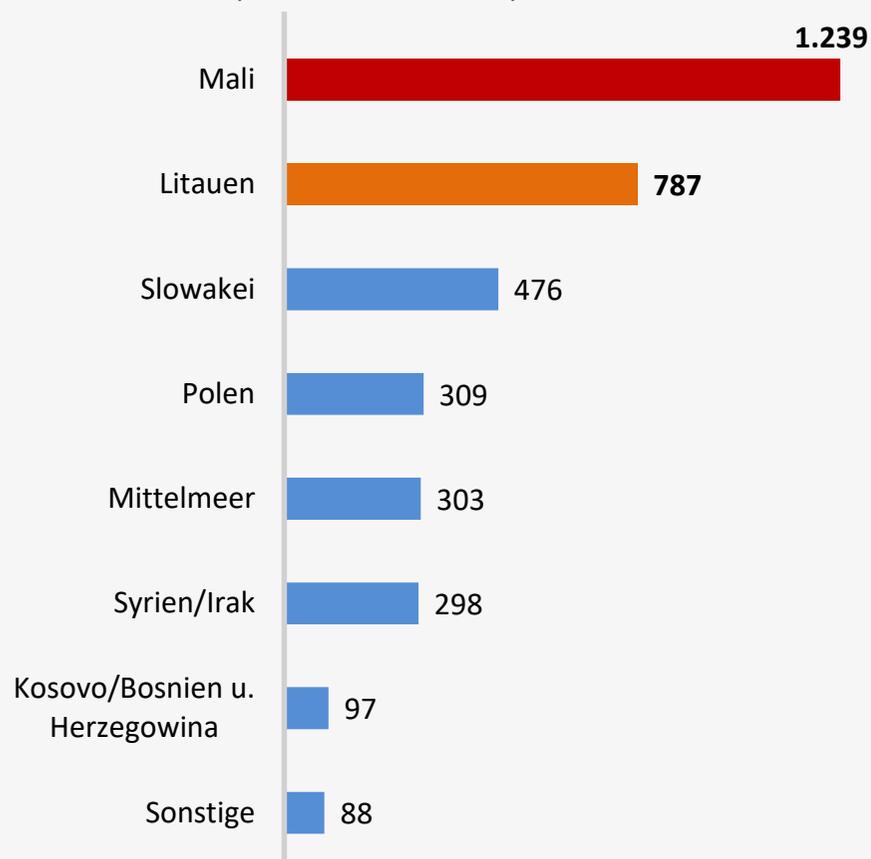
Quelle:

1) Bild: „MONSTER-Bürokratie bei der Bundeswehr“, 13.01.2023

3.600 Soldaten befinden sich im Auslandseinsatz – Tendenz steigend

aktualisiert

Stärke der deutschen Einsatzkontingente im Ausland nach Anzahl (Stand: März 2023)



Quellen:

1) [Statista: Anzahl der an internationalen Einsätzen beteiligten deutschen Soldaten der Bundeswehr, 05.05.2023](#)

2) [Bundeswehr: Aktuelle Einsätze der Bundeswehr \(Stand: 15.05.2023\)](#)

1

- 3.597 gut ausgebildete Soldaten befinden sich derzeit im Auslandseinsatz. Ein Jahr zuvor waren es etwa 100 Soldaten weniger.

2

- Derzeit nimmt die Bundeswehr an 17 Auslandseinsätzen teil, u. a. in EU-Staaten wie Litauen, Polen und Slowakei. Grund ist der Ukraine-Krieg.

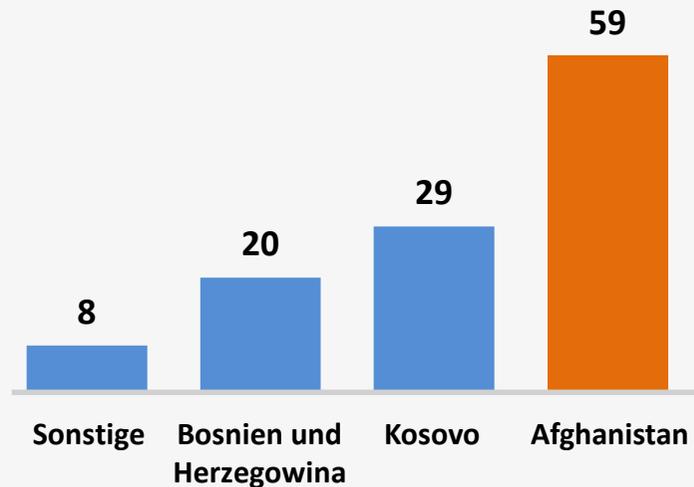
3

- Weder die humanitären Hilfsmaßnahmen der Bundeswehr noch ihre militärische Präsenz konnten in den Krisenstaaten eine nachhaltige politische Veränderung zum Besseren herbeiführen.

Bislang sind 116 Soldaten bei Auslandseinsätzen umgekommen

aktualisiert

Todesfälle nach Einsatzgebieten nach Anzahl
(Stand: Juli 2022)



Quellen:

1) Statista: [Todesfälle bei Bundeswehrangehörigen im Einsatz, 05.05.2023](#)

2) Bundeswehr: [Todesfälle in der Bundeswehr infolge der Ausübung des Dienstes, 09.02.2022](#)

3) Bundeswehr: [PTBS-Statistik und Zahlen, 2020](#)

4) Bundeswehr: [Im Ehrenmal der Bundeswehr namentlich genannte verstorbene Bundeswehrangehörige, Juli 2022](#)

5) Volksbund: [„Stilles Gedenken seit 2012“, 01.06.2021](#)

1

- Von den 116 Soldaten sind 37 durch Fremdeinwirkung gefallen und 79 unter sonstigen Umständen ums Leben gekommen (22 durch Suizid).

2

- Vielfach müssen die Soldaten auf veraltete und technisch anfällige Ausrüstung zurückgreifen. Dies erhöht die Gefahr weiterer Todesfälle.

3

- Hunderte Bundeswehr-Soldaten und Veteranen leiden unter einer posttraumatischen Belastungsstörung, die unter anderem auf Auslandseinsätze zurückzuführen ist.

Unsere AfD-Forderungen zur Verteidigung

aktualisiert

1

- Die allgemeine Wehrpflicht muss wieder eingeführt werden. Dies würde nicht nur zu Sicherung des Friedens beitragen, sondern durch den Ersatzwehrdienst den sozialen Sektor massiv entlasten.

2

- Islamismus darf keinen Einzug in die Bundeswehr finden. Bei Muslimen ist vor dem Eintritt in die Streitkräfte genauestens zu prüfen, ob diese für den Dienst geeignet sind und die freiheitlich-demokratische Grundordnung vertreten.

3

- Deutschland muss seine Rüstungsausgaben dauerhaft erhöhen. Die einmalige Investition von 100 Mrd. Euro ist nicht ausreichend und stopft nur die größten Löcher der vergangenen Jahrzehnte bzw. wird für Kriegsgerät für die Ukraine genutzt. Zudem hat die Inflation die Rüstungsgüter deutlich verteuert.

4

- Die Materiallage der Bundeswehr muss dringend und schnellstmöglich verbessert werden. Einsatzbereitschaften von weniger als 20 % sind vollkommen inakzeptabel.

5

- Die deutschen Rüstungsunternehmen müssen vor dem Ausverkauf an ausländische Unternehmen geschützt werden.

6

- Soldaten, die im Ausland im Einsatz waren, müssen beste Betreuung für posttraumatische Belastungsstörungen erhalten.

7

- Die Bundeswehr muss gut ausgebildet, einsatzbereit und kampffähig sein. Bürokratische Vorgaben müssen daher auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft und gegebenenfalls verworfen werden.

8

- Der Lieferung von schweren Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete ist zu widersprechen. Eine indirekte Beteiligung Deutschlands an Konflikten muss umgehend beendet werden.

1.	Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	32
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	74
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	101
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	120
7.	Innere Sicherheit und Justiz	157
8.	Medien	173
9.	Verteidigung	187
10.	Fazit	197

Falsche Prioritätensetzung durch Energiewende und Massenmigration

- Deutschland liegt bei der Rente in der EU weit zurück. Dennoch soll das Renteneintrittsalter erhöht werden. Bereits heute erhalten 660.000 Rentner Grundsicherung. Die Neuregelungen beim Bürgergeld führen zu einer weiteren illegalen Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme.
- Deutschland trägt die Hauptlast der Migration in ganz Europa. Die Einwanderung und hier besonders die Islamisierung setzt sich fort, da Deutschland weiterhin am Umsiedlungsplan des „Global Compact for Migration“ festhält. 23,8 Mio. Menschen haben in Deutschland einen Migrationshintergrund.
- Unter den Millionen Migranten, die seit 2015 nach Deutschland illegal einreisen, befinden sich nur wenige Fachkräfte. Die Flüchtlingskrise hat die Wohnungsnot deutlich verschlimmert. Gleichzeitig sind 900.000 deutsche Handwerker und Akademiker netto ausgewandert. Sie kommen nicht zurück.
- Deutschland investiert unterdurchschnittlich in Bildung. Die Corona-Zeit hat die Lernrückstände der Schüler vergrößert. In wenigen Jahren gehen 37 % der Lehrer in Pension. Die deutschen Hochschulen sind international nicht mehr wettbewerbsfähig. Gender und Cancel Culture bedrohen die Freiheit.
- Die Energiewende hat dazu geführt, dass die Deutschen mit den höchsten Strompreis in der EU zahlen. Die Firmen sind nicht mehr wettbewerbsfähig. Nur Deutschland steigt aus der Atomkraft aus. Eine deutsche Klimaneutralität bewirkt global nichts, erzeugt aber jährliche Kosten von 77 Mrd. Euro.
- Dabei stößt Deutschland verhältnismäßig wenig Treibhausgasemissionen aus. Ab 2023 drohen Stromausfälle, da Deutschland sich unter Merkel abhängig von russischem Gas gemacht hat. Der grüne Heiz-Hammer wird die Bürger in Deutschland bis zu 1.000 Mrd. Euro kosten.
- Der Staat und die deutschen Unternehmen investieren zu wenig in die Infrastruktur und Forschung. Das Bahnnetz wurde mutwillig zerstört. Im MINT-Bereich fehlen 326.100 Fachkräfte. Beim Glasfaserausbau liegt Deutschland auf Entwicklungsland-Niveau.

Deutschland wird deindustrialisiert und zum Armenhaus in Europa

- Deutschlands Abstieg wurde durch den schwachen Euro und der falschen EZB-Politik eingeleitet. Mit hohen Wohlstandsverlusten ist weiter zu rechnen. Beim Nettovermögen und Wohnungseigentum liegt Deutschland am unteren Ende.
- Die Corona-Pandemie kostete Deutschland mindestens 846 Mrd. Euro, Betrug inklusive. Die Gesamthaftung Deutschlands beträgt derzeit über 14,4 Billionen Euro und ist eine tickende Zeitbombe.
- Die Bürger haben mit der höchsten Inflationsrate seit 1951 zu kämpfen. Die Preissteigerungen werden die Bürger an ihr Existenzminimum bringen. Schuld ist weder die Corona-Pandemie noch der Ukraine-Konflikt. Es ist die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierungen Merkel und Scholz.
- Ausländer begingen 41,1 % aller Straftaten gegen das Leben, 36,6 % der Vergewaltigungen sowie 38,3 % der gefährlichen und schweren Körperverletzung. Und das, obwohl Ausländer nur einen Anteil von 15,9 % an der Gesamtbevölkerung ausmachen. Messerangriffe sind an der Tagesordnung.
- Deutschland ist in der Rangliste der Pressefreiheit abgerutscht. 92 % der ARD-Volontäre wählen links. Die AfD wird seit Jahren systematisch von den Medien benachteiligt. Die Bundesregierung fördert zudem linke Kampagnen gegen die Opposition.
- Die Aussetzung der Wehrpflicht hat zur Destabilisierung der Bundeswehr beigetragen. Sensible Rüstungssparten wurden entwertet oder ins Ausland verkauft. Die Bundeswehr ist nur noch bedingt abwehrfähig und einsatzbereit. Einsatzfähige Waffen wurden an die Ukraine verschenkt.

Impressum

V.i.S.d.P.

Dr. Frank Grobe, MdL

E-Mail: frank.grobe@afd-hessen.de

AfD Landesverband Hessen

Ursulum 7

35396 Gießen

<https://afd-hessen.de/>

ISBN 978-3-00-076171-3

1. Auflage

August 2023

Nachdruckgenehmigungen

Ein Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verfassers und mit genauer Quellenangabe erlaubt.

